…g, 14. März 1983 - D ***
… an allen deutschen Wertpapierbörsen
…00 bfr, Dänemark 7,50 dkr, Frankreich 6,00 F, Griechenland 80 Dr, …ien 55 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 63,00 Din, Luxemburg 27,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 61 - 11.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 100 Pts, Kanarische Inseln 125 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

…handlungen …anon–Israel …en USA

…AP, Washington/Jerusalem
…Schwergewicht der Ver…gen zwischen Libanon …ael über einen Abzug der …chen, syrischen und palästi…nen Truppen aus Libanon …h am Wochenende nach …gton verlagert. US-Außen…: George Shultz konferierte …stag mit seinem libanesi…Amtskollegen Elie Salem …Tag darauf mit dem israeli…ußenminister Yitzhak Sha…r frühere libanesische Mini…ident Saeb Salam wird ei…sönliche Botschaft des li…chen Staatspräsidenten …Gemayel an US-Präsident … Reagan überbringen. Ein …nischer Diplomat erklärte …lem Gespräch zwischen …und Salem, es handele sich …rhandlungen auf höchster …„und die Hauptakteure wä…ht hier, wenn wir nicht …n, daß zumindest die Chan…: Fortschrittes besteht". Der …at warnte jedoch vor einem …ten Optimismus. Der frühe…ikanische Präsident Carter …n Abschluß seiner Nahost…ie Siedlungspolitik Israels …t. Seite 10

…AT DES TAGES



…ı habe den Eindruck, …ine Freunde möch…, daß ich mich auf …m nächsten Parteitag …neut zur Wahl stelle …d dann will ich dies …h tun, ohne daß ich …nit weitere Pläne für …nftige Jahre verbinde. ”
…randt, SPD-Vorsitzender, ge…ı Südwestfunk.
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Parteibindung

rtr, Bonn
…eutschen Jungdemokraten …ich vorerst nicht wieder an …rtei binden. Der Verband, …im November vergangenen …us Protest gegen den Koali…chsel der Freien Demokra… der FDP getrennt hatte, …sich gestern auf einer Bun…giertenkonferenz in Bonn …us, die Frage nach einem …ntarischen Ansprechpart… zum nächsten Kongreß of…ssen. Zum neuen Vorsitzen…rde der 32jährige Student …Budich gewählt. Er ist Nach…von Werner Lutz, der nicht …kandidierte. Die Delegierten …ssen, ihre Aktivitäten in der …sbewegung fortzusetzen. …len die Ostermärsche unter… und zu Demonstrationen …lie Stationierung neuer US-…reckenraketen in Europa …n. Außerdem wurde ein An…m Boykott der für April …en Volkszählung angenom…

…rd-Beteiligung

dpa, Paris
…r zweiten Runde der franzö… Kommunalwahlen zeichne… gestern eine Rekordbeteili…. Nach Angaben des Innen…riums waren bis Mittag in …r Hälfte der 36 000 französi…Gemeinden etwa 30 Prozent …hlbeteiligten zur Stichwahl … Urnen gegangen, um die …e Zusammensetzung der …nderäte endgültig zu bestim…m vergangenen Sonntag hat…Beteiligung um diese Zeit bei …ozent gelegen. In etwa 18 500 … war die Entscheidung am …genen Sonntag im ersten …ng gefallen. Dabei hatten die …lich-rechten Parteien mit …rozent der Stimmen einen Sieg errungen.

Honecker will noch 1983 Bonn besuchen

hrk. Berlin
SED-Generalsekretär Erich Honecker gab gestern bei der Eröffnung der Leipziger Messe mit milden und verständigungsbereiten Tönen gegenüber der Bundesregierung zu verstehen, daß sich Ost-Berlin mit dem Ergebnis der Bundestagswahl abfindet. Honecker erklärte seine feste Absicht, „in diesem Jahr" in die Bundesrepublik zu reisen, „soweit dies meinem Terminkalender entspricht". Er wolle damit den Einladungen von Bundespräsident Carstens und von Bundeskanzler Kohl folgen. Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende griff in seinem Statement beim Besuch des Mannesmann-Standes auf der Messe die Formel von Bundeskanzler Kohl auf, „mit immer weniger Waffen Frieden zu schaffen". Zugleich vermied er jede Kritik an der Bundesregierung, sondern machte sich praktisch die Bonner Auffassung zu eigen, strittige Probleme zwischen den beiden Staaten auszuklammern. Wörtlich sagte er: „Wir sollten stets beachten, daß es das Wichtigste ist, nicht jede Frage in den Vordergrund zu stellen, die man im Augenblick nicht lösen kann." Seiten 10, 11

Schleswig-Holstein

DW. Kiel
Eine durchweg starke Wahlbeteiligung wurde gestern beim Urnengang zum 10. Kieler Landtag bei sonnigem Vorfrühlingswetter registriert. Nach den ersten drei Stunden lag die Wahlbeteiligung mit 26,5 Prozent geringfügig niedriger als vor vier Jahren. Damals hatte sie zu dieser Zeit 27 Prozent und insgesamt 83,3 Prozent erreicht. Die rund zwei Millionen Wahlberechtigten in Schleswig-Holstein entscheiden, ob die CDU mit Ministerpräsident Barschel weiterregiert oder von der SPD und deren Spitzenkandidaten Engholm abgelöst wird.

Würdigung der Opfer

AFP/dpa, Vatikanstadt/Tokio
Als Würdigung der vielen tausend Opfer der Gewalt in dieser Region hat Papst Johannes Paul II. seine jüngste Reise durch Mittelamerika und die Karibik bezeichnet. Vor Gläubigen auf dem Petersplatz erwähnte der Papst jedoch mit keinem Wort die kurz vor seinem Besuch erfolgte Hinrichtung von sechs Männern in Guatemala und die Zwischenfälle bei der von ihm zelebrierten Messe in Nicaragua. Nach einem Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo wird der Papst im Oktober Süd-Korea einen fünftägigen Besuch abstatten.

Kein Richtungswechsel

m.n. Neu-Delhi
Indiens Ministerpräsidentin Indira Gandhi hat zum Abschluß der siebten Konferenz der blockfreien Staaten kategorisch alle Vermutungen zurückgewiesen, ihre Wahl zur Vorsitzenden der Bewegung bedeute einen Richtungswechsel bei den Blockfreien. Trotz aller Meinungsvielfalt stünden die Staaten der Dritten Welt zu den von allen getragenen Prinzipien. Frau Gandhi rechtfertigte die kommunistische Unterstützung der Befreiungsbewegungen damit, daß diese Hilfe von anderen versagt werde. Wenn der Westen jetzt nicht über eine Reform des Weltwährungs- und Handelssystems reden wolle, werde dies zu dessen eigenem Nachteil ausschlagen. Seite 2

SPORT

800-Meter-Rekord

DW. Bonn
In Cosford stellte der Engländer Sebastian Coe mit 1:44,92 Minuten eine neue Hallen-Weltbestleistung über 800 Meter auf. – In Lake Louise (Kanada) gewann der 29 Jahre alte Österreicher Franz Klammer den Ski-Weltcup der Abfahrer. Gesamt-Weltcup-Siegerin bei den Damen wurde mit Tamara McKinney zum ersten Mal eine Amerikanerin. Seiten 7, 8, 9 und 10

WETTER

Zunehmend unbeständig

DW. Essen
Anfangs noch heiter. Später zunehmend bewölkt und gegen Abend gebietsweise leichter Regen. Temperaturen 10 bis 14, nachts bis 2 Grad. Mäßiger Wind um Süd.

FDP warnt Union vor Taktik der wechselnden Mehrheiten

Ausgangspositionen der Parteien zu Beginn der Koalitionsverhandlungen

DW. Bonn
Im Vorfeld der Koalitionsverhandlungen in Bonn haben sowohl CDU/CSU als auch FDP ihren Willen bekundet, nicht von ihren gegensätzlichen Positionen hinsichtlich einer Rückzahlung der Investitionshilfeabgaben abzurücken. Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff und der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Wolfgang Mischnick, warnten eindringlich vor Abstimmungen mit wechselnden Mehrheiten im Bundestag.

Beide FDP-Politiker reagierten damit auf Ankündigungen von sozialdemokratischer Seite, die SPD werde die Union im Parlament unterstützen, wenn es darum gehe, gegen die FDP durchzusetzen, daß die Anleihe nicht zurückgezahlt wird. Mischnick sprach von der Gefahr, solche Abstimmungen könnten eine „Schleuse öffnen" und wechselnde Mehrheiten auch bei anderen Themen provozieren. Lambsdorff sagte, am Beginn der Koalitionsverhandlungen müsse die gegenseitige Verpflichtung stehen, nicht mit wechselnden Mehrheiten abzustimmen. Lambsdorff nannte es unzumutbar, daß eine Koalition gemeinsam ein Gesetz beschließe, und dann „soll dies alles nicht mehr wahr sein". So könne Vertrauen nicht geschaffen werden.

Die Freien Demokraten bestehen darauf, daß die Anleihe zurückgezahlt wird. Demgegenüber sagte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU), die Unionsparteien würden in den Verhandlungen mit der FDP ihre Absicht, die Investitionshilfeabgabe nicht zurückzuzahlen, „mit Nachdruck und Überzeugungskraft vertreten".

Stoltenberg kritisierte, daß „in den Tagen vor den Koalitionsverhandlungen die Kriegsgesänge mancher Politiker zu laut angestimmt werden". Bei aller Bedeutung dieses wichtigen Einzelpunktes dürfe nicht vergessen werden, daß die Koalitionspartner sich über einen weiten Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – neben wichtigen Diskussionen in der Rechts-, Innen-, Außen- und Deutschlandpolitik – verständigen müßten.

Der Bundesfinanzminister warb für eine stabile Partnerschaft mit der FDP. Bei den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen müßten die strittigen Punkte so diskutiert werden, daß die künftige Zusammenarbeit nicht in den zentralen Punkten auf Dauer belastet werde. Mit der „erneuerten FDP" sehe er, Stoltenberg, eine Chance für eine dauerhafte Zusammenarbeit.

Daß es kritische Punkte zu überwinden gilt, darauf deutet auch eine Bemerkung der FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer hin. Die Liberalen, so umschrieb sie gestern die FDP-Position, wollten den bisherigen Kurs in der Außen-, Innen- und Rechtspolitik beibehalten. Insbesondere von der CSU waren in den vergangenen Wochen die Akzente in der Deutschland- und Außenpolitik anders gesetzt worden. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann wies, unterstützt vom Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe, Theo Waigel, mehrmals darauf hin, daß die Behandlung der deutschen Frage nicht auf die Bundesrepublik Deutschland und Mitteldeutschland beschränkt bleiben dürfe, sondern auch die Gebiete jenseits von Oder und Neiße einbeziehen müsse. Der FDP-Vorsitzende Genscher suchte sich daraufhin von dieser Position abzugrenzen.

In der Rechtspolitik fordert die CSU eine Korrektur des Scheidungsrechts, wie es unter der SPD/FDP-Regierung in den 70er Jahren verabschiedet worden war.

Den wuchernden Personalspekulationen wurde gestern eine neue Variante über die angeblichen Absichten des CSU-Vorsitzenden Strauß hinzugefügt. Die WELT am SONNTAG berichtete, der CSU-Chef würde seinen Anspruch auf eine Position im Bundeskabinett bis zum Frühjahr 1984 zurückstellen, wenn bei den Koalitionsverhandlungen „stillschweigend Einvernehmen" darüber erreicht werde, daß sich der FDP-Vorsitzende Genscher mit Unterstützung der Union um das Amt des Bundespräsidenten bewirbt und dann seinen Platz als Außenminister für Strauß frei macht. Von Genscher wurden umgehend Ambitionen auf das Amt des Staatsoberhaupts dementiert.

*

rtr/DW. Bonn
Die wirtschaftspolitische Zukunft für die Bundesrepublik Deutschland wird nach der Bundestagswahl von führenden Vertretern der Wirtschaft weitgehend optimistisch beurteilt. In Interviews, die die WELT am SONNTAG veröffentlicht, wird die konsequente Fortsetzung des von der CDU/CSU-FDP-Koalition eingeschlagenen Kurses gefordert.

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Otto Wolff von Amerongen, sieht mittelfristig auch eine Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt, sobald die Investitionen wieder ihren früheren Rang erreichen. Die Wirtschaft erwarte, daß ihr keine weiteren Abgabenbelastungen auferlegt werden; mittelfristig müsse die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte deutlich zurückgeführt werden. Auf mittlere Sicht sollten die ertragsunabhängigen Steuern abgebaut werden. Später sei auch eine Abflachung der Progression bei der Lohn- und Einkommensteuer in Angriff zu nehmen.



Stoltenberg: Anleihe nicht zurückzahlen. FOTO: DIETRICH HABBE

Die Wirtschaft erhofft sich nach den Worten des Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, berechenbare und zuverlässige Rahmenbedingungen für ihre Entscheidungen. Es gehe darum, die Stärkung der privaten Investitionen sowie eine „entschlossene Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und der Sozialfinanzen in den Mittelpunkt einer Strategie des langen Atems zu rücken".

DER KOMMENTAR

Diplomatie für Nahost

THOMAS KIELINGER

Mit der Anwesenheit der Außenminister Libanons und Israels in Washington verlagert sich der Schwerpunkt der Nahostdiplomatie wieder in das Zentrum der amerikanischen politischen Entscheidung. Das garantiert zwar erhöhte Aufmerksamkeit; doch über die Aussichten dieser Gespräche sagt es noch nichts aus. Die israelisch-libanesischen Beziehungen vom Truppenrückzug der Israelis bis zur Festlegung der künftigen politischen Kontakte zwischen den beiden Regierungen ist die Hausaufgabe der Beteiligten selber. Die USA können Makler sein, auch Zulieferer von Garantien; aber sie können nichts in Bewegung setzen, was die eigentlichen Kontrahenten nicht selber bewegt sehen möchten.

Elie Salem, Libanons Außenminister, gab sich nach einem ersten Gespräch mit George Shultz optimistisch. Der amerikanische Einsatz, so sagte der Diplomat, lasse ihn zuversichtlich sein, daß eine Einigung in Libanon und letztlich in Nahost insgesamt möglich sei. Sollte Salem mit „amerikanischem Einsatz" die in vielen arabischen Hauptstädten gehegte Hoffnung verbinden, daß Washington auf Jerusalem Druck ausüben werde, dann dürfte er sich freilich täuschen. Denn die Amerikaner wissen inzwischen, daß man Israel weder zu Einigungen noch zu Rückzügen drängen kann, die nicht mit ausreichenden Sicherheitsklauseln an Ort und Stelle versehen worden sind.

Nicht amerikanischer Druck wird Israels Truppen zum Rückzug aus Libanon bewegen. Das können nur greifbare Angebote der Libanesen erreichen, sei es zur Verbesserung der zwischenstaatlichen Beziehungen, sei es zur Sicherung der israelisch-libanesischen Grenze. Nicht amerikanischer Druck wird die Palästinenser-Frage lösen, sondern nur die Bereitschaft der arabischen Staaten, die Beziehungen zu Israel zu normalisieren.

„Eine Stärkung Berlins"

Weizsäcker zur Bildung eines CDU-FDP-Senats

DW. Berlin/Köln
Der Berliner Regierende Bürgermeister Richard von Weizsäcker (CDU) sieht in der bevorstehenden Bildung einer CDU/FDP-Senatskoalition eine Stärkung der Handlungsfähigkeit und Stabilität Berlins. Weizsäcker betrachtet diese Regierungszusammenarbeit als auf längere Zeit angelegt.

Darauf deutet die Bemerkung des Regierenden Bürgermeisters gestern im Deutschlandfunk hin, die angestrebte Zusammenarbeit habe insbesondere das Ziel, „über den Tellerrand einer Legislaturperiode hinauszusehen". Auch die Probleme der Stadt ließen sich ja nicht einfach nur nach den Zeiträumen einer Legislaturperiode eingrenzen, sagte von Weizsäcker.

Auf dem Landesparteitag der FDP sprachen sich 147 Delegierte für Koalitionsverhandlungen aus, 93 stimmten dagegen. Sechs Delegierte enthielten sich ihrer Stimme. Bei dieser Abstimmung zeigte sich ebenso wie bei den anschließenden Vorstandswahlen, daß der in der Berliner FDP früher tonangebende linke Flügel die Mehrheit verloren hat. Der zur Mitte gerechnete neue Landesvorsitzende Walter Rasch erhielt 134 Stimmen, gegen ihn sprachen sich 85 Delegierte aus, elf enthielten sich eines Votums. Rasch, früherer Schulsenator, war einziger Kandidat. Er löst den zum linken Flügel zählenden Abgeordneten Jürgen Kunze ab, der sich nicht wieder um das Führungsamt beworben hatte.

Koalitionsentscheidung und Vorstandswahl wurden von einer langwierigen Debatte zwischen Koalitionsbefürwortern und Gegnern dieses Kurses begleitet. Der Parteitag wurde in der Nacht zum Sonntag nach 14stündiger Dauer bis Montag abend unterbrochen. Vertreter des linken Flügels meldeten „satzungsmäßige Bedenken" gegen den Plan des Landesvorstandes an, den Parteitag bis zu diesem Termin zu vertagen, um dann über das Ergebnis der inzwischen geführten Koalitionsverhandlungen mit der CDU zu beraten.

Zuvor hatten die Delegierten den früheren Justizsenator Hermann Oxfort und den Vorsitzenden der Abgeordnetenhausfraktion, Horst Vetter, als FDP-Mitglieder eines Senats benannt. Oxfort soll in sein altes Ressort zurückkehren, Vetter strebt das Amt des Bausenators an. Dies ist allerdings auch bei Koalitionsbefürwortern in der FDP umstritten. Bei der Nominierung erhielt Vetter nur 112 von 234 abgegebenen Stimmen. Auf den Stimmzetteln mit den beiden Namen Oxfort und Vetter hatten eine Reihe von Delegierten nur bei Oxfort ausdrücklich mit „ja" gestimmt und sich zu Vetter überhaupt nicht geäußert. Diese Stimmzettel wurden bei der Auswertung dann als Enthaltungen bei Vetter gewertet, so daß er nach dem von den Parteilinken angegriffenen Auszählungsverfahren schließlich doch mehr Ja- als Nein-Stimmen erhielt. Weizsäcker will den jetzigen Bausenator Ulrich Rastemborski im Kabinett behalten.

Bei den Koalitionsverhandlungen wollen die Freien Demokraten unter anderem eine stärkere Betonung des Leistungsprinzips in der öffentlichen Verwaltung und eine weitgehende Privatisierung der Eigenbetriebe der Stadt fordern.

Seite 2: Berliner Konsequenz

Demonstration in Danzig

Walesa befürwortet stärkere Formen des Protestes

AFP/rtr/AP, Danzig/New York
Die polnische Polizei hat gestern in Danzig gewaltsam eine Demonstration aufgelöst.

Rund tausend Menschen hatten sich am Fuß des Arbeitermahnmals nahe der Leninwerft zusammengefunden, um 15 Monate nach Verhängung des Kriegsrechts gegen Repression und Militärregime in Polen zu protestieren. Mehrere hundert mit Helm, Schlagstock und Kalaschnikow-Maschinenpistolen ausgerüstete Soldaten der Zomo-Miliz rückten gegen die langsam zurückweichende Menge vor. Die Ordnungskräfte umzingelten schließlich rund hundert Demonstranten am Fuße des Mahnmals und transportierten sie in Lastwagen ab.

Der polnische Arbeiterführer Lech Walesa will seine Haltung gegenüber der Regierung in Warschau verhärten. Am Rande des Prozesses gegen die Danziger Kranführerin Anna Walentynowicz stellte Walesa erstmals seit seiner Entlassung aus der Internierungshaft am 14. November 1982 „Streiks, Hungerstreiks und andere Formen des Protestes" als Antwort auf die sich häufenden Prozesse und Verhaftungen in Aussicht.

Vor westlichen Pressevertretern erklärte Walesa: „Wir haben keine andere Wahl." Man könne nicht weiter diskutieren, „wenn immer mehr Polen festgenommen und in Prozesse verwickelt" würden. Da Gespräche, Aktionen und Briefe nichts genutzt hätten, müsse jetzt zu „stärkeren Mitteln" gegriffen werden. Dabei solle die Wirtschaft aber möglichst nicht belastet werden.

Die drei verbotenen Gewerkschaften der „Land-Solidarität" haben sich im Untergrund zu einem „Gesamtpolnischen Komitee des Bauernwiderstandes Solidarität" (OKOR) zusammengeschlossen. Das Komitee will den passiven Widerstand der Bauern gegen die Agrarpolitik des Warschauer Regimes forcieren.

In New York erklärte ein früherer Funktionär der inzwischen verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität", rund 8000 politische Häftlinge müßten in Polen in Straflagern Schwerarbeit leisten. Miroslaw Dominczyk, „Solidaritäts"-Vorsitzender im Ortsteil Heiligkreuz von Neiße in Schlesien, war nach Verhängung des Kriegsrechts ein Jahr im Gefängnis. Vor seiner Ausreise mit Frau und Kindern in die USA im Februar habe er sich selbst zum Feind Polens erklären müssen.

Ein Juristenausschuß für internationale Menschenrechte legte in New York einen 80seitigen Bericht vor, worin die polnische Regierung angeklagt wird, von den Militärs beaufsichtigte Arbeitslager eingerichtet zu haben, um mit oppositionellen Arbeitern fertig zu werden. Die zwangsweise Einweisung in Arbeitslager, so der Bericht, sei eine Verletzung der Menschenrechte. Der Bericht soll der UNO-Menschenrechtskommission in Genf vorgelegt werden.

In Madrid forderte der Chefdelegierte der Bundesrepublik auf dem KSZE-Nachfolgetreffen Jörg Kastl, „Taten und nicht Worte" zur Normalisierung der Lage in Polen.

Moskau: China in Gespräche über Raketen einbeziehen

Sorge im Kreml über die atomare Rüstung Pekings?

rtr/AFP, Tokio/Peking
Das sowjetische Politbüro-Mitglied Georgij Arbatow hat sich in einem Interview der japanischen Tageszeitung „Asahi Shimbun" dafür ausgesprochen, in Verhandlungen über eine Begrenzung der Zahl der atomaren Mittelstrecken-Raketen in Fern-Ost die Volksrepublik China einzubeziehen. Arbatow bekräftigte in dem Interview einen Vorschlag des früheren sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew an die USA, Gespräche über diese Waffen aufzunehmen.

Breschnew hatte im vergangenen Mai zwar die Aufforderung des amerikanischen Präsidenten Reagan zurückgewiesen, alle Mittelstreckenraketen aus dem asiatischen Teil der UdSSR zu entfernen, gleichzeitig aber die Bereitschaft für Verhandlungen mit den USA über eine zahlenmäßige Begrenzung bekundet.

Dazu schrieb die „Asahi Shimbun", Arbatow habe bei seinem Vorschlag, China in die Verhandlungen einzubeziehen, offensichtlich an Pläne der USA gedacht, Kampfbomber vom Typ F 16 in Nord-Japan zu stationieren und die 7. US-Flotte mit Marschflugkörpern auszurüsten, sowie an die atomare Rüstung der Chinesen.

Die USA wollen von 1985 an F-16-Flugzeuge bei Misawa stationieren, um ein Gegengewicht zu den rund 70 sowjetischen Langstreckenbombern vom Typ Backfire im fernöstlichen Teil der UdSSR zu schaffen.

Arbatow sagte in dem Interview weiter, gegenwärtig seien keine sowjetischen Mittelstreckenwaffen des Typs SS 20 auf Japan gerichtet. Das werde auch so bleiben, solange Japan keine Nuklearmacht sei und keine Atomwaffen eines anderen Landes auf seinem Territorium dulde. Westliche Experten schätzen, daß gegenwärtig 100 SS-20-Raketen im fernöstlichen Teil der Sowjetunion disloziert sind.

China hat die Regierung in Moskau gestern davor gewarnt, daß eine Fortsetzung der vietnamesischen Intervention in Kambodscha die chinesisch-sowjetischen Beziehungen nur verschlechtern könne. In der Wochenzeitung „Peking Review" hieß es, die Frage eines Abzugs der vietnamesischen Truppen aus Kambodscha müsse als erste gelöst werden, um den Weg für eine Normalisierung zu öffnen.

Nkomo: Ich will nicht ins Exil

dpa/AP, London
Der aus Zimbabwe geflüchtete Oppositionsführer Joshua Nkomo ist gestern in London eingetroffen. Nkomo sagte, dies bedeute nicht, daß er ins Exil gegangen sei. Er wolle nach Zimbabwe zurückkehren, wenn ihm Garantien für seine Sicherheit gegeben würden.

Nkomo war mit einem Flugzeug aus Johannesburg in London eingetroffen. Dort war er von einem großen Aufgebot an Polizisten und Einwanderungsbeamten in Empfang genommen worden, das offenbar demonstrativ deutlich machen sollte, daß er in Großbritannien nicht willkommen ist. In dem Jumbo-Jet der British Airways war er nach Angaben von Mitreisenden seit einer Zwischenlandung in Nairobi im „Obergeschoß" praktisch eingeschlossen gewesen.

Nach harten politischen Auseinandersetzungen mit dem zimbabwischen Ministerpräsidenten Mugabe hatte sich Nkomo ins benachbarte Botswana abgesetzt. Er habe das Land wieder verlassen, weil er möglicherweise zu einer Belastung für die Regierung in Gaborone geworden wäre, die gute Beziehungen zu Zimbabwe unterhält.

Seite 6: Ergreift Kaunda Partei?

„Gewaltfreies Handeln kann Gewalt provozieren"

Kritische Worte des Erfurter katholischen Bischofs Wanke

DW./KNA, Berlin
Mit kritischen Anmerkungen zu dem in kirchlichen Kreisen diskutierten Thema „Gewaltlosigkeit" hat der Apostolische Administrator in Erfurt/Meiningen, Bischof Joachim Wanke, in die aktuelle Friedensdiskussion eingegriffen.

Der katholische Oberhirte mahnte: Weder die „absolute Selbstentblößung" nach der Parole „Ohne Rüstung leben" noch das „eskalierende Gleichgewicht des Schreckens" stellten einen für Christen gangbaren Weg zum Weltfrieden dar. Wanke äußerte sich in einem Vortrag mit dem Thema „Christus unser Friede", der in den beiden jüngsten Ausgaben des in Ost-Berlin erscheinenden „St. Hedwig-Blattes" abgedruckt wurde, zu möglichen konkreten Schritten zum Frieden.

„Absolute Gewaltfreiheit um jeden Preis", so meinte Wanke, könne auch „eine Form der Lieblosigkeit" sein. Gewaltfreiheit müsse immer einem Ziel dienen, sie sei kein „Wert an sich", sondern nur insofern gut, „soweit sie das Böse in sich verschlingt". Gewaltfreiheit des Christen müsse damit rechnen, daß gerade sie Gegengewalt provoziert. Und der Bischof fügte hinzu: „Gewaltfreies Handeln, das in schöpferischem Widerstand den Mitmenschen um seinetwillen zu verändern sucht, kann den anderen in Versuchung führen, nun gerade erst recht die eigene Gewalttätigkeit voll auszuspielen." Zur „schöpferischen Gewaltfreiheit" gehöre „die Klugheit, die Aggressivität des anderen in Schranken zu halten, aber noch mehr die Geduld, auf den anderen in Treue zu warten, auch um den Preis, selbst dabei verwundet zu werden".

Anfang Januar dieses Jahres hatten die katholischen Bischöfe in Mitteldeutschland in einem gemeinsamen Hirtenbrief Position zur aktuellen Friedensdiskussion bezogen. Sie forderten beiderseitige, kontrollierbare Abrüstung der Machtblöcke und verurteilten den Rüstungswettlauf sowie das „Gleichgewicht des Schreckens". Die These von der Legitimation „gerechter Kriege" wurde von den Oberhirten in Frage gestellt. Ausdrücklich würdigten sie die Gewissensnot der Waffendienstverweigerer in der „DDR" und verlangten neue Formen des Wehrersatzdienstes.

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Berliner Konsequenz

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

In Berlin wird jetzt Helmut Kohls im Bund erstrittener Union/FDP-Wahlsieg nachvollzogen. An sich bedarf Richard von Weizsäcker dessen gar nicht; denn er regiert in der alten Hauptstadt der Deutschen kraft seiner Persönlichkeit so unangefochten, als befände er sich nicht in der Situation, mit seinem Minderheitskabinett im Abgeordnetenhaus auf drei FDP-Stimmen angewiesen zu sein. Aber es gilt, stabile Politik auf längere Dauer zu fundieren, in Bonn wie in Berlin. Schon aus patriotischem Selbstverständnis sollte das im politischen Gleichklang geschehen. Es kann Berlin nur nützen, wenn dort die gleiche Koalition regiert wie in Bonn.

Weizsäcker war klug genug, für die bündnismäßige Absicherung seiner Regierungsbasis den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, und der ist nun gekommen. Mit seinem Koalitionsangebot zwingt er die Landes-FDP, die Richtungskämpfe in den eigenen Reihen zu entscheiden, so, wie es die Bundes-FDP, schmerzhaft genug, Anfang November auf ihrem Berliner Parteitag hinter sich gebracht hat.

Entsprechend chaotisch geht es zur Zeit in der Landespartei zu. Die Delegierten haben mit überzeugender Mehrheit die Grundsatzentscheidung für den Weg in die Koalition mit der CDU getroffen. Damit sind die Weichen gestellt. Denn sosehr auch der linke Flügel gegen diesen Beschluß Sturm läuft, er ist wohl nicht mehr umzustoßen. Will sie nicht in die Rolle einer Nachhut der Fußkranken geraten, so kann sich die Berliner FDP nicht der Logik der am 6. März gefestigten politischen Situation in der Bundesrepublik Deutschland entziehen. Der Wahlsieg Kohls hat Eckwerte gesetzt, die auch in Berlin gelten.

Fünf-Prozent-Kompromiß

Von Heinz Heck

Es hat schon etwas Bewegendes, wie die Spitzenvertreter der deutschen Wirtschaft über anderer Leute Geld öffentlich nachdenken. Otto Esser, Rolf Rodenstock, Paul Schnitker und Otto Wolff von Amerongen sprechen nur für Unternehmer; ihre so großherzig klingende Bereitschaftserklärung vom Freitag, auf die Rückzahlung der zwischen Union und FDP umstrittenen Zwangsanleihe zu verzichten, entpuppt sich damit als Offerte zum Nulltarif.

Denn ein Unternehmer müßte sich schon ungewöhnlich dumm anstellen, wenn er die Anleihe überhaupt zahlte, wo er sich durch eine Investition in fünffacher Höhe davon befreien kann. Aus seiner Sicht ist die Anleihe daher – Rückzahlbarkeit hin, Nichtrückzahlbarkeit her – nichts anderes als eine zwanzigprozentige Investitionszulage, also eine Investitionsförderung von beispiellosem Ausmaß. Kein Unternehmer, kein Freiberufler wird sich diese Prämie entgehen lassen.

Nur die übrigen Lohn- und Einkommensteuerzahler (soweit sie zu den Besserverdienenden im Sinne dieses Gesetzes zählen) haben nicht die Möglichkeit der Freizeichnung. Der am Wochenende bekanntgewordene Vorschlag (WELT vom 12. März), die Befreiungsmöglichkeit auch auf die übrigen Zahlungspflichtigen auszudehnen, könnte schon eher den gordischen Koalitionsknoten zwischen Union und FDP lösen. Die Idee ist ausgesprochen konstruktiv; ihre Realisierung ließe beide Partner ohne Gesichtsverlust wegkommen, brächte einen Investitionsanreiz auf breiter Front sowie einen Anstoß zur Vermögensbildung.

Der Umstand, daß diese Überlegungen aus FDP-Kreisen stammen, läßt außerdem die Schlußfolgerung zu, daß der kleine Koalitionspartner es in dieser zwar nicht gefechtsentscheidenden, aber für breite Unionskreise zumindest neuralgischen Frage nicht auf die Spitze treiben will.

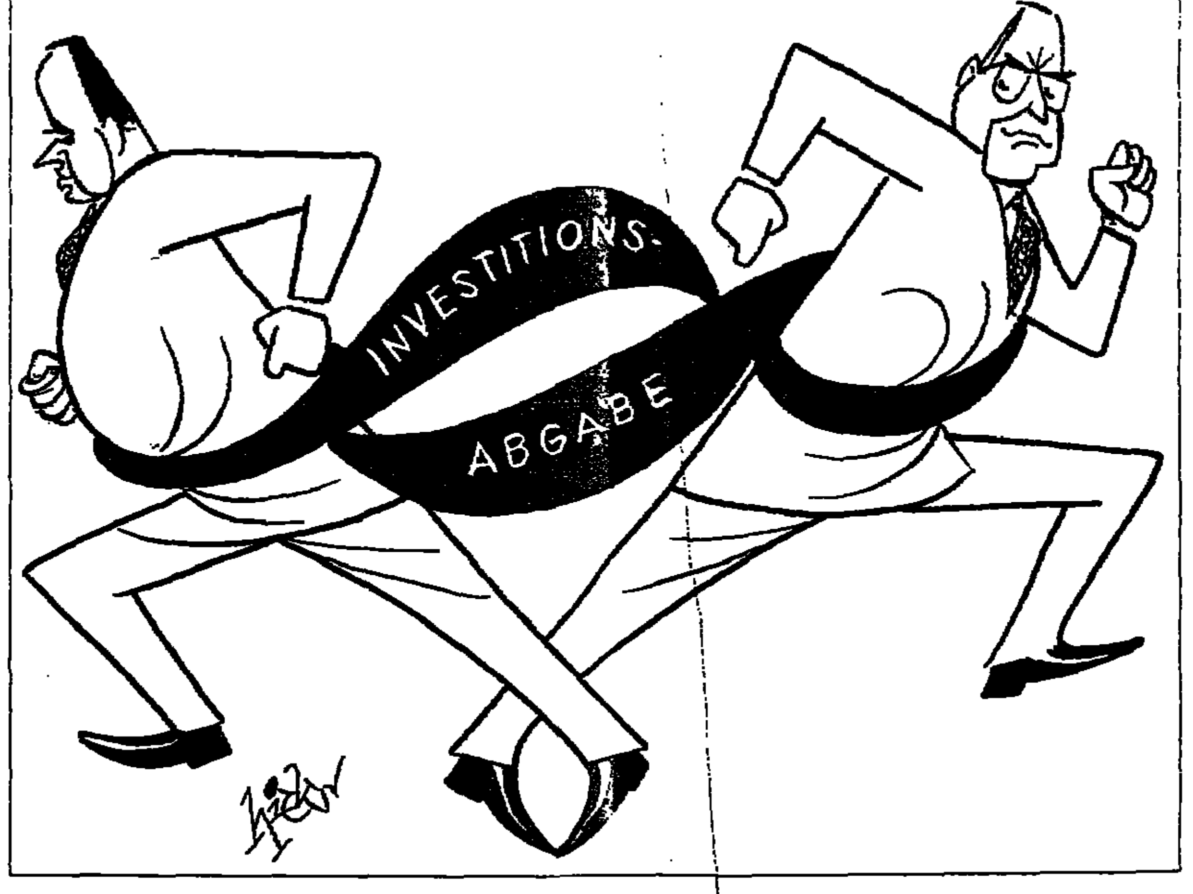
Gefahr des Mißbrauchs

Von Enno v. Loewenstern

Was macht man als Sozialdemokrat, wenn man mit einer Empfehlung sozialistischer Minister konfrontiert wird, „die Jugend über die Notwendigkeit der Verteidigung und den Zweck der allgemeinen Wehrpflicht" besser zu informieren? Dies hat der CDU-Verteidigungsminister Wörner den SPD-Kultusministern der Länder angetan, indem er ihnen (samt ihren Union-Kollegen) eben diese Empfehlungen der französischen Verteidigungs- und Erziehungsminister zusandte. Betreten antwortete Hamburgs Schulsenator Joist Grolle, er halte das französische Modell für „ungeeignet": Es sei „wohl nur in einem Land verständlich, das ein vergleichsweise ungebrochenes Verhältnis zu seiner militärischen und nationalen Tradition hat".

Wenn das heißen soll, daß die deutschen Schulen unter dem Einfluß des pseudoprogressistischen Zeitgeistes früherer Jahre versäumt haben, wichtige deutsche Traditionen ihren Schülern zu vermitteln, so sollten Grolle und Genossen schleunigst über ein Nachholen dieses Versäumnisses nachsinnen. Falls es heißen soll, daß ein Land, das einmal eine verbrecherische Regierung hatte, künftig kein Recht auf Verteidigung gegen ähnlich verbrecherische Regierungen habe, so sollte Grolle dies klar sagen.

Seit der sozialdemokratische Verteidigungsminister Apel nach den scheußlichen Krawallen deutscher „Friedensfreunde" gegen Bundeswehr-Gelöbnisfeiern die Kultusminister aufrief, für mehr Unterricht über „Bundeswehr und Wehrdienst" in den Schulen zu sorgen, haben die Kultusminister zwei Entwürfe vorgelegt: Der CDU-Entwurf fordert, wo es zur Sache geht, die sowjetische Bedrohung zu erläutern. Der SPD-Entwurf dagegen empfiehlt wortreich alles mögliche, auch, wie die Lehrer ihre Schüler zu Verweigerern erziehen sollen („... junge, vielleicht sprachlich ungeübte oder gehemmte Menschen in die Lage zu versetzen, das aussprechen zu lernen, was sie im Innersten bewegt. Auch die Gefahr des Mißbrauchs bzw. der Unterstellungen und Verdächtigungen darf Lehrer und Lehrerinnen nicht davon abhalten ..."). Aber zur Sache warnt der SPD-Entwurf vor „gesellschaftlichen Klischees, Vorurteilen und Feindbildern". Wofür wir dann überhaupt dies teure Instrument Bundeswehr brauchen, erfährt der Schüler dank dieser Minister-Pädagogen nicht – es sei denn, die neue Bundesregierung nutzt ihre Möglichkeiten, Aufklärung gegen Irreführung zu setzen.



Dankbarkeits-Erprobung ZEICHNUNG: HICKS/COPYRIGHT DIE WELT

Nervenkrieg mit anderen Mitteln

Von Carl Gustaf Ströhm

Die Bundestagswahl vom 6. März hat nicht nur einen innenpolitischen Verlierer produziert: die deutschen Sozialdemokraten oder, genauer gesagt, die Brandt-Bahr-Linie innerhalb der SPD. Ebenso gibt es auch einen außenpolitischen Verlierer: die Sowjetunion. Nie zuvor hat sich der Kreml so offen und brutal in einen deutschen Wahlkampf eingemischt. Selten zuvor hat sich die Moskauer Politik so gründlich verkalkuliert.

Der Wahlsieg der Unionsparteien und das tiefe Abrutschen der SPD sind zugleich auch eine schwere Schlappe für den neuen sowjetischen Parteichef Jurij Andropow. Die Art und Weise, wie das „deutsche Problem" in Moskau bearbeitet wurde, von „Prawda" und Tass bis zu den kaum verhüllten Drohungen Gromykos, hat die Vorschußlorbeeren für den neuen Mann – all das Gerede über den „hervorragend informierten", differenziert denkenden, genau kalkulierenden Andropow – zunächst einmal gründlich widerlegt. Unter Andropow sind die Schwächen sowjetischer Außenpolitik noch deutlicher als unter Breschnew zutage getreten: etwa das fundamentale Unvermögen, andere Länder und andere politische Systeme aus sich selbst heraus zu begreifen und die Besessenheit, durch Drohungen politische Wirkung erzielen zu wollen.

Totalitäre Systeme, besonders wenn sie auf einer „unfehlbaren" ideologischen Heilslehre basieren, sehen die Welt nicht so wie sie ist, sondern wie sie ihrer Meinung nach sein sollte. Es wird zwar viel vom sowjetischen Realismus und Pragmatismus gesprochen. Und in der Tat reagieren die Sowjets in Teilbereichen durchaus pragmatisch, sobald sie mit der Wirklichkeit konfrontiert werden. Da aber ihr ganzes Weltbild manichäisch ist, kann sich aus vernünftigen Teilerkenntnissen kein realistisches Gesamtbild ergeben. Das trifft auch auf den angeblich informierten Andropow zu – einen Mann, der noch nie in seinem 68jährigen Leben auch nur einen Tag in einem nichtkommunistischen Lande verbracht hat.

Die ganze Ratlosigkeit der Moskauer Deutschlandpolitik zeigte sich vor und nach dem 6. März am Verhalten gegenüber der SPD. Die Absicht, einer Vogel-Bahr-Brandt-Konstellation zur Macht zu verhelfen, wurde vom Kreml dermaßen plump in die Tat umgesetzt, daß sie selbst gutgläubige deutsche Wähler stutzig machen und in ihrem nationalen, staatlichen Empfinden beleidigen mußte.

Wenn es westlichen, ja sogar deutschen Beobachtern schwerfallen muß, zwischen der scheinbar überwältigenden Medien-Meinung und der wirklichen Volks-Meinung zu unterscheiden – wie soll dann ein Sowjetmensch erkennen, daß Fernsehen und Illustrierte oder Nachrichtenmagazine eben nicht repräsentativ für die Bundesrepublik sind? Es scheint, die Sowjets und andere kommunistische Machthaber waren in den letzten dreizehn Jahren auch auf die falschen deutschen Publikationen abonniert.

Jetzt, nachdem die Wahl vorüber ist, lassen die Sowjets die SPD erst einmal wie eine heiße Kartoffel fallen. Statt dessen entdeckt Moskau seine Sympathie für die Grünen (von denen es noch wenige Tage vor der Wahl in Kreml-Publikationen hieß, sie seien eine „zweifelhafte" und „unklare" Gruppierung). Damit aber gibt Andropow zu erkennen, daß er sich in seiner Deutschlandpolitik jetzt auf die außerparlamentarischen Kräfte, auf Straßendemonstrationen und auf einen extremen Flügel stützen möchte. Daß die Grünen ein Programm haben, welches in fast allen wirtschaftspolitischen und ökologischen Aspekten genau das Gegenteil der sowjetischen und kommunistischen Wirtschafts- und Wachstumstheorien darstellt, wird in Kauf genommen. Moskau benutzt jede destabilisierende Kraft für eigene, höhere sowjetische Zwecke. Lenins Lehre von den „nützlichen Idioten" steckt auch in Andropows Kopf.



In Kuba? Vor Alaska? Sprachrohr Sagladin FOTO: JUPP DARCHINGER

Da die Kommunisten noch nie etwas von parlamentarischen Mehrheiten hielten, können sie um so leichter auch auf gewalttätige Minderheiten setzen. Das ist nicht nur der Härtetest für die Bundesregierung; auch Amerika wird einbezogen – durch die Drohung Sagladins, Moskau könnte Mittelstreckenraketen unmittelbar vor den Grenzen der USA aufstellen, sei es (wie 1962 gehabt) in Kuba oder, wie neuerdings angedeutet wird, in der Nähe von Alaska. Womit man möglicherweise die Amerikaner ebenso hinter Reagan sammelt, wie man dazu beitrug, die Mehrheit der Deutschen hinter Kohl zu sammeln.

Die Regierung Kohl muß sich auf eine Doppel- und Dreifachstrategie gefaßt machen. Sicher werden die Sowjets auch versuchen, innerhalb der CDU/CSU Einbruchstellen zu finden – alles mit dem Ziel, ohne Konzessionen auszukommen und ihre Hegemonialposition in Europa zu sichern. Vergessen wir nicht: Die Macht des Sowjetimperiums beruht nicht auf Wirtschaft, nicht auf Ideen, sondern ausschließlich auf militärischen Mitteln. Erst wenn die sowjetischen Führer endgültig erkennen, daß diese militärische Macht sie nirgendwo hinführen kann, kann es im Kreml ein Umdenken geben.

IM GESPRÄCH Suharto

Der General bleibt

Von Marta Weidenhiller

Parlaments- wie Präsidentschaftswahlen gleichen in Indonesien eher einem Ritual, als daß sie dem freien Spiel der Demokratie dienen. So stand auch jetzt fest, daß Suharto (61), Präsident des 140-Millionen-Volkes seit 15 Jahren, vom Beratenden Volkskongreß für weitere fünf Jahre in seinem Amt bestätigt werden würde.

Gesichert war seine Wiederwahl schon durch den Ausgang der Parlamentswahlen im Mai 1982, bei der die Regierungspartei Golkar als Sieger unangefochten an der Spitze lag. Gestützt von den Militärs bietet Golkar auch dem Präsidenten Rückhalt.

Suharto, Sohn eines javanischen Bauern, schloß sich als junger Mann der holländischen Kolonialarmee an. Von 1945–49 kämpfte er dann auf seiten der indonesischen Nationalarmee gegen die Holländer. Als die Regierung Sukarno in den Wirren der Jahre 1956/66 (kommunistischer Putschversuch) scheiterte, übernahm die Armee in einer Art Zufallskonstellation unter General Suharto die Staatsführung. In zwei Jahren gelang es ihm, mit einem Mindestmaß an Zwangsanwendung Sukarno seiner Macht und Vorrechte zu entkleiden und zu isolieren. Die reale Macht ging auf Suharto über, ohne daß das Land erneut in gewaltsame Auseinandersetzungen gestürzt wurde.

Der „gelenkten Demokratie" Sukarnos stellte Suharto die „Neue Ordnung" gegenüber, die sich keiner neuen Ideologie verschreiben wollte, sondern der Lösung der wirtschaftlichen Probleme Vorrang einräumte.

Wirtschaftlichen Fortschritt hat Suharto erreicht: auch betrieb er im Gegensatz zu seinem Vorgänger



Erstmals auch ein Militär als Ver-ter: Suharto FOTO: CAMERA

wieder eine maßvolle Außenp tik. Er förderte die Zusammen beit mit dem Westen, vor allem d USA und Japan. Innerhalb Staatengruppe Asean nimmt In nesien eine gewichtige Stell ein. Bleiben wird vorerst jed die Distanz zu China. Eine Nor lisierung sei verfrüht, sagte er einigen Tagen vor dem Volksko greß.

Die Innenpolitik führt Suha am straffen Zügel. Einer imm differenzierter werdenden Ges schaft Indonesiens Rechnung tragen, hat er versäumt. Seine nahme, daß sich parallel zur w schaftlichen Entwicklung auch litische Fragen und soziale Prob me lösen würden, hat sich ni bestätigt. Ordnungsfaktor im L de bleiben die Streitkräfte. Künf wird auch – zum ersten Mal – Militär sein Stellvertreter sein.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

BERLINER MORGENPOST

Das Blockfreien-Treffen in Neu-Delhi wird hier beleuchtet:

Man muß wissen, daß die Blockfreien darauf festgelegt sind, ihre Konferenzen mit einer einmütigen Erklärung zu beschließen. Doch trotz Verlängerung vermochten die untereinander tief zerstrittenen Länder einen gemeinsamen Nennen nicht zu finden. So griff man gemäß alter Manier nach einem Sündenbock, der sich einhellig verdammen ließ. Als Sündenbock mußte Israel herhalten. Die 100 Delegationen schwangen sich zu flammender Empörung auf, weil es den Israelis im vergangenen Jahr im Libanon nicht gelungen war, einen Racheakt von Arabern an Arabern, dem 329 Menschen zum Opfer fielen, vorauszuahnen und zu verhindern. In Neu-Delhi erscholl wie aus einer Kehle der hundertfache Aufschrei, Israel müsse vor ein internationales Tribunal gestellt werden. Die entrüsteten Tugendbolde kniffen allerdings geflissentlich die Augen vor dem tausendfältigen Dauermassaker zu, das die Sowjets in Afghanistan, einem blockfreien Land, verübten. Auch daß in Indien, dem gastgebenden Land, ein grausames Blutbad stattfindet, war für sie nicht einmal eines Seitenblickes wert.

STUTTGARTER ZEITUNG

Das Gespräch Genschers bei Strauß glossiert das Blatt:

Die Herren führten ein sogenanntes Drei-Augen-Gespräch, weil Strauß nur das eine sprechen lassen konnte, das fest ins Weiße des Liberalen drang. Das andere hielt er immer wieder zugekniffen. Dann entführte der Bayer den Barbaren, den Freidemokratischen, ins Zentrum weiß-blauer Märzzeit-Zivilisation, zum Starkbieranstich auf den Nockherberg. Dort wurde Franz Josef Strauß zum König des Bayernlandes gekrönt. Der Kultusminister Hans Maier drückte ihm die Krone, die eigens zu diesem Zweck geweitet worden war, aufs Haupt. Der Außenminister staunte über das, was da auf der Salvator-Bühne geschah. Er verbot sich jedes parteiische Wort, hob den Starkbierkrug und rief: „Lang lebe der König!" Nur einen schwachen Moment lang fürchtete er nach der zweiten Maß, doch umzufallen. Da aber zeigte sich die ganze Güte des einheimischen Herrschers. Dieser verzichtete darauf, die Politik d Stärke wieder aufzunehmen u seinen Gast aufzufordern, die d te Maß in einem Zug zu leeren.

WESTFALEN-BLAT

Zu den Grünen im Bundestag mein Bielefelder Zeitung:

Ein Teil der Jungwähler läßt allein deshalb in basisdemokr sche Abenteuer verstricken, wei den sinnvollen Aufbau unserer mokratie mit deren sorgsamer lance der Gewaltenteilung n begriffen hat und sich offe auch nicht der Mühe untern die ihm zustehenden Möglich ten politischer Mitverantwort zu ergreifen. Hinter dem mark Ruf nach mehr „Transpa (Durchsichtigkeit) verbirgt das kleinlaute Eingeständnis Entscheidungsabläufe in uns politisch hochstehenden K nicht begriffen zu haben.

Rhein-Zeitung

Zu Kreisky und dem NATO-Dop schluß merkt das Koblenzer Blatt an:

Helmut Schmidt, dem gebe ten Mitinitiator des NATO-Dop beschlusses, wird späte Genu ung. Daß der sozialistische St präsident Frankreichs, Mitterr für friedenschaffendes Gleich wicht ist, war bekannt. Aber um die weithin moskautreue f zösische KPI ihren Chef March ein Bekenntnis zum Doppel schluß ablegen, also gegen die Z trale im Kreml, agieren läßt, unbeantwortet. Sollte March wirklich die Tatsachen zur Ke nis genommen haben? So wie erdings der souveräne Chefide der italienischen Sozialisten, Cr der tatsächlich den Mut hat zu gen, was ist: „Es hat keinen S die Vorbereitung zur Aufstell der Raketen zu unterbrechen erst muß man der UdSSR, die che Raketen bereits aufgestellt und immer neue herstellt, sa Hört auf!" Völlig perplex wer redliche Doppelbeschlußgegne unserer Republik sein, weil auch Österreichs sozialistis Kanzler Kreisky neueste Erke nis fließen läßt: Die SPD sei in letzten Monaten vom Doppe schluß der Regierung Schmidt gerückt. Grundsätzlich sei spannung in Europa nur Gleichgewicht der Mächte m lich.

Die radikale Minderheit setzte sich wieder durch

Diese „Botschaft von Neu-Delhi" wird Reagan kaum gründlich lesen / Von Manfred Neuber

Die „Botschaft von Neu-Delhi" kann die Welt kaum verändern. Andere Erwartungen der Blockfreien dürften sich sehr schnell als trügerisch erweisen. Wenn hundert Länder der Erde mit einer Stimme sprechen, gebietet es jedoch das Eigeninteresse des Westens, hinzuhören und gemeinsam über ihre Vorschläge zu beraten. Dazu geht von Neu-Delhi die dringende Aufforderung aus.

Der Gipfel hat eine Woche lang gekreißt und einen Elefanten geboren, so zahl- und umfangreich sind die verabschiedeten Dokumente. Ihr Gewicht ist unterschiedlich, je nachdem, ob sie von alter Polemik oder von neuem Realismus diktiert wurden. „Wird das alles auch Reagan lesen?", fragte selbstkritisch ein Diplomat, als die Konferenz noch um Formulierungen rang.

Die radikale Minderheit unter den Blockfreien, angestachelt von den Vollmitgliedern PLO und Swapo, setzte wieder ihre militante Linie beim Nahen Osten sowie dem südlichen Afrika durch und verschärfte die Stellungnahme zu Mittelamerika. Dagegen wird viel darüber gerätselt werden, ob der indische Entwurf der Schlußerklärung so gemäßigt gemeint war, wie er sich vorher ausnahm. Oder ob die neue Vorsitzende der Blockfreien, Indira Gandhi, damit nur guten Willen im Westen schaffen wollte, letztlich aber bereit war, Fidel Castro und Genossen nachzugeben. Merkwürdigerweise kamen keine Korrekturen „rechter" Entwicklungsländer in die Endfassung.

In den Streitfragen Afghanistan und Kambodscha blieb es beim Patt des früheren Konsensus. Die weiche Erwähnung tut Kabul und der Sowjetunion nicht weh. Andererseits ist Phnom Penh weiterhin ausgesperrt. Ein Zusatz über Ost-Timor fand keinen Eingang, weil Indonesien opponierte. Ein anderer über Korea, vom kommunistischen Norden inspiriert, floß, wenn auch in abgeschwächter Form, in das Schlußdokument ein, ohne daß ein Konsensus vorlag.

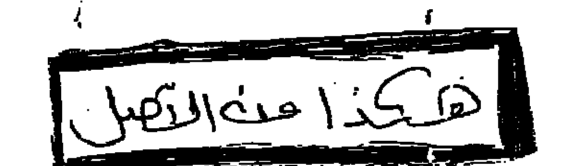
An der intransigenten Haltung des Revolutionsregimes in Teheran scheiterten alle Versuche, den Krieg zwischen Iran und Irak zu beenden. Der neue Friedensappell aus Neu-Delhi kann den Mißerfolg langer Vermittlung nicht verschleiern. Auch bei anderen Konflikten unter Blockfreien lassen sich nach dem Gipfeltreffen keine Resultate vorweisen. Die Friedenssicherung müßte schon im eigenen Lager beginnen.

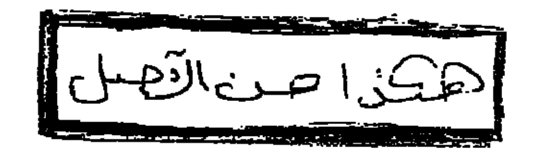
Um so leichter fiel es den hundert Staats- und Regierungschefs, schwere Geschütze gegen den „Rest der Welt" aufzufahren – gegen das Wettrüsten der Supermächte, gegen Neokolonialismus und gegen die als ungerecht empfundene Weltwirtschaftsordnung. Indiens Pragmatismus behielt zumindest hier die Oberhand. Sofortmaßnahmen zur Überwindung der Krise in der Dritten Welt sollen nicht auf die lange Bank geschoben werden, bis tiefgreifende Strukturänderungen möglich werden.

Indira Gandhi lehnte das Ansinnen ab, als Bittstellerin der Dritten Welt zu den Industrienationen zu reisen. Sie will den großen Nord-Süd-Dialog nach den einschlägigen Konferenzen der Unctad und der „Gruppe der 77" in Belgrad und in Buenos Aires bei den Vereinten Nationen führen. Indien ließ auch nicht zu, daß Drohungen mit einem Kartell der Schuldner den Norden gefügig machen sollten. Verständnis fände man dort nicht, wenn man den Gläubigern die Rückzahlungen streitig machen wollte.

In der Süd-Süd-Kooperat sollte der Delhi-Gipfel ei Durchbruch bringen. Aber die „Erklärung über kollek Selbsthilfe" enthält, muß die meisten Mitglieder e Enttäuschung sein. Au wohlklingenden Appellen verstärkten Zusammenar kam nichts heraus. Für Pro te wie eine Bank der Blockf en und ein gemeinsames Te nologie- und Wissenschaftsz trum sind zunächst Stud vorgesehen. Die reichen A ber halten sich mit dem fin ziellen Engagement zurück.

Die großen Reden in N Delhi unterschieden sich nig von dem alljährlichen P ver in der UNO-Vollversam lung. Aber wenn ihre Wie holung im eigenen Kreis Selbstvertrauen der ungeb denen Staaten stärkt und sc zur Stabilität in den Nord-S Beziehungen beiträgt, war Gipfel-Mühe vielleicht nicht umsonst.





einer Flut neuer elle, ausgefallener il-Ideen, verbesser- 'echnik und Verar- ngsqualität ver- . Japans Automo- lustrie an die lang- ge Erfolgs-Serie dem europäischen xt anzuknüpfen, urch die Fahrzeuge leutscher Fertigung etzten Jahr unter- hen wurde. Zusätz- elektronische Ex- sollen die fernöstli- Produkte reizvol- ıachen.



Der Nissan Prairie ist die erste Mittelklasse-Limousine, die große seitliche Schiebetüren hat

ie Antwort der Japaner heißt Technik

HEINZ HORRMANN

: Reihe der japanischen chriftzeichen im Mazda- iefdruck-Prospekt ist von aben unterbrochen, die für ı fremdartig und unlesbar urch Fernsehwerbung wur- n aber klargemacht, was sie en: „Autobahn", steht da in h, der neue „626", das euro- ıte Fahrzeug aus japani- Fertigung, ist autobahner- und standfest. Trotz Tempo- ɔit ein gewichtiges Werbear- : in Japan, wie etwa hierzu- leos, die in den Tropen gete- ırden, oder Sonnenöl, das ıf dem Himalaja bewährt

Monaten fahren Techniker, ıure und Reifenspezialisten panischen Automobilunter- ı ihre Vollgas-Tests bei chen „Autobahn-Grand- zwischen Hamburg und en. Nach wilden Drifts mit en Reifen werden an den pen Fahrwerke neu abge- und die Dämpfer-Feder- ılung verbessert.

solch ausgefallenen Ideen, ırgfalt, fernöstlicher Zähig- d letztlich einer Flut neuer e versuchen Japans Auto- ınternehmen, an die alte Er- rie anzuknüpfen, die vor al- ırch die glanzvollen neuen ıte aus Deutschland unter- n wurde. Obwohl im letzten lrei weitere Anbieter (Suba- ızuki und Daihatsu) nach ıhland kamen, gab es auf schon stark geschrumpften einen deutlichen Rückgang ıteile von 10,4 auf 8 Prozent. e Japaner war das nach Re- bel und Steigerungseupho- ıe völlig neue, ungewohnte on.

dezu kometenhaft war bis der Aufstieg verlaufen: An- er 70er Jahre wurde die Bun- ublik von Platz zwei der ngliste im Automobilbau ngt. Mit billigen, aber kom- ausgestatteten Fahrzeugen hwemmten die Unterneh- Europa und Amerika. 1980 1,8 Millionen neue Nippon- von den amerikanischen erhöfen. Nach Europa ver- en die flinken Asiaten 1,3 ıen Autos. In Deutschland des 10. neu zugelassene Auto ertigungshinweis „Made in '. Eine dramatische Ent- ng. Panik machte sich da- n den Chefetagen der deut- Autoindustrie breit. Und ur hier. Das Tempo der Pro- nsbänder diktiert wie eh den Takt des gesamten Wirt- rhythmus.

sich die Hysterie legte, be- man sich in den Entwick- entren der Unternehmen auf ıgenden. Mit herausragender Technik, exzellenten Autos von hoher Qualität und kostensenkenden Maßnahmen wurde die japanische Herausforderung bewältigt. Die Erfolge sind bekannt. Fahrzeuge wie der Audi 100, die 3er Serie von BMW, der neue „kleine" Mercedes, auch der Sierra von Ford und Opels Kleinster „Corsa" wurden weltweit mit dem Prädikat „Spitzenklasse" ausgezeichnet.

Doch wie nach dem ersten mißglückten Anlauf auf dem europäischen Markt, damals noch mit barocken, schwulstigen Karossen, reagierten Toyota, Nissan, Toyo Kogyo (Mazda), Honda und Mitsubishi schnell.

Diesmal entwickelten die Techniker weiter und kopierten nicht wie in den 60er Jahren fertige Erfolgsmodelle. In den Entwicklungszentren wurden echte Alternativen zu den Europäern auf die Räder gestellt. Das allgemeine Urteil über die fernöstlichen Hersteller in den traditionellen Autoländern, „Billige Technik, billige Preise – viele Extras, aber geringer Wiederverkaufswert", wurde gründlich korrigiert. Die Fähigkeit, sich stets den geforderten und wechselnden Marktgegebenheiten anzupassen und in kürzester Zeit sensibel zu reagieren, führte zwangsläufig zu einem Austausch der Philosophie: weg von der preiswertesten Möglichkeit der A-nach-B-Beförderung. Hochwertige Detailarbeit und revolutionäre Ideen machen die neue Offensive stark.

Einige Beispiele: Der Nissan Prairie, der in den nächsten Monaten angeboten wird, ist die erste Mittelklasse-Limousine, die große seitliche Schiebetüren und eine bis auf den Wagenboden reichende Heckklappe hat. Noch nie zuvor konnte man den Raum in einem Auto so konsequent nutzen, denn bei geöffneten Seitentüren bleibt kein Mittelholm, die sogenannte B-Säule, zurück. Dadurch entsteht eine seitliche Öffnung, die es möglich macht, sogar eine Motocross-Maschine, die Fahrräder der ganzen Familie oder eine Golf-Ausrüstung zu transportieren. Da das Auto auch noch komfortabel ausgestattet und unter 18 000 Mark kosten wird, werden mit Sicherheit viele Familien auf den Neuling mit Kleinbuswerten umsteigen.

Modernste Technik bietet der neue Honda Prélude. Der Motor hat drei Ventile pro Zylinder und zwei Flachstrom-Gleichdruck-Vergaser, die für 105 PS aus 1,8 Liter Hubraum sorgen. Dazu ein neuentwickeltes, preiswerteres Anti-Blockier-Bremssystem und ein Fahrwerk, das beim Test einer Automobilfachzeitung ebenso gute Werte erzielte wie die hochgelobte Raumlenkerhinterachse von Daimler-Benz.

Japans größter Automobilhersteller Toyota verwendet als erstes Werk der Welt mit Keramikfasern verstärktes Metall in der Motorenproduktion. Diese Entwicklung beschert in der Massenproduktion von Hochleistungsmotorteilen eine bis dahin nicht gekannte Beständigkeit gegenüber Reibung und Hitze. Das führt zu verbesserter Motorleistung, optimaler Kraftstoffausnutzung und Geräuschsenkung.

Die vierradgetriebenen Modelle werden immer ausgefallener. Als kleiner Kompaktbus für neun Personen kommt Mitsubishis L 300 Allrad zum Automobilsalon nach Deutschland. Es ist das erste Fahrzeug dieser Art auf dem Weltmarkt.

Neben kompletten Autos meldeten japanische Firmen in den letzten Monaten nahezu 100 Einzelpatente an. Das reicht von neuartigen Herstellungsverfahren für einbaufertige Genauteile über neue Hinterachskonstruktionen, Ausgleichwellen im Vierzylinder-Motor und elektronischen Automatikgetrieben bis zu richtungweisenden Neuheiten auf dem Gebiet der Elektronik. So entwickelte Nissan ein Müdigkeitswarnsystem. Über im Lenkrad installierte Sensoren werden typische Bewegungen und Reaktionen eines schläfrigen Fahrers registriert und über ein elektronisches System an einen Lautsprecher weitergegeben. Sofort folgt die Aufforderung: „Sie werden müde, machen Sie eine Pause!" Ein Navigationsgerät, mit dem ohne Landkarte jeder beliebige Ort angesteuert werden kann, wird bereits als Extra angeboten.

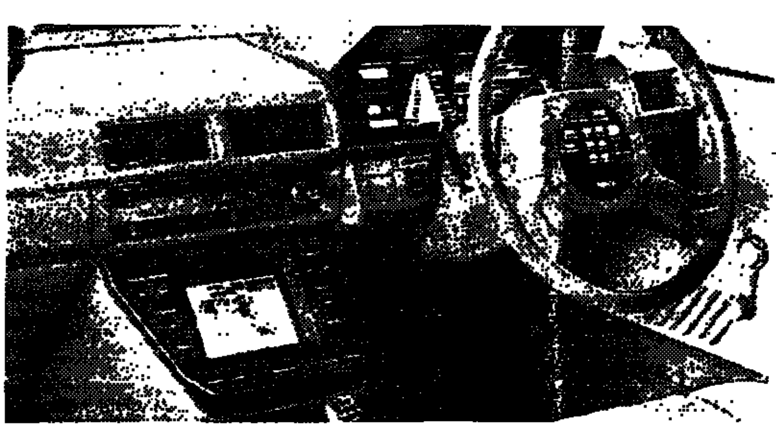
Nicht nur die Endprodukte erreichen nie gekannte Attraktivität, auch die Fertigungsmethoden wurden in kürzester Zeit perfektioniert. Ein Besuch im neuen Mazdawerk Hofu macht das deutlich:

Der metallisch glänzende Kugelkopf springt auf Rot; ähnlich einer Lichtorgel drehen sich die grünen Farbdüsen zur Seite, die roten rasten ein. Sekunden später wird die Rohkarosserie an Fanghaken völlig gleichmäßig lackiert und dann automatisch in den Trockenraum geführt. In der ersten vollautomatischen Lackiererei der Welt ist stundenlang kein Mensch zu sehen. Morgens speichert der Computer die Reihenfolge der Farbwünsche, dann steuert das Elektrogehirn den weiteren Arbeitsablauf. Eine zweite Neuheit gibt es in dieser Produktionsstätte, in der monatlich 20 000 komplette Autos und 7000 Montagesets gefertigt werden. Im Rostschutzbad wird Lufteinschluß, der später zu Rostflecken führt, dadurch verhindert, daß die Rohkarosserie in einem Wellenbad geschaukelt und geschwenkt wird.

Umprogrammierung in den modernen japanischen Fabriken ist heute eine Frage von Minuten. So können die Roboter am Fertigungsband von Nissan problemlos bis zu acht Modell-Varianten zusammensetzen. Ein technischer Vorsprung, den die Japaner sehr geschickt zu nutzen verstehen.

Doch nichts im Leben ist perfekt. Auch bei den Japanern nicht. Solange die Autos und Motorräder aus Nippon-Fertigung weiterhin einer derart schnellen und sich zunehmend beschleunigenden Abfolge kosmetischer Änderungen unterliegen, wird sich die verwirrende Vielfalt von Modellreihen, Karosserieformen und Bezeichnungen nicht klären. Ein Resümee zog Fords Topmanager Robert Lutz: „Zum Glück für die westlichen Hersteller führen der permanente Modellwechsel und die vielen unterschiedlichen Varianten zur Verunsicherung der Verbraucher." Trotz glänzender Technik würde das Entstehen eines klaren Produkt-Images verhindert, woraus auch in Zukunft ein niedrigerer Wiederverkaufswert resultiere.

Wohl selten haben sämtliche Kollegen der westlichen Autofirmen so einhellig gewünscht, daß der Ford-Mann recht behalte.



Beim automatischen Wegweiser (links im Bild) wird eine Landkartenfolie eingeschoben und der Maßstab eingestellt. Ein wandernder Leuchtpunkt weist den gewünschten Weg. FOTOS: DIE WELT

Straßburg – die Stadt hat sich an die Europäer gewöhnt

Von ULRICH LÜKE

Robert Schuman, der frühere französische Außenminister aus Lothringen, wußte es schon vor 34 Jahren: „Die Tatsache, daß ein Lothringer für Straßburg als Sitz des Europarates votiert, ist ein Beweis dafür, daß es jetzt schon einen europäischen Geist gibt." Schuman hatte damals für seinen Teil, für die Überwindung der lothringisch-elsässischen Rivalität, recht, wenn auch nicht er, sondern der britische Außenminister Ernest Bevin auf die Idee gekommen war. Doch Straßburg und seine europäischen Institutionen wurden Symbol für eine ganz andere Aussöhnung – für die zwischen Deutschen und Franzosen.

Heute ist auch dies schon selbstverständlich, hat die Carrefour de l'Europe, die Kreuzung Europas, wie sich die elsässische Metropole gern nennen läßt, ganz andere Probleme mit dem europäischen Geist. Denn für viele EG-Abgeordnete und -Beamte ist Europa heute kaum noch eine Sache der Ideen, der weitreichenden Gedankenflüge, sondern eine Frage der Technik. Das Problem, die Abgeordneten des Europäischen Parlamentes Monat für Monat für eine Woche an die Ill zu transportieren, bereitet den Mitarbeitern des Straßburger Oberbürgermeisters Pierre Pflimlin denn auch mehr Kopfzerbrechen als der politische Zustand der Gemeinschaft.

Nein, man profitiere von der Anwesenheit des Europa-Parlamentes wirtschaftlich kaum, sagt Pflimlin. Schließlich habe man 200 000 Touristen jährlich in der Stadt, was mache da schon das Europa-Parlament mit seinen maximal 1500 Gästen aus? Pflimlin pflegt das Image einer selbstlosen Stadt, einer Stadt, die für Europa einer historischen Aufgabe gerecht werde. Aber um Franc, um Bergeld in den Kassen gehe es nun wirklich nicht.

Das Geld in die Kassen bringen die Touristen, die Arbeit für Pflimlin und seine Mitarbeiter im Rathaus am Broglie-Platz bringt Europa. Ein beigeordneter Bürgermeister, ein Maire Adjoint, kümmert sich, unterstützt von einer eigenen Europa-Abteilung, um die Belange von Parlament und Europarat. Denn den Abgeordneten des Jahres 1983 kümmert die wechselvolle Geschichte der elsässischen Hauptstadt, die sie dazu prädestiniert, einmal Hauptstadt Europas zu sein, wenig. Er ärgert sich darüber, daß es keine Flugverbindung mit Frankfurt gibt, daß der Zug aus Deutschland immer noch 15 Minuten an der Grenze Aufenthalt hat und daß der Taxistand vor dem Parlament immer gerade dann unbesetzt ist, wenn er eins braucht.

Was in anderen Städten alleinige Sache der Fluggesellschaften wäre, die Aufstellung des Flugplans nämlich, hat Straßburgs OB selbst in die Hand genommen. Und so landet denn jeden Montag einer Sitzungswoche eine Boeing 727 der Olympic Airways auf dem Flug Athen–Brüssel außerplanmäßig in Straßburg, um griechische Abgeordnete und Journalisten auszuladen. Zwei Stunden später folgen mit Abstand die Sondermaschinen aus Dublin über London, aus Kopenhagen über Rotterdam und aus Rom über Mailand. Vier Flugzeuge nur, aber damit ist das halbe Europäische Parlament schon vor Ort. Vor den Toren des neuerbauten Flughafens Enzheim hat die Stadt Autobusse eingesetzt, die die Damen und Herren Abgeordneten an ihren Arbeitsort bringen.

Auch die ansonsten berühmt-berüchtigte CRS, eine Spezialeinheit der französischen Polizei, die auch die Parlamentsumgebung sichert, behandelt die Europäer zuvorkommend. Wittert sie auch nur von weitem einen Abgeordneten in der Nähe des Fußgängerstreifens vor dem Europa-Parlament, schaltet sie die Ampeln auf Grün: freie Bahn dem Volksvertreter.

Zuvorkommend wie die CRS ist auch die Protokollabteilung des Rathauses. Man sagt es nicht gern öffentlich, schließlich klagen die Straßburger über angeblich erhöhte Lokalsteuern wegen Europa, aber es ist dennoch so: Wenn der Abgeordnete XY aus Manchester mal wieder in Zeitnot ist und nicht über London nach Straßburg, sondern lieber direkt nach Frankfurt fliegt, steht halt am Main ein Dienstwagen der Stadt bereit, um ihn an die Ill zu chauffieren. Das ist selbstverständlich eine Ausnahme.

Straßburg macht sich über Europa keine Sorgen, sondern Gedanken. Die Stadt hat sich an die Europäer gewöhnt. Für die Älteren hat diese Gastrolle hohen Symbolgehalt, für die Jüngeren weniger. Aber da der Oberbürgermeister erst jüngst wieder nachgewiesen hat, daß Europa die Kommune wirklich nicht viel kostet, regt sich kaum jemand auf.



Oberbürgermeister Pierre Pflimlin machte Straßburg zur Europa-Stadt FOTO: FÖRSTERLING/DPA

Daß Europa Straßburg nicht viel kostet, hat seine Ursache in einer Autofahrt. Sie führte im Juni 1979 den damaligen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing zusammen mit Pierre Pflimlin ins Rathaus. Im Fond der Dienstlimousine schlug Giscard vor, Straßburg für seine europäische Aufgabe zu entlasten. Gesagt, getan. Mit einem Dreijahresvertrag sicherte der französische Staat die Defizite der Sonderflüge für die Parlamentarier und manch andere Extrakosten ab. Damit war ein Wandel geschaffen. Denn, so erklärt Pflimlin: „Jahrelang haben wir ohne Rückendeckung gefochten. De Gaulle und Pompidou haben sich für uns kaum interessiert." Heute ist der OB sicher, François Mitterrand werde es ebenso halten wie Giscard. In diesem Frühjahr ist die Verlängerung des Kontraktes fällig.

Ohne Pflimlin hätte sich die Stadt an der Ill ihre europäische Berufung bestimmt nicht sichern können. Der Erfolg gibt dem 76jährigen Bürgermeister, der in diesen Tagen das Rathaus nach 24jähriger Amtszeit verläßt, aber Europa-Abgeordneter bleiben wird, recht. Die Stimmung der Abgeordneten hat sich zugunsten von Straßburg gewandelt. Natürlich gibt es immer noch viele, die aus technischen Gründen Brüssel den Vorzug geben, wie jetzt zur April-Sondersitzung des Parlaments. Allen voran der momentane Parlamentspräsident Piet Dankert. Aber die behutsame Behandlung, der Service im Hintergrund, den Pflimlin und seine Stadt den Abgeordneten zukommen lassen, haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Dabei kann man es Pflimlin abnehmen, daß die Stadt wenig von Europa profitiert. Wirtschaftlich zumindest. Gewiß, das Prestige ist gestiegen, aber 1500 Europäer lassen in einer Woche pro Monat nicht so viel Geld in den Mauern Straßburgs, daß die Stadt ohne sie nicht leben könnte. Profitiert haben, keine Frage, die Hotels, profitiert haben Restaurants, übrigens nicht nur die teuren.

Aber der Immobilienmarkt spürt kaum etwas. Im teuren Villenviertel rund das Palais de l'Europe – ein wohltuender Kontrast zu dem Abbruchviertel, das die Anwesenheit von Kommission und Ministerrat in Brüssel hat entstehen lassen – waren die Mieten immer schon hoch. Schließlich ist Straßburg seit eh und je eine Bürgerstadt. Und kaum ein Abgeordneter hat in Straßburg und Umgebung eine eigene Wohnung oder wie der deutsche Christdemokrat Heinrich Aigner gar ein eigenes Haus. Man wohnt im Hotel und schläft auch schon mal im eigenen Büro. Wozu gibt es da schließlich eine Couch und eine Dusche. Die Zimmer mit Couch und Dusche waren übrigens auch eine Idee der Stadt. Sie schuf vor Jahren einen Anbau an das Palais de l'Europe, das dem Europarat gehört. In diesem Anbau, europäisch-technokratisch nur Immeuble du Parlement Européen (IPE) genannt, haben jetzt alle Abgeordneten ein eigenes Zimmer, müssen es nicht mit einem Beamten des Europarats teilen. Über 20 Millionen Franc kostet das den Mieter Europa jährlich. Sie gehen in das Stadtsäckel.

OB Pflimlin selbst ist übrigens altmodisch geblieben. Er nutzt sein neues Parlamentsbüro kaum, sitzt lieber weiter bei einem Beamten des Europarates, weil dessen Büro näher am Plenarsaal (unterm Ausgang) liegt.

Mieter ist Europa vor allem deshalb, weil alle seine Sitzorte ja provisorisch sind. Da will man keine Fakten schaffen. Doch die Stadt hat vorgesorgt. Rund um die Ill gibt es Gelände genug, um auszubauen. Der nächste Ausbau kommt bestimmt, der des Plenarsaals für die neuen Mitglieder Spanien und Portugal. 82 Sitzplätze zusätzlich müssen geschaffen werden. Das sollte eigentlich in diesem Sommer geschehen, ist aber noch nicht entschieden.

Dem Konkurrenten Luxemburg hat man wegen dieser Umbaupläne bereits einen Gefallen angekündigt. Im Juli und im September scheint das Parlament nach jahrelanger Pause wieder einmal im Großherzogtum tagen zu wollen. Da die Abgeordneten im Juli '81 Luxemburg jedoch von der Sitzungsliste strichen, haben die Luxemburger geklagt. Der Europäische Gerichtshof sah aber keinen Verstoß. In Straßburg war man schon vor der Entscheidung gelassen: „Wenn das Parlament hier weggeht", hieß es im Rathaus, „werden wir die Abgeordneten noch zum Bahnhof bringen." Doch lieber holen sie sie natürlich weiterhin dort ab.

KP-Chef: China nach Mao wieder näher bei Marx

AFP, Peking

Hu Yaobang, Generalsekretär der chinesischen KP, hat gestern in einer Rede zum 100. Todestag von Karl Marx die nach dem Tode Mao Zedongs in China durchgesetzten Reformen verteidigt.

Diejenigen, die von Verrat am revolutionären Erbe Maos sprechen, seien „inkompetente Zensoren", sagte Hu vor 10 000 Zuhörern am Sitz des Nationalen Volkskongresses. Mit der Lockerung des Kollektivsystems im Agrarsektor seien gewisse „schwere Mißverständnisse über das sozialistische Wirtschaftskonzept und die Massenproduktion" korrigiert worden. Das nach-maoistische Regime sei zu den echten marxistischen Prinzipien zurückgekehrt und habe den Irrtum einer systematischen sozialen Gleichschaltung berichtigt. Hu antwortete damit den Parteifraktionen, die ihm eine RücLkehr zum Kapitalismus auf dem Lande vorwerfen, wo 80 Prozent der Milliarden-Bevölkerung Chinas leben.

Auf der Feier, der auch Chinas „starker Mann" Deng Xiaoping und Premierminister Zhao Ziyang beiwoKnten, sagte Hu weiter, der „große Steuermann" Mao habe China den wahren Weg des Marxismus gewiesen. Doch habe dieser „große Marxist" es nicht vermeiden können, gegen Ende seines Lebens selber schweren Irrtümern zu verfallen. Jedes Land und jede marxistische Partei müsse einen eigenen Weg finden.

Duarte will wieder Staatschef werden

AFP, San Salvador

Seine Anwartschaft auf das Amt des salvadorianischen Staatspräsidenten hat der führende Christdemokrat und ehemalige Staatschef José Napoléon Duarte bekräftigt.

Duarte sagte am Wochenende in San Salvador, die Führungsgremien seiner Partei würden ihn oder den amtierenden Außenminister Fidel Chavez Mena als christdemokratischen Präsidentschaftskandidaten nominieren. Anläßlich des Papstbesuches hatte der amtierende Staatschef von El Salvador, Alvaro Magana, die Abhaltung vorgezogener allgemeiner Wahlen noch für dieses Jahr angekündigt. Die Entscheidung erfolgte auf Druck der USA, die offenbar Duarte unterstützen. Duarte bezeichnete die Regierung Magana als „schwach" und „ohne Entscheidungskraft".

Durchsuchung von CDU-Büros bestätigt

dpa, Stuttgart

Die Landes- und Bezirksgeschäftsstelle der CDU in Stuttgart ist in Zusammenhang mit staatsanwaltlichen Ermittlungen in einer Parteienspendenaffäre durchsucht worden. Das bestätigte gestern CDU-Landesgeschäftsführer Walter Penther. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel" hatte berichtet, daß am vergangenen Donnerstag insgesamt 31 Büros von Parteien, Personen und Vereinen durchsucht worden seien. Die Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg ermittele gegen zwei Vereinigungen zur Beschaffung von Parteienspenden – „Verband der Wirtschaft Baden-Württembergs zur Bildung neuen Eigentums" und „Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft Baden-Württemberg" – wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung. Die beiden Organisationen sind nach Angaben des „Spiegel" als gemeinnützig anerkannt und haben CDU und FDP mit Millionenbeträgen bedacht.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Das Tor zur Versöhnung ist geöffnet worden

Von HUBERTUS PRINZ zu LÖWENSTEIN

Als Christ, würde ich sagen – genauer noch: als Katholik – kann man nicht mit einer einzigen Lunge atmen. Man muß zwei Lungenflügel haben, den westlichen und den östlichen."

Das sagte Papst Johannes Paul II. am 31. Mai 1980 in Paris vor römisch-katholischen, griechisch-orthodoxen, anglikanischen und evangelischen Christen. In einem Nachsatz nahm er Bezug auf seinen Besuch am 29. und 30. November 1979 beim ökumenischen Patriarchen Demetrios I. in Konstantinopel.

Das gleiche hat der Papst bei einer Darlegung der „Ökumenischen Kontakte" vor der Römischen Curie am 28. Juni 1980 zum Ausdruck gebracht. Er wies dabei auf seine Begegnungen mit den Patriarchen von Moskau und Bulgarien hin, er erwähnte auch die 450. Jahresfeier der von Mechton erarbeiteten Confessio Augustana, der Magna Charta aller lutherischen Christen.

Aber im Mittelpunkt der ökumenischen Bestrebungen in den vergangenen 20 Jahren stehen doch die Versöhnung und die stete Vertiefung der Beziehungen zwischen der römisch-katholischen und der griechisch-orthodoxen Kirche. Seit 1054 waren sie getrennt und standen einander oft feindlich gegenüber.

Damals haben Papst Leo IX. der Große – der bedeutendste deutsche Papst, ein Vetter Kaiser Heinrichs III. – und der Patriarch von Konstantinopel, Michael Kerullarios, einander mit dem Bann belegt, ein für die ganze Christenheit erschreckender Vorgang, den Papst Leo zu vermeiden versucht hatte.

Dogmatisch ging es um den Unterschied im Nicaenischen Credo. Im katholischen heißt es vom Heiligen Geist: „Ausgegangen vom Vater und vom Sohne". – Qui ex Patre Filioque procedit. In der östlichen Liturgie fehlt das Filioque, wie in neuerer Zeit kein Geringerer als Hegel nachgewiesen hat. Das ist ein ganz wesentlicher Unterschied für die Konzeption der Trinität. Auch um das westliche Zölibat ging es. Aber entscheidend war vielleicht doch der universale Primatanspruch der Päpste als Nachfolger des Apostelfürsten Petrus.

Dieser sowohl geistliche als auch politische Ost-West-Konflikt hat jedoch seine Wurzeln viel tiefer in der Geschichte. Sein Ursprung geht etwa auf das Jahr 200 v. Chr. zurück, als die mächtige römische Republik sich in Griechenland festzusetzen und auszudehnen begann. Bei den Isthmischen Spielen, 196 v. Chr., erklärte der römische Proconsul Titus Quinctius Flamininus Griechenland für „frei", und nach der Zerstörung von Korinth, 146 v. Chr., wurde Griechenland in die römische Provinz Achaia umgewandelt.

Das 330 n. Chr. von Konstantin dem Großen gegründete Konstantinopel entwickelte sich zur blühenden Millionenstadt, während Rom von seinen Herrschern verlassen wurde. Kein Wunder, daß die Patriarchen am Bosporus sich immer mehr als Oberhaupt der ganzen Christenheit betrachteten – ein Anspruch, den die Nachfolger Petri in Rom niemals anerkannten.

Versöhnungsversuche – mit zeitweiligen Erfolgen – hat es zwischen West und Ost, zwischen dem eigentlichen und dem „Neuen Rom", immer wieder gegeben, so 1439 beim Konzil von Florenz und Ferrara, als die Türken schon drohend vor Konstantinopel standen. Für ein gemeinsames Credo ergab sich eine Einigungsformel, und in unseren Tagen erhielt sie entscheidende Bedeutung.

Die neue Epoche der Ost-West-Beziehungen begann am 29. Januar 1962 mit einem Gespräch zwischen dem ökumenischen Patriarchen Athenagoras I. und dem Autor dieses Berichtes im Phanar zu Konstantinopel.

„Ich habe die Wahl dieses Papstes (es war Johannes XXIII.) mit den Worten des Evangelisten begrüßt", sagte der Patriarch, „,Es ward ein Mensch von Gott gesandt, sein Name war Johannes'." Auf die Frage, wie er überhaupt zum Papsttum stehe, antwortete er: „Der Papst ist der Erste Bischof der Christenheit. So steht es im kanonischen Recht seit neunzehnhundert Jahren."

Auch das zweite Problem, das Ost und West so lange getrennt hatte, den Dogmenstreit um das Filioque, löste der Patriarch mit einer Antwort, die der christlichen Öffentlichkeit immer noch zu wenig bekannt ist: „Für mich ist diese Frage entschieden durch das Konzil von Florenz und Ferrara: ,Unter Mitwirkung des Sohnes' – Filio Cooperante. Wenn gewisse Kreise des niederen Klerus und des Volkes aus Haß gegen Rom diese Einigungsformel zerrissen, berührt das mich, das Oberhaupt der orthodoxen Kirche, in keiner Weise."

Auf der Grundlage dieser bedeutsamen Erklärung kam es am 4. und 5. Januar 1964 in Jerusalem zur Begegnung zwischen dem Patriarchen und dem neuen Papst Paul VI., Johannes XXIII. war am 3. Juni 1963 gestorben. Im Nachruf auf ihn sagte der Patriarch: „Das Tor, das dieser Papst geöffnet hat, kann nie wieder geschlossen werden."

Vom 26. bis 28. Oktober 1967 weilte der Patriarch als Gast des Papstes in Rom. Schon am ersten Tag fand im Petersdom – zum ersten *Male* in seiner Geschichte – ein gemeinsamer feierlicher Segensgottesdienst dieser beiden Häupter der Christenheit statt.

Bei der letzten Begegnung im Phanar, im April 1969, äußerte der Patriarch „den heißen Wunsch", nunmehr mit dem Papst einen eucharistischen Gottesdienst feiern zu können. Ein Wunsch, der nicht in Erfüllung ging, dem aber Papst Paul VI. gleichfalls Ausdruck gab. Am 9. Juli 1972, als der Tod des Patriarchen bekannt wurde, sagte er vor der zehntausendköpfigen Menge auf dem Petersplatz: „Auch wir begehrten, mit ihm aus dem gleichen Kelch zu trinken, zur Feier des Eucharistischen Gastmahls. Nun muß dieses unerfüllte Verlangen sein Erbe und für uns eine Verpflichtung bleiben."

Unter dem Pontifikat von Johannes Paul II. haben die „Ökumenischen Kontakte" an Bedeutung zugenommen. Setzt doch dieser von paulinischem Missionseifer erfüllte Papst, trotz der schweren Verwundung, die er durch das Verbrechen vom 5. Mai 1981 erlitt, seine Reisen zu allen Völkern und Glaubensgemeinschaften fort.

Zwischen dem „Ursprünglichen Rom" – so heißt es in einer Botschaft des ökumenischen Patriarchen Demetrios I. – und dem „Neuen Rom" finden regelmäßige Konsultationen statt. Zu den Delegationen gehört meistens der Doyen des Heiligen Synods des ökumenischen Patirachats, Metropolit Meliton. Ständiger Vertreter des ökumenischen Patriarchen ist der Archimandrit Spyridon Papagheorgiou von der griechisch-orthodoxen Kirche Sankt Andreas in Rom.

Auch Abgesandte der koptischen (monophysitischen) Kirche – getrennt seit dem Konzil von Chalkedon im Jahre 451 – wurden vom Papst empfangen. Mit den evangelischen Kirchen und mit den Vertretern verschiedener amerikanischer Konfessionen hält Papst Johannes Paul II. gleichfalls Kontakt.

Unter dem Vorsitz von Kardinal Jan Willebrands besteht nahe dem Petersplatz das „Sekretariat für die Einheit der Christenheit". Geleitet wird es vom französischen Pater Pierre Duprey. Im Geiste eines „Laienapostolats" werden alle Gläubigen ermutigt, ihrerseits zu einer Vertiefung der ökumenischen Beziehungen beizutragen.

Das Tor, von dem der Patriarch Athenagoras sagte, es könne nie wieder geschlossen werden, ist also von Papst Johannes Paul II. noch weiter geöffnet worden.

Weizsäcker: Kontinuität bewahren

dpa/AP, Köln/Fulda

In der Deutschlandpolitik wird es nach Auffassung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker (CDU), unter der neuen Bundesregierung keine Wende geben. Weizsäcker sagte gestern in einem Interview des Deutschlandfunks. Kontinuität werde das beherrschende Element der Deutschlandpolitik bleiben.

„Man kann, will und wird nicht in unserer geopolitischen Situation den untauglichen Versuch machen, quasi herauszuspringen aus der eigenen Geschichte. Wir können nicht wieder da anfangen, wo wir vor 15 Jahren waren", sagte der CDU-Politiker.

Der juristische Tatbestand, daß die Ostverträge keine friedensvertragliche Grenzregelung ersetzten, ist nach den Worten von Weizsäckers unstreitig. Einseitige Änderungen bestehender Grenzen seien aber ausgeschlossen. Es sei „unser ureigenstes Interesse", einen Weg zu suchen, mit dem auf die Dauer „wir und alle unsere Nachbarn auch wirklich innerlich in Frieden leben können". Versuche einer Provokation oder „Konfrontation im Verbalen" seien nicht hilfreich. Äußerungen von Unionspolitikern zur Deutschland- und Ostpolitik aus der jüngsten Zeit seien auch nicht in diesem Sinne zu verstehen.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag, Alfred Dregger, hatte am Wochenende vor dem 17. Parteitag der Exil-CDU in Fulda von den „sogenannten Ostverträgen" gesprochen. Sie seien „formalisierte Gewaltverzichtsverträge", aber keine Grenzänderungsverträge. Dregger sprach sich für die Einheit beider deutscher Staaten auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts aller Völker aus. Er forderte „haßfreie Zonen" in Europa, zuerst in den beiden deutschen Staaten.

Die Exil-CDU versteht sich als „politische Vertretung der christlichen Demokraten Mitteldeutschlands". Ihr Vorsitzender, Johann Baptist Gradl, sagte auf der Tagung in Fulda, der Weg zu einer Friedensordnung in Europa könne nur über die Bereitschaft der Sowjetunion, der „DDR" Selbstbestimmung zu geben, freigemacht werden.

Fishbowl – das US-Herz in Europa

Die WELT besuchte das amerikanische EUCOM-Hauptquartier in Stuttgart-Vaihingen

XING-HU KUO, Stuttgart

Mitte Dezember 1982 wurde die deutsche Öffentlichkeit aufgeschreckt: Angeblich planten die USA die Verlegung des US-Armeehauptquartiers für Europa von Stuttgart nach England. Inzwischen ist klargestellt, daß nur in einem Kriegsfall ein solcher Umzug vorgesehen ist. Der Stuttgarter WELT-Korrespondent hatte Gelegenheit, dieses wenig bekannte Hauptquartier zu besuchen.

In den „Patch-Barracks" in Stuttgart-Vaihingen wird Sicherheit großgeschrieben. Hier befindet sich eines der wichtigsten Zentren der Verteidigung der freien Welt: das „Headquarter United States-European Command", kurz EUCOM genannt.

Bereits am Eingang wird der Besucher abgeholt. Gleich mehrere Offiziere begleiten während des mehrstündigen Besuchsprogramms die Gäste. Erneute Ausweis- und Personalkontrollen erfolgen am Eingang eines fensterlosen, grauen Betongebäudes: Hier befindet sich das „Heiligtum" des EUCOM, die Kommandozentrale. Die Mitarbeiter nennen diesen Raum „Fishbowl" (Fischschüssel), wegen seiner runden ovalen Form.

In dieser Zentrale befanden sich zur Besuchszeit nur sechs oder sieben Mitarbeiter: Stühle und Tische, auf denen Telefone in verschiedenen Farben stehen, sind verwaist. Nur im „Ernstfall" ist die Zentrale voll besetzt. In Friedenszeiten erledigen Computer und wenige Offiziere die Alltagsroutine. Auf vielen Telefonen steht unübersehbar der Hinweis: „Denken Sie daran, daß sie abgehört werden können."

Während eines „Briefings" wird deutlich, weshalb die Geheimdienste der Warschauer-Pakt-Staaten an dieser Einrichtung in der ehemaligen Kurmärker-Kaserne der Wehrmacht (hier befand sich von 1938 bis Kriegsende das 7. Panzerregiment, das von Thüringen nach Stuttgart in die damals neuen Gebäude verlegt wurde) ein besonders intensives „Interesse" haben. Denn der EUCOM-Zentrale, die dem US-Verteidigungsministerium, dem Pentagon, direkt verantwortlich ist, sind alle 300 000 US-Streitkräfte aller Waffengattungen in Europa unterstellt. Weitaus größer, als der Name vermuten läßt, ist auch der Zuständigkeitsbereich des EUCOM: Er reicht vom Nordkap in Norwegen über die afrikanischen Küsten des Mittelmeeres bis zum Nahen Osten (mit Ausnahme Ägyptens).

Eine Mammutarbeit haben die sorgfältig ausgewählten rund 750 Mitarbeiter der Zentrale in Vaihingen zu bewältigen. Nur die wichtigsten seien hier genannt:

Einsatzbereite US-Truppen für die NATO bereitzustellen, Pläne für konventionelle und atomare Einsätze auszuarbeiten. Auch das „Krisenmanagement" wird hier gemacht. Dazu zählt neben der Planung für einen „eventuellen NATO-Ernstfall" auch die Vorbereitung für „unvorhergesehene Noteinsätze". Sie schließt humanitäre Hilfsmaßnahmen und die Unterstützung befreundeter Staaten mit Nachschub und Kampftruppen ein.



General Bernhard Rogers, NATO-Befehlshaber und Chef der US-Streitkräfte in Europa

Gleichzeitig ist das Hauptquartier Koordinationsstelle des militärischen Nachrichtendienstes: Wichtige Informationen aus dem gesamten EUCOM-Bereich werden in der „Fischschüssel" gesammelt, analysiert und den zuständigen Stellen sofort mit den modernsten Kommunikationstechniken, einschließlich Satelliten, weitergeleitet.

Kaum eine andere Stelle in der westlichen Welt verfügt deshalb über ein so detailliertes Bild von der „Bedrohung durch die Warschauer-Pakt-Staaten" wie das EUCOM-Hauptquartier in Stuttgart. Es ist deshalb eine wertvolle Unterstützung für das Pentagon, NATO-Dienststellen und das ierte Oberkommando in Europa.

In der Kommandozentrale wird rund um die Uhr gearbeitet. Mitarbeiterstab unter Führung nes Generals ist jederzeit darüber informiert, wo der US-Präsident, sein Stellvertreter, die für die Verteidigung relevanten Minister und Generäle zu erreichen sind.

Befehlshaber der US-Streitkräfte in Europa ist General Bernhard Rogers (61), der gleichzeitig NATO-Befehlshaber für Europa ist. Rogers ist zumeist im NATO-Hauptquartier in Belgien, in Stuttgart wird er im Normalfall vom Vier-Sterne-General W. Y. Smith vertreten.

Die Amerikaner, die in den „Patch Barracks" leben (mit Familien etwa 1700 Personen), sind in der baden-württembergischen Landeshauptstadt und den benachbarten Städten Sindelfingen und Böblingen sehr zufrieden. Im Gegensatz zu anderen deutschen Großstädten, in denen Anschläge gegen US-Einrichtungen für Unruhe und Besorgnis unter den amerikanischen Armeeangehörigen sorgten, ist das Verhältnis im Großraum Stuttgart zwischen GIs und deutscher Bevölkerung ausgesprochen herzlich.

Der für diese Fragen zuständige „Community Affairs Officer" Kauffmann berichtete, es gebe nicht nur einen „sehr aktiven Kontakt-Klub" mit rund 250 Mitgliedern, sondern auch privat hätten sich zwischen Amerikanern und Deutschen viele echte Freundschaften angebahnt.

So hätten letzte Weihnachten rund 40 US-Soldaten deutsche Familien besucht: „Alle kamen begeistert zurück."

Auch in den Gaststätten Stuttgarts sind die Amerikaner gern gesehene Gäste. Bei Vermietern gebe es nur „extrem wenige Fälle" von Ablehnungen von US-Armeeangehörigen, wenn diese eine Privatwohnung mieten wollen, betonte Kauffmann.

Wie wohl sich die US-Armeeangehörigen in Stuttgart fühlen, zeigt sich häufig auch ganz konkret: Viele Soldaten bitten um eine Verlängerung ihrer Dreijahresverträge in Deutschland.

Kinder, Nougat-Creme und Medizin-Versuche

Eine Ausrede, so makaber sie auch sein mag, hat Professor Uwe Stocksmeier im oberbayerischen Tutzing in jedem Fall parat: Für seine Experimente mußten keine Hundertschaften von Hamstern, Mäusen und Ratten geopfert werden, wie es für die Arzneimittelprüfung noch immer gang und gäbe ist. Dem Konflikt mit dem grünen Zeitgeist ging er jedenfalls aus dem Weg. Er hielt sich gleich an die Spezies, die letztlich auch die Konsumenten stellen: Menschen, minderjährig.

An 50 gesunden Kindern prüfte er, ob ein aus Nuß-Nougat-Creme bestehender Brotaufstrich schädigenden Einfluß auf den Fettstoffwechsel hinterläßt. Zu diesem Zweck zapfte sein Mitarbeiterteam den „freiwilligen Versuchspersonen" Blut ab, und zwar in der ersten, zweiten, dritten, neunten und zwölften Woche.

Zunächst schienen alle zufrieden. Der Professor konnte seinem auftraggebenden Lebensmittelwerk freudig die Ungefährlichkeit der bereits weitverbreiteten Leckerei vermelden, und eine medizinische Fachzeitschrift, „notabene medici", opferte dieser Studie zehn Pruckseiten, vermutlich wegen der fundamentalen Bedeutung des Beitrags. Es ist nämlich keineswegs üblich, Lebensmitteln auf diese Weise die Unbedenklichkeit zu attestieren.

Aus der Studie droht nun ein Fall Stocksmeier zu werden. Drei Jahre nach Erscheinen der Arbeit reagierte die Fachpresse mit markigen Vorwürfen. In der „Pädiatrischen Praxis" fragt Professor W. Droese, Ernährungsexperte aus Sehnde, in einer ungewöhnlich bitteren Kritik: „Sind Blutentnahmen an gesunden Kindern bei Ernährungsversuchen mit einem Nuß-Nougat-Creme-Brotaufstrich gerechtfertigt?" Und die „Münchener Medizinische Wochenschrift" greift diese „fragwürdige Studie zur Prüfung eines Brotaufstrichs" auf und bohrt weiter: „Ethisch noch zu rechtfertigen?"

In unmißverständlicher Deutlichkeit konstatiert Professor Droese: „Die Untersuchungen von Stocksmeier an gesunden Kindern sind geeignet, die Ernährungsforschung im Kindesalter gründlich

KOMMENTAR

in Mißkredit zu bringen." Er hält Versuche an gesunden Kindern, bei denen „eventuell schädliche Auswirkungen" auftreten können, für „völlig indiskutabel". Ihnen stehen die Grundsätze der ärztlichen Ethik entgegen. Droese bewertet die Blutentnahmen „ohne zwingenden Grund" bei gesunden Kindern als Körperverletzung: „Zumindest kommen sie diesem Tatbestand sehr nahe."

Auch wenn die Eltern der Kinder mit der Studie vertraut waren und zugestimmt haben, hat Stocksmeier offenbar die Grenze des ärztlich noch Vertretbaren überschritten. Und es stellt sich die grundsätzliche Frage, wie weit ein Wissenschaftler in seinem legitimen Anliegen, an Forschungsgelder heranzukommen, gehen darf.

Für Experten ist das süße Projekt lediglich ein Vorwand. Denn alleine aus der Zusammensetzung der leckeren braunen Creme kann jeder halbwegs erfahrene Ernährungswissenschaftler ablesen, daß es sich keineswegs um eine Gesundheitsspeise handeln kann. Vielmehr droht den Kindern durch allzu große Liebe zu dieser Aufstrich-Creme deutliche Gewichtszunahme. Das bewies auch Stocksmeiers Studie. Die 50 Kinder nahmen in zwölf Wochen, in denen die braune Mixtur zusätzlich zur Normalernährung verzehrt wurde, im Durchschnitt 1,8 Kilogramm an Gewicht zu.

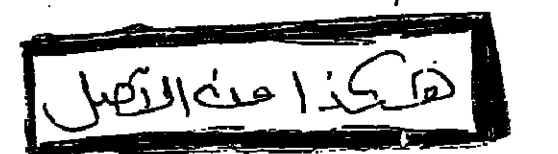
Nun zählt das Übergewicht bei unserem Nachwuchs ohnehin zu den großen Sorgen der Kinderärzte, so daß sie von diesem Aufstrich gar nicht begeistert sind. Genausowenig übrigens wie die Zahnärzte. Denn die Creme enthält einen hohen Zuckeranteil, der die Zahnfäule, die Karies, eher fördert. Außerdem hängt dieser Brotaufstrich gewöhnlich relativ lange an und zwischen den Zähnen fest – Idealvoraussetzungen für die Karies.

Überhaupt klagen die Kinderärzte heute, daß die Kinder viel zu zuckerhaltige Nahrungsmittel konsumieren. Der Kohlehydratanteil liegt Professor Droese zufolge in der Ernährung der Sechs- bis 15jährigen inzwischen bei 44 bis 49 Prozent, und die so wichtigen Lebensmittel wie Obst, Hülsenfrüchte, Brot und Kartoffeln haben für die Kinder an Attraktivität verloren. Droese: „Die Möglichkeit, daß es bei regelmäßigem Verzehr von Nuß-Nougat-Creme zu Regulationsstörungen im Zuckerstoffwechsel kommt, sei nur angedeutet."

All diese Erkenntnisse müßten eigentlich ausreichen, um – wie Professor Droese meint – die Creme als Fehlernährung zu erkennen. Dieses Etikett ist auch durch Stocksmeiers Unbedenklichkeits-Bescheinigung nicht wegzudiskutieren – Erkenntnisse, die ohne Blutentnahmen bei Versuchskindern gewonnen werden können. Und wenn der Tutzinger Vorsorgemediziner in seiner Arbeit fordert, seine ersten Ergebnisse an einem größeren Kollektiv, d. h. an noch mehr gesunden Kindern, zu bestätigen, so wäre von medizinischer Seite ein Veto angebracht.

In einer Universitätsklinik wäre eine solche Studie jedenfalls nicht denkbar. Die zuständigen Ethikkommissionen würden zweifellos protestieren. Schade nur, daß die Selbstheilungskräfte innerhalb des Medizinbereichs nicht stark genug sind, solche Mißstände auszumerzen. Ein erster Schritt wäre, daß die Fachzeitschriften solche ethisch fragwürdigen Beiträge gar nicht annehmen. Aber selbst bis zu diesem Schritt dürfte noch ein weiter Weg sein. In der Bundesrepublik gibt es weit über 300 medizinische Fachblätter, teilweise in scharfem Konkurrenzkampf. Da findet sich immer eine Zeitschrift, die sich überzeugen läßt.

JOCHEN AUMILLER



trauß will konkrete ereinbarungen mit FDP

U-Positionspapier an Bundeskanzler Kohl übermittelt

MANFRED SCHELL, Bonn

er CSU-Vorsitzende Franz Jo- Strauß strebt möglichst kon-te Koalitionsvereinbarungen den Freien Demokraten an. se Schlußfolgerung ergibt sich einem umfangreichen Posi-spapier, das Strauß am Sams- Bundeskanzler Helmut Kohl ermittelt hat. Es soll zur Vorbe-ung der Gespräche zwischen U und CSU dienen, die am heu-n Abend in Bonn aufgenom-n werden und die dann Mitte Woche in offizielle Koaliti-verhandlungen mit der FDP münden sollen. An der ersten nde nehmen neben Kohl und auß zunächst nur die Generalse-täre Geißler und Stoiber, der ktionschef Dregger und der SU-Landesgruppenvorsitzende igel teil.

e andere Linie

ohl und auch der FDP-Vorsit-de Hans-Dietrich Genscher ver-en offensichtlich eine andere ie. Sie möchten zwar Grundpo-onen in der Koalitionsvereinba-g festschreiben, aber deren gestaltung dann der prakti-en Regierungspolitik überlas-

SU-Generalsekretär Edmund iber machte gestern in einem präch mit der WELT deutlich, die CSU eine alsbaldige Ent-eidung über die Nicht-Rück-lbarkeit der Zwangsanleihe für serverdienende wünscht. Stoi- „Wir sind nicht dafür, dieses ma auf die lange Bank zu schie-." Damit reagierte er auf Be-te, wonach Kohl und Genscher u neigten, die unterschiedli-n Positionen zu Protokoll zu en und die Entscheidung auf n späteren Zeitpunkt zu verla-, zumal die Rückzahlung ohne-erst 1987 ansteht. Stoiber sagte, Union habe hier ein „zentrales sprechen im Wahlkampf abge-en". Ein Abrücken davon oder Vertagung dieser Entschei-g wäre mit „einem gravieren- Glaubwürdigkeitsverlust vor m bei der Arbeiterschaft ver-den".

as von Strauß an Kohl übermit-e Papier, so formulierte Stoiber, keine „extreme oder CSU-spe-sche" Ausarbeitung. Zunächst ndele es sich dabei um eine Auf-ung und Zusammenfassung al- Vorschläge und Forderungen CDU und CSU in den 13 Jah- der Oppositionszeit. Stoiber begründete die Forderung nach möglichst konkreten Vereinbarungen mit der FDP damit, daß aus der Sicht der Union die Regierungsbildung mit den Freien Demokraten „auf lange Zeit angelegt ist". Deshalb müsse man jetzt „offen und ehrlich" darüber diskutieren, „was gemeinsam möglich ist und was nicht".

Als einen konkreten Bereich nannte Stoiber die Frage, wie – neben der konjunkturellen Seite – die strukturelle Situation der deutschen Wirtschaft grundlegend verbessert werden könne in Form einer Kostenentlastung. Es gehe hier um eine „Entschlackung". Arbeit, so betonte Stoiber, „ist genug da", aber es würden zu viele Aktivitäten am normalen Markt vorbei in einen „Schatten-Arbeitsmarkt verlagert". In dem von Strauß vorgelegten Positionspapier wird dazu aufgefordert, wiederum die Leistungsbereitschaft durch ein Bündel von Maßnahmen – unter anderem auch durch steuerrechtliche Korrekturen – zu stärken. Das Netz der sozialen Sicherheit soll, so heißt es darin, nicht beschädigt, aber auf die Bewältigung der großen Lebensrisiken konzentriert werden.

Einzelne Korrekturen

Der zweite Abschnitt in dem mehrteiligen Positionspapier der CSU behandelt die Außenpolitik. Hier werden „Korrekturen" in einzelnen Feldern gefordert. Der darin enthaltene Hinweis auf die Entstehungsgeschichte der Ostverträge und das von Bayern erzwungene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der „DDR" ist ein Anzeichen dafür, daß die CSU wiederum eine stärkere Berücksichtigung der Rechtspositionen auch in der praktischen Politik wünscht. Die CSU ist der Meinung, daß hier noch immer „Elemente" der einst von Egon Bahr konzipierten Ostpolitik vorhanden seien. In der Afrikapolitik werden von der CSU andere Akzente verlangt, vor allem eine Berücksichtigung der politisch-strategischen Bedeutung Südafrikas für den freien Westen.

In der Rechts- und Innenpolitik fordert die CSU eine Änderung des Demonstrationsstrafrechts und ein Vermummungsverbot. Außerdem wirft sie die Frage nach der „geistigen Erneuerung" (eine Formulierung Kohls) unter anderem in der Bildungspolitik auf.

Friedenserziehung und die Kulturhoheit

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Manfred Wörner wollte nicht nur höflich sein. Der Verteidigungsminister verband seinen Glückwunsch an den Hamburger Kultussenator Joist Grolle zu dessen Wahl zum Präsidenten der Kultusministerkonferenz mit der Politik. In der Anlage fügte Wörner dem in freundlich-verbindlichem Ton gehaltenen Schreiben einen Text bei, der bei Grolle auf einen empfindlichen Nerv treffen mußte.

Der Text enthielt Auszüge aus einem Abkommen, das im vergangenen September die französischen Minister für Verteidigung und Erziehung unter der Präsidentschaft des Sozialisten Mitterrand zur „Vertiefung der Beziehungen zwischen Streitkräften und Schule" geschlossen hatten. Der deutsche für die Bundeswehr verantwortliche Minister wollte sie für den deutschen Kulturverantwortlichen als „Anregungen" verstanden wissen.

Dazu war der Text aus Paris in der Tat beispielhaft. Denn die französischen Minister hatten vereinbart, „die Jugend über die Notwendigkeit der Verteidigung und den Zweck der allgemeinen Wehrpflicht" intensiver als bisher unterrichten zu lassen. Und nicht nur das: „Aktivitäten zur Entwicklung der Verteidigungsbereitschaft" sollten nach Meinung der französischen Minister unterstützt werden.

Wörners „Anregungen" an Grolle erreichten den Hamburger Senator zur rechten Zeit. Diese Woche berät die Kultusministerkonferenz über eine eigene Empfehlung zur Unterrichtung der Schüler über Landesverteidigung und Friedenserziehung. Aber Grolle (SPD) mochte auf Wörners (CDU) Hinweise nicht positiv reagieren. Kühl beschied er den Verteidigungsminister, die unter Mitterrand mögliche Vereinbarung sei „wohl nur in einem Land verständlich, das ein vergleichsweise ungebrochenes Verhältnis zu seiner militärischen und nationalen Tradition hat".

Grolle hat recht, diese Tradition gibt es in Deutschland nicht. In Frankreich wäre undenkbar, was im Mai vor knapp drei Jahren in Bremen geschah. Damals mußte die Polizei eine Festgemeinde von Soldaten der Bundeswehr und zahlreichen zivilen Gästen, an ihrer Spitze Bundespräsident Karl Carstens, die die 25jährige Mitgliedschaft der Bundesrepublik im atlantischen Bündnis im Weserstadion feierte, vor dem gewalttätigen Mob einer linksextremen Minderheit schützen. Barrikaden brannten, Fahrzeuge der Bundeswehr gingen in Flammen auf, Steine flogen. Carstens konnte den Ort der Feier nur im Hubschrauber durch die Luft verlassen. Bremen war der Auftakt einer Kette von Krawallen gegen die Bundeswehr. Unter dem Eindruck dieser Auseinandersetzungen rief der damalige Verteidigungsminister Hans Apel (SPD) bereits 1980 die Kultusminister auf, das Thema „Bedingungen des Friedens in Europa in unserer Zeit" in den Schulunterricht zu nehmen.

Seither wogt der Streit unter den für die Kulturhoheit der Bundesländer verantwortlichen Ministern. Zahlreiche Empfehlungsentwürfe wurden vorgelegt, solche aus unionsregierten Ländern wie solche aus SPD-geführten. Den letzten Stand repräsentieren zwei Vorschläge vom Ende des vergangenen Jahres. Unter Grolles Führung legten seinerzeit die Minister der SPD eine „Erklärung zur Friedenserziehung" vor, in der es unter anderem hieß, Erziehung zum Frieden bedeute auch Abkehr vom Drohen mit Gewalt.

Mit dieser Position mochten sich die Kultusminister aus den unionsregierten Ländern nicht einverstanden erklären. Ihr Entwurf fußte auf der Erkenntnis, die Schülern erläutert werden müsse: Ein Staat, der sich nicht verteidigen könne oder wolle, könnte ungewollt mächtige Nachbarn zum Eingreifen veranlassen. Wehrdienst in der Bundeswehr sei Friedensdienst. Das „Sach- und Informationsangebot der Bundeswehr" müsse „vorurteilsfrei" in den Schulen genutzt werden.

Ob es angesichts der divergierenden Standpunkte in dieser Woche zu einer Einigung der Kultusminister kommen wird, steht wohl dahin.

Seite 2: Gefahr des Mißbrauchs

Wörner fordert Bekenntnis zum Bündnis

HEINZ BARTH, Mannheim

Ein nachdrückliches und eindrucksvolles Bekenntnis zur Zukunft und zur Überlebensfähigkeit des atlantischen Bündnisses legte Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner gestern in Mannheim auf der Tagung des Studienzentrums Weikersheim ab, die den „geistigen Grundlagen der atlantischen Gemeinschaft" gewidmet war.

Eine „Zukunft", sagte der Minister vor deutschen und amerikanischen Zuhörern, „hat das Bündnis nur, wenn unsere Völker sich die Überzeugung bewahren, daß die Allianz heute eine größere Notwendigkeit als je darstellt. Diese Auffassung in den Köpfen und Herzen der Bürger zu verankern sei eine Führungsaufgabe ersten Ranges. Wörner distanzierte sich entschieden von einer Politik, die ins Niemandsland zwischen West und Ost führe. Eine derartige Politik wäre ein erster Schritt in die Arme Moskaus.

Solange die Sowjetunion unsere Sicherheit nicht respektiere, fügte er hinzu, gebe es für die Bundesregierung keine Sicherheitspartnerschaft mit ihr. Im Vorgriff auf die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen in Bonn, erklärte er, könne er schon jetzt sagen: „Wir werden nicht schwanken. Unser Platz ist und bleibt an der Seite der freien Völker."

Niemand im Westen oder in Deutschland verfolge das Konzept eines begrenzten Krieges. Die deutsche Verhandlungsposition bestehe nicht auf einem „Alles oder nichts", Bonn sei bereit, über die Rüstungsbeschränkung auf nuklearem, konventionellem und auch auf chemischem Gebiet zu verhandeln. Aber mit einem Monopol der Sowjetunion hinsichtlich der Mittelstrecken-Raketen werde sich die Bundesrepublik unter gar keinen Umständen abfinden.

Wörner wandte sich mit Entschiedenheit gegen das die Tatsachen verfälschende Schlagwort, es bestehe ein Rüstungswettlauf zwischen West und Ost. Es gebe nur die sowjetische Rüstungsspirale, die das militärische Potential Moskaus extrem ausgeweitet habe – mit dem eindeutigen Vorsatz, die westliche Strategie der abgestuften Vergeltung zu durchkreuzen und Amerika von der Verteidigung Europas abzukoppeln.

Mit größter Schärfe wandte sich Wörner gegen die Angstkampagne der Kreise, zu denen auch die Kirchen gehörten, von denen immer von Frieden, aber nie von der Freiheit geredet werde.

Bremer FDP: Mehr Markt, weniger Staat

dpa, Bremen

Die Bremer FDP hat sich zum Ziel gesetzt, bei den Bürgerschaftswahlen am 25. September die absolute SPD-Mehrheit im Landesparlament des Zwei-Städte-Staates zu brechen. Die 80 Delegierten des Landesparteitages verabschiedeten außerdem ein Programm, das mit „mehr Markt und weniger Staat" sowie einer gezielten Mittelstandsförderung die krisengeschüttelte Wirtschaft des Landes ankurbeln soll. Über eine Koalitionsaussage wollen die Freien Demokraten im Mai beraten. Landesvorsitzender Lahmann: „Eine Wende wird es bei der Bremer FDP nicht geben."

Das FDP-Programm zur Bürgerschaftswahl sieht neben Investitionshilfen und Maßnahmen zur Ankurbelung des Konsums, Vorstöße zum Abbau der Arbeitslosigkeit, die Entwicklung des pluralistischen Schulsystems und rechtsstaatliche Sicherungen vor. Außerdem müßten nach Ansicht der FDP die drei Millionen Mark „schnellstens verfügbar gemacht werden", die nach Berechnungen des Wirtschaftssenators ausreichen würden, um jedem Jugendlichen in der Hansestadt einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu sichern.

„Die Hölle kann nicht schlimmer sein"

Ehemalige Gefangene in der „DDR" berichten vor der Gesellschaft für Menschenrechte

WERNER KAHL, Frankfurt

„Schlimmer als Hoheneck kann auch die Hölle nicht sein", sagte die kürzlich freigekaufte Gefangene des „DDR"-Zuchthauses Hoheneck in Sachsen. Vom Weinkrampf geschüttelt unterbrach die um Jahre gealterte Frau ihren Bericht über die größte Strafanstalt des SED-Regimes für weibliche Häftlinge. Auf eine Krücke gestützt, hatte sich die aus Halle stammende Eva Maria Krause am Wochenende bei der Jahresversammlung der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) in Frankfurt als Leidensgefährtin der politischen Gefangenen zu Wort gemeldet.

Die 52jährige war mit ihrem Ehemann 1981 wegen ständig neuer Ausreiseanträge vom Staatssicherheitsdienst verhaftet worden. Ihrem Freikauf aus vierjähriger Haft durch die Bundesregierung hatte der Geheimdienst im vergangenen Jahr erst zugestimmt, als befürwortet werden mußte, daß sie die Haft nicht überleben würde. Denn Tote, so lautet das ungeschriebene Gesetz des innerdeutschen Menschenhandels, verkaufen sich nicht.

In Hoheneck werden die Gefängnisaufseherinnen Erzieher genannt. Die Erziehung besteht unter anderem darin, die Bundesrepublik Deutschland als Feindstaat darzustellen und politische Gefangene mit kriminellen Häftlingen zusammenzulegen. Das Verhältnis politischer Gefangener zu Kriminellen beträgt etwa eins zu sieben.

Die Kriminalitätswelle, die jetzt Mitteldeutschland überzieht, hat auch zur Überfüllung des gefürchteten sächsischen Frauenzuchthauses geführt. In der einstigen mittelalterlichen Festung werden zwischen zehn und 30 Frauen in jeweils einer Zelle eingesperrt. Eva Maria Krause hatte wegen schwerer Asthmaanfälle und eines Beinleidens den „Vorzug" einer Zweierzelle genossen – gemeinsam mit einer Frau, die ihren Mann mit einer Wodkaflasche erschlagen hatte.

Die Skala der Schikanen gegen politische Häftlinge in der „DDR" wurde im April vergangenen Jahres um eine weitere Stufe ergänzt. Ohne Begründung sperrte die Zuchthausleitung den Frauen den Bezug von Kosmetika durch Geschenksendungen, aber auch Seife, Haarwaschmittel und sogar Zahnpasta wurden nicht mehr ausgehändigt.

Im vergangenen Jahr rationierte die Anstaltsleitung auch Brot, die Arbeitsnormen wurden verschärft und Arreststrafen schneller verhängt als bisher üblich. Frauen, die ihr Soll nicht erfüllten (bei drei Schichten rund um die Uhr jeweils in acht Stunden 2400 Einzelstrümpfe auf Fehler kontrollieren), erhielten Postsperre und Entzug der ohnehin seltenen Sprecherlaubnis.

Frauen, die gegen die Schikanen aufmuckten oder in der Haftpsychose die Nerven verloren, wurden mit Arrest bis zu 21 Tagen bestraft. „In Hoheneck wird geschlagen", sagte Eva Maria Krause. „Wir haben nachts die Schreie gehört."

Gleichwohl behauptet die Ostberliner Justiz, die Menschenrechte der Gefangenen würden nicht verletzt. Die Haftbedingungen seien so human, daß man auch Eheleuten, die zu gleicher Zeit inhaftiert seien, Besuche erlaubt. Wie das in der Praxis aussieht, berichtete Eva Maria Krause: Ihr in Cottbus inhaftierter zwei Jahre älterer Mann – auch er hatte ständig Ausreiseanträge in den Westen gestellt – wurde erst von der Arbeitsstelle in den Sprechsaal geholt, als bereits ein Drittel der Sprechstunde verstrichen war. Als er seine Frau schließlich im Saal der Haftanstalt treffen konnte, saßen gleichzeitig vierzig Gefangene ihren Frauen gegenüber.

Ermittlungen gegen Richter und Politiker

dpa, Rom

Verwaltung und Justiz in Italien sind von einer neuen Welle von Korruptionsskandalen und Verschwendungsaffären erfaßt worden. Die römische Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungsverfahren gegen 30 der 32 Mitglieder des Richterrates, des obersten Organs der Selbstverwaltung der italienischen Richter, ein. Sie sollen bei ihren Spesen öffentliche Gelder verschwendet haben. Ähnliche Verfahren werden gegen weitere 40 öffentliche Einrichtungen, darunter auch Ministerien und Staatsbetriebe, vorbereitet. Mit der Verhaftung von vier weiteren sozialistischen Kommunalpolitikern, darunter des stellvertretenden Oberbürgermeisters von Turin, erreichte auch der Korruptionsskandal in der von Kommunisten und Sozialisten regierten norditalienischen Autoindustrie-Metropole einen neuen Höhepunkt. Hier geht es um Korruption bei der Vergabe öffentlicher Bauaufträge.

Insgesamt sitzen jetzt zehn führende Kommunalpolitiker, acht Sozialisten, ein Kommunist und ein Christdemokrat hinter Gittern. In Mailand, wo die Sozialisten mit Unterstützung der Kommunisten regieren, wurden Ermittlungsverfahren gegen die Stadtverwaltung wegen der illegalen Vergabe verbilligter Büroräume an Parteien und Vereinigungen eingeleitet.

Baibakow sondiert wieder in Kairo

rtr, Kairo

Zum zweiten Mal in diesem Monat hat der stellvertretende sowjetische Ministerpräsident Nikolai Baibakow in Kairo bei einem Zwischenaufenthalt über die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ägypten gesprochen. Baibakow, der sich auf dem Rückflug von Addis Abeba nach Moskau befand, traf auf dem Flugplatz von Kairo mit dem stellvertretenden Außenminister Shafei Abdel-Hamid zusammen. Baibakow hatte bereits Anfang März auf dem Flug nach Addis Abeba einen Zwischenaufenthalt in Kairo für ein Gespräch mit Abdel-Hamid genutzt.

Die Beziehungen zwischen beiden Staaten sind seit 1981 abgekühlt. Danach hatte Präsident Sadat den sowjetischen Botschafter unter dem Vorwurf der Unruhestiftung des Landes verwiesen. In jüngster Zeit gab es in Kairo jedoch Hinweise darauf, daß die Regierung den Wunsch nach verbesserten Beziehungen zur Sowjetunion habe, wenn dies das Verhältnis Ägyptens zu den USA nicht beeinträchtige.

Kreml-Einladung für Rotkreuzpräsident

AP/DW. Genf

Zum ersten Mal wird ein Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) zu offiziellen Gesprächen mit der sowjetischen Regierung nach Moskau reisen: Alexander Hay folgt, wie eine Sprecherin des IKRK in Genf bestätigte, einer Einladung der Moskauer Führung. Die Reise sei bereits seit einiger Zeit geplant worden, die Vorbereitungen würden aber erst jetzt bekanntgegeben. Vor Hay waren bereits andere Rote-Kreuz-Präsidenten in der Sowjetunion; die Einladungen kamen aber jeweils von der sowjetischen Organisation des Roten Kreuzes.

Bei den Gesprächen Hays dürfte es unter anderem auch um die Frage der sowjetischen Soldaten gehen, die in Afghanistan von Widerstandskämpfern gefangengenommen und zur Internierung in die Schweiz gebracht worden sind. Ein entsprechendes Abkommen ist unter der Federführung des IKRK von allen Beteiligten vereinbart worden. Acht sowjetische Soldaten sind bereits an die schweizerischen Behörden überstellt worden. Es wird angenommen, daß in Kürze weitere folgen. Zur Sprache kommen dürfte in Moskau auch die Ausweisung von Delegierten des IKRK aus Afghanistan.

„NATO gibt kein Gelände auf"

rmc. Bonn

Das Bonner Verteidigungsministerium hat energisch einem britischen Zeitungsbericht widersprochen, wonach sich die NATO entschlossen habe, zugunsten eines späteren Einsatzes von Atomwaffen in einem Verteidigungskrieg Gelände in der Bundesrepublik vorläufig aufzugeben. Von der Strategie der „Vorne-Verteidigung" werde die NATO nicht abweichen, hieß es im Verteidigungsministerium.

Diese Strategie schreibt vor, daß in Mitteleuropa im Falle eines Angriffs der Warschauer-Pakt-Staaten die Bundesrepublik so grenznah wie möglich verteidigt werden soll.

Die Londoner „Sunday Times" hatte drei Tage nach Abschluß der NATO-Stabsrahmenübung „Wintex Cimex 1983" geschrieben: „Einfach ausgedrückt, liegen jetzt einige der Hauptschlachtfelder viel tiefer innerhalb der Bundesrepublik als unter dem früheren Konzept der ‚Vorwärtsstrategie'. Und das, so hofft die NATO, kann mehr Zeit erkaufen." Angeblich, so das Blatt weiter, habe der deutsche General von Senger und Etterlin, NATO-Oberbefehlshaber Europa-Mitte, diesem Plan „seinen Segen gegeben".

Denkanstöße für die postsozialistische Zukunft

Die konservativen politischen Clubs in Frankreich / Wegbereiter der geistigen Wende / Das Beispiel des Alain Juppé

A. GRAF KAGENECK, Paris

„Wir sind niemandem unterworfen. Es gibt mehrere Clubs. Wir sind nur einer von ihnen. Die Wiedereroberung der Macht ist möglich. Sie ist sogar zwangsläufig. Wir müssen Überlegungen dazu anstellen. Eine Rückkehr zur Vergangenheit ist unmöglich. Wir werden neue Wege finden." So Alain Juppé, ein französischer Gaullist aus dem Team des Jacques Chirac, Finanzdirektor der Stadt Paris, 37 Jahre alt und Generalsekretär des „Club 89". Er holte am 6. März in seinem Pariser Wahlbezirk 53,8 Prozent der Stimmen – gegen Lionel Jospin, einen Spitzenpolitiker in der regierenden sozialistischen Partei.

Juppés „Club 89" steht für eine Reihe anderer, ähnlicher Vereinigungen und Denk-Zirkel, die sich um die Wende und die Zukunft bemühen, die nach dem gestrigen Wahlsonntag so greifbar nahe scheint.

Die Geschichte der politischen Clubs in Frankreich wäre reizvoll zu beschreiben, von ihren Anfängen unter dem Absolutismus über ihre Blütezeit in den drei Revolutionen bis zum jüngsten Volksfront-Experiment unter Mitterrand. Sie alle waren überwiegend linkslastig, progressistisch, umstürzlerisch, zuweilen anarchistisch. Denk- und Debattier-Laboratorien einer schillernden Demokratie, die ein Jahrhundert lang zwischen Monarchie und Republik schwankte.

Die berühmtesten unter ihnen waren der Club der Jacobiner, dessen gefürchtete Extremisten in der großen Revolution Robespierre in den Himmel hoben und stürzten, und der 1953 unter dem heutigen Verteidigungsminister Charles Hernu, damals ein junger radikalsozialistischer Abgeordneter, zur Belebung einer „neuen Linken" wieder ins Leben gerufen wurde. Ferner der Club Jean Moulin, benannt nach dem Widerstandshelden und animiert von linksgerichteten Journalisten großer Wochenblätter und Gewerkschaftlern, die François Mitterrands Aufstieg zur Macht begleiteten. Oder auch der Club „Perspektiven und Realitäten", den die Freunde des Valelry Giscard d'Estaing 1965 gründeten, um dem hoffnungsvollen jungen Finanzminister de Gaulles den Weg zu einem französischen Liberalismus zu bereiten. Sie alle waren mehr oder weniger unabhängig von den großen politischen Parteien, deren Gedankengut sie weiterentwickelten. Es waren und sind Satelliten, Begleitschiffe, manchmal U-Boote des Gaullismus, des Liberalismus und des Sozialismus, Wegbereiter und Aufklärer.

So auch der „Club 89" des Alain Juppé. Er ist aus Chiracs „Sammlungsbewegung für die Republik" hervorgegangen, bewohnt ein Dachgeschoß in einem Bank-Gebäude der vornehmen Avenue Montaigne und hat auch den einstigen Justizminister Giscards, Olivier Guichard, in seinem Beraterkreis. Dem Umfang seiner Kolloquien und Veröffentlichungen, seiner hohen Mitgliederzahl von 5200 und seiner intellektuellen Potenz nach muß er als einer der Einflußreichsten der neueren Zeit angesehen werden. Jedenfalls geht er weit über einen reinen Debattier-Club hinaus.

Vor kurzem hat Juppé sein zweites Buch veröffentlicht, ein 210 Seiten starkes Pamphlet gegen die Dezentralisierungspolitik der Sozialisten, die „in letzter Konsequenz die Einheit der Republik gefährdet". Ein erstes Werk war kurz nach der Gründung des Clubs vor 17 Monaten erschienen. Sein Titel „Der doppelte Bruch" wies bereits in die Richtung, die der Club in seiner Vorausschau einschlägt: Bruch mit dem sozialistischen Experiment, das in zwei Jahren bereits abgewirtschaftet hat. Bruch aber auch mit den Praktiken der siebziger Jahre, die, so Jacques Chirac in einem Vorwort, „uns mehr oder weniger gewollt, mehr oder weniger ertragen, zu einer Art kaum getarnter Sozialisierung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen geführt haben".

Das ist ein kaum verhohlener Vorwurf an den „reformatorischen Liberalismus" des Giscard d'Estaing, den viele Rechtswähler 1981 verließen, weil sie in ihm einen verkappten Sozialisten, einen neuen Saint-Simon sahen. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die französische Opposition nach wie vor aus zwei Strömungen besteht, der Liberalen und der Gaullistisch-Republikanischen. Beide haben in gleicher Weise konservative und progressistische Züge, beide erheben Anspruch auf die Führung des postsozialistischen Frankreich, das unter dem Banner der persönlichen Freiheit und Verantwortung zu neuen Ufern aufbrechen soll.

Alain Juppés „Club 89" (so benannt nach dem Jahr, das dem ersten Septenat François Mitterrands folgt) hat sich an die Ausarbeitung eines Programms für die Wachablösung gemacht. Ein drittes Buch über die Landwirtschaftspolitik soll im April folgen. Weitere werden die Arbeitslosigkeit, die Industrie-Politik, die Gründe für den Rückgang der Investitionen, die öffentlichen Finanzen, die Sozialversicherung, die Sparpolitik, die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Inhalt haben. „In einer Gesellschaft, die zu 85 Prozent aus Lohnempfängern besteht, muß das Verhältnis Kapital–Arbeit vollständig neu gestaltet werden", heißt eine der unzähligen Denkanstöße der 89er. Ihr gemeinsamer Nenner, sagt Alain Juppé, sei die Überwindung von Sozialismus und Kommunismus.

Libermans Kritik gilt auch heute noch – unverändert

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Fast vergessen ist im Alter von 85 Jahren ein Mann gestorben, dessen Name vor zwei Jahrzehnten in der Sowjetunion in aller Munde war: Jewsej Liberman, Professor der Wirtschaftswissenschaften aus Charkow. Unter Chruschtschow machte Liberman den ersten Versuch, das seit Stalins Zeiten verkrustete, ineffiziente Sowjet-Wirtschaftssystem zu reformieren. Damals kam innerhalb der Moskauer Führung eine heftige Diskussion darüber in Gang, ob der von Stalin übernommene Primat der Schwerindustrie – und damit der Rüstung – nicht zu Gunsten einer zivilen Wirtschaftsexpansion und einer Hebung des Lebensstandards zumindest abgemildert werden sollte.

Chruschtschow, der hektische, unsystematische Reformer, war in dieser Frage – wie in vielen anderen auch – gespalten und inkonsequent. Immerhin ahnte er aber, daß man mit stalinistischen Methoden keine erfolgreiche, die Volksmassen befriedigende Wirtschaftspolitik betreiben konnte. So konnte am 9. September 1962 in der „Prawda" ein sensationeller Artikel erscheinen. Sein Verfasser, Professor Liberman, proklamierte die Verwendung des Gewinn-Indexes zur Kontrolle der Wirtschaftlichkeit sowjetischer Unternehmen. Kurze Zeit später erklärte Chruschtschow – offenbar in Anlehnung an die Liberman-Thesen: „Es ist unmöglich festzustellen, wie ein Wirtschaftsunternehmen geführt wird und welchen Beitrag es zum Volksvermögen leistet, wenn man nicht seinen Gewinn in Rechnung stellt."

Der Sturz Chruschtschows, im Oktober 1964 herbeigeführt von einer Koalition aus „Eisenfressern" (Schwerindustrie-Vorkämpfern), Militärs und Parteibürokraten, schien erstaunlicherweise den Plänen des Professors Liberman zunächst nichts anzuhaben. In einer Fabrik in Gorki wurde noch Ende 1964 ein „Liberman-Experiment" durchgeführt – und schon sprach man davon, die Libermann-Lehren auf andere sowjetische Betriebe auszudehnen.

Liberman hatte jene Schwächen der Sowjetwirtschaft kritisiert, die bis heute weiter bestehen: Das Streben nach einem „leichten" Plan, das Horten von nicht benötigten Arbeitskräften, das Ignorieren des technischen Fortschritts, das Fälschen der Planziffern und der Produktionskosten. Libermans marktwirtschaftliche Kur sah vor: den Fabriken sollte lediglich ein Rahmenplan vorgeschrieben werden, in dessen Bereich sollten die einzelnen Betriebe selber über Lohn-, Kosten- und Gewinnpläne entscheiden. Ein Gewinnanteil sollte in einen Fonds fließen, aus dem Manager und Arbeiter erfolgreicher Betriebe einen Bonus erhalten konnten.

Nichts von dem wurde verwirklicht. Ministerpräsident Kossygin, von dem man sagte, er habe sich für Libermans Reformpläne interessiert, unterlag im Machtkampf gegen Breschnews Polit- und Militärbürokratie – und resignierte. Statt Marktwirtschaft und Reform wählte der Kreml die Aufrüstung und eine Art von „Neostalinismus". Erst der Tod entriß Liberman – einen von vielen niemals zum Zuge gekommenen Reformern in der Weite Rußlands – für einen Augenblick wieder dem Vergessen. Andropow aber steht zwanzig Jahre später genau vor den gleichen, unlösbar scheinenden Problemen.

Jewsej Liberman (20. 10. 1897–12. 3. 1983)

Damaskus fürchtet einen Wasserkrieg mit Ankara

Dammbauten am Euphrat schaffen neue Konfliktfelder

PETER M. RANKE, Beirut

Ein neuer Kampf um das Euphrat-Wasser zwischen Syrien und der Türkei ist gewiß, wenn die Türken den Bau zweier neuer Dämme am Euphrat fortsetzen. Auch Irak ist betroffen, aber nicht so stark wie Syrien. Doch drohen die Pläne für eine Euphrat-Wasserleitung von Irak nach Jordanien für die Hauptstadt Amman zu scheitern, noch ehe mit dem Bau begonnen wurde. Die türkischen Pläne haben viele politische Verwicklungen, deren Folgen man heute noch gar nicht absehen kann.

Am 2760 Kilometer langen Euphrat, der von Inneranatolien zum Persischen Golf fließt, hatten die Türken 1974 den Keban-Damm mit Kraftwerk und Bewässerungsvorhaben in Betrieb genommen. Die Syrer taten das schon früher mit dem Staudamm bei Tabqa. Dieser syrische Damm, mit sowjetischer Finanzhilfe errichtet, kann eine halbe Million Hektar bewässern und liefert pro Jahr 2,5 Milliarden Kilowattstunden. Wenn die Türken aber 1988 ihren neuen Karakaya-Damm in Betrieb nehmen und zehn Jahre später den Atatürk-Hochdamm fertigstellen, droht den Syrern in trockenen Zeiten das Wasser abgesperrt zu werden.

Ähnliches fürchten auch die Iraker, die aber weiter östlich noch den Tigris zur Verfügung haben, der Syrien nur als Grenzfluß berührt. Die Iraker planen aber schon in den nächsten zwei Jahren eine Pipeline für Euphrat-Wasser fertigzustellen, das über 620 Kilometer ins jordanische Amman transportiert werden soll, um dort die sommerlichen Wassernöte zu lindern.

Noch keine Abkommen

Während das Assad-Regime in Syrien über einen drohenden „Wasserkrieg" klagt, staut es ohne Rücksicht auf Irak die Wasser am eigenen Tabqa-Damm und hat auch den verfeindeten Irakern die Ölpipeline zum Mittelmeer gesperrt.

Abkommen wie unter den Nil-Anrainern Sudan und Ägypten über die Nutzung des Euphrat-Wassers bestehen bisher nicht. Sie sind auch wegen der politischen Feindschaften nicht zu erwarten. Bisher hat man sich lediglich von Flut zu Flut im Frühsommer arrangiert, so daß Syrien von den 12 bis 14 Milliarden Kubikmetern am Tabqa-Damm drei für sich nutzte und den Rest an den Irak weitergab.

Das System funktioniert aber künftig nicht mehr, wenn die zwei neuen türkischen Dämme fertig sind und an Syrien dann nur noch 7 bis 10 Milliarden Kubikmeter abgeben können. Syrien wäre tatsächlich der Hauptleidtragende, da sich die Türkei und Irak als Alternative zum Euphrat über das Tigris-Wasser in dem Sinne einig sind, daß die Türken keine neuen Tigris-Dämme bauen werden und Irak der Hauptnutzer dieses Stromes bleibt.

Finanzierungs-Probleme

Der Karakaya-Damm, 170 Kilometer flußabwärts vom Keban, soll einschließlich Kraftwerk umgerechnet 4,6 Milliarden Mark kosten und wird 7,5 Milliarden Kilowattstunden liefern. Der Bau hat begonnen und soll in fünf Jahren beendet sein.

Viel größer aber ist das Projekt des dritten türkischen Euphrat-Dammes, des Atatürk-Dammes, der wie der Hochdamm bei Assuan aufgeschüttet werden soll. Der Euphrat soll dann 730 000 Hektar der Steppenfläche bei Urfa bewässern und von 1992 an den Anbau von Baumwolle, Ölfrüchten, Obst und Gemüse erlauben. Eine türkische Baufirma hat schon mit der Aussprengung der Umleitungskanäle begonnen.

Das Hauptproblem dieses größten türkischen Staudammes ist die Finanzierung. Die Kosten werden auf 3,5 Milliarden Dollar geschätzt, zu denen nochmals 560 Millionen für Bewässerungsvorhaben kommen. Davon benötigt die Türkei 1,5 Milliarden Dollar in Devisen, die man von den Staaten zu bekommen hofft, die sich an dem Riesenbau beteiligen wollen. Die Ausschreibung soll noch in diesem Jahr erfolgen, ohne Rücksicht auf Syrien oder Irak. Dann würden jedoch die neuerdings guten politischen und wirtschaftlichen Beziehungen Ankaras zur arabischen Welt beträchtlich belastet. (SAD)

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Der „Schreibtischtäter" Mar[...]

Am 14. März 1983 jährt sich der Todestag von Karl Marx zum 100. Male.

Wie die WELT schon am 20. März 1979 berichtete, hat der britische Publizist van der Elst errechnet, daß seit 1917 im Namen des Kommunismus 143 Millionen Menschen getötet wurden. Prominente Massenmörder marxistischer Schule waren vor allem Tito und Stalin, gegen deren Todesziffern sogar die grauenhaften Verbrechen Adolf Hitlers zahlenmäßig verblassen. Noch heute werden im Namen des Marxismus und seiner „Heilslehre" jeden Tag Tausende von Menschen auf der Welt umgebracht. Karl Marx war deshalb der typische „Schreibtischtäter".

Es mutet ein wenig seltsam an, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt auf einem Symposium der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang Februar geäußert hat: „Die Analysen des großen Denkers (Karl Marx) waren vielfach richtig. T[...] seines Kategorien-Instrume[...] riums und seiner Methode sind [...] faszinierende Weise modern [...] blieben." Noch seltsamer mut[...] an, daß der einstige Bundesin[...] minister Gerhart Baum zum 1[...] Geburtstag von Karl Marx e[...] Fünf-Mark-Gedenkmünze [...] Sammler herausbringen wollte.

Statt solcher geistiger Ver[...] kungen sollte man am 14. März [...] Hekatomben von unschuldig[...] Opfern der Irrlehre von Karl M[...] gedenken.

Wer sich heute öffentlich [...] Nationalsozialismus bekennt, [...] fährt mit Recht öffentliche V[...] dammung. Wer sich aber als M[...] xist oder Kommunist bezeichn[...] wird durchaus toleriert oder [...] respektiert – ein unbegreiflich[...] Phänomen geistiger oder mora[...] scher Schizophrenie.

E. Lind[...], Köln

Wider den Weltkirchenrat

„Auf Distanz zum Ökumenischen Rat der Kirchen"; WELT vom 24. Februar

Als erste deutsche evangelische Landeskirche ließ die Kirche von Schaumburg-Lippe ihre Mitgliedschaft im Weltkirchenrat (ÖRK) aus Protest gegen dessen nicht mehr zu verstehende einseitige Politik ruhen. Nun ist eine weitere evangelische Kirche, die württembergische Landeskirche, aus gleichem Grund gegenüber dem ÖRK auf Distanz gegangen, was in vielen Kirchengemeinden auf Zustimmung gestoßen ist. Dieser Schritt wurde für die Württemberger notwendig, da nun entgegen allen Behauptungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) auch deutsche Kirchensteuergelder für den umstrittenen Sonderfonds des ÖRK-Antirassismus-Programms verwendet werden, aus dem der Weltkirchenrat auch gewaltanwendende „Befreiungs"-Bewegungen unterstützt.

Als der ÖRK im August 1978 bekanntgab, im Rahmen der Bekämpfung des Rassismus habe die „Patriotische Front" – eine marxistische Guerrillaorganisation, die gegen das damals von Weißen geführte Regime in Rhodesien kämpfte – 85 000 Dollar erhalten, waren sogar Freunde des Weltkirchenrates schockiert. Zu diesem Zeitpunkt waren bereits 207 weiße Zivilisten und 1712 Schwarze von der „Patriotischen Front" ermordet worden.

Das ÖRK-Antirassismus-Programm hat seit 1970 an mehr als 130 Organisationen in rund 30 Ländern über 5 Millionen Dollar vergeben. Fast die Hälfte dieser Summe ist an gewaltanwendende „Befreiungs"-Bewegungen gegangen, die auf den gewaltsamen Sturz weißer Regierungen im südlichen Afrika hinarbeiten oder hinarbeiteten – z. B. an die von den Sowjets unterstützte MPLA in Angola (78 000 Dollar), an die marxistische Frelimo in Moçambique (120 000 Dollar) und an die von den Sowjets ausgerüstete und von Kubanern ausgebildete Swapo (823 000 Dollar).

Aber nicht ein einziger Cent ist bisher an die Dissidentengruppe in der Sowjetunion gegangen, wo ethnische und religiöse Minderheiten wie Litauer, Ukrainer, Moslems und evangelische Christen offen unterdrückt werden. Vor wenigen Wochen kritisierte ÖRK-Generalsekretär Potter die Politik der USA in Mittelamerika. Er kümmerte sich aber nicht um die schrecklichen Zustände in Äthiopien, wo die marxistischen Machthabe[...] rund 10 000 Menschen aus poli[...] schen Gründen im Schnellverfa[...] ren exekutiert und über 200 Ki[...] chen geschlossen haben. Die Eva[...] gelische Kirche in Deutschlan[...] (EKD) sollte ihre Mitgliedscha[...] beim politisch einseitigen ÖR[...] aufgeben, immerhin bestreitet di[...] EKD mit ihrem Mitgliedsbeitr[...] über 40 Prozent des ÖRK-Gesamt[...] haushalts.

Mit freundlichen Grüße[...]
Heinrich Wiehemeye[...], Osnabrü[...]

Unfallchirurgie

„Im Unglück braucht der Mensch Glück"; WELT vom 5. März

Der Artikel, offensichtlich g[...] stützt auf Angaben von Herrn Pro[...] fessor Schmidt-Neuerburg aus E[...] sen, vermittelt den Eindruck, da[...] nur in 73 Unfallabteilungen bei 2300 Krankenhäusern der Bundesrepublik Unfallverletzte richtig behandelt werden können. Es ist klarzustellen, daß in fast allen Krankenhäusern der Bundesrepublik das Fach Chirurgie vertreten ist und die Unfallchirurgie zusammen mit der allgemeinen Chirurgie ausgeübt wurde.

In vielen Krankenhäusern außerhalb der genannten 73 Unfallabteilungen beschäftigen sich erfahrene Chirurgen regelmäßig und oft se[...] Jahrzehnten zu einem erhebliche[...] Teil ihrer Arbeit mit der Unfallchi[...] urgie, woraus nicht einfach ein[...] schlechte Versorgung der Patie[...] ten („Knochen falsch zusammen[...] geflickt") abgeleitet werden kan[...] Daß bei besonderen Probleme[...] Rat und Hilfe der speziellen Unfal[...] abteilungen in Anspruch genom[...] men werden, sollte für beide Seite[...] im Interesse der Patienten selbst[...] verständlich sein.

Es muß ferner richtiggestell[...] werden, daß es Fachärzte für Un[...] fallchirurgie nicht gibt. Von den Ärztekammern ist nur die soge[...] nannte Zusatzbezeichnung „Un[...] fallchirurgie" zum Arzt für Chirur[...] gie zugelassen, wobei diese Zusatz[...] bezeichnung nach zwei Jahren ei[...] ner speziellen Ausbildung erwor[...] ben werden kann.

Dr. M. Schimmöller, Ahaus

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Eine Mehrheit ist immer die beste Erwiderung."

Benjamin Disraeli, brit. Staatsmann (1804–1881)

Ergreift Kaunda Partei für seinen Freund Nkomo?

HANS GERMANI, Lusaka

Der Senior der afrikanischen Politiker in Zimbabwe, Joshua Nkomo, wartet in London auf das Eintreffen des sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda. Wie der südafrikanische Rundfunk meldet, will Nkomo sich möglicherweise in Sambia niederlassen. Kaunda ist ein persönlicher Freund Nkomos.

Damit hat sich Nkomo auf die „gemäßigte Mittelschiene der Frontstaaten" begeben, nämlich Botswana und Sambia. Westlich von dieser „Mittelschiene" liegt Angola, dessen Präsident dos Santos soeben den Abzug der Kubaner erneut ablehnte, östlich Moçambique, Zimbabwe, Tansania. Angola, Moçambique und Zimbabwe unterstehen deutlich sowjetischem Einfluß, Tansania mit Abstrichen auch.

Besonders Sambia nimmt eine Sonderstellung ein: Es hält, wie in Lusaka zu erfahren ist, Distanz vom Sowjetblock. Westliche Dipolomaten betonen, es sei in den 70er Jahren ein Fehler des Westens gewesen, Präsident Kaunda als „westfreundlich" anzusehen, da er stets ein Mann der Kompromisse und der Äquidistanz war. Das einzige Mal, als er sich im Bunde mit Zaires Mobutu und mit Südafrikas Premier Vorster im prowestlichen Sinne engagierte, und zwar gegen die Eroberung Angolas durch kubanische Soldaten, erlebte er eine traumatische Enttäuschung. Die USA des Präsidenten Ford und des Außenministers Kissinger ließen die von ihm geförderten antikommunistischen Bewegungen Angolas, Savimbis Unita und Robertos FNLA, im Stich.

Anders als Mobutu und Vorster, zog er aus dieser US-Schwäche Konsequenzen. Er unternahm, einige Jahre danach, eine Reise in die Ostblockstaaten, bestellte Flugzeuge (mit Instruktoren), Panzer Luftabwehrraketen für den Preis von 168 Millionen Rubel in der Sowjetunion. Diese finanziellen Verpflichtungen hängen ihm jetzt als schweres Gewicht um den Hals. 1983 wird die erste Rückzahlungsrate fällig. Das finanziell angeschlagene Sambia, das im April eine Umschuldungsaktion mit Hilfe des Westens durchführen will, kann dieser Forderung nicht nachkommen. Die Sowjets aber beharren auf pünktlicher Zahlung, nach dem Grundsatz ihrer Afrikapolitik: „Holt euch Wirtschaftshilfe und Schuldenstundungen im Westen, wir behalten den politischen und militärischen Einfluß und liefern zu harten Bedingungen Waffen." Die Sowjets haben ohnehin den Schwerpunkt ihrer Südafrikapolitik, der lange mit dem Botschafter und, wie man hört, hohen KGB-Offizier Solodovnikov in Sambia angesiedelt war, nach der Botschaft in Zimbabwe verlegt. Dort residiert als „Charge" Vladimir Silkin, Solodovnikovs Erbe.

SAMBIA

Kaunda hat inzwischen seine vorsichtige Politik der Kontakte, auch mit Südafrika, wiederaufgenommen. Seine Hauptsorge gilt derzeit dem Vernichtungskrieg Mugabes gegen das Matabele-Volk. Durch das Matabeleland führt die einzige effiziente Bahnverbindung Sambias zum Ozean über die südafrikanischen Häfen. Daher begrüßt man es in Lusaka, daß die Europäische Gemeinschaft zumindest die Straße von der Kazungula-Fähre am Sambesi, durch den Caprivi-Zipfel Südwestafrikas, bis nach Francistown in Botswana ausbaut. Über sie kann Sambia Zimbabwe umgehen.

Sambias Schwäche ist seine Wirtschaftslage. Sie ist bedingt durch die von Kaunda zugegebenen sozialistischen Fehlgriffe der Vergangenheit. Kaunda ist Anhänger eines „Humanistischen Sozialismus", hat aber Teile der Privatwirtschaft, vor allem im Agrarbereich und in der Industrie, mit Ausnahme der Minen, weiter bestehen lassen.

Sambias Zahlungsrückstände belaufen sich auf 700 Millionen Mark. Auf einer Umschuldungskonferenz in Paris hofft Sambia im April, zumindest 200 Millionen hinausschieben zu können.

Sambias großer Vorteil ist, daß Kaunda an keinen besonderen Stamm gebunden ist und die Stammesgegnerschaft im Lande – mit Ausnahme der in der Minenindustrie vorwiegend beschäftigten Bembas – zumindest auf Zeit neutralisiert hat, indem er führende Köpfe der einstigen gemäßigten Oppositionspartei ANC, wie den Premier Mundia, in seine Regierung aufnahm. Zumindest zu Kaundas Lebzeiten werden die Stammesgegensätze keine entscheidende Rolle spielen. Diese gehört der Einheitspartei des Staates, der Unip. Die Partei ist allerdings, im Gegensatz zum Präsidenten, unpopulär und wird als „Herrschafts-Clique" im Volk angesehen. „Immerhin", betont ein westlicher Diplomat, „ist Sambia derzeit der stabilste und, neben Botswana, wohl auch der gemäßigteste der Frontstaaten."

Die kommende und wohl unausweichliche Konfrontation zwischen Kaunda und Mugabe zeichnet sich bereits seit ein paar Wochen in der Regierungspresse Sambias ab. Nkomos Asyl wird sie verschärfen. Für Mugabe ist ein Nkomo in Lusaka eine große Gefahr. Denn dort kann der Widerstand gegen ihn organisiert werden und eine Verbindungsstelle der antikommunistischen Widerstandsbewegungen in Moçambique, Angola und Zimbabwe entstehen. Damit würde sich der Konflikt zwischen Mugabe und Nkomo über die Grenzen im südlichen Afrika hinaus ausweiten. (SAD)

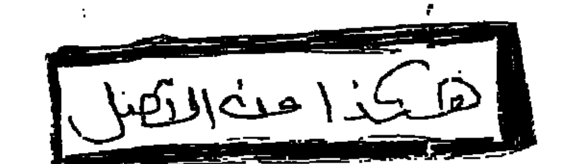
Personalien

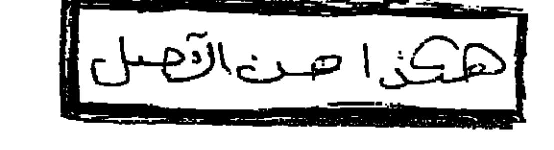
DIPLOMATEN

Dr. **Johannes Lohse**, bisher Leiter eines Referates in der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes, geht als Gesandter an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Brüssel. Der Jurist, 1933 geboren, gehört dem Auswärtigen Dienst seit 1965 an. Er war auf Posten bei der EG-Vertretung in Brüssel, in Dublin und in Kinshasa. 1975 wurde Dr. Lohse deutscher Botschafter in Kuwait. Es war eine besonders wichtige Zeit, denn die westlichen Industrienationen sahen sich der zweiten Erdölpreix-Explosion mit all ihren Auswirkungen in der Weltwirtschaftspolitik und der Sicherheitspolitik gegenüber. Lohse blieb in Kuwait bis 1977 und wurde dann als Ständiger Vertreter des Botschafters an die deutsche Botschaft Bukarest versetzt, wo er bis 1980 blieb. Der bisherige Gesandte und Vorgänger Lohses in Brüssel, Dr. **Anton Roßbach**, wurde als neuer Leiter des Westeuropareferates in das Bundeskanzleramt versetzt. Neuer deutscher Generalkonsul in Osaka-Kobe, Japan, wird Dr. **Eberhard Baumann**. Der Diplomat, Jahrgang 1928, stammt aus Ludwigshafen, wo er das gleiche Gymnasium wie Helmut Kohl besuchte. In Innsbruck und Paris studierte er Jura und Politische Wissenschaften. Seit 1952 gehört Eberhard Baumann dem Auswärtigen Amt an. Auf Posten war er zunächst in Brasilien und an den UN-Vertretungen in Genf sowie von 1959 bis 1961 an der Deutschen Botschaft in Kuba, ehe er von 1955 bis 1959 in Bonn an der Truppenvertragskonferenz teilnahm. In den sechziger Jahren wurde Eberhard Baumann damit beauftragt, an zahlreichen Vertragsverhandlungen auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe teilzunehmen. 1968 wurde er an die deutsche Botschaft in Kolumbien versetzt. 1972 wurde er Generalkonsul in Madras, Indien. 1975 schickte ihn das Auswärtige Amt als Generalkonsul an das Generalkonsulat in New York. 1978 gehörte er zur deutschen Delegation bei der ersten Sondergeneralversammlung über Abrüstung in New York. Seit 1978 leitet er in Bonn das Referat für Sozial- und Menschenrechtsfragen in der Politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes.

WECHSEL

Oberst **Adalbert Baron von der Recke** (52) übernahm das Kommando des Zentrums Innere Führung der Bundeswehr in Koblenz. Sein Vorgänger, Brigadegeneral **Dieter Clauß** (48), der zweieinhalb Jahre lang Kommandeur des Zentrums war, übernimmt die sechste Panzergrenadierdivision in Neumünster, Schleswig-Holstein. Baron von der Recke war zuletzt Brigadekommandeur der Panzerbrigade drei in Nienburg, Weser. Generalleutnant **Walter Windisch**, stellvertretender Generalinspekteur der Bundeswehr, würdigte beim Wechsel in Koblenz die Verdienste von Brigadegeneral Clauß, der es verstanden habe, der Öffentlichkeit das Anliegen der Inneren Führung verständlich zu machen.





Freude auf dem Eis: Deutsche Kunstläufer werden immer stärker – EV Landshut nach 5:4 in Mannheim zum zweiten Male Meister

laudia Leistner – ein eiler Aufstieg, der hwindelig machen kann

UWE PRIESER, Helsinki
i der Siegerehrung lagen sich dia Leistner und Rosalyn ners sekundenlang in den Ar- als müßten sie sich gegensei- och einmal der Wirklichkeit ichern: Sie hatten Gold und er bei der Eiskunstlauf-Welt- sterschaft gewonnen. Sechste die 18jährige aus Kalifornien vergangenen Winter, vor zwei en war Claudia Leistner erst te bei der Deutschen Meister- ft. Manchmal, sagt Claudia, nte sie daran, wie schnell das gegangen sei. Dann fängt sie chen an: Zwei Jahre erst, doch n eine Ewigkeit her. Die Um- ung der beiden hat ihren Sinn. haben sich mit ihren Kür-Pla- ngen gegenseitig geholfen. e Katharina Witt, die Titelver- igerin aus der „DDR", die beste gelaufen, hätte es kein Silber Claudia Leistner geben kön-

s ist längst nach Mitternacht, udia ist müde. Wenn sie auf die en Fragen antwortet, muß sie Gedanken erst immer von ir- dwoher zurückholen. Ja, sagt das sei schön, sich jetzt einfach treiben zu lassen. Und dann n andere über ihre Chancen, es Gold hätte werden können, und warum sie beim dreifa- n Lutz gefallen sei. Das alles ein bißchen über sie hinweg an ihr vorbei.

audia Leistner erzählt: Als sie n dreifachen Lutz gefallen sei, habe ihre Kür erst richtig be- nen. Schon beim Anlaufbogen la so ein Haken drin gewesen, da konnte das eigentlich schon its mehr werden. Irgendwann der Satz: „Besser so, daß es er war und nicht Gold." Dieser stieg ist sowieso zum Schwin- gwerden.

b sie nervös gewesen sei? Wie noch den Kopf schüttelt, sagt „Das kann man hinterher im- gut sagen", fängt leise zu la- n an und ist wieder allein mit und ihrer Freude.

Wenn Claudia den Lutz und den berger je dreifach gebracht hät- wäre sie Weltmeisterin gewor- ", erklärte Eugen Romminger. Mannheimer Unternehmer, isrichter und Verbandsfunktio- steuert als starker Mann der ntschen Eislauf-Union (DEU) Jahren die Karriere Leistner Geschick und Härte. Doch esser so", befand Romminger.

Am 15. April wird die auszubildende Verwaltungskraft bei der Mannheimer Stadtverwaltung, Claudia Leistner, nämlich erst 18 Jahre alt.

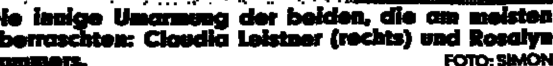
Jetzt hat sie ein Jahr lang Zeit, sich auf ihre neue Situation, auf die nächsten Ziele einzustellen. In der Woche vor der Weltmeisterschaft machte sie in Mannheim einen Bogen um die Zeitungskioske. Überall hingen Fernseh-Zeitschriften mit ihrem Titelbild. Als sie eine kaufen wollte, schickte sie ihre Freundin vor: „Wenn man mich mal erkennt und sagt: ‚Huh, das ist sie ja selbst'."

Bekannt zu sein ist schön, aber es ist ihr auch noch nicht ganz geheuer. Das hat ihr allerdings nach dem Blitzaufstieg im letzten Winter geholfen, mit den Füßen auf dem Boden zu bleiben. „Diesmal war es viel schwerer", sagt sie, „die Erwartungen waren so groß und ich mußte an viel mehr Sachen denken als vorher." Zum Beispiel daran, daß alles tänzerisch und leicht aussehen soll; da sei die Konzentration auf die Sprünge vielleicht etwas verlorengegangen.

Bei allem steht ihr ein Trainer zur Seite, den Romminger für den besten Techniker hält: Günter Zöller. Sachlich und klar in Urteil und Arbeitsweise, hat er Claudia Leistner seit zehn Jahren kontinuierlich nach oben geführt. 1973 hatte er sie zuerst jedoch nicht in seine Trainingsgruppe aufnehmen wollen. Sie schien ihm nicht talentiert genug. Er sagt: „Damals habe ich mich breitschlagen lassen." „Ha", erwidert Claudia, „dabei war ich unter denen noch die Beste." Beide grinsen. Von persönlichen Abnutzungserscheinungen keine Spur? Im Gegenteil, aber das war einmal, das Team Leistner-Zöller ist zusammengewachsen. Die größte Herausforderung kommt erst noch: Olympia in Sarajewo. Aber im April hat sie erst mal Zwischenprüfung.

Und bis dahin wird sie Mannheim kaum sehen. Jetzt tingeln die besten Eiskunstläufer der Welt durch die Lande und tragen, befreit vom Druck des Wettbewerbs, ihre Show vor. 500 Mark gibt es pro Auftritt. Was Claudia Leistner mit diesem Geld machen wird, steht schon fest: „Sparen. Wenn ich wieder nach Hause komme, will ich den Führerschein machen und dann ein gebrauchtes Auto kaufen."





Die innige Umarmung der beiden, die am meisten überraschten: Claudia Leistner (rechts) und Rosalyn Summers. FOTO: SIMON



Innige Umarmung, Teil zwei: Alois Schloder und Erich Kühnhackl wälzen sich vor Freude auf dem Eis. FOTO: RAUCHENSTEINER

Goldiges Hoffen auf Olympia 1984

sid, Helsinki
Als der Kronprinz die Kronprinzessin zum Tanzen aufforderte, leuchteten die Augen der bundesdeutschen Eiskunstlauf-Funktionäre mit einem goldenen Schimmer. Sie waren in diesem Moment auf dem Abschluß-Bankett der Weltmeisterschaften in Helsinki der Zeit bereits um ein Jahr vorausgeeilt und mit ihren Gedanken bei den Winterspielen 1984.

Silber für Norbert Schramm (Oberstdorf) und Claudia Leistner (Mannheim) – das eröffnet der Deutschen Eislauf-Union (DEU) goldene Olympia-Chancen. Und es bedeutet noch mehr: Da die Ergebnisse der WM über die Platzkontingente der einzelnen Länder in Sarajewo entscheiden, darf die DEU eine der größten Mannschaften schicken, die es je gegeben hat.

Startberechtigt sind jeweils drei Damen und Herren, dazu kommt ein Paar, und am Samstag machten Petra Born/Rainer Schönborn (Würzburg) mit einer großartigen Kürleistung und Rang neun den Weg für ein zweites Tanzpaar frei.

„Ich muß unseren Läufern ein Riesenkompliment machen, sie haben mehr erreicht, als wir erwarten durften", kommentierte DEU-Präsident Wolf-Dieter Montag den größten Erfolg seines Teams seit 1964. Damals holten Kilius/Bäumler und Manfred Schnelldorfer, den Heimvorteil im Rücken, in Dortmund zwei Titel.

Hinter der UdSSR (63), den USA (49) und Kanada (29) stellt die Bundesrepublik in einer inoffiziellen Länderwertung mit 27 Punkten die viertgrößte Macht der Eiskunstlauf-Welt. Das sind die statistischen Spielereien; die Tatsachen sehen nach Helsinki so aus: Norbert Schramm und Claudia Leistner haben sich in dem so wichtigen vorolympischen Winter fest in der Weltspitze etabliert und sind dort nicht mehr so leicht zu verdrängen.

Nüchtern fallen in der Regel die Prognosen von Bundestrainer Erich Zeller aus. Doch auch er schlägt für Schramm optimistische Töne an: „Ein gesunder Norbert kann Scott Hamilton schlagen. In Helsinki hat er wegen seiner fiebrigen Infektion nicht einmal 80 Prozent seiner Leistung bringen können." Und das reichte noch immer, um den Ansturm der jungen Wunderspringer abzuwehren.

Ihre Zeit wird vielleicht und hoffentlich erst nach 1984 kommen. In der finnischen Hauptstadt durfte man sich noch an Weltmeistern erfreuen, die mehr als nur Sprünge zu bieten hatten: Scott Hamilton, Rosalyn Sumners (beide USA) und in dem wieder zur Kunst zurückgekehrten Paarlauf Elena Walowa/ Oleg Wasiliew. Über allen aber schwebten zwei Briten namens Jayne Torvill und Christopher Dean, die mit ihrer Eistanz-Kür den Meisterschaften die schönsten vier Minuten schenkten.

Wenn sie auf dem Eis tanzen, werden Noten unwichtig, die 5,9 und 6,0, beide je neunmal für die Kür vergeben, deuten nur noch sportliche Überlegenheit an, können den Gesamteindruck aber nicht erfassen. Die beiden Engländer erzählen während ihres Tanzes eine Zirkusgeschichte. Da treten bei ihnen Jongleure auf, zittern Artisten auf dem Seil, lassen Zauberer Beine verschwinden, schminken sich Clowns. Das alles kann man tanzen – Jayne Torvill und Christopher Dean beweisen es. Wenn sie mit ihrem Vortrag fertig sind, geht es den Zuschauern so, als erwachten sie aus einem Traum, bei dem Wettkampf und Benotung keine Rolle spielen . . .

Karel Gut – die fast altmodische Freude am sauberen Eishockey

HANS-R. BEIN, Mannheim
Der EV Landshut ist deutscher Eishockeymeister. Die Spieler hatten schon zum vierten Finalspiel gegen den ERC Mannheim 36 Flaschen Sekt mitgebracht, so sicher waren sie sich ihres dritten Sieges, der alles entscheidet. Es wurde ein 5:4 – und in der Kabine wurde der Sekt aus der Meisterschale serviert.

Die Ausgelassenheit der Siegesfeier wurde nur einmal von Nachdenklichkeit unterbrochen. Landshuts Kapitän Alois Schloder gratulierte seinem Trainer Karel Gut (55), den sie als einzigen auf die Schultern genommen hatten, mit den Worten: „Trainer, das war unser Abschiedsgschenk für sie." Gut kehrt in die CSSR zurück. Er hatte die Landshuter in drei Jahren Arbeit durch eine beinahe altmodische Lust am sauberen Spiel zum zweiten Mal nach 1970 zur Meisterschaft geführt.

Spielaufbau und -anlage, Tempo, verwirrende Kombinationswirbel und die bis in kleinste Detail geplante taktische und körperliche Vorbereitung schon im Sommertraining sind konsequent von Karel Gut geprägt worden. Dem 114maligen Nationalspieler der CSSR, der als Trainer zwei WM-Titel gewann, ist übertriebene Härte ein Greuel. Damit kein Irrtum entsteht: Ein Hüne wie Erich Kühnhackl, ein Kerl wie Alois Schloder oder das alte Rauhbein Klaus Auhuber, die keilen gewaltig aus. Aber insgesamt, über die Dauer der Saison gesehen, kommt den erfahrenen Cracks wie den jungen Talenten der Spielgedanke zuerst in den Sinn.

Der Hang der Landshuter zum Spiel ist vor allem auf einen psychologisch äußerst wirksamen Schachzug von Karel Gut zurückzuführen. Er vertraute in drei Fünfer-Blöcken jedem seiner älteren Cracks die ganz persönliche Verantwortung für die jungen Spieler an. Damit schuf Gut Strukturen, die das Landshuter Spiel noch auf Jahre absichern können und dem Verein ganz nebenbei günstige wirtschaftliche Prognosen verheißen, denn die eigenen Leute sind immer die billigsten.

Den 35 Jahre alten Alois Schloder zwang Gut nach schweren Auseinandersetzungen in die Abwehr zurück. Der ehemalige Torjäger hatte lange daran zu beißen, ehe er mit dem 20jährigen Thomas Gandorfer ein ideales Gespann bildete, das von hinten heraus die Laycock-Brüder mit Vorlagen füttert. Klaus Auhuber fand sich als Ausbilder hinter der Linie Eder-Wasserek-Ewald Steiger wieder. Die drei sind zusammen gerade 57 Jahre alt.

Erich Kühnhackl ist schließlich selbst das beste Beispiel, wie Karel Gut in Landshut eine Eishockey-Generation nach der anderen an die Spitze heranführte und auch ganz oben hält. Vor 13 Jahren baute der Tschechoslowake den Mittelstürmer am Beginn einer einmaligen Karriere in die damalige Landshuter Meistermannschaft von 1970 ein. Heute ist Kühnhackl mit seiner Wandlung vom reinen Torjäger zum mitspielenden Denker und Lenker zum Dreh- und Angelpunkt seiner Mannschaft geworden.

Nationalspieler Helmut Steiger und Talent Klaus Gotsch zehren bei ihren stets torgefährlichen Aktionen zunehmend von Kühnhackls überlegener Uneigennützigkeit. Der Zusammenhalt der Mannschaft erzielt auf dem Eis eben deshalb so eine bemerkenswerte Wirkung, weil die Stars den Wasserträgern intern und auch vor Publikum Identifikationskämpfe um die eigene Rolle ersparen. Ein bisserl Familie auch im Verein und auf dem Eis, das gilt in Landshut noch etwas. Sogar die kanadischen Laycocks sind keine Fremdlinge, sondern Publikumslieblinge, obwohl sicher mancher auf den uralten Holzrängen des zugigen Stadions schon geflucht haben mag über die „Saupreiß'n, die kanadischen", die halt auch nur zum Geldverdienen nach Niederbayern gekommen sind.

Ist der EV Landshut ein Meister mit Zukunft? Die Anfechtungen werden kommen, Einkäufer der Konkurrenz, vornehmlich aus dem Westen, werden den Landshuter Buben mit großen Scheinen große Augen machen. Das ist eine Gefahr. Der Nachfolger von Karel Gut muß sehr sorgfältig ausgewählt werden. Gut geht nach der Weltmeisterschaft als Vorsitzender des CSSR-Trainerrats in seine Heimat zurück. Geht sein Nachfolger von der vorgegebenen Linie ab, ist das Modell Landshut nicht lange haltbar. Das ist die größere Gefahr. Als Meister des Kampfes oder gar als aus allen Himmelsrichtungen zusammengekaufter Meister taugen diese Landshuter nicht.

FUSSBALL / Acht Heimsiege, so viele wie nie in dieser Saison – Abstiegskampf wird immer noch spannender

Dortmund – Nürnberg	4:0 (0:0)
Stuttgart – Leverkusen	5:3 (1:1)
Berlin – Karlsruhe	5:2 (1:1)
Köln – Düsseldorf	4:0 (3:0)
K'lautern – Bremen	2:1 (2:1)
München – Bochum	3:0 (0:0)
Hamburg – Frankfurt	3:0 (2:0)
M'gladbach – Bielefeld	3:0 (1:0)
Schalke – Braunschweig	verlegt

DIE SPIELE

K'lautern – Bremen 2:1 (2:1)
Kaiserslautern: Reichel – Melzer – Wolf, Dusek, Briegel – Geye, Plath, Kitzmann, Bongartz (74. Eilenfeldt) – Nilsson, Allofs. – **Bremen:** Burdenski – Fichtel (32. Meier) – Kamp (71. Neubarth), Gruber, Otten – Sidka, Möhlmann, Bracht, Okudera – Reinders, Völler. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Wolf (15.), 2:0 Nilsson (18.), 2:1 Meier (42.). – **Zuschauer:** 22 212.

München – Bochum 3:0 (0:0)
München: Müller – Augenthaler – Horsmann, Grobe – Kraus, Breitner, Dremmler, Nachtweih – Rummenigge, Hoeneß, Del'Haye. – **Bochum:** Zumdick – Bast – Jakobs, Zugcic, Woelk, Patzke, Lameck, Oswald, Kühn (74. Andersson) – Kramer (60. Pater), Schreier. – **Schiedsrichter:** Martino (Schweiz). – **Tore:** 1:0 Breitner (57., Foulelfmeter), 2:0 Del'Haye (63.), 3:0 Rummenigge (65.). – **Zuschauer:** 18 000. – **Gelbe Karte:** Jakobs (3).

Berlin – Karlsruhe 5:2 (1:1)
Berlin: Quasten – Gruler – Schneider, Rasmussen, Stöhr – Blau, Schmitz, Timme, Mohr – Killmaier, Remark. – **Karlsruhe:** Wimmer – Theiss – Kleppinger, Lazic (67. Hagmayr), Bold – Gross, Zahn, Wiesner, Trenkel – Günther, Hofeditz. – **Schiedsrichter:** Pauly (Rheydt). – **Tore:** 0:1 Kleppinger (8., Foulelfmeter), 1:1 Rasmussen (22.), 2:1 Remark (49.), 3:1 Blau (50.), 4:1 Remark (52.), 5:1 Timme (81.), 5:2 Kleppinger (90., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 12 000. – **Gelbe Karte:** Gross (3).

Stuttgart – Leverkusen 5:3 (1:1)
Stuttgart: Roleder – Niedermayer –

Schäfer, K.-H. Förster, B. Förster – Kempe (77. Keisch), Allgöwer, Ohlicher, Sigurvinsson – Reichert, Six. – **Leverkusen:** Greiner – Gelsdorf – Wojtowicz, Demuth, Winklhofer – Hörster, Bittorf (78. Knauf), Röber, Vöge – Ökland, Waas. – **Schiedsrichter:** Barnick (Schenefeld). – **Tore:** 0:1 Röber (13.), 1:1 Reichert (24.), 1:2 Winklhofer (64.), 2:2 Six (71.), 3:2 Allgöwer (75.), 4:2 Niedermayer (80.), 4:3 Ökland (88.), 5:3 Reichert (89.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Schäfer (2), **Rote Karte:** Wojtowicz.

Dortmund – Nürnberg 4:0 (0:0)
Dortmund: Immel – Rüßmann – Keser (77. Loose), Koch, Bönighausen – Burgsmüller, Tenhagen (55. Freund), Zorc, Raducanu – Abramczik, Klotz. – **Nürnberg:** Kargus – Weyerich – Täuber, Reinhardt, Stocker (60. Brendel) – Eder, Botteron, Heck, Heidenreich – Trunk (69. Schneider), Dressel. – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 1:0 Klotz (50.), 2:0 Burgsmüller (63.), 3:0 Raducanu (68.), 4:0 Abramczik (76.). – **Zuschauer:** 15 000. – **Gelbe Karte:** Brendel (2).

Hamburg – Frankfurt 3:0 (2:0)
Hamburg: Stein – Hieronymus – Groh, Jakobs, Wehmeyer – Hartwig, Rolff, Hansen, Magath – Milewski, Hrubesch. – **Frankfurt:** Jüriens – Pezzey – Schreml, Körbel, Falkenmeyer – Sziedat, Kroth, Nickel, Trieb (71. Berthold) – Gulich (46. Müller), Tscha. – **Schiedsrichter:** Gabor (Berlin). – **Tore:** 1:0 Milewski (5.), 2:0 Hrubesch (45.), 3:0 Milewski (90.). – **Zuschauer:** 26 000.

M'gladbach – Bielefeld 3:0 (1:0)
Mönchengladbach: Sude (60. Kamps) – Drehsen (82. Schäffer) – Ringels, Borowka, Hopfstock – Matthäus, Schmider, Bruns, Schäfer – Mill, Reich. – **Bielefeld:** Diergardt – Pohl – Geils, Hupe – Riedl, Pagelsdorf, Schröder, Schnier – Rautiainen, Grillemeier, Lienen. – **Schiedsrichter:** Tritschler (Freiburg). – **Tore:** 1:0 Reich (28.), 2:0 Mill (57.), 3:0 Ringels (86.). – **Zuschauer:** 10 000. – **Gelbe Karten:** Borowka (3), Reich (2), Mill, Geils (4/1), Riedl.

Köln – Düsseldorf 4:0 (3:0)
Köln: Schumacher – Strack – Prestin, Steiner (82. Haas) – Hönerbach (71. Hartmann), Engels, Willmer, Zimmermann – Littbarski, Fischer, Allofs. – **Düsseldorf:** Kleff – Zewe – Kuczinski, Theis, Weikl – Bommer, Bockenfeld, Fach, Dusend – Edvaldsson, Wenzel (32. Dauber). – **Schiedsrichter:** Messmer (Mannheim). – **Tore:** 1:0 Allofs (6.), 2:0 Littbarski (21.), 3:0 Littbarski (45., Foulelfmeter), 4:0 Engels (77.). – **Gelbe Karte:** Weikl (3).

VORSCHAU

Freitag, 20.00 Uhr

Nürnberg – Schalke	(1:0)
Bremen – Dortmund	(0:0)

Samstag, 15.30 Uhr:

Karlsruhe – Köln	(1:4)
Bielefeld – Stuttgart	(2:2)
Frankfurt – M'gladbach	(1:3)
Bochum – Hamburg	(0:0)
Braunschweig – München	(1:1)
Düsseldorf – K'lautern	(1:3)
Leverkusen – Berlin	(3:3)

In Klammern die Ergebnisse der Hinrunde.



Der Jubel: Nach dem Schlußpfiff verknäulten sich die Mönchengladbacher vor Freude. Links winkt der glückliche Bruns, rechts lacht Lothar Matthäus, mit 22 Jahren schon ein erfahrener Spieler des Teams. FOTO SIMON

Die neue Angst: Torwart Ulrich Sude fällt in dieser Saison aus FOTO: RZEPKA

Gladbach und das Pech im Siegesjubel

B. WEBER, **Mönchengladbach**

Noch gut zehn Minuten waren im Stadion am Bökelberg zu spielen, aber Borussia Mönchengladbachs Trainer Jupp Heynckes hielt es längst nicht mehr auf seinem kleinen Klappstuhl am Spielfeldrand. Mit hochrotem Kopf stand er an der Seitenlinie. Die Hände hatte er in die Taschen seines blauen Parkas gesteckt. Sein Augenspiel ließ auf hochkarätige Erregung, auf Angstzustände schließen. 2:0 führten die Borussen gegen Arminia Bielefeld. Doch Heynckes befürchtete wohl, daß ihm der erste Erfolg nach acht sieglosen Meisterschaftsspielen (mit 1:15 Punkten) und der Pokalniederlage gegen Fortuna Köln immer noch entrissen werden könnte. Drei Minuten vor dem Abpfiff schafft Verteidiger Norbert Ringels das 3:0, den Endstand.

In Heynckes muß daraufhin eine Explosion der Erleichterung stattgefunden haben. Mit in die Luft gestreckten Armen tat er einen Sprung, viel höher wäre Hochsprung-Europameister Dietmar Mögenburg aus dem Stand womöglich auch nicht gekommen. Heynckes schrie seine Freude in den Abendhimmel. Der Trainer tanzte inmitten der ihn umlagernden Fotoreporter. Und jeder, der das Bild in sich aufnahm, spürte beinahe gerührt: Hier ist ein Mann außer sich vor Freude, der in den letzten Wochen gelitten hat wie ein geprügelter Hund.

„Es ist ein herrliches, für mich fast völlig neues Gefühl", sagte Heynckes später, „mal wieder über einen Erfolg sprechen zu dürfen." Der Trainer konnte um so befreiter aufatmen, als er doch vor dem Anstoß Risiken eingegangen war, die durchaus hätten böse enden können. Auf den Liberoposten beorderte Heynckes den 18jährigen Jugend-Nationalspieler Hans-Georg Drehsen. Ein Amateur, der vorher ohne jeden Bundesligaeinsatz war. Ihm zur Seite stellte er den gleichaltrigen Klaus Hopfstock. Ebenfalls Amateur, bis Samstag auch ohne jede Erfahrung im Bundesligageschäft. Der Trainer begründete die Aufstellung so: „Ich brauchte einfach junge, unbekümmerte Leute, die noch nicht vom Abstiegsbazillus befallen waren. Ich weiß, daß ich va banque gespielt habe. Ich bin überglücklich, der Mut hat sich ausgezahlt."

Es paßt ins Bild, daß die in dieser Saison in besonderer Weise gepeinigten Borussen ihren ersten Sieg nach so langer Durststrecke dennoch nicht ausgelassen feiern konnten. Die unfreiwillige Premiere eines dritten 18jährigen war Schuld daran. Der ebenfalls absolut unerfahrene Uwe Kampf mußte ab der 60. Minute ins Tor, weil Stammtorwart Uli Sude nach dem Abfangen eines Flankenballs auf den linken Arm gefallen war und mit schmerzverzerrtem Gesicht den Platz verlassen mußte. Vereinsarzt Jürgen Sellmann diagnostizierte bereits kurz nach dem Spiel einen Kapsel- und Bänderriß im linken Ellenbogen. In dieser Saison steht Sude nicht mehr zur Verfügung. Der Torwart weinte.

Mit Recht darf er sich als einen der größten Bundesliga-Pechvögel bezeichnen. Zum Saisonstart hatte ihn ein Handbruch außer Gefecht gesetzt, der ausgeliehene, inzwischen zu TuS Schloß Neuhaus transferierte Paul Hesselbach mußte ihn ersetzen. Später erlitt Sude einen Fingerriß, den er in der Winterpause nur halbwegs auskurieren konnte und der ihm danach noch erheblich zu schaffen machte. Jetzt also kam das Aus für Sude.

Fernsehreporter Karl-Heinz Vest (ARD), der nahezu jeden Samstag mit seiner Berichterstattung für unfreiwilligen Humor gut ist, gab den Gladbachern über den dritten Fernsehkanal diesen Rat: „Sie müssen sich einen anderen Torwart ausleihen." Was indes mit Sicherheit unmöglich ist, denn der Transfermarkt ist seit dem 31. Dezember geschlossen.

Nein, Heynckes bleibt überhaupt nichts anderes übrig, als auf den 18 Jahre alten Kampf zu setzen, dem er auch am Samstag bereits den Rücken stärkte, indem er sagte: „Ich habe vollstes Vertrauen zu ihm." Oder es gibt eine zweite Möglichkeit, und an der basteln die Verantwortlichen bereits: Sie überreden den Finnen Olavi Huttunen, der einen Vertrag bis zum 30. Juni besitzt, bis zu diesem Tag zu bleiben. Denn eigentlich war abgemacht, daß der finnische Nationaltorwart, der bei Borussia so eine Art Lehrzeit absolviert, bereits am 15. April zu seinem Stammverein HJK Helsinki zurückkehrt. Huttunen hat bei der Israel-Reise des Klubs während der Weihnachtszeit im Tor gestanden – und er hatte glänzende Kritiken bekommen. Derzeit ist der Finne mit seiner Nationalmannschaft auf einer Testspielreise durch die „DDR" unterwegs. Heynckes meint: „Wir brauchen Olavi auf jeden Fall, obwohl Kampf im Moment den besseren Eindruck auf mich macht."

Wahrscheinlich wäre den Gladbachern die ganze Torwartmisere erspart geblieben, wenn sie ihren Veteranen Wolfgang Kleff nicht allzu voreilig und zum Nulltarif an Fortuna Düsseldorf abgegeben hätten. Kleff ist in den vergangenen Wochen oft gelobt worden. Manager Helmut Grasshoff meinte dennoch: „Wir haben uns nichts vorzuwerfen, denn der Wolfgang hat bei uns auch immer seine Fehler gemacht."

Diese Aussage mag bei vielen Fans Widerstand hervorrufen. Einigkeit besteht auf jeden Fall darin, daß der 3:0-Sieg über Bielefeld den fünfmaligen deutschen Meister früherer Jahre noch längst nicht über den Berg gebracht hat. Grasshoff sagte zur WELT: „Wir packen es aber, und zwar mit Heynckes, den uns so viele madig machen wollten ..."

Die Angst in der Pfalz: Pfarrer raucht nervös

M. HÄGELE, **Kaiserslautern**

Samstag, 12 Uhr, in einem Lokal in Kaiserslautern, Mittagessen mit Ronnie Hellström, dem verletzten Torwart des 1. FC Kaiserslautern. Auf einmal legt er die Gabel zur Seite, greift zur Serviette: „Ich schwitze richtig an den Händen", sagt er. Angst, obwohl er doch gar nicht zu spielen braucht, weil er sich einen Finger gebrochen hat? Immer noch Angst bei einem 34 Jahre alten Profi? „Es ist der Erfolgszwang, wir müssen heute gegen Werder Bremen gewinnen", sagt Hellström. „Anders, härter ausgedrückt, es geht bei uns ums Überleben."

Nun ist der Schwede Hellström, der 1974 bei der Weltmeisterschaft in Deutschland oft als bester Torwart der Welt bezeichnet worden war, ganz gewiß kein Mann übertriebener Worte, kein Plauderer, der gedankenlos alles nachplappert, was er irgendwo gehört oder gelesen hat. Hellström ist ein sehr sachlicher Mensch. Aber an diesem Wochenende hat sich das Problem des 1. FC Kaiserslautern einmal wieder auf den Punkt konzentriert.

Samstag, 13 Uhr, vor „Atzes Men-Shop". Der Besitzer schließt gerade seine Boutique ab. „Wenn wir heute nicht gewinnen, dann fliegen wir am Mittwoch in Craiova aus dem UEFA-Cup. Dann ist die Saison gelaufen." Atze Friedrich war jahrelang Präsident des Vereins, er gilt als Vater des Pfälzer Fußball-Aufstiegs.

Samstag, 14 Uhr, in der Geschäftsstelle. Friedrichs Nachfolger, Kirchenrat Udo Sopp, zieht nervös an seiner Zigarre. „Ich sehe die Lage ähnlich ernst", meint er. Dann zieht er die Vorhänge zu. Die Blicke der Fans steigern bei ihm die Nervosität.

Um 17.15 Uhr, als alles vorbei und Werder Bremen 2:1 geschlagen war, haben die Profis des 1. FC Kaiserslautern die Arme jubelnd in die Höhe gerissen. Doch seltsam, von den 25 000 Zuschauern wollte sich so recht keiner mit den Spielern freuen. In den Anstandsapplaus für den Sieg über eine Spitzenmannschaft wurde kräftig hineingepfiffen.

Der Sieg hat sie alle ungeheuer erleichtert, trotzdem konnten sie nicht stolz auf ihn sein.

Die Hoffnung, auch in der nächsten Saison im UEFA-Cup-Wettbewerb dabeizusein, wurde durch den Sieg über den Bremer Mitkonkurrenten wieder über eine Woche gerettet. Trainer Rudi Kröner: „Dieser wichtige Sieg läßt uns auch motiviert nach Craiova fahren."

Dort, in der Stadt des Grafen Dracula, müssen die Nachfolger der schon legendären „Roten Teufel" um Fritz und Ottmar Walter im Viertelfinale des UEFA-Cups antreten. Das 3:2 aus dem Vorspiel ist nur ein armseliges Polster. Mittwoch werden sie wieder te Finger kneten oder ihre Anspannung mit Nikotin zu fen versuchen.

Denn der Verein aus der sten Bundesligastadt ist zur Kasse im internationalen G verdammt. Anders könn Stars wie Torbjörn Nilsson mas Allofs und Hans-Peter nicht finanziert werden.

Deshalb haben sie alle Angst. Die Bundesligatabelle zeichnet nach Platz sieben ßen Riß. Der Riß trennt G Schlechte, und das hat hi etwas mit Reichtum und A tun. Kaiserslautern auf Ra ben ist ein „Noch-guter". U internationalen Ansprüche melden, muß er noch ein höher klettern. Sonst h UEFA-Cup ade, großer Fu ne Kaiserslautern. Dabei die Pfälzer in dieser Saison a favorit für die Meisterschaft delt.

Die Klubs, die in der T über Kaiserslautern liegen weiter. Diese Erkenntnis man am Samstag vom Betze mit in die Stadt hinunter. D mer spielten schöner, mutig ger, einfach besser als die Lau „Wir hätten ein Unentsch verdient gehabt", sagte der B Trainer Otto Rehhagel. Ko ken, wohin er schaute, best seine Aussage.

Das Publikum hatte ge und gepfiffen, als Rehhagel Fichtel und Verteidiger Kam gewechselt hatte und mit vie mern – mit Meier, Reinders, barth und Völler – die Pfälz ihrem gefürchteten Fußbal ganz schlimm in den Schw sten nahm. Die Bremer drauf und dran, ihre Fehler wettzumachen. Vor dem Wolf hatte die Abseitsfalle funktioniert. Das 2:0 hatte ra, Bremens bester Mann, nem ungeschickten Paß Schweden Nilsson vorbereit

Doch auf die Schultern Werder die Lauterer ni Meiers Anschlußtor. dafür ist schnell ge Peter Briegel kämpfte der. Er gewann das Duell tionalspieler.

„Noch drei Stunden kön gegen den spielen und ich kein Tor machen", erkannte hinterher. Aber dieser Brie auch der stärkste Bewacher, in der Bundesliga jemals er be, noch stärker als Kar Förster, so Völler.

Der kompromißlose Abwe Briegel verjagte für zwei, dr Pfälzer Fußballängste. D nem Gegner richtig Angst können die „Roten Teufel" nicht mehr. Und das ist am berg ein Signal für Alarm.

Die Bundesliga-Tabelle

							Heim:		Auswärts:	
1. Hamburg	24	14	8	2	57:23	36:12	35:9	22:4	22:14	14:8
2. München	24	14	6	4	57:19	34:14	36:6	21:5	21:13	13:9
3. Dortmund	24	15	4	5	58:32	34:14	37:12	20:4	21:20	14:10
4. Stuttgart	23	14	5	4	55:29	33:13	34:15	19:5	21:14	14:8
5. Köln	23	12	6	5	48:27	30:16	27:10	18:4	21:17	12:12
6. Bremen	22	12	5	5	39:26	29:15	25:7	18:2	14:19	11:13
7. K'lautern	23	9	10	4	34:31	28:18	26:13	19:3	8:18	9:15
8. Nürnberg	23	8	5	10	28:44	21:25	20:16	16:6	8:28	5:19
9. Frankfurt	24	9	3	12	32:33	21:27	25:7	18:6	7:26	3:21
10. Bielefeld	24	8	5	11	34:52	21:27	26:18	16:8	8:34	5:19
11. Braunschw.	23	7	6	10	26:37	20:26	16:10	15:7	10:27	5:19
12. Bochum	23	6	7	10	25:32	19:27	16:12	11:11	9:20	8:16
13. Düsseldorf	24	5	8	11	37:59	18:30	22:27	12:10	15:32	6:20
14. Gladbach	23	7	2	14	38:43	16:30	23:17	12:12	15:26	4:18
15. Hertha	23	4	8	11	30:41	16:30	20:18	12:12	10:23	4:18
16. Leverkusen	23	5	6	12	24:47	16:30	12:14	12:12	12:33	4:18
17. Schalke	22	4	5	13	29:47	13:31	16:21	8:14	13:26	5:17
18. Karlsruhe	23	4	5	14	29:58	13:33	15:17	11:13	14:41	2:20

Europacup

sid/dpa, **Bonn**

Nicht in Bestbesetzung, aber mit Optimismus gehen die drei Bundesligaklubs Hamburger SV, Bayern München und 1. FC Kaiserslautern am Mittwoch in die Viertelfinal-Rückspiele der drei Fußball-Europapokal-Wettbewerbe. Der Hamburger SV sorgt sich nach dem klaren 3:0-Hinspiel-Erfolg bei Dynamo Kiew im Meister-Pokal mehr um die Zuschauer als um seine verletzten Spieler. Deshalb sollen mit einem attraktiven Rahmenprogramm (eine Rockgruppe, ein Feuerschlucker, Verlosung von signierten Fußbällen) die Besucher ins Volksparkstadion gelockt werden. HSV-Trainer Ernst Happel warnt allerdings vor Übermut: „Wir können ruhig in dieses Spiel gehen, aber absolut nicht sorglos." Vor dem 100. Europapokal-Spiel der Hamburger steht hinter dem Einsatz von Manfred Kaltz, Thomas von Heesen und Lars Bastrup, dem dreifachen Torschützen aus dem Hinspiel in Tiflis, ein Fragezeichen.

Noch längst nicht aufgesteckt hat Bayern München im Pokalsieger-Wettbewerb nach dem 0:0-Heimspiel vor 12 Tagen gegen den FC Aberdeen. Trainer Pal Csernai muß zwar auf Torwart Jean-Marie Pfaff und Bernd Dürnberger verzichten, aber Karl-Heinz Rummenigge weiß um die Qualitäten der Münchner: „Wir sind dafür bekannt, daß wir uns nicht aufgeben. In Aberdeen gehen wir mit der Devise ‚Jetzt erst recht' auf den Platz." 24 000 Zuschauer werden dabeisein, denn das Stadion in Aberdeen ist bereits ausverkauft.

Die geringsten Personalnöte hat der 1. FC Kaiserslautern im UEFA-Pokal. Trainer Rudi Kröner kann bis auf Funkel auf alle Spieler zurückgreifen, um den mageren 3:2-Vorsprung bei Universitatea Craiova zu verteidigen.

Statistik

● **Zuschauer:** Nach dem Hoch vom letzten Wochenende (230 000 Zuschauer) kamen wieder nur 137 433 Besucher zu acht Spielen. Für den Tagesrekord sorgten bereits die 26 000, die das Spiel des Hamburger SV gegen Frankfurt sahen.

● **Platzverweis:** Der für Bayer Leverkusen spielende Pole Rudolf Wojtowicz wurde als sechster Spieler dieser Saison des Feldes verwiesen. Vor ihm waren es Dremmler (München), Drexler (Schalke), Weyerich (Nürnberg), Thomas Allofs (Kaiserslautern) und sein Leverkusener Kollege Saborowski.

● **Heimstärke:** Acht Heimsiege hat es in dieser Saison zuvor noch nicht gegeben. Dieser Beweis der Stärke im eigenen Stadion könnte noch stichhaltiger werden, wenn Schalke das wegen des Todes von Lutz Eigendorf abgesagte Spiel am 22. März gewinnt. Im deutschen Totoblock wurde eine „zwei" ausgelost ...

● **Tore:** Karl-Heinz Rummenigge bleibt mit 16 Treffern und zwei Toren Vorsprung auf Karl Allgöwer Spitzenreiter der Torschützenliste. Hinter den beiden folgen vier Spieler mit 14 Treffern: Dieter Hoeneß, Völler, Burgsmüller und Littbarski. 35 Tore gab es in acht Spielen, das sind immerhin 4,4 durchschnittlich pro Spiel.

● **Talfahrt:** Neue Besen kehren nicht immer gut. Nach der Entlassung von Trainer Horst Franz gab es für Karlsruhe unter Lothar Strehlau vier Niederlagen. In den letzten 18 Spielen gelang dem KSC nur ein Sieg – am 27. November 3:1 über Braunschweig.

● **Nachholtermine:** Am 22. März spielen Köln – Nürnberg, Bremen – Stuttgart, Schalke – Braunschweig. Am 2. April: Gladbach – Karlsruhe, Hertha BSC – Bremen, K'lautern – Schalke, Bochum – Leverkusen.

Die Zuschauer riefen „Csernai raus", Münchens Trainer sagt: „Das gehört bei uns zum Service"

Von ULRICH DOST

Wenn es schon an der nötigen Spannung fehlt, dann bietet die Bundesliga wenigstens etwas zum Schmunzeln. Diesmal sorgte der Stuttgarter Torwart **Helmut Roleder** (29) dafür – wenn auch ungewollt. Seine Lachnummer geschah in der 65. Minute. Der Leverkusener **Helmut Winklhofer** (22) versuchte mehr aus Verzweiflung als aus aussichtsreicher Position auf das Stuttgarter Tor zu schießen. Aus gut 16 Metern kullerte der Ball auf Roleder zu. Der Torwart: „Keine Sorge, dachte ich, den hältst du leicht."

Doch es kam anders, plötzlich lag der Ball im Tor, und die Leverkusener führten 2:1. Helmut Roleder: „Bei mir war wohl alles geöffnet – zuerst die Hände und dann die Beine." Das sah schon ulkig aus, wie sich der Ball seinen Weg durch die Arme, unter den Bauch und dann durch die gespreizten Beine suchte und auch fand. Fast im Zeitlupentempo rollte der Ball über die Torlinie. Er habe sich fürchterlich geärgert, so der Torwart, und als erstes sei ihm der Gedanke in den Kopf geschossen, „daß durch meine Dusseligkeit die Punkte weg sein könnten". Für Roleder ging die Sache noch mal glimpflich aus, der VfB Stuttgart gewann nämlich noch 5:3. Deshalb, so der Stuttgarter, sei er von seinen Kollegen auch nicht gehänselt worden. So etwas könne schon mal passieren, letztlich sei ihnen ja kein Schaden entstanden. Roleder: „Man lernt eben nicht aus. Dabei bekommt jeder C-Jugend-Torwart gesagt, er solle die Beine zusammenhalten, wenn er einen Ball aufnimmt."

*

Roleder also wurde verziehen. Die Spieler vom Meister aus Hamburg hatten insgeheim nach ihrem 3:0 über Frankfurt damit gerechnet, Gnade bei ihrem Trainer **Ernst Happel** (57) zu finden. So sagte Vorstopper **Ditmar Jakobs** (29): „Wir wissen alle, daß wir schlecht waren. Wenn wir trotzdem das Glück haben, auch noch klar zu gewinnen, sollte man uns auch das mal zugestehen."

Damit aber stieß er bei Happel auf taube Ohren, der nämlich kein Blatt vor den Mund nahm: „Das war von unserer Seite enttäuschend, von einigen Spielern sogar erschreckend." Grundsätzlicher beurteilte sogar Frankfurts Trainer **Branko Zebec** (54) die Situation in der Bundesliga, wenn er davon sprach, daß vielfach „zu wenig gezeigt" werde. Zebec: „Man muß mehr erwarten können." Hamburgs Präsident **Wolfgang Klein** (36) mag sich angesichts der Trainerschelte der Magen gedreht haben. Gerade für einen wie ihn, der bei einem klaren 3:0-Erfolg gerne nur die positiven Seiten herausstreichen würde, wird diese Art von Nestbeschmutzung nicht gepaßt haben. Es ist halt nicht alles Gold, was glänzt – erfahrenen Fußballehrern wie Happel und Zebec kann da so schnell niemand etwas vormachen.

Branko Zebec, im Dezember 1980 in Hamburg entlassen, trank dann doch noch mit Wolfgang Klein einen Cognac, nachdem er ihn zunächst abgelehnt hatte. Zebec: „Wenn ich etwas trinke, werde ich sofort entlassen."

*

Die Münchner Fans würden sich derzeit auch am liebsten von Bayern-Trainer **Pal Csernai** (50) trennen. Beim 3:0-Erfolg der Bayern über den VfL Bochum ließen sie ihrem Unmut freien Lauf. „Csernai raus, Csernai raus", war immer wieder zu hören, nachdem das Spiel in den ersten 60 Minuten eine einzige Enttäuschung war. Gestern morgen spielte der Ungar den Unterkühlten, dem des Volkes Meinung schnuppe ist. Csernai: „Wenn den Leuten das Spaß macht. Meinetwegen können sie ihre Rufe loslassen, das gehört bei uns zum Service." Csernai glaubt diese Rufer zu kennen: „Sie schreien Mathy rein, wenn Dieter Hoeneß schlecht spielt. Sie haben auch Karl Del'Haye rein- und rausgebrüllt. Ich gestehe den Leuten ihre Meinung zu, aber mich berührt das nicht."

Passable Erklärungen, warum seine Mannschaft so schwer in Schwung kommt, glaubt der Ungar anführen zu können. Der FC Bayern München sei im Umschwung, ähnlich wie vor fünf Jahren, als er seine Arbeit aufnahm. Doch der Neuaufbau der Mannschaft könne erst in der neuen Saison geschehen. Derzeit fehlt **Bernd Dürnberger** (29) aus dem eingespielten Mittelfeld am dringendsten. Csernai: „Andere Spieler trauen sich bei uns nicht, die Verantwortung zu übernehmen. Auch unsere Topleute spielen derzeit nicht in Bestform." Indirekt ist damit **Karl-Heinz Rummenigge** (27) gemeint, der die Fehler ebenfalls in der Mannschaft sieht und nicht beim Trainer: „Uns fehlt zur Zeit die klare Linie." Wer weiß, wie blamabel das Spiel für die Bayern ausgegangen wäre, hätte Schiedsrichter **Arturo Martino** (42) aus der Schweiz nach einem harten Rempler zwischen Rummenigge und **Dieter Bast** (32) nicht auf den Elfmeterpunkt gezeigt.

*

Besonders leicht kamen am Samstag **Georg Gawliczek** die Worte über die Lippen. Nach dem 5:2 von Hertha BSC über den Karlsruher SV ist im Kampf gegen den Abstieg Hoffnung aufgekommen. Gawliczek: „Nach diesem Sieg ... ich nächsten Samstag in L... sen mit einem Punkt." Mit **Bonhof** (31), den die Berliner als Retter vom 1. FC Köln für ... Mark geholt hatten, rechne... gen niemand mehr. Der M... serriß im rechten Oberschen... Bonhof ohnehin vorläufig ... geworfen. Bonhof eine Fehl... tion? Dazu Gawliczek ... „Wenn er wieder fit ist, wir... sehr, sehr wichtiger Mann ... sein." Zu Beginn der Woch... sich das noch anders an: „... stand zwischen ihm und de... ren ist so gering, daß m... Fehlen verkraften kann."

*

Es ist doch immer wie... staunlich, mit wie wenig ... spitzengefühl beim De... Fußball-Bund (DFB) ge... wird. Das Halbfinale im Po... den Spielen 1. FC Köln ... Stuttgart (wahrscheinlich ... und Fortuna Köln gegen ... mund (wahrscheinlich 4. A... gerade ausgelost, als der S... schuß-Vorsitzende **Walter** ... (68) mit seiner Ankündigung ... Finale werde wohl am 11. ... Berlin stattfinden, nur Ko... teln auslöste. Dortmunds ... dent **Jürgen Vogt** (36) erhi... Anruf von einem weinende... er könne sich die Reise nach ... nicht leisten. Mit 12 Prozent ... die Dortmunder die höch... beitslosenzahl, sehr teue... auch die Stuttgarter die Rei... Berlin, und auch die Kölne... müßten noch tief in die ... greifen.

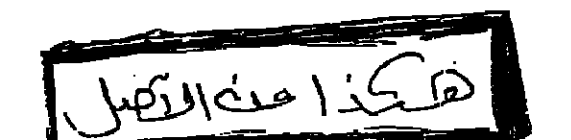
So ist das eben beim D... fällt jemandem ein, Berlin ... wieder eine Reise wert, oh... die Konsequenzen nachzud... Warum macht man beim ... nicht Nägel mit Köpfen u... gibt das Endspiel ein für ... nach Berlin. Ähnlich wie ... Engländer mit London und ... bley tun. Dann ist egal, w... Finale erreicht hat: Hertha ... Tennis Borussia, Berlin, Mü... Nürnberg oder Bayreuth.

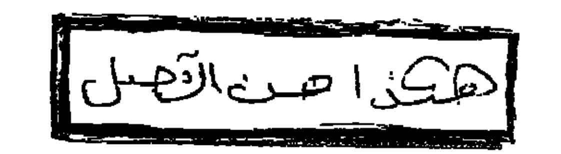
Fußball-Kulisse

Zahlen, Fakten, Hintergründe aus der Bundesliga



Da geht es lang, sagen Rummenigge und Hoeneß – aber wohin führt der Weg des FC Bayern? Die Zuschauer riefen „Csernai raus". FOTO: WEREK





FUSSBALL

...ie kanadische ...egierung will ...VM unterstützen

sid/rtr, Montreal

...ie Regierung Kanadas wird die ...werbung des kanadischen Fuß-...l-Verbandes um die Ausrich-...g der Weltmeisterschaft 1986 ...terstützen. Wie Innenminister ...ancis Fox in Montreal erklärte, ...rden sich Regierung und Ver-...nd gemeinsam bemühen, alle ...flagen des Weltverbandes FIFA ...Hinblick auf die Bewerbung zu ...üllen.

Nachdem Brasilien seine Mel-...ng wegen wirtschaftlicher Pro-...eme zurückgezogen hat, räumt ...orge Schwartz, Vizepräsident ...s kanadischen Verbandes, Kana-... die größten Chancen ein: „Jetzt ...hen unsere Chancen gegenüber ...exiko und den USA 50:50."

FIFA-Generalsekretär Joseph ...attner sagte nach Ablauf der Be-...rbungsfrist, die drei Verbände ...s Mexiko, Kanada und den Ver-...igten Staaten hätten ihre An-...rtschaft aufrechterhalten. Eine ...tscheidung wird im Mai in ...ockholm getroffen.

Alle drei Staaten können auf ihre ...ganisationsfähigkeit, Infrastruk-...r und Großstadien verweisen. ...ngeachtet finanzieller Fragen ...irfte jedoch auch das erwartete ...ischauerinteresse ein wesentli-...es Kriterium zur Vergabe der ...eltmeisterschaft sein. Georges ...hwartz vom kanadischen Ver-...and verweist darauf, daß in Nord-...nerika bisher nur der Klub Cos-...os New York Zuschauer anziehe. ...ie drei heimischen Vereine in der ...ordamerikanischen Liga (NASL) ...itten einen Zuschauerschnitt von ...000. Es sollten keine Zweifel ...ifkommen, daß Kanada weit hin-...r den Zuschauerzahlen von Spa-...en, dem letzten WM-Ausrichter, ...nterherhinke, sagte Schwartz.

Trotz der hohen mexikanischen ...uslandsverschuldung und einge-...iteter Sparprogramme sieht der ...exikanische Fußballverband bei ...er Finanzierung der Fußball-WM ...eine Probleme. Verbandsspre-...ner wiesen auf das große Interes-... der Industrie und eigene Mög-...chkeiten hin. Ein Sprecher des ...ourismus-Ministeriums sagte, ge-...de durch die Fußball-Weltmei-...erschaft würden viele Fans und ...amit Dollar ins Land strömen.

Selbstbewußt tritt Werner Frik-...e, der Vize-Präsident des ameri-...anischen Fußballverbandes ...JSSF) auf: „Wir haben einen ge-...altigen Zuspruch der Unterneh-...en. Wir können der FIFA mehr ...msatz schaffen als jeder andere." ...ie USA waren zuletzt 1950 an ...iner WM-Finalrunde beteiligt.

2. Liga

Duisburg: Trainer Melzig darf doch weiterarbeiten

DW. Bonn

Wer beim Umgang der Fußball-Vereine mit ihren Trainern auf Logik setzt, hat sich schon oft geirrt. Bisher sind acht Trainer der Zweiten Liga vorzeitig entlassen oder beurlaubt worden. Gestern nun, vor dem Spiel gegen Hannover 96, bestätigte der MSV Duisburg seinem Trainer Siegfried Melzig (42) noch einmal, daß er bis zum Saisonschluß bleiben dürfe.

Der Vorstand des Vereins hat sich zu dieser Bestätigung durchgerungen. Wohl kaum, weil er die Logik liebt, sondern eher, weil das Geld fehlt. Was Duisburg vorhatte, ist dies: Melzig sollte gehen, weil seine Mannschaft weder Meister werden noch absteigen kann. Schon jetzt sollte sich Melzigs Nachfolger Günter Preuß einarbeiten. Preuß aber ist ohnehin schon sportlicher Leiter des Vereins. Der Logik werden Abseitsfallen aufgebaut . . .

DIE ERGEBNISSE

Osnabrück – Kassel	2:0	(1:0)
Offenbach – Uerdingen	4:0	(2:0)
Mannheim – Köln	2:1	(1:1)
Frankfurt – Lüttringh.	2:1	(1:0)
Fürth – Wattenscheid	2:3	(1:1)
Neuhaus – Aachen	3:1	(1:0)
Essen – Darmstadt	2:2	(1:1)
Solingen – Stuttgart	2:2	(1:1)
Duisburg – Hannover	3:1	(2:0)
Augsburg – Freiburg	1:1	(0:0)

DIE TABELLE

1. Mannheim	27	17	7	3	63:23	41:13
2. Offenbach	27	17	5	5	59:28	39:15
3. Kassel	27	15	4	8	54:36	34:20
4. Köln	28	12	9	7	60:40	33:23
5. Uerdingen	25	13	6	6	44:31	32:18
6. Freiburg	26	11	7	8	39:34	31:21
7. Darmstadt	28	12	7	9	47:43	31:25
8. Duisburg	27	11	6	10	40:35	28:26
9. Aachen	27	10	8	9	37:39	28:26
10. Stuttgart	26	10	6	10	49:40	26:26
11. Osnabrück	25	11	2	12	44:44	24:26
12. Hannover	26	8	7	11	49:47	23:29
13. Essen	27	8	7	12	36:44	23:31
14. Fürth	27	8	7	12	43:57	23:31
15. Augsburg	26	8	6	12	20:35	22:30
16. Solingen	25	6	9	10	37:48	21:29
17. Wattensch.	28	8	5	15	41:54	21:35
18. Lüttringh.	26	7	6	13	38:60	20:32
19. Frankfurt	27	6	6	15	37:67	18:36
20. Neuhaus	27	5	4	18	31:63	14:40

DIE VORSCHAU

Freitag: Darmstadt – Duisburg, Aachen – Offenbach, Hannover – Osnabrück. – Samstag: Köln – Solingen, Freiburg – Schloß Neuhaus, Lüttringhausen – Augsburg, Uerdingen – Frankfurt. – Sonntag: Wattenscheid – Essen, Kassel – Mannheim.

SKI ALPIN / Franz Klammer, 29 Jahre alt, wieder Weltcup-Sieger

„Was heißt hier Alter? Ich habe alles riskiert und auch alles gewonnen"

sid/dpa, Lake Louise

Der Österreicher Franz Klammer gewann zum fünften Mal den Abfahrts-Weltcup der alpinen Ski-Rennläufer. Bei der letzten Saisonabfahrt im kanadischen Lake Louise reichte dem mit 29 Jahren ältesten Läufer im Skizirkus ein zweiter Rang hinter seinem Landsmann Helmut Höflehner. Dritter wurde Vize-Weltmeister Conradin Canthomen aus der Schweiz, der mit 92 Zählern hinter Klammer Platz zwei in der Weltcup-Wertung belegt.

Für den 23 Jahre alten Höflehner war es der erste Weltcup-Sieg. 1980 hatte er bei der Abfahrt in Lake Louise mit dem sechsten Platz sein bisher bestes Weltcup-Ergebnis erzielt. Franz Klammer war zuletzt 1978 Weltcup-Sieger in der Abfahrt. Den kanadischen Läufern blieb das Pech in Lake Louise treu. Nachdem sich Steve Podborski am vergangenen Wochenende in Aspen bei einem Sturz einen Innenbandriß im linken Knie zugezogen hatte, stürzten auch seine beiden Landsleute Ken Read und Todd Brooker im letzten Saisonlauf, blieben aber unverletzt. Ken Read trat nach diesem Rennen vom Leistungssport zurück. Die Amerikanerin Tamara McKinney gewann den Gesamt-Weltcup bei den Frauen durch einen Sieg im Riesenslalom von Vail (US-Bundesstaat Colorado).

Die Chance auf den Abfahrts-Weltcup hatten vor der letzten Schußfahrt noch sieben Läufer – gewonnen hat ihn Klammer. „Ich habe alles riskiert und alles gewonnen", sagte er. Der zweite Rang hinter seinem Teamgefährten Herbert Höflehner hatte gereicht. Der Bauernsohn Klammer aus Moosach in Kärnten, 29 Jahre alt, gibt weitere Rätsel auf. Wo liegen seine Grenzen?

„Bis zu den Olympischen Spielen in Sarajewo will ich auf jeden Fall noch mitkämpfen", sagte er. In Sarajewo wäre er 30 Jahre alt. Nie zuvor wagte sich ein Rennläufer aus der Weltklasse in einem solchen Alter auf einen Abfahrtshang. „Was heißt Alter?" fragte Klammer. Alt sei er gewesen, als er sich über den Kreuzweg der Niederlagen quälte. Zweifel an sich selbst hatten ihm schwer zu schaffen gemacht. Zwischen dem 11. März 1978 und dem 6. Dezember 1981 kein Sieg. In diesen Stunden hielt vor allem sein Trainer Karl Kahr zu ihm. Dessen Trainingsmethoden gelten in der Branche als brutal. Für Kahr ist die Abfahrt wie „Dschungelkrieg, in dem jeder Schwache verliert" (Kahr).

Ausgerechnet Kahr, der Klammer wegen ungenügender Leistungen nicht für Lake Placid nominierte und im Februar 1981 gar aus dem Team warf, ausgerechnet er setzte sich für den früheren Olympiasieger ein: „Der Klammer kommt wieder."

Die Rückkehr des Franz Klammer war triumphal. In Val d'Isère, zum Saisonauftakt 1982/83, siegte er. Als Klammer 1978 von einer Skimarke auf die andere umstieg, war das dem Abwerber 500 000 Mark wert. Sein Jahresverdienst dürfte zwischen 150 000 und 200 000 Mark liegen – ohne Spesen.

LEICHTATHLETIK / Comeback eines lange verletzten Weltrekordlers

Coes neuer Anlauf – gleich Bestzeit

sid/dpa, Cosford

Sechs Monate nach seiner Niederlage bei den Europameisterschaften in Athen feierte der englische Mittelstreckenläufer Sebastian Coe sein Comeback mit einer Weltbestleistung. Beim Hallen-Länderkampf gegen die USA in Cosford verbesserte Coe (26) seine eigene 800-m-Bestmarke vom Februar 1981 von 1:46,0 auf 1:44,92 Minuten. Coe, der Olympiasieger über 1500 m von Moskau 1980, hält im Freien auch die Weltrekorde über 800 m, 1000 m und eine englische Meile (1609 m).

Nach seinem Rekordlauf, dem die 3600 Zuschauer in Englands einziger Leichtathletik-Halle in Cosford bei London begeistert applaudierten, staunte Coe über sich selbst: „Ich war überhaupt nicht heiß auf das Rennen und hatte mich in keiner Form auf eine solche Zeit vorbereitet. Aber mir machen Hallenstarts Spaß, und nach all den Enttäuschungen durch Verletzungen und Krankheit im vorigen Jahr bin ich mit dem Verlauf meines Wintertrainings so zufrieden wie noch nie. Vielleicht trete ich in einer Woche noch mal in Oslo in der Halle an." Lediglich durch eine Erkältung habe er drei Tage an Wintertraining eingebüßt. Coe, der in diesem Jahr im Freien noch einmal auf den Mittelstrekken Weltrekordversuche starten will, beabsichtigt, sich im Olympiajahr 1984 auf die Langstrecke zu konzentrieren. In Los Angeles will der Engländer über 5000 m starten.

Hinter Coe erzielte der Engländer Peter Elliot als Zweiter in 1:46,71 Minuten noch eine respektable Zeit. Glanzleistungen blieben ansonsten beim 72:70-Erfolg der Engländer über die USA in Cosford aus. Die USA stellten in acht der 13 Disziplinen die Sieger. Für die zweitbeste Leistung des Länderkampfes sorgte der Amerikaner Tony Campbell mit seinem 60-m-Hürdensieg in 7,64 Sekunden. Auch die 4:01,6 Minuten seines Landsmannes Ross Donahue über eine englische Meile waren bemerkenswert.

Eine Woche nach dem Weltrekord der Sowjetrussin Tamara Bykowa bei den Hallen-Europameisterschaften der Leichtathleten in Budapest (2,03) hätte beinahe die sechste Hochspringerin der Welt die Zwei-Meter-Grenze übersprungen. In Nagoya (Japan) wartete die Amerikanerin Louise Ritter mit der Steigerung auf 1,98 m auf.

Vier Jahre nach seiner Flucht aus Uganda kehrt John Akii-Bua, der Olympiasieger über 400 Meter Hürden von München 1972, wieder in seine Heimat zurück. Der heute 34jährige Akii-Bua hatte in Deutschland eine zweite Heimat gefunden und bleibt auch künftig für ein Weltunternehmen der Sportartikel-Branche (Puma) tätig. Akii-Bua, der mit seiner Frau Joyce und vier Kindern nach Kampala zurückkehrt, übernimmt die Vertretung des Unternehmens für den gesamten Kontinent Afrika. Außerdem eröffnet er in seiner Heimat ein Sportartikelgeschäft und wird Nationaltrainer.

Der frühere Polizist war 1978 unter dem ehemaligen ugandischen Machthaber Idi Amin ins Gefängnis gebracht worden. Damals hielt sich sogar das Gerücht, der frühere Weltrekordler sei umgebracht worden.

SPORT-NACHRICHTEN

Einstand mit Remis

Barcelona (dpa) – Der neue Trainer des CF Barcelona, Cesar Luis Menotti (Argentinien), erreichte bei seinem Einstand im Meisterschaftsspiel der spanischen Fußball-Liga gegen Real Betis nur ein 1:1. Nach drei Monaten war auch erstmals wieder der Argentinier Diego Maradona dabei.

Geschraubte Schulter

Telgte (sid) – Paul Schockemöhle (Mühlen), Europameister der Springreiter, wurde zehn Tage nach seinem Schlüsselbeinbruch in einem Krankenhaus in Telgte operiert. Mit neun Schrauben und einer Platte wurde die linke Schulter fixiert.

Fechten: Bonn Siebter

Paris (sid) – Der Deutsche Meister im Florettfechten der Herren, OFC Bonn, belegte beim Europapokal der Landesmeister in Paris den siebten Platz. Europapokal-Sieger wurde erstmals Racing Paris.

Vanderaerden vorn

Tain-l'Hermitage (sid) – Der Belgier Eric Vanderaerden gewann mit seinem Team beim Radrennen Paris–Nizza die zweite Hälfte der dritten Etappe, ein Mannschaftszeitfahren über 35 Kilometer. Damit blieb er weiterhin an der Spitze des Gesamtklassements.

Bontempi vor Sarronni

Lac de Vico (sid) – Guido Bontempi (Italien) gewann vor seinem Landsmann Giuseppe Sarronni die erste Etappe des Radrennens Tirreno Adriatico von Santa Marinella nach Lac de Vico.

Rekord bei Feldverweisen

Glasgow (sid) – Der frühere schottische Fußball-Nationalspieler Willi Johnston hält einen Rekord bei Feldverweisen. Im Viertelfinalspiel seines Vereins Hearts of Midlothian um den schottischen Fußball-Pokal bei Celtic Glasgow wurde Johnston zum 19. Mal vom Platz gestellt.

Pellhammer Sechster

Kuopio (dpa) – Mit einem sechsten Platz für Toni Pellhammer (Reit im Winkl) mußten sich die Junioren des Deutschen Ski-Verbandes (DSV) bei den Weltmeisterschaften in der nordischen Kombination zufriedengeben.

Titel für Wattenscheid

Altenholz (dpa) – Zum neunten Mal wurde in Altenholz der TV Wattenscheid deutscher Mannschaftsmeister der Kunstturnerinnen. Trainerin Petra Kurbjuweit (26) gehörte auch diesmal wieder zur Riege. Beste Einzelturnerin war die Berlinerin Yvonne Haug (37,90 Punkte). Die vom Nationalkader suspendierte Brigitta Lehmann (Berlin) belegte in der Jugendklasse nur den achten Platz.

Siebenmeter entschied

London (sid) – Damen-Weltmeister-Deutschland unterlag im Hokkey-Länderspiel gegen England in London mit 2:4 (2:3). Die Entscheidung vor 60 000 Zuschauern fiel drei Minuten vor Schluß, als Jane Dixon für England einen Siebenmeter zum 3:2 verwandelte.

Nigbur ohne Gegentor

Rhede (sid) – Ohne Gegentor blieb Norbert Nigbur von Schalke 04 im Fußball-Freundschaftsspiel beim Amateur-Oberligaklub VfL Rhede. Der nach sechs Monaten erstmals wieder eingesetzte frühere Nationaltorhüter wurde beim 4:0-Erfolg der Schalker nicht ernsthaft geprüft.

Bobet schwer krank

Paris (sid) – Der 58 Jahre alte französische Ex-Weltmeister der Radprofis, Louison Bobet, liegt seit Tagen im Koma. Bobet gewann zwischen 1953 und 1955 zum erstenmal dreimal hintereinander die Tour de France.

Im Finale unterlegen

Tunis (sid) – Der deutsche Ranglistenzweite Damir Keretic (Stuttgart) und der Karlsruher Stefan Hermann unterlagen im Doppel-Endspiel des mit 50 000 Dollar dotierten Tennis-Grand-Prix-Turniers in Tunis im Finale Moretton/Hjertquist (Frankreich/Schweden) mit 4:6, 3:6.

Erster Start, erster Sieg

Jarama (dpa) – Einen überlegenen Start- und Zielsieg errang Hubert Abold (Dillingen) beim ersten Rennen zur Motorrad-Europameisterschaft in Jarama (Spanien). Abold steuerte eine neue Zündapp in der Kategorie bis 80 Kubikzentimeter Hubraum.

Entscheidung vertagt

Hannover (sid) – Der PSV Hannover hat beim Deutschen Handball-Bund (DHB) um Aufschub bis Dienstag abend über die endgültige Entscheidung des Verbleibens der Mannschaft in der Bundesliga gebeten. Die Spieler des PSV Hannover hatten, nachdem sich der mit 1,25 Millionen Mark verschuldete Gesamtverein gegen den Leistungssport ausgesprochen hatte, für einen sofortigen Rückzug aus der Bundesliga entschieden.

GALOPP / Hindernisrennen nicht mehr länger Stiefkind des Turf?

Guter Sport, gute Wettumsätze, das Experiment des Union-Klubs gelungen

K. GÖNTZSCHE, Düsseldorf

Zu den Problemfällen des deutschen Galopp-Rennsports zählte in den letzten Jahren mit konstanter Regelmäßigkeit der Hindernis-Sport. Die Rennvereine zeigten kaum großes Interesse, attraktive Hindernisrennen auszuschreiben, weil die Umsätze an den Wettschaltern beständig hinter denen der Flachrennen zurückblieben.

Ursachenforschung zu betreiben war nicht schwer: Oftmals wurden Pferde erst dann für Hindernisrennen trainiert, wenn sie für die Flachrennen zu langsam waren, entsprechend schlechte Pferde liefen über Jagdsprünge und Hürden. Stürze blieben nicht aus, oft mußten die Pferde erschöpft angehalten werden. Die Jockeys für die Rennen waren meist mangelhaft geschult, nur eine Handvoll deutscher Reiter war mit dem Prädikat „verwendungsfähig" zu versehen. Selbst anerkannten Klasseleuten unterliefen peinliche Schnitzer, als sie ihre Pferde in einen falschen Kurs dirigierten. Die Besitzer der Pferde verhielten sich entsprechend reserviert, denn wer wollte schon die Gesundheit seines Pferdes leichtfertig aufs Spiel setzen?

Aus diesem Teufelskreis schien es kein Entrinnen zu geben. Am Samstag hat der Union-Klub jetzt mit seinem Hindernisrenntag auf dem Düsseldorfer Grafenberg positive Akzente für die Zukunft gesetzt.

Vor dem ersten Rennen ermahnte Initiator Johann-Mathias Freiherr von der Recke die Jockeys zu disziplinierterem Reit- und Rennstil. Oftmals kam es zu Zwischenfällen, weil die Jockeys im Stile Dschingis Khans auf die Hindernisse zuritten. Das war am Samstag plötzlich alles anders: In den sieben Rennen kam es nicht einmal zu einem Zwischenfall, dessen Ursache ein Jockeyfehler war.

Bei einer derartigen Fülle von Hindernisrennen waren Zwischenfälle aber nicht völlig auszuschließen. Im fünften Rennen verletzte sich die sechsjährige Stute Malta so schwer, daß sie mit Schulter- und Fesselbruch eingeschläfert werden mußte. Ihr Reiter Andreas Wöhler zog sich eine Armfraktur zu.

Der Bremer Trainersohn mußte deshalb seinen Ritt auf dem Favoriten Meru im Großen Preis des Union-Klubs (30 000 Mark, 15 000 Mark dem Sieger, 4500 m) an den Schweizer Amateur-Champion René Stadelmann abtreten. Er löste seine schwere Aufgabe hervorragend. Obwohl er den komplizierten Kurs der Düsseldorfer Wallbahn kaum kannte, siegte er mit Meru praktisch Start – Ziel. Über zehn Längen dahinter kam Yolly Boy mit Marquis de Cuellar im Sattel als Zweiter ins Ziel.

Das Duell der besten deutschen Hindernispferde entschied sich allerdings erst nach dem vorletzten Sprung. Die Stute Pink Rose belegte den dritten Platz vor Cliff und Smart Buck. Angehalten wurde im Feld der acht Starter lediglich der Schweizer Außenseiter Slieve reagh. Das Hauptrennen des Tages war ausschließlich für Amateurreiter ausgeschrieben.

Der Sieger Meru kann als Paradebeispiel dafür gelten, daß auch in kleinen Ställen Spitzenpferde trainiert werden können. In Dachsenhausen im Rhein-Lahn-Kreis betreut Jürgen Jösch den Wallach, der seiner Ehefrau Caroline und ihm gehört. Jösch, Typ Eigenbrötler, kaufte sein Pferd nach einem Volksstamm aus Kenia und einem 4800 m hohen Gipfel in Tansania. Jösch kennt sich dort aus, der Pariser Bankier Rothschild war sein prominentester Gast, als er sein Geld als Jagdführer in Afrika verdiente.

Das positive Bild des ungewöhnlichen Renntages wurde vom Publikum honoriert. Knapp 980 000 Mark wanderten durch die Totokassen. Dem Union-Klub und dem Düsseldorfer Rennverein, der sein Know-how zur Verfügung stellte, blieben je 30 000 Mark Verdienst. Der Union-Klub möchte deshalb noch 1983 eine ähnliche Veranstaltung wiederholen. Zur finanziellen Absicherung hatte sein Vorstandsmitglied von der Recke Bürgschaften von 68 Mitgliedern besorgt. Langfristig plant der unternehmungslustige Kölner Anwalt eine Ausweitung des Programms auf drei Renntage im Frühjahr und drei im Herbst. Von der Recke: „Das Ergebnis unseres Pilot-Projekts in Düsseldorf hat mich sehr ermutigt."

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen . .

FUSSBALL

Erste englische Division: Nottingham – Luton 0:1, Stoke – Sunderland 0:1, Swansea – Manchester City 4:1, Watford – Notts 5:3, Bromwich – Ipswich 4:1, Coventry – Tottenham 1:1, Liverpool – West Ham 3:0. – Tabellenspitze: 1. Liverpool 69 Punkte, 2. Watford 55, 3. Manchester United 51. – Pokal-Spiele, Viertelfinale: Burnley – Sheffield 1:1 n. V., Arsenal – Aston 2:0, Brighton – Norwich 1:0, Manchester United – Everton 1:0. – „DDR"-Oberliga, 17. Spieltag: Karl-Marx-Stadt – Rostock 4:1, Frankfurt – Zwickau 2:0, Böhlen – Union Berlin 3:2, Halle – Dresden 1:3, Magdeburg – Erfurt 2:2, Dynamo Berlin – Leipzig 2:1, Jena – Aue 3:0.

BASKETBALL

Bundesliga, Endrunde, Herren, 10. Spieltag: Köln – Hagen 98:71, Charlottenburg – Göttingen 72:82, Leverkusen – Bayreuth 87:75. Bundesliga, Endrunde, Damen, 6. Spieltag: München – Köln 81:59, Düsseldorf – Leimen 84:35.

HANDBALL

DHB-Pokal der Damen, 2. Hauptrunde: Gruppe Nord: Stemmer – Engelskirchen 9:20, Minden – SW Berlin 19:18, Oldesloe – Hamburg 22:20, Kiel – Leverkusen 8:21, List – Greven 14:8. – Gruppe Süd: Kleenheim – Lützellinden 16:18, Frankfurt – Guts Muths Berlin 15:14, Waiblingen – Würzburg 15:14.

KUNSTTURNEN

Bundesliga, Herren, 5. Wettkampftag, Gruppe Nord: Hannover – Celle 225,05:218,55. – Gruppe Süd: Saar – Siegerland 224,65:222,25, Heilbronn/Neckarsulm – Herbolzheim 222,30:223,60, Oppau – Stuttgart 221,25:224,30. **Deutsche Mannschafts-Meisterschaften,** Damen, Endstand: 1. TV Wattenscheid 177,50 Punkte, 2. TS Bergisch Gladbach 175,70, 3. OSC Berlin 168,55, 4. TK Hannover 163,50, 5. SV Niederwörresbach 163,00, 6. TSG Friesenheim 156,00, 7. TV Brennett-Öfflingen 146,90, 8. TuS Rüsselsheim 143,95. – Inoffizielle Einzelwertung: 1. Haug (Berlin) 37,90, 2. Golz (Niederwörresbach) 36,25, 3. Ostrau (Bergisch Gladbach) und Führer (Wattenscheid) beide 36,15, 5. Blumtritt (Wattenscheid) 36,10, 6. Lehmann (Berlin) 36,05, 7. Szepesi (Bergisch Gladbach) 36,00, 8. Heine (Hannover) 35,95. – Jugend: 1. TS Bergisch Gladbach 105,80 Punkte, 2. SV Niederwörresbach 105,10, 3. OSC Berlin 103,25.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren, 18. Spieltag: Passau – SSF Bonn 3:1, Leverkusen – München 3:0, Celle – Sindelfingen 0:3, Hamburg – Gießen 2:3, Fort. Bonn – Paderborn 3:2. – Bundesliga, Damen, 18. Spieltag: Münster – Wiesbaden 3:0, Rüsselsheim – Feuerbach 3:2, Stuttgart – Oythe 0:3, Vilsbiburg – Schwerte 0:3.

BOXEN

Bundesliga: Mülheim – Eichstätt 16:11, Leverkusen – Korbach/Erle 16:9.

TISCHTENNIS

Bundesliga, Damen, 10. Spieltag: Rinteln – Ahlen 4:9, Kiel – Kronshagen 3:9.

WASSERBALL

Bundesliga, 5. Spieltag: Hamm – Braunschweig 12:7, Würzburg – Esslingen 14:9, Neustadt – Cannstatt 5:12, Köln – ASC Duisburg 6:11, Duisburg 98 – Düsseldorf 11:5.

SKI ALPIN

Weltcup-Abfahrt in Lake Louise/Kanada, Herren: 1. Höflehner 1:40,52, 2. Klammer (beide Österreich) 1:40,75, 3. Cathomen (Schweiz) 1:40,77, 4. Resch (Österreich) und Müller (Schweiz) 1:40,82, 6. Stock 1:41,02, 7. Pfaffenbichler 1:41,05, 8. Wirnsberger (alle Österreich) 1:41,09, 9. Räber 1:41,11, 10. Kernan (beide Schweiz) 1:41,17. – Endstand Abfahrts-Weltcup: 1. Klammer 95 Punkte, 2. Cathomen 92, 3. Weirather 74, 4. Resch 73, 5. Lüscher und Räber je 72, 7. Höflehner und Müller je 71, 9. Brooker (Kanada) 67.

SKI NORDISCH

20-km-Weltcup-Rennen, Damen, am Holmenkollen in Oslo: 1. Pettersen (Norwegen) 1:01:17,3 Std., 2. Hämäläinen (Finnland) 1:01:26,8, 3. Pasiarova (CSSR) 1:01:37,2, ... 10. Jäger (Deutschland) 1:02:32,8. – Stand im Weltcup: 1. Pettersen 136 Punkte, 2. Hämäläinen 124, 3. Jerlova 118, 4. Paulu ... 27. Jäger 13.

50-km-Weltcup-Langlauf, Herren: 1. Autio (Finnland) 2:20:05,4, 2. Aaland (Norwegen) 2:20:40,4, 3. Svan (Schweden) 2:21:00,1, ... 18. Dotzler 2:25:23,0, ... 53. Notz 2:31:46,7, ... 58. Zipfel (alle Deutschland) 2:33:12,7. – Stand im Weltcup: 1. Sawjalow 107, 2. Koch (USA) 96, 3. Lindvall 82, ... 18. Dotzler 32, ... 25. Behle 23.

Nordische Kombination, 15-km-Langlauf: 1. Lynch (USA) 42:57 Min., 2. Sandberg 42:59, 3. Bögseth (beide Norwegen) 43:43, 4. Karjalainen (Finnland) 44:06, ... 13. Kramer 45:08, ... 18. Weinbuch 45:56, ... 34. Müller (alle Deutschland) 49:46. – Endstand in der Nordischen Kombination: 1. Lynch 427,700, 2. Sandberg 427,585, 3. Bögseth 421,585, ... 12. Weinbuch 401,420, ... 15. Kramer 395,290, ... 23. Müller 366,450.

Skispringen, Weltcup, Großschanze Baerum/Oslo: 1. Kogler (Österreich) 267,1 Punkte, 2. Hansson (Norwegen) 265,3, 3. Bulau (Kanada) 255,8, ... 25. Waldvogel (Deutschland) 222,2.

EISKUNSTLAUF

Weltmeisterschaften in Helsinki, Damen, Endstand: 1. Sumners (USA) 3,2 Punkte, 2. Leistner (Deutschland) 6,8, 3. Wodorezowa (UdSSR) 7,0, 4. Witt („DDR") 7,2, 5. Kondraschowa (UdSSR) 12,4, 6. Wegelius (Finnland) 13,8, 7. Thomson (Kanada) 14,0, 8. Ruben (Deutschland) 16,2, 9. Chin (USA) 17,8, 10. Cariboni (Schweiz) 20,8. – **Eistanzen,** Endstand: 1. Torvill/Dean (England) 2,0, 2. Bestemianowa/Bukin (UdSSR) 5,0, 3. Blumberg/Seibert (USA) 5,0, 4. Woloschinskaja/Swinin (UdSSR) 8,6, 5. Barber/Slater (England) 10,6, 6. Wilson/McCall (Kanada) 12,2, ... 9. Born/Schönborn (Deutschland) 18,6.

REITEN

CSI in Antwerpen, S-Springen: 1. Edgar auf For Ever, 0 Fehlerpunkte/33,68 Sek., 2. Pyrah auf Towerlands Anglezarke 0/34,04, 3. Skelton (alle England) Radius 0/34,21 ... 9. Wiltfang (Deutschland) Roman 4/31,96. – CSI S-Springen: 1. Tyteca (Belgien) t'Soulaiky 0/37,30, 2. Simon (Österreich) Answer 0/38,36, 3. Smith (England) Shining Example 0/38,60, 4. Wiltfang Levinio 0/41,01, ... 8. Ligges Fandango 0/45,77.

GALOPP

Rennen in Düsseldorf: 1. R.: 1. Aprilstern (W. Gülcher), 2. Soddy, 3. Falkenberg, Toto: 60, Pl. 26, 18, 21, ZW: 560, DW: 1920; 2. R.: 1. Clou (Am. H. Strompen), 2. Agni, 3. Bimbo, Toto: 172, Pl. 30, 17, 21, ZW: 1032, DW: 8204; 3. R. 1. Curd (D. Richardson), 2. Mischa, 3. Athlon, Toto: 128, Pl. 70, 94, 26, ZW: 8072, DW: 23 592; 4. R.: 1. Prise (D. Ehlen), 2. My Shiba, 3. Errant Prince, Toto: 156, Pl. 22, 22, 14, ZW: 1228, DW: 3528; 5. R.: 1. Prins Rudolf (P. Bocskai), 2. Bio Bio, 3. Pardon, Toto: 384, Pl. 70, 42, 30, ZW: 5828, DW: 34 632; 6. R.: 1. Gotenkönig (A. Trybuhl), 2. Wiener Blume, 3. Don Benedikt, Toto: 18, Pl. 13, 15, 16, ZW: 64, DW: 364; 7. R.: 1. Meru (R. Stadelmann), 2. Yolly Boy, 3. Pink Rose, Toto: 32, Pl. 14, 13, 14, ZW: 92, DW: 200; 8. R.: 1. Torfstich (P. Alafi), 2. Overa, 3. Martinero, Toto: 108, Pl. 22, 21, 15, ZW: 1496, DW: 6772; 9. R.: 1. Zauberpflug (D. V. Sherwood), 2. Strategie, 3. Double Corps, Toto: 44, Pl. 20, 16, 22, ZW: 140, DW: 3088; 10. R.: 1. Feuerschuh (R. Ording), 2. Lady Priamos, 3. Bayard, Toto: 200, Pl. 54, 22, 30, ZW: 1720, DW: 9736.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 1, 15, 29, 31, 32, 44, Zusatzzahl: 7. – Spiel 77: 2 0 2 5 5 7 2. – **Toto:** Elferwette: 1, 1, 1, 1, 1, 1, 1, 2, 1, 1, 2. (Ohne Gewähr)

TENNIS

Bunge schnell geschlagen

sid, Dallas

Ohne Chance war Bettina Bunge im Halbfinale des Damen-Tennis-Turniers von Dallas. Gegen die Weltranglisten-Erste Martina Navratilova unterlag die Deutsch-Amerikanerin glatt mit 2:6 und 1:6. Nicht nur das Ergebnis, sondern auch die Spielzeit von nur 42 Minuten machten die Überlegenheit der Wimbledon-Siegerin deutlich. So stellte denn auch Bettina Bunge nach ihrer Niederlage resignierend fest: „Gegen Martina ist im Moment kein Kraut gewachsen."

Dies ist auch aus den letzten Turnierergebnissen der 26 Jahre alten Amerikanerin ersichtlich. Bereits in vier Turnieren dieses Jahres gab Martina Navratilova weder im Einzel noch im Doppel auch nur einen Satz ab. Im Finale des mit 150 000 Dollar dotierten Turniers in Dallas kommt es zu einer Neuauflage des Endspiels in Inglewood vor einer Woche. Navratilovas Gegnerin ist Chris Lloyd-Evert (USA), die im Viertelfinale Sylvia Hanika ausgeschaltet hatte. In der zweiten, rein amerikanischen Semifinal-Paarung hatte Chris Lloyd-Evert allerdings gegen Pam Shriver einen schwereren Stand. Nachdem beide Spielerinnen jeweils einen Satz im Tie-Break mit 7:6 für sich entschieden hatten, kam Chris Lloyd-Evert mit einem 6:2 im dritten Satz zu ihrem 14. Sieg im 14. Spiel gegen Pam Shriver.

BIATHLON

Gelungenes Saisonende

dpa, Oslo

Die deutsche Biathlon-Staffel krönte die Serie guter Leistungen in den letzten Wochen mit einem zweiten Platz über 4 x 7,5 km bei den traditionellen Holmenkollen-Spielen hinter den siegreichen Sowjetrussen. Herbert Fritzenwenger (drei Fehlschüsse), Walter Pischler, Peter Angerer und Fritz Fischer, der noch schneller als Weltcup-Sieger Angerer lief und ebenfalls fehlerfrei schoß, wurden Zweite vor den Norwegern. Imponierend war, daß nicht nur drei der vier Deutschen – Pischler, Angerer und Fischer – ohne Fehlschüsse blieben, sondern daß Fritz Fischer und Peter Angerer auch die mit Abstand schnellsten Einzelzeiten liefen.

Mit einer Energieleistung in der 15-km-Loipe sicherte sich der Amerikaner Kerry Lynch den Sieg in der nordischen Kombination. Der 25jährige hielt bei dem nach der „Gundersen-Methode" durchgeführten Wettbewerb, bei dem die Athleten in der Reihenfolge des Sprunglauf-Ergebnisses an den Start gehen müssen, den Norweger Tom Sandberg um zwei Sekunden auf Distanz.

Bester deutscher Teilnehmer war nach dem Ausfall des Sprunglauf-Fünften Hubert Schwarz (Oberaudorf) der Berchtesgadener Hermann Weinbuch als Zwölfter. Den 15. Platz belegte der Deutsche Meister Dirk Kramer aus Willingen.

FECHTEN

Borrmann an der Spitze

sid, London

Nach den Siegen in Budapest und Paris wurde der Tauberbischofsheimer Elmar Borrmann beim dritten Weltcup-Turnier der Degenfechter in London erst im Finale bezwungen. Mit dem zweiten Platz nach der 4:10-Niederlage gegen den Polen Leszek Swornowski führt der 26jährige, der als einziger Fechter bei allen drei Weltcup-Turnieren dieser Saison die Endrunde der besten acht erreichte, mit 46 Punkten die Weltrangliste an. Zweiter ist der Pole Swornowski, den Borrmann im Budapester Finale noch mit 10:8 bezwungen hatte, mit 30 Punkten vor dem früheren Weltmeister Philippe Riboud aus Frankreich mit 28 Punkten.

Das Achter-Finale erreichte auch der Tauberbischofsheimer Volker Fischer, der dort aber im ersten Gefecht dem Italiener Sandro Cuomo knapp mit 9:10 unterlag. Borrmann bezwang in einer Neuauflage des Pariser Endkampfes den Franzosen Riboud mit 11:10. Im Halbfinale schaltete Borrmann den Franzosen Philippe Boisse klar mit 10:3 aus.

Wie in Paris, erreichte auch der ehemalige Olympiasieger Alexander Pusch in London nicht den Endkampf der besten acht. Er schied ebenso in der Direktausscheidung aus wie der deutsche Meister Rafael Nickel aus Tauberbischofsheim.

Optimismus bei Nahost-Gespräch

Die Außenminister Israels und Libanons verhandeln in Washington über Truppenabzug

TH. KIELINGER, Washington

US-Außenminister Shultz hat zwei erste bilaterale Gespräche mit den Außenministern Libanons und Israels geführt, als Teil einer Gipfeldiplomatie, die den toten Punkt der vor zehn Wochen begonnenen Truppenrückzugsgespräche in Libanon überwinden helfen soll.

Nach dem eineinhalbstündigen Treffen mit Shultz äußerte sich der libanesische Außenminister Elie Salem optimistisch: „Wir haben das Gefühl, daß eine günstige Gelegenheit für den Frieden in Libanon besteht. Wenn es uns gelingt, dies für Libanon festzumachen, dann, so glaube ich, ist auch der Friede im Nahen Osten in nicht allzuweiter Zukunft möglich."

Der libanesische Diplomat äußerte sich zuversichtlich über den „amerikanischen Einsatz", ohne daß er durchblicken ließ, welche Verhandlungspositionen seine eigene Regierung ihm mit auf den Weg gegeben habe. Auch Itzak Shamir, Israels Außenminister, sprach lediglich von „neuen Ideen", die er den Amerikanern vortragen werde. Shamir und Salem haben nicht vor, sich während der Dauer ihres Washingtoner Aufenthalts zu treffen. Die Reagan-Regierung wird ihrerseits noch kein Dreier-Gespräch vorschlagen, ehe nicht die Umrisse einer Einigung deutlicher sind, als sie bisher erscheinen.

Nach Auskunft amerikanischer Kreise stehen die folgenden Verhandlungspunkte zwischen Israelis und Libanesen, um die Frage des israelischen Truppenrückzugs, bereits vor einer Klärung: 1. Beirut und Jerusalem werden offiziell den Kriegszustand für beendet erklären. 2. Die bisher von Major Saad Haddad geleitete und von Israel militärisch ausgerüstete libanesische Miliz im Süden des Landes wird in die libanesische Armee integriert. Die etwa 1800 Haddad-Leute werden Teil einer im Süden Libanons stationierten Brigade von 2500 bis 3000 Soldaten sein. Diese Einheit soll eng mit der israelischen Armee zusammenarbeiten. 3. Grenzverkehr für Touristen soll zugelassen werden. Israel wird ein Verbindungsbüro in Beirut eröffnen können. Ob die Libanesen ein ähnliches Büro in Israel aufmachen werden, bleibt offen.

Umstritten bleiben weiterhin zwei Grundfragen: Wie soll die israelische Teilnahme an der gemeinsamen Sicherung des südlichen Libanons aussehen? Und wie weit geht Libanon in der von Israel gewünschten Normalisierung der beiderseitigen Beziehungen?

Die Israelis bestehen nach wie vor darauf, an der militärischen Patrouillierung eines 40 km breiten libanesischen Landstriches entlang ihrer Nordgrenze beteiligt zu werden. Abrücken wird Jerusalem bestenfalls von seiner am Beginn der Truppenrückzugsgespräche gestellten Forderung, zu diesem Zweck fünf permanente Sicherungsposten in Südlibanon unterhalten zu dürfen. Jetzt heißt es eher, daß auch gemeinsame Patrouillen mit libanesischen Streitkräften ausreichen könnten.

Sowohl die libanesische als auch die amerikanische Regierung widersetzten sich dem Gedanken einer permanten israelischen Militärpräsenz in Südlibanon. Beirut ist in diesem Punkt so besorgt, daß man am Wochenende eine zweite Delegation nach Washington entsandte, unter Leitung des ehemaligen libanesischen Premierministers Saeb Salam. Sie soll in Washington zusätzlich deutlich machen, daß die libanesische Regierung auf keinen Fall einen nur teilweisen Rückzug der Israelis akzeptieren werde.

Die Israelis können ihrerseits den Hebel ansetzen, indem sie im Gegenzug für ein Einlenken in dieser Frage auf einer größeren Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten beharren. Beirut sperrt sich bisher noch, weil es Vergeltungsmaßnahmen der übrigen arabischen Staaten befürchtet, wenn es mit Israel in normalen politischen und geschäftlichen Verkehr tritt.

Aus amerikanischer Sicht haben sich die Chancen einer Einigung insofern verbessert, als der Faktor der arabischen Welt an Bedeutung eher verloren hat. Nicht nur tritt die Uneinigkeit im arabischen Lager, vor allem die Isolation der PLO, immer schärfer hervor. Auch die „Ölwaffe", in einer Zeit der Rohölschwemme und der sinkenden Ölpreise, erscheint nicht mehr in ihrer alten Schärfe.

Gleichzeitig hat sich das spezifische Gewicht Israels als strategischer Anker in der Region und als Einflußfaktor in der amerikanischen Innenpolitik, beträchtlich erhöht. Die amerikanischen Unterhändler können jetzt den Libanesen deutlich machen, daß die USA nicht mit Druck jene Konzessionen von Israel zu erpressen gedenken, die nur gegen feste Vereinbarungen, die Beirut gewähren muß, von Israel zu haben sind.

„Druck" auf Israel verbietet sich auch aus innenpolitischen Gründen. Immer näher rückt in Amerika das nächste Präsidentenwahljahr, ein Datum, das jeden Amtsanwärter mit besonderer Vorsicht gegenüber Israel und seinen Anhängern in den USA auftreten läßt. Umfragen aus jüngster Zeit deuten überdies an, daß sich das Ansehen Israels, nach der Invasion in Libanon und dem Massaker in den Flüchtlingslagern Sabra und Shatila, wieder zu bessern beginnt.

Grüne beraten den Fall Vogel

Künftiger Alterspräsident des Bundestages: Ja, ich war in der SA

rmc./gur. Bonn/Limburg

Kaum sind die „Grünen" in den Bundestag eingerückt, haben sie ihren „Fall": Der bei der Wahl am 6. März in den Bundestag gekommene 75 Jahre alte Kandidat Werner Vogel, ein pensionierter Beamter des Innenministeriums in Düsseldorf, hat offensichtlich versäumt, seinen politischen Freunden mitzuteilen, daß er Mitglied der NSDAP und der SA unter Hitlers Regime in Deutschland war. Mehrere Beschlußgremien der „Grünen" beschäftigten sich gestern mit Vogels Vergangenheit. Wegen seines Alters würde ihm die Eröffnungsrede im 10. Deutschen Bundestag als Alterspräsident zufallen.

Bei den hessischen „Grünen" löste die Mitgliedschaft Vogels in der NSDAP und seine Funktion als Sturmführer der SA beträchtliche Verstörung aus. In die Sitzung des hessischen Hauptausschusses der Partei in Limburg platzte die Nachricht aus Bonn zur Überraschung der Mitglieder herein und drohte zeitweise die Tagesordnung zu gefährden. Dennoch sprach sich am Ende das Beschlußgremium mit doppelter Mehrheit gegen einen Antrag aus, in dem Vogel „gebeten" werden sollte, von seinen Ämtern in der politischen Gruppierung zurückzutreten.

Ähnliche Reaktionen löste die Nachricht beim Bundeshauptausschuß der „Grünen" aus, der am Wochenende in Bonn tagte. Werner Vogel, der als Spitzenkandidat der „Grünen" die Landesliste in Nordrhein-Westfalen für die Bundestagswahl angeführt hatte, gab am Samstag gegenüber Parteifreunden und Journalisten, wie „Bild am Sonntag" berichtete, zu: „Ja, ich war 1938/39 SA-Sturmführer, aber ich habe nichts getan, was mein Gewissen belasten könnte." Bis zum frühen Sonntagabend war nicht klar, wie sich der Bundeshauptausschuß der „Grünen" zu dem Bekenntnis des 75jährigen stellen würde. Beobachter hielten es nicht für ausgeschlossen, daß Vogel aufgefordert würde, auf sein Bundestagsmandat zu verzichten.

Nach zuverlässigen Informationen trat Vogel am 1. Mai 1937 als knapp 30jähriger der Partei Hitlers bei. Vor Kriegsbeginn arbeitete er nach Angaben von „Bild am Sonntag" als Regierungsrat im Berliner Reichsinnenministerium. Sein damaliger Vorgesetzter, Wilhelm Frick, sei wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit 1946 in Nürnberg nach seiner Verurteilung gehängt worden, berichtete die Zeitung weiter. Bis 1972 war Vogel im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen tätig als Leitender Ministerialrat. Den „Grünen" schloß er sich nach eigenem Bekunden, wie der „Spiegel" berichtet, erst 1978 an. Ausgelöst durch die Lektüre von Herbert Gruhls Buch „Ein Planet wird geplündert", trat er in Düsseldorf der „Grünen Aktion Zukunft" bei, deren Kreisvorsitzender er schnell wurde.

Brandt warnt vor „Fallen" der Grünen

Leber mahnt seine Partei: Die Grenze muß klar bleiben

DW. Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat die Position der Sozialdemokraten gegenüber den Grünen im Bundestag abzugrenzen versucht: Die SPD – so Brandt – sollte die Grünen in der gemeinsamen Opposition im Parlament zwar nicht wie „Aussätzige" behandeln, aber auch nicht in deren „Fallen" gehen.

In einem Interview des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel" sagte Brandt, die Grünen hätten das Recht von gewählten Abgeordneten. Man dürfe deshalb nicht nur deswegen eine Sache ablehnen, „weil auch die Grünen dafür sind". Er, Brandt, werde aber dieser Gruppierung nicht nach dem Mund reden und „dazu beitragen, daß man nicht in Fallen reintapst, die Grüne im Bundestag aufstellen".

Die Sozialdemokraten gingen nicht mit „Koalitionsspielereien" in den 10. Deutschen Bundestag, versicherte Brandt. Sie würden die kommenden vier Jahre in der Opposition durchstehen müssen. „So wie die Konstellation heute ist und sich für die allernächsten Jahre abzeichnet, gibt es im Bund für die SPD keinen Koalitionspartner." Und um Abgrenzung zu den Grünen bemüht, meinte Brandt weiter, seine Partei werde im Bundestag „kein Kuddelmuddel entstehen lassen". Er sei nicht auf eine Bündnisstrategie aus, sondern wolle Stimmen für seine Partei zurückgewinnen. Die SPD muß nach den Worten ihres Vorsitzenden, der sich ein weiteres Mal um sein Spitzenamt bemühen wird, vor allem „Positionen in den Städten und Gemeinden neu aufbauen und in den Ländern Gegenpositionen schaffen".

Der bisherige Bundestagsvizepräsident Georg Leber (SPD), der nicht in den Bundestag zurückkehrt, forderte in der „Bild am Sonntag": „Die SPD muß eine Oppositionspolitik betreiben, die sich in ihrem Charakter nicht unterscheidet von dem, was sie als regierungstragende Fraktion zu tun hatte." Die SPD habe überhaupt keine Veranlassung, sich an Grüne anzulehnen. „Die wichtigsten Forderungen der Grünen stehen im Widerspruch zu den Erwartungen der Arbeitnehmer. Ich hatte während des Wahlkampfes den Eindruck, daß das etwas verschwommen war. Die Grenze muß klar bleiben", formulierte Leber kritisch an die Adresse seiner Partei. Der sozialdemokratische Politiker vertrat ferner die Auffassung, daß in der bevorstehenden Legislaturperiode des Bundestages „politische Entscheidungen gefällt werden müssen, die das Land aufwühlen".

Auf die Frage des Interviewers „Sie meinen Einschnitte bei Sozialleistungen?" antwortete Leber: „Ich denke an alles, von Raketen bis zu Kürzungen im sozialen Bereich. Da wird Besonnenheit notwendig sein. Deshalb bleibt die SPD auch in der Opposition immer in der Verantwortung."

Honecker schlägt sanfte Töne an

SED-Chef auf der Leipziger Messe: Zusammenarbeit mit Regierung Kohl

H. RÜDIGER KARUTZ, Leipzig

Bei Champagner aus Reims gab Erich Honecker gestern eine Woche nach dem Ostberliner Schock-Erlebnis der Bundestagswahl zur Messepremiere die uneingeschränkte Parole aus: Wir arbeiten mit der alten und neuen Koalitionsregierung unter Bundeskanzler Kohl zusammen. In einem Satz faßte der „DDR"-Staatschef die neue Zielrichtung der Ostberliner Führung zusammen, der die ökonomischen Zwänge im Nacken sitzen: „Über verschiedene Dinge kann man sich streiten, aber uns scheint es besser zu sein, dort zusammenzuwirken, wo diese Möglichkeit gegeben ist."

Nachdem die SED-Propaganda noch in der Woche vor der Bundestagswahl dem Kanzler heftige Vorhalte gemacht und ihm vorgeworfen hatte, „aus der Rolle zu fallen", schlug Honecker jetzt sanfte Töne an. Nicht die Fragen, „die man im Augenblick nicht lösen kann", müßten in den Vordergrund gestellt werden, sondern „diejenigen, die uns wirklich helfen, als Beitrag zu den deutsch-deutschen Beziehungen ein Stückchen vorwärts zu kommen". Das gesamte, über Monate ausgiebig genutzte Reizwort-Vokabular wie „NATO-Hochrüstung, Raketenpartei, verschlechterte Beziehungen" und auch der verbrauchte Begriff vom deutschen Boden, „von dem nie wieder ein Krieg ausgehen" solle, blieb gestern unerwähnt.

Noch am 3. März hatte das SED-Organ „Neues Deutschland" geschrieben, die CDU/CSU werde unter einem Kanzler Kohl bei einem Wahlsieg „nicht bereit sein, normale gutnachbarliche Beziehungen zu fördern". In einer Philippika wurden dem Kanzler vor zehn Tagen auch schwere Verstöße gegen die abgeschlossenen innerdeutschen Verträge vorgeworfen. Schließlich erklärte das Parteiorgan, die Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin seien „nicht normal".

Honecker beendete gestern offenbar die Phase der Unsicherheit und Unklarheit in der Beurteilung der gewählten Bundesregierung auch innerhalb der SED. Er nahm überraschend in seiner kurzen Ansprache in der Mannesmann-Koje Begriffe auf, die seit seiner Geraer Rede im Herbst 1980 mit ihren Forderungen nach Staatsbürgerschaft-Anerkennung, Botschafteraustausch und Elb-Grenzziehung von ihm nicht mehr zu hören waren. Er sprach von „deutsch-deutschen Beziehungen" und verwies auf einen Satz, den vor allem Rainer Barzel und Franz Josef Strauß in den vergangenen Monaten als Maxime der Deutschlandpolitik geprägt hatten. Den „Grundsatz der Leistungserbringung und Gegenleistung" nämlich.

Staatssekretär Hans Otto Bräutigam, den Leiter der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin, beschied Honecker: „Ich teile voll und ganz Ihre Überzeugung, daß wir vorankommen können." Er, Honecker, sehe die Zukunft „in einem guten Licht". Letzte Sicherheit über den weiteren Gang der innerdeutschen Politik will die „DDR" erst aus den Koalitionsvereinbarungen und Kohls Regierungserklärung gewinnen. Dabei hofft Ost-Berlin, daß die FDP Einflußnahmen der CSU auf diesem Gebiet „neutralisiert".

Washington: „Ärger um schwarze List[e]"

TH. KIELINGER, Washi[ngton]

Eine „schwarze Liste" üb[er] geblich unzuverlässige Mitar[beiter] der US-Delegation bei den G[enfer] Verhandlungen über die Ve[rringe]rung der strategischen [Waffen] (START) hat in Washington [Irrita]tionen ausgelöst, der [...] werde den Kritikern der [Rü]stungspolitik Präsident [Reagans] neue Nahrung geben. Betroff[en] das Ansehen General [...] Rownys, des amerikanisch[en] Unterhändlers bei den S[TART-] Verhandlungen.

Im Januar ließ Rowny [...] auf eigene Initiative hin eine [...] von 18 Mitgliedern der [Abrü]stungsbehörde in Washington [...] seines Verhandlungsteams [...] anfertigen, mit dem Zweck [...] aufgeführten Personen als [...] weich" in ihren Ansichten zu [...]zeichnen und auf ihre Ab[...] hinzuarbeiten. Die Liste [...] dann dem designierten Lei[ter der] Abrüstungsbehörde (ACDA) [Ken]neth Adelman, zugespielt.

Adelman hat sich mit [der] „schwarzen Liste" bisher nicht befassen können, da [...] sehr mit dem Kampf um sei[ne] Bestätigung beschäftigt w[...] gab aber während der Senats[anhö]rungen zu Protokoll, daß ihm [Ge]rüchte über eine „Säuberung [der] Abrüstungsbehörde ans Ol[...] kommen seien. Diesen Ge[rüch]ten habe er aber keine Bede[utung] und keinen Glauben beigem[essen].

Mit der Enthüllung des [...] Rowny-Papiers fällt jetzt a[uf] wieder ungünstiges Lich[t] Adelman, dessen formelle [...]fung noch immer ungewiß is[t] Rowny ihm eine solche Li[ste] schicken konnte, läßt bei [...] Beobachtern darauf schließe[n] auch der neue Abrüstun[gs...] eher zu den dezidierten [...] liners" gehört, die an einem [...] haften Abrüstungsdialog m[it den] Sowjets nicht interessiert [...] Von den zwei einer „weich[...] nie" verdächtigten Offiziel[len] Rownys eigenem Team hat [...] bereits seinen Platz nach [...] heftigen Streit mit [...] geräumt.

Brandt-Mitar[beiter] zu Dohnanyi

hs, Ha[mburg]

Der bisherige Leiter des [...] lichen Büros von Willy [Brandt] beim SPD-Vorstand, Thom[as Mi]row, übernimmt am 1. Mai [...] tung der Staatlichen Presse[stelle] Hamburg. Diesen Beschlu[ß faßte] der Senat nach einer Kla[...] gung gemeinsam mit de[n Füh]rungsgremien des Landesv[erban]des und der SPD-Bürgers[chafts]fraktion. Mirow übernimmt eine Position, die währe[nd der] nicht einmal zweijährigen [Amts]zeit von Bürgermeister Kl[aus von] Dohnanyi bereits zwei Sena[tsspre]cher – Sepp Binder und C[...] Schmittlein – „verschlisse[n" hat.] Unabhängig von der Be[...] der Position des Presse[...] Chefs möchte Dohnanyi die [...] liche Stelle eines „Senat[sbeauf]tragten für Medienfragen" [...]ten, für die er den früheren [...] sprecher, Paul O. Vogel ge[winnen] will. Vogel, zuletzt stellv[ertreten]der Chef der Inlandsabteil[ung im] Bundespresseamt war nach [dem] Regierungswechsel in Bonn [in den] einstweiligen Ruhestand v[ersetzt] worden. Ein anderes „Opf[er" des] Kanzler-Wechsels, der eb[enfalls] Anfang Oktober 1982 in den [einst]weiligen Ruhestand versetz[t wurde ...] mann Granzow – bis dahin [Staats]sekretär im Bildungsministe[rium –] erhält eine neue Aufgabe in [Ham]burg. Er wird Staatsrat [in der] Schulbehörde.

Düsseldorf: Wer folgt auf Hirsch?

DW. [...]

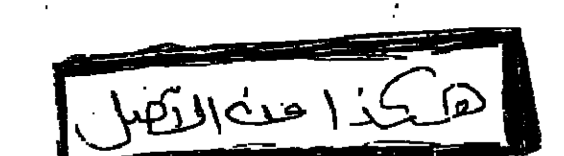
Der FDP-Politiker Bu[rkhard] Hirsch verlagert sein politisch[es En]gagement ganz nach Bonn. [...] Entschluß, vorzeitig das A[mt des] FDP-Landesvorsitzenden in [Nord]rhein-Westfalen abzugeben, [be]gründete Hirsch mit der N[otwen]digkeit, daß der Landesvorsi[tzende] und der Spitzenkandidat de[r FDP] für die nächste Landtagsw[ahl im] Frühjahr 1985 ein und dieselb[e Per]son sein müßten. Er, Hirsch, [...]ke die Partei aber nicht in [den] Wahlkampf zu führen.

Im FDP-Landesvorstand [in Düs]seldorf hat der zum linkslib[eralen] Flügel zählende Politiker [...] Mehrheit mehr, im geschä[ftsfüh]renden Landesvorstand ist [...] politisch „eingemauert" von [den] Stellvertretern Otto Graf L[ambs]dorff und Jürgen Möllemann [...] voll hinter dem vom Bundes[vorsit]zenden Genscher im Herbs[t ...] eingeschlagenen Kurs in Bo[nn ste]hen. Wer sein Nachfolger w[erden] wird, steht bislang definitiv [nicht] fest. Schon heute wollen di[e ...] zengremien der Landes-FD[P sich] mit dieser Frage befassen. [...] Position des Landesvorsitz[enden] bemüht sich seit langem J[ürgen] Möllemann, Staatsminister im [Aus]wärtigen Amt unter Gensche[r].

Kohl: Partnerren[te] wird kommen

DW. [...]

Bundeskanzler Helmut Ko[hl hat] seine Ankündigung bekräftig[t, daß] die Einführung des Erziehun[gsgel]des und der Partnerrente m[öglich] sein werde, „wenn unsere [Wirt]schaft wieder in Schwung is[t und] geordnete Staatsfinanzen es [zulas]sen". In „Bild der Frau" s[agte] Kohl weiter, Frauen dürften [nicht] mehr dafür bestraft werden, d[aß sie] Jahre ihres Lebens der Erzi[ehung] von Kindern gewidmet hätte[n].



Feilschen ohne Ende

… (London) – Nichts könnte die …issenheit innerhalb des Opec- …tells besser ausdrücken als die …bendlich vor den Fernsehka…as beteuerte Botschaft eines …r mehrerer Ölminister, man …e nunmehr direkt vor einer …igung. Seit elf Tagen wird die- … Zweckoptimismus – wieder- …, und jeder Morgen brachte …ner die Gewißheit, daß sich …ts getan hat.

…er Troß wartender Journali…, der vor dem Londoner Inter…tinental sein Camp aufgeschla… hat, kennt inzwischen nicht … jeden Ölminister von Ange…t zu Angesicht, sondern auch … Bataillone von Leibwächtern, … die Hotel-Halle und die Korri…e füllen. Man hängt an den …pen von Minister Mana Said al…iba, der die Ölinteressen der …einigten Arabischen Emirate …tritt und dem die undankbare …gabe, diese Marathon-Konfe…z zu leiten, ins Gesicht ge…rieben steht. Sein allabendlich …breiteter Optimismus ist inzwi…en einer resignierenden Nie…geschlagenheit gewichen.

…anz anders Mohammed Ghara…, der iranische Ölminister. Er …d sein nigerianischer Kollege …en es bisher hervorragend ver…nden, jeden Fortschritt und je…n Kompromiß im Laufe dieser …rhandlungen zu blockieren. …n ihm ist nichts zu erfahren, und …n versteinertes Gesicht läßt …hnen, wie zermürbend das Feil…en um Ölpreise und Produktionsquoten für die um einen Kompromiß bemühten gemäßigten Opec-Minister geworden ist.

Doch gleich, ob es zu einem Kompromiß kommt oder nicht: Die chaotische Londoner Opec-Konferenz hat dem einst mächtigen Ölkartell den letzten Glanz genommen. Bereits jetzt steht fest, daß die Ölpreis-Entwicklung an diesem Basar vorbeilaufen wird.

Frauen

J. Sch. (Paris) – Nun soll auch Myriam den Sozialisten zum Opfer fallen. Dabei hatte sich ganz Paris über das hübsche Mädchen im Bikini köstlich amüsiert, welches von den Plakatwänden verkündete, daß es in einer Woche „oben ohne" erscheinen und sich eine Woche später auch ihres Unterteils entledigen würde, was denn auch geschah. Allerdings war Myriam in der totalen Enthüllung nur von hinten zu sehen. So konnte die Werbeagentur, die auf diese Weise für sich selbst Reklame machte, behaupten, ihr Versprechen gehalten zu haben, ohne dabei gegen die guten Sitten zu verstoßen. Dieser Ansicht war aber keineswegs die Frauenrechtsministerin, Yvette Roudy. Sie hat sich jetzt von der Regierung einen Gesetzentwurf „zum Kampf gegen den Sexismus" genehmigen lassen, der bei Mißbräuchen des weiblichen Körpers für Reklamezwecke Gefängnisstrafen bis zu einem Jahr und Geldstrafen bis zu 300 000 Franc androht. Gehen Frankreichs Sozialisten damit nicht zu weit? Schließlich ist in keinem anderen europäischen Land die Werbewirtschaft bisher so sehr an die Kette gelegt worden.

Nichts Neues aus Leipzig

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

… Schwäche der Opec und der …reisverfall auf den internatio… Rohölmärkten dämpfen den …deutschen Handel, der im …ngenen Jahr – real – den kräf…n Aufschwung seit mehr als …n Jahrzehnt genommen hatte, …lamit die Aussichten für Ab…sse auf der diesjährigen Leip… Frühjahrsmesse. Die Situa… erscheint paradox. Denn die …n Staaten zählen nun nicht …e zum Club der Ölproduzen…

…er der Handel mit Öl und …eugnissen hat den Warenaus…h zwischen ihnen in den ver…enen Jahren beflügelt. Das …ristige Abkommen, in dessen …nen die „DDR" Rohöl aus der …desrepublik bezieht, es zusam… mit sowjetischem verarbeitet …die Produkte vor allem nach …-Berlin liefert, hat sich als ein …ett erwiesen. Die Preisschübe … den beiden Ölkrisen 1973/74 … 1979/80 haben entscheidend … beigetragen, daß die „DDR" …rei Jahren im innerdeutschen …nverkehr Überschüsse erzie…ann. Immerhin machten Mo…benzin, Dieselkraftstoff und …il im vergangenen Jahr be… nahezu ein Viertel der …R"-Lieferungen aus. Auf der …gsseite steht Erdöl mit gut … Prozent zu Buch.

… sinkenden Ölpreise treffen …lie „DDR" in sehr viel stärke… Maße. Da sie jedoch bestrebt … dürfte, durch die Zurückhal… der Banken bei der Auswei… der Kreditlinien möglicher… sogar gezwungen ist, den …lel im Gleichgewicht zu hal… leiden darunter auch die Ab…hancen bundesdeutscher An…r. Hinzu kommt, daß die …R" zum Ausgleich der im ver…enen Jahr um zehn Prozent …7 Millionen Tonnen gekürzten …tischen Öllieferungen mehr …r nach Osten exportieren … Denn die Ölpreise werden im …ock zeitlich verzögert ange… so daß sie hier zunächst noch …en. Diese Güter fehlen der …R" für ihre Versorgung im In… und für die Westexporte.

…erdings dürfte dies nach den …rfahrungen des vergangenen …es nicht für den innerdeut…n Handel gelten. Die nach wie …estehende Notwendigkeit, die … Verschuldung gegenüber den …ren westlichen Industriestaa…bzubauen, und die Zurückhal… der Banken begünstigen auch …rhin den Warenaustausch …hen den beiden deutschen Staaten, der nicht in harten Devisen, sondern über Verrechnungskonten bei den Notenbanken abgewickelt wird. Unter großen Opfern – die Käufe bei den westlichen Industriestaaten außerhalb der Bundesrepublik wurden um ein Drittel reduziert, während die Exporte um rund zehn Prozent gesteigert wurden – gelang es Ost-Berlin, den Zins- und Tilgungsverpflichtungen pünktlich nachzukommen. Die Nettoverschuldung konnte auch noch um 0,7 Milliarden Dollar oder zehn Prozent gesenkt werden. Dadurch hat sich das Ansehen der „DDR" auf den internationalen Kapitalmärkten gebessert.

Allerdings sind weitere Anstrengungen notwendig. Es wird davon ausgegangen, daß auch in diesem Jahr wieder rund vier Milliarden Dollar an Krediten fällig werden, die jedoch zum größten Teil prolongiert werden dürften. Aufgrund des international sinkenden Zinsniveaus geht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung in Berlin davon aus, daß die „DDR" 1983 „nur" noch 0,6 Milliarden Dollar – für das vergangene Jahr wird die Belastung auf eine Milliarde geschätzt – an Zinsen aufbringen muß. Dieses ist in diesem Jahr wieder etwas weniger, als die „DDR" aus dem Bonner Haushalt, durch den Zwangsumtausch oder durch das Geschäft der Intershops erhält. Trotzdem muß sich die „DDR" weiter mit Käufen im westlichen Ausland zurückhalten.

Einen Teil dieser für die Aufrechterhaltung der Produktion notwendigen Bezüge dürfte sie in der Bundesrepublik ordern. Die Verlagerung der Handelsströme dürfte sich also fortsetzen. Drei Viertel der Mehrlieferungen aus der Bundesrepublik – insgesamt stiegen die bundesdeutschen Verkäufe einschließlich Dienstleistungen um 16 Prozent auf 7,1 Milliarden Mark – stammten aus dem Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien. Ost-Berlin kaufte sogar Geteide in der Bundesrepublik, obwohl es wegen des Sonderstatus des innerdeutschen Handels dafür keine EG-Exporterstattungen gibt.

Dagegen nahmen die Lieferungen von Investitionsgütern um zehn Prozent ab. Diese für den TechnolOgietransfer so wichtigen Erzeugnisse machen nur noch ein Fünftel der bundesdeutschen Verkäufe aus. Vorerst – und dieses prägte auch die Stimmung zu Beginn der Messe – wird damit gerechnet, daß diese Tendenzen anhalten werden.

LEIPZIGER MESSE / Deutsche Aussteller erwarten weiter gute Geschäfte

Honecker hält eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen für möglich

HANS-JÜRGEN MAHNKE, **Leipzig**

Der innerdeutsche Handel profitiert auch weiterhin von der Kaufzurückhaltung der „DDR" in den anderen westlichen Industriestaaten. Zum Auftakt der Leipziger Frühjahrsmesse ist dieses die einhellige Meinung der Aussteller aus der Bundesrepublik. Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker sieht sogar eine Chance für eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen in diesem Jahr. Über Großaufträge wird gegenwärtig jedoch noch nicht einmal spekuliert. Nach dem Wirtschaftsplan sollen die Investitionen in diesem Jahr in der „DDR" sogar sinken.

Erich Honecker, der dem Stand der Mannesmann AG einen offiziellen Besuch abstattete, wurde in seinem Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden Egon Overbeck allerdings nicht konkret, wie er sich die Ausweitung des Handels vorstellt. Nach Ansicht der bundesdeutschen Aussteller, die sich auch auf den Auftragseingang aus den letzten Monaten stützt, können die Anbieter von Konsumgütern, speziell von Nahrungsmitteln, von Eisen- und Stahlerzeugnissen, von NE-Metallen und von chemischen Grundstoffen mit einem weiterhin florierenden Geschäft rechnen. Zum Teil handelt es sich dabei um Lieferungen, die früher aus anderen westlichen Staaten kamen. Die Erwartungen im Anlagen- und Maschinenbau blieben gedämpft. Die Entwicklung des vergangenen Jahres, als diese Lieferungen um rund elf Prozent abnahmen, dürfte sich damit fortsetzen.

Allerdings haben die Handelsbeziehungen der Mannesmann-AG mit der „DDR", die seit drei Jahrzehnten bestehen, im vergangenen Jahr mit 230 Mill. DM einen Höhepunkt erreicht. Nach Angaben von Overbeck bedeutet dies eine Verdreifachung gegenüber dem Vorjahr. Mannesmann liefert vor allem Rohre, Maschinenanlagen und Ausrüstungen. In den nächsten Wochen soll eine Anlage zur Erzeugung von jährlich 500 000 Tonnen Magnesium-Chlorid-Edellauge übergeben werden. Der Auftrag, der 1980 unterzeichnet wurde, hat einen Wert von 100 Mill. DM.

Die Fried. Krupp GmbH hat zu Beginn dieses Jahres zwei Großaufträge abgewickelt. Die schlüsselfertige Dampferzeugungsanlage für das Heizkraftwerk in Jena-Süd hat einen Wert von 990 Mill. Mark, und die Intensivierung des Schmelzbetriebes Wilhelm Florin in Henningsdorf schlägt mit 35 Mill. DM zu Buche. Gebaut wird noch an der Synthesegasanlage im Hydrierwerk Zeitz.

Dies ist auch bei SMS Schloemann-Siemag der Fall, die als Unterlieferant am Ausbau der Maxhütte in Unterwellenburg beteiligt ist. Konkreter wollte sich SMS-Chef Heinrich Weiss jedoch noch nicht äußern. Der Krupp-Konzern setzte 1982 mit der „DDR" 64 Mill. DM um, konnte jedoch für 155 Mill. DM neue Aufträge hereinholen.

Die Stimmung der Aussteller aus der Bundesrepublik wurde zum Messeauftakt aber durch die günstige Entwicklung des innerdeutschen Handels in den letzten Monaten geprägt. Im Gegensatz zum ersten Halbjahr, als die Bezüge aus der „DDR" mit 15 Prozent noch etwas schneller als die Lieferungen (13 Prozent) gestiegen waren, bestimmen in den zweiten sechs Monaten vor allem die Verkäufe aus der Bundesrepublik die Entwicklung. Über ein Jahr gerechnet, erhöhten sich die Lieferungen aus der Bundesrepublik (einschließlich Dienstleistungen) um 16 Prozent auf 7,1 Milliarden DM, die Bezüge um zehn Prozent auf sieben Milliarden DM.

Damit erzielte die Bundesrepublik mit einem Defizit von 221 Mill. DM 1981 wieder einen Überschuß von 92 Mill. DM. Im reinen Warenverkehr errechnet sich jedoch ein Aktivsaldo für die „DDR" von 510 Mill. DM, im Jahr zuvor waren es 772 Mill. DM.

Die Verschuldung der „DDR" in der Bundesrepublik erhöhte sich trotzdem 1982 nur von 3,65 auf 3,7 Milliarden DM. Denn Lieferungen von 60 Mill. DM wurden nicht durch Warenkäufe beglichen, sondern wurden über ein Sonderkonto in D-Mark bezahlt. In Leipzig wird darüber gerätselt, warum die „DDR" den Swing, den zinslosen Überziehungskredit, dessen Höchstgrenze in diesem Jahr von 850 auf 770 Mill. DM reduziert wurde, nur zu rund 400 Mill. DM ausschöpft. Die Erklärung, die „DDR" wolle sich einen Spielraum für Notfälle erhalten, wird angesichts ihrer Schuldenprobleme als nicht überzeugend angesehen.

WELTHANDEL

OECD: Gute Chance für Kampf gegen den Protektionismus

JOACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

Die OECD in Paris hält nach den Worten ihres Generalsekretärs Emile van Lennep den Zeitpunkt für gekommen, daß die Regierungen der westlichen Industriestaaten den protektionistischen Tendenzen mit größerer Aussicht auf Erfolg entgegentreten. Denn sie könnten jetzt vernünftigerweise auf ein zwar langsames, aber dauerhaftes nicht-inflatorisches Wirtschaftswachstum hoffen. Damit würde die wichtigste Voraussetzung für eine Verminderung der Arbeitslosigkeit geschaffen, deren Höhe oft als Begründung für Protektionismus herhalten muß.

Der Beginn des Wiederaufschwungs, der vom OECD-Sekretariat für die zweite Hälfte dieses Jahres erwartet wird, dürfte den starken Protektionsdruck auf die Regierungen allerdings noch nicht sofort mildern. Um deren Positionen zu stärken, könnte aber schon jetzt nach van Lennep einiges unternommen werden. Insbesondere sei das „Argument" zurückzuweisen, daß die Maßnahme dann nicht mehr protektionistisch ist, wenn sie in ein Handelsabkommen eingebettet wird.

Die OECD verurteilt danach weiterhin auch Gatt-konforme Selbstbeschränkungsabkommen, wie sie etwa die EG mit den Japanern getroffen hat. Andererseits sieht es der Generalsekretär als „unvermeidbar", daß sich in den letzten Jahren der protektionistische Druck (nicht der Protektionismus als solcher) wegen der rezessiven Wirtschaftsentwicklung und der dadurch hervorgerufenen Arbeitslosigkeit wesentlich verstärkt.

Dies um so mehr, als sich in den 25 Jahren bis zum zweiten Ölpreisschock der Welthandel sehr viel stärker ausgeweitet hat als die Produktion der westlichen Industriestaaten. Dadurch verdoppelte sich deren Abhängigkeit vom Außenhandel. Auf dem Industriegütersektor erreicht diese inzwischen 30 bis 40 Prozent. Auf ein ähnliches Niveau erhöht hat sich die Exportabhängigkeit sowie der Importanteil am nationalen Verbrauch.

Selbst verhältnismäßig geringe Fluktuationen in den Handelsströmen müßten unter diesen Umständen auf die Beschäftigung und auf Rentabilität in den verschiedenen Branchen der westlichen Industriestaaten bedeutende Auswirkungen haben, gibt van Lennep zu bedenken. Der verstärkte Protektionismus sei deshalb keineswegs „überraschend" gekommen. Die vom OECD-Generalsekretär ausgegebene Parole heißt, daß jedes Land zunächst einmal „vor seiner eigenen Tür kehren" sollte.

Als beunruhigend an der jüngsten Entwicklung bezeichnet van Lennep die protektionistischen Bestrebungen, die sich auf das künftige Wirtschaftswachstum nachteilig auswirken. Zitiert werden staatliche Subventionen, Exportbeschränkungsabkommen sowie die Eingliederung des Hochtechnologie-Transfers in den Warenaustausch und der Agrarprotektionismus. Dazu käme die Diskriminierung von ausländischen Unternehmen durch die Reglementierung des Erwerbs nationaler Technologien und ihres Absatzes, insbesondere an öffentliche Unternehmen sowie der weite Bereich der Normenfestsetzung.

AUF EIN WORT

„Wenn die Völkergemeinschaft des Westens den freien Warenaustausch untereinander aus kurzsichtigen Eigeninteressen einschränkt, dann wird das mittel- und langfristig nicht nur zu weniger Wohlstand, sondern auch zu einer bedenklichen Verschärfung nationaler Gegensätze und Rivalitäten führen, zu einem Rückfall in Zeiten, die längst überwunden waren."

Ferdinand Beickler, Vorstandsvorsitzender der Adam Opel AG, Rüsselsheim

FOTO: DPA

Finanzminister in Brüssel?

dpa/VWD, **Paris**

Am Wochenende verstärkten sich Hinweise auf eine bevorstehende Änderung der Paritäten im Europäischen Währungssystem (EWS). Nach französischen Rundfunkberichten vom Sonntag hieß es, daß sich die EG-Finanzminister noch in der Nacht zum Montag in Brüssel treffen und möglicherweise entsprechende Beschlüsse fassen werden. Erwartet wird eine Aufwertung der D-Mark und des holländischen Gulden bei gleichzeitiger Abwertung der übrigen EWS-Währungen, vor allem des französischen und belgischen Franc.

KREDITWÜRDIGKEIT

Bankiers beurteilen Bonität der Staaten vorsichtiger

AP, **New York**

Nur wenige Lichtblicke enthüllt eine Umfrage der am Wochenende veröffentlichten jüngsten Ausgabe des amerikanischen Wirtschaftsmagazins „Institutional Investor" über die Kreditwürdigkeit der einzelnen Staaten. Danach werden fast alle Länder von den befragten Bankiers aus aller Welt ungünstiger beurteilt als noch vor einem halben Jahr. Die Bundesrepublik Deutschland, die in der Umfrage ein wenig Boden verloren hat, liegt laut „Institutional Investor" weltweit nach wie vor auf einem guten vierten Platz.

Die Spitzenposition nehmen die Vereinigten Staaten selbst ein, dicht gefolgt von der Schweiz und Japan. Sämtliche Kreditnehmerstaaten mußten bei der Befragung von den Bankvertretern auf einer Skala von 1 bis 100 eingestuft werden. Spitzenreiter USA verlor dabei gegenüber der letzten Umfrage vom September 1982 einen vollen Punkt und liegt jetzt bei 96,1. Die Schweiz verlor zwar auch 0,3, kletterte mit nunmehr 95,4 aber dennoch auf der Rangliste vom dritten auf den zweiten Platz empor vor Japan mit nur noch 95,1 Punkten. Die Bundesrepublik verlor 1,1 Punkte und hat nun 93,0. Großbritannien verbesserte sich mit einem Gewinn von 1,1 auf 88,9 Punkte vom siebten auf den fünften Platz. Die Ränge sechs bis zehn nehmen Australien, Kanada, die Niederlande, Norwegen und Österreich ein.

China, das in seiner Verschuldungspolitik als äußerst zurückhaltend gilt, verbesserte sich unter den insgesamt 107 aufgeführten Ländern auf Platz 26 in der „Hitliste" des amerikanischen Finanzmagazins, die früher als besonderes Sorgenkind gewertete Türkei durch ihre verbesserte Zahlungsbilanz vom 78. auf den 75. Rang.

US-AKTIENMÄRKTE

An der Wall Street kam es jetzt zu Gewinnmitnahmen

H.-A. SIEBERT, **Washington**

Zum erstenmal seit Mitte Februar befinden sich die US-Aktienmärkte auf dem Rückzug. In der vergangenen Woche sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um 23,22 (Freitag: minus 3,20) auf 1117,74 und der 1500 Werte umfassende Nyse-Index um 1,34 (0,36) auf 87,29 Punkte. Nach dem Rekordmarsch war die Korrektur überfällig, viele Investoren kassierten die bisherigen Gewinne.

Was sich an der Wall Street aber auch wieder ausbreitet, ist Unsicherheit. Dazu beigetragen hat Präsident Reagans Chefökonom Martin Feldstein, der die hohen Konjunkturerwartungen zu dämpfen versuchte, indem er die Verläßlichkeit der jüngsten Indikatoren in Frage stellte. Feldstein glaubt an eine nur langsame Zunahme des Wachstumstempos. Als eine kalte Dusche empfand die Börse überdies Paul Volckers Hinweis, in den USA steige die Geldmenge zu rasch. Befürchtet wird jetzt ein erneutes Anziehen der Zinsen.

Mit gemischten Gefühlen nahmen die Märkte auch die neuesten Konjunkturdaten auf. So sind in Amerika auch im Februar die Endverkäufe um 0,4 Prozent gesunken, nach minus 0,5 Prozent im Vormonat. Ferner setzt sich der Lagerabbau fort. Die Bestände erreichten im Januar das niedrigste Niveau seit zwei Jahren. Die starke Erhöhung der Verbraucherkredite im selben Monat – um 2,93 Milliarden Dollar netto – hat die Zinssorgen noch vergrößert.

Eugene Collins von Laidlaw Adams & Peck geht davon aus, daß „der Dow um 100 Punkte sinkt, bevor es weiter aufwärtsgeht". Andere Broker verweisen auf die enormen Kreditaufnahmen der Treasury in dieser Woche, „die das Zinsbild für lange verdunkeln können". Ein wichtiger Faktor bleibt jedoch auch der Ölpreis.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Bonn wartet auf Konzepte

Bonn (dpa) – Das Bundeswirtschaftsministerium erwartet noch in den nächsten Tagen die Grobkonzepte der an der Stahlneuordnung beteiligten Unternehmen. Man habe die Stahlfirmen auf den großen Zeitdruck hingewiesen, so ein Sprecher des Ministeriums. Wenn die Pläne eingegangen seien, müßten sie bis zu ihrer Vorlage spätestens am 31. März bei der EG-Kommission in Brüssel erst noch geprüft werden. Die Otto-Wolff-Gruppe wird sich „weder beteiligungsmäßig noch sonstwie" an der geplanten „Gruppe Rhein" (Thyssen/Krupp) beteiligen. Das erklärte Otto Wolff von Amerongen zu Gerüchten, wonach die Einbringung der beiden Beteiligungsgesellschaften der Eisen- und Hüttenwerke AG, Köln, in diese Gruppe „bereits beschlossene Sache" sei.

Londoner Kassapreise

	11. 3. 83	4. 3. 83
Kupfer (£/t)	1051	1068,75
Blei (£/t)	298,25	292,5
Zink (£/t)	450,5	442,5
Zinn (£/t)	8947,5	8825
Gold ($/Unze)	422,5	412,5
Silber (p/Unze)	723,00	699,65
Kakao [1] (£/t)	1317,5	1303,5
Kaffee [2] (£/t)	1738,5	1662
Zucker (£/t)	105	104
Kautschuk (p/kg)	77,5	74,5
Wolle (p/kg)	405	405
Baumwolle [3] (cts/lb)	77,95	77,75

[1] Abladung Mai; [2] Abladung Mai; [3] A-Index-Preis Liverpool

Mäßigung gefordert

Bonn (rtr) – Das Bundessozialministerium hat die Pharmaindustrie zur Mäßigung bei der Festsetzung ihrer Preise aufgefordert. Der Parlamentarische Staatssekretär Heinrich Franke wies darauf hin, daß sich die Preise für Arzneimittel schon 1982 durchschnittlich um 2,3 Prozent erhöht hätten, obwohl die Hersteller einen Preisstopp in Aussicht gestellt hätten. Im Januar dieses Jahres seien die Preise mit 5,4 Prozent aber überproportional angezogen. Nach Frankes Auffassung werde damit die mit der Erhöhung der Rezeptgebühr angestrebte Kostendämpfung unterlaufen.

Kein prinzipielles Nein

München (VWD) – Industrie und Handwerk sehen die Nichtrückzahlbarkeit der Investitionsanleihe zwar als „Weg in die falsche Richtung", würden dieses „Opfer" aber in Kauf nehmen, wenn sich dadurch mehr wirtschaftliche Stabilität erreichen ließe. Die Nichtrückzahlbarkeit könne auch „ein demonstrativer Beitrag zur Ankurbelung der Investitionen" sein. In diesem Sinne äußerten sich der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Prof. Rolf Rodenstock, der Präsident der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Otto Esser, und der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Paul Schnitker, nach dem „Gespräch Industrie Handwerk 1983" in München.

Horn wird Ruhrkohle-Chef

Essen (Bm.) – Heinz Horn, Vorsitzender des Vorstandes der Eschweiler Bergwerks-Verein AG, Herzogenrath, ist vom Aufsichtsrat der Ruhrkohle AG, Essen, zum stellvertretenden Vorsitzenden der Ruhrkohle und zum designierten Nachfolger von Karlheinz Bund ernannt worden, der mit seinem 60. Geburtstag am 18. März 1985 sein Amt niederlegen wird. Horn tritt bei der Ruhrkohle bereits am 1. Juli dieses Jahres sein Amt an. Auf seinen Stuhl beim Eschweiler Bergwerksverein rückt der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Arbeitsdirektor Eberhard Kadow.

Mit Messe zufrieden

Köln (dpa) – Mit allgemeiner Zufriedenheit bei Ausstellern und Käufern ist die Internationale Eisenwaren-Messe nach viertägiger Dauer am Samstag in Köln zu Ende gegangen. Nach Angaben der Messegesellschaft zeigte sich der Handel dispositionsfreudiger als erwartet. Die Messe, die als die größte ihrer Art in der Welt gilt, habe überwiegend „gute bis zufriedenstellende Ergebnisse" gebracht.

Weg der Kurse

	11. 3. 83	4. 3. 83
Boeing	37,50	36,125
Chrysler	16,625	15,875
Citicorp	39,125	41,625
Coca-Cola	50,25	51,25
Exxon	31,125	30,875
Ford Motors	40	41
IBM	100,625	102,25
PanAm	5,375	5,375
US Steel	23,375	23,375
Woolworth	30,625	29,75

…ANKREICH

…orerst wenig Hoffnung auf …esserung der Wirtschaftslage

…OACHIM SCHAUFUSS, **Paris**

…n allen westlichen Industrie…en würde Frankreich mit am …gsten von der Konjunkturbe…ng profitieren, die sich in den …inigten Staaten angebahnt … Diese Auffassung vertraten … übereinstimmend die Reprä…anten bedeutender Konjunk…orschungsinstitute aus dem In… Ausland auf einem Kollo…m in Paris. Ihr wichtigstes Ar…ent: Die sozialistische Regie… hat mit ihrer ambitiösen So…olitik die Basis für einen Wie…ufschwung unterhöhlt.

…ne Verbesserung der interna…alen Wettbewerbsfähigkeit …d von den Instituten auch unter … Hypothese einer neuen Franc…wertung nicht erwartet. Besten… könnten dadurch die derzeiti… Marktanteile gehalten werden, … allerdings bei einer Auswei… des Welthandels eine gewisse …ortsteigerung zuließe. Auf dem …htigsten Auslandsmarkt, der Bundesrepublik, wäre mit größeren französischen Absatzerfolgen in diesem Jahr kaum zu rechnen.

Trotz der Ölpreisermäßigung und der dadurch herbeigeführten Importverbilligung – die aber durch eine Franc-Abwertung teilweise annulliert wird – erwarten die Institute für 1983 ein französisches Handelsbilanzdefizit von monatsdurchschnittlich sechs bis sieben Milliarden Franc, nachdem dieses im letzten Jahr 93 Milliarden Franc erreicht hatte, während sich die Regierung vornimmt, dieses Defizit um die Hälfte bis um zwei Drittel zu reduzieren.

Die „Stunde der Wahrheit" käme für Frankreich allerdings erst 1984/85, hieß es auf dem Kolloquium. Seine wirtschaftlichen Perspektiven seien für diese zwei Jahre deshalb als „beunruhigend" anzusehen, weil erst dann die seit Mitte 1982 ergriffenen und die noch zu ergreifenden Austerity-Maßnahmen voll wirksam würden.

GROSSBRITANNIEN / Erst 25 Prozent aller Arbeiter haben ein Gehaltskonto

Was in der Lohntüte ist, hat man

WILHELM FURLER, **London**

Ein Gesetz aus dem Jahre 1831 ist ein wesentlicher Grund dafür, daß in Großbritannien heute noch fast 75 Prozent der Arbeiter ihren Wochenlohn in der Lohntüte nach Hause tragen. Dieser Ansicht ist jedenfalls der britische Arbeitsminister Norman Tebbit, der nun endlich diesen alten Zopf abschneiden lassen möchte.

Die Truck Acts, das Gesetz zum Schutz gegen den Mißbrauch von Tausch, waren seinerzeit erlassen worden, um Arbeiter vor ungerechter Entlohnung zu bewahren. Damals kam es nämlich nicht selten vor, daß der Lohn anstatt in barem Geld in Form produzierter Waren oder Naturalien entrichtet wurde. Damit können die britischen Arbeitnehmer auch heute noch auf der Auszahlung ihrer Löhne und Gehälter in bar bestehen. Selbst Schecks dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung des Lohnempfängers ausgestellt werden.

Minister Tebbit hat sich jetzt ausrechnen lassen, daß ein Wechsel von der altgedienten Lohntüte zum bargeldlosen Verfahren die Arbeitgeber im Jahr 30 Pfund pro Person sparen lassen würde. Diese Einsparungen, so folgert der Minister, würden der Wettbewerbsfähigkeit des Landes sehr gut tun und damit zur Verbesserung des Arbeitsmarktes beitragen.

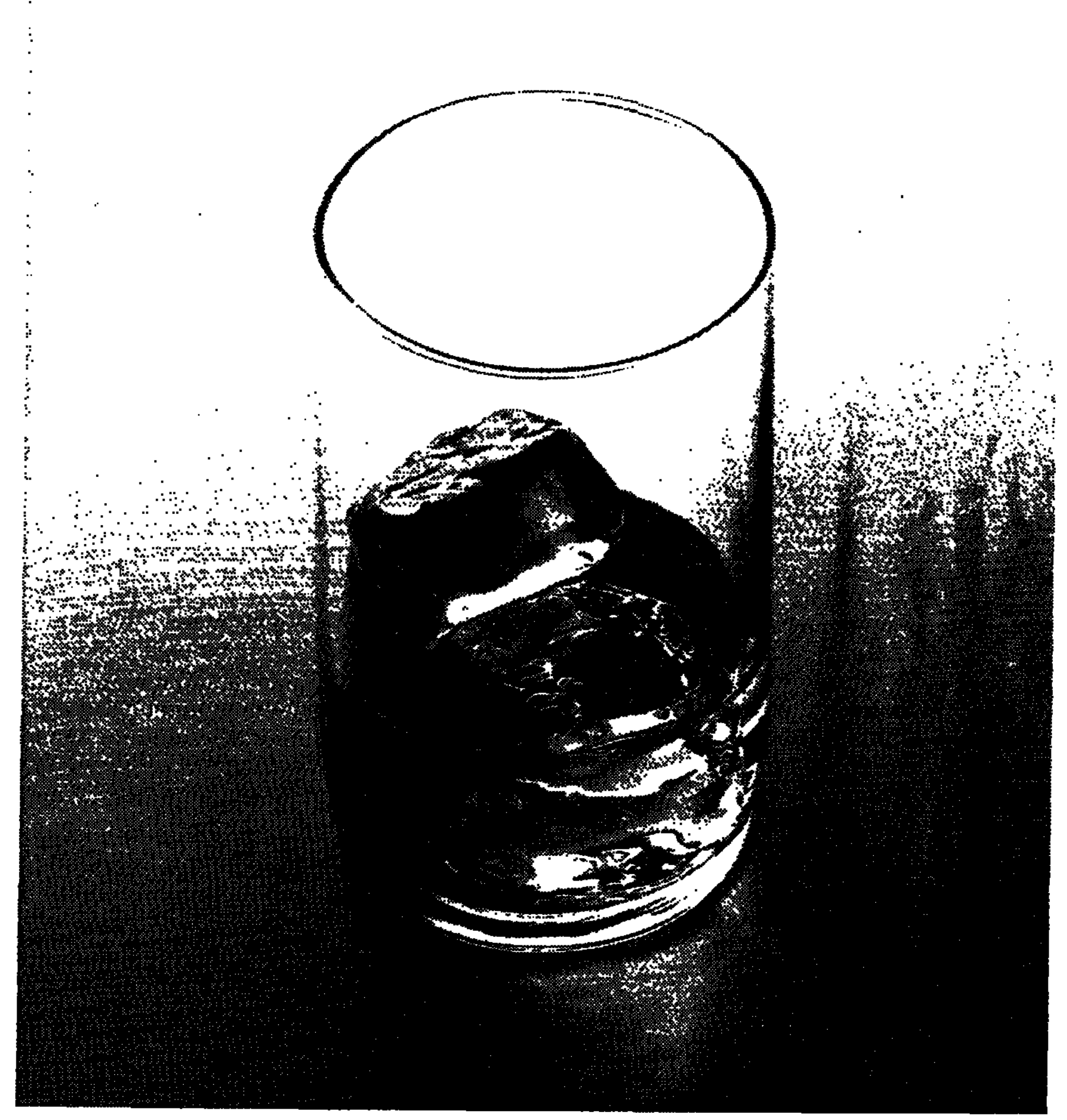
Neidvoll blickt Norman Tebbit auf das Ausland, wo der Grundsatz „lieber den Lohn auf die Hand" allmählich in Vergessenheit geraten ist.

Die britischen Banken selbst stehen schon seit einiger Zeit ratlos vor dem Phänomen des Lohntüten-Kults. Denn obwohl sie den Wechsel von der wöchentlichen Lohntüte auf ein Bankkonto durch intensives Rühren der Werbetrommel voranzutreiben suchen, tut sich wenig.

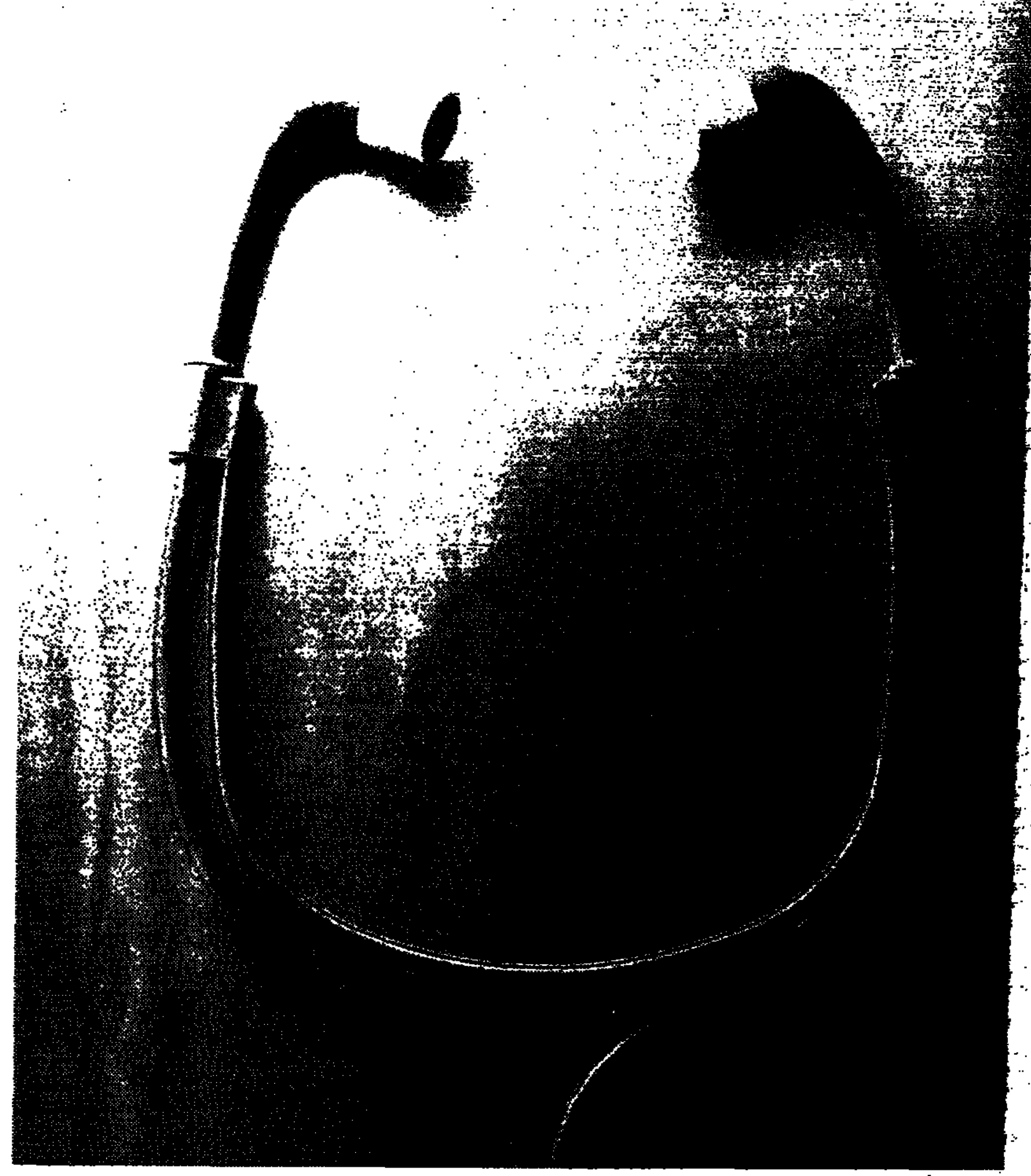
Zwar müssen sie sich über mangelndes Interesse an ihrer Kampagne aus der Industrie nicht beklagen. Aber gerade für die Firmen ist die Umstellung alles andere als unproblematisch. Ihre Hauptsorge besteht darin, daß sie plötzlich zwei Lohnzahlungsarten gleichzeitig betreiben und verwalten müssen, da sich nur ganz selten und zögernd Arbeitnehmer für das bargeldlose Verfahren entscheiden.

Und selbst wenn sie dies tun, kann es durchaus sein, daß quasi über Nacht wieder ein Büro für bare Lohnauszahlungen eingerichtet werden muß. Denn die britischen Arbeitnehmer haben dem zuvor genannten Gesetz zufolge das Recht, nach nur einmonatiger Ankündigungszeit wieder zum wöchentlichen Barzahlungs-System zurückzukehren. Wie unsicher es auch immer sein mag, wenn man an die häufigen Fälle von Verlust und Diebstahl denkt.

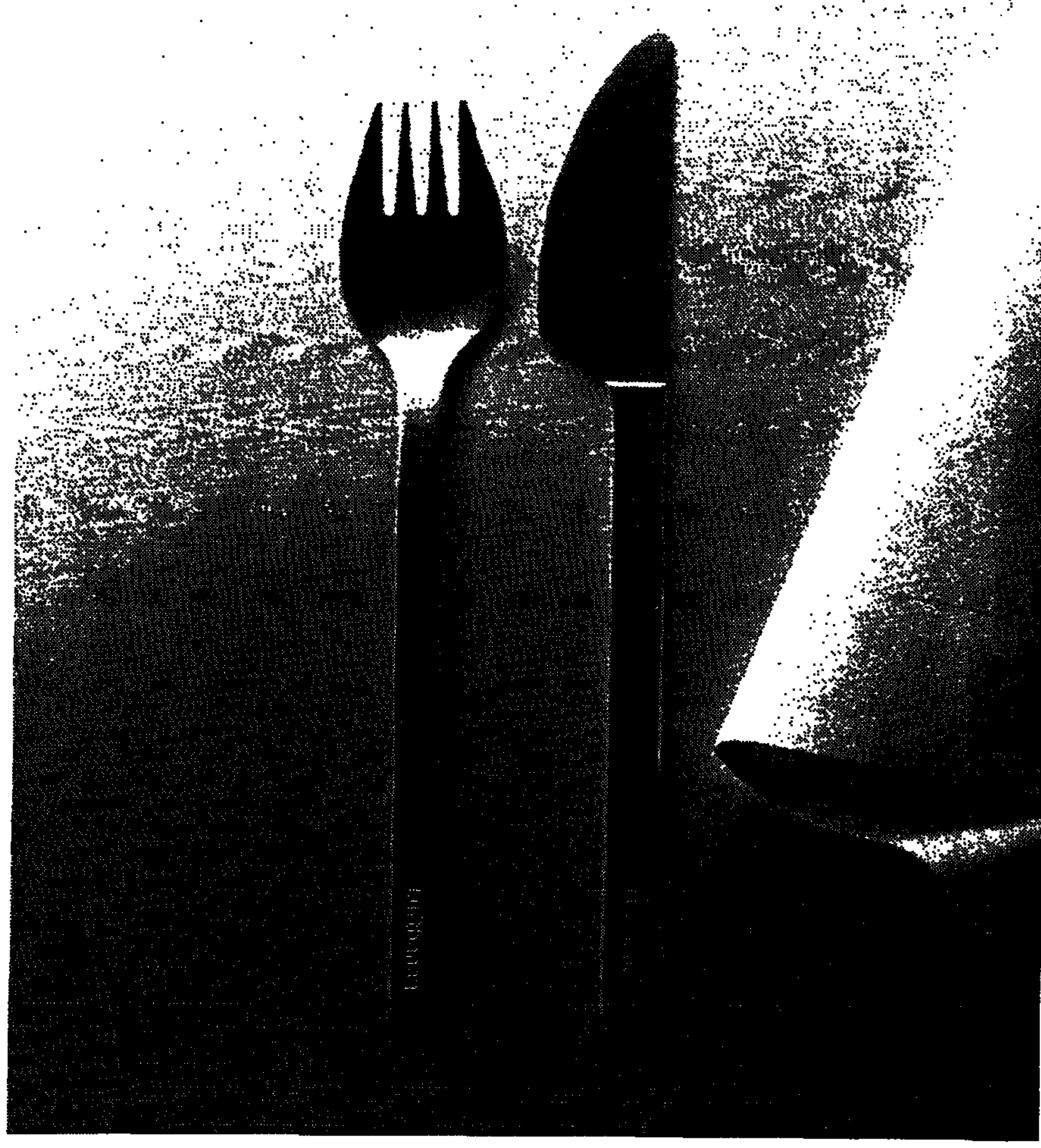
Die Lufthansa Business Class hat jetzt neue, extrabreite Sessel. Aber das ist noch nicht alles.



Sie haben die Auswahl unter rund 40 verschiedenen Getränken. Natürlich auf Kosten des Hauses.



Neu sind diese Stereo-Kopfhörer für die Business Class. Damit Sie an 8 Musikprogrammen und Bordkino mehr Freude haben.



Zur Lufthansa Business Class gehören Menükarten, Gläser und Porzellan und die Wahl zwischen zwei Hauptgängen im monatlichen Wechsel.

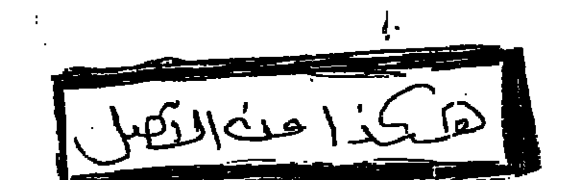


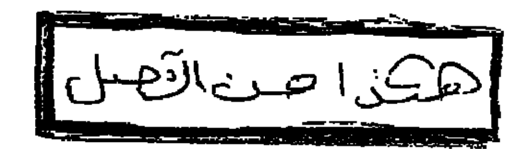
Aber das ist noch nicht alles. Ab Deutschland gibt es die Business Cl
41 Zielen auf vier Kontinenten. Dieses Angebot macht Ihnen sonst nie



Der Unterschied ist Lufthan

Fragen Sie Ihr Reise- oder Frachtbüro mit Lufthansa-Agentur.





-ENTWICKLUNGSHILFE

...roßes Lob von der OECD

...ACHIM SCHAUFUSS, Paris

...von der EG-Kommission ver...te öffentliche Entwicklungs... der Zehnergemeinschaft ist ...1980 auf 1981 um 68 Prozent ...676 Mill. Dollar gestiegen. Für ...n bedeutenden Zuwachs zollt ...OECD-Entwicklungshilfe-Aus...ß (DAC) in seinem EG-Ex... den Brüsseler Instanzen so ...len Regierungen der EG-Staa...ohe Anerkennung.

...besonders lobenswert wird ...m Prüfungsbericht hervorge...n, daß sich die Lebensmittel... der EG an die Entwicklungs...r auf 672 Mill. Dollar verdop... hat und damit 40 Prozent der ...mtleistungen erreichte. Die ...mission hätte sich außerdem ...eine bessere Integration dieser ... in ihre Entwicklungspolitik ...üht, und zwar durch längerfri... Engagements sowie durch ei...tärkere Produktendiversifizie...

... vergangenen Jahr, zu dem ... keine Zahlen vorliegen, hat ...die EG-Hilfe allerdings wieder ...kühlt, nachdem sie in den ...ahren um durchschnittlich 10 ...5 Prozent gestiegen war. Trotz... ist sie stärker gestiegen als die ...nale öffentliche Hilfe der EG-Staaten zusammengenommen. Hauptnutznießer waren die afrikanischen Länder südlich der Sahara, die 57 Prozent der Brüsseler Hilfe (in 1981) empfangen hatten. Der Rest kam vor allem Indien, dem größten Empfängerland, zugute.

Die EG-Kommission unterrichtete die DAC-Prüfer über die Schwierigkeiten, denen 1981 wie 1982 das System zur Stabilisierung der Exporteinnahmen (STABEX) ausgesetzt gewesen war. Die verfügbaren Mittel hätten sich gegenüber dem Bedarf als unzureichend erwiesen. Andererseits aber hätte die Wirksamkeit der EG-Hilfe dank eines verstärkten Dialogs mit den Entwicklungsländern verbessert werden können.

Die EG-Hilfe erreichte 13 Prozent der 1982 von den EG-Staaten insgesamt den Entwicklungsländern bereitgestellten Hilfe bzw. 0,07 Prozent ihres Bruttosozialprodukts. 1975 belief sie sich erst auf 722 und 1970 auf 210 Mill. Dollar. Zu den erwähnten 1676 Mill. Dollar kamen 1981 noch 241 Mill. Dollar an besonderen Hilfsaktionen der Europäischen Investitionsbank (EIB).

GETRÄNKE-GROSSHANDEL / Ertragsverbesserungen sind kaum noch möglich – Biermarkt stagniert

Einwegflasche wurde das Sorgenkind der Branche

HANS BAUMANN, Essen

Eine Initiative gegen die Einweggebinde bei Bier und alkoholfreien Getränken und für die Mehrwegflaschen kündigte der Präsident des Bundesverbandes des deutschen Bier- und Getränkefachgroßhandels, Werner Zielasko, auf der Generalversammlung des Fachverbandes am Wochenende in Essen an. „Wir haben ein intaktes Mehrwegsystem, um das uns die ganze Welt beneidet", sagte Zielasko. Die Deutschen aber forcierten das Einweggeschäft mit allen seinen Folgen für die Umwelt, während das übrige Ausland Einweg verbiete oder aber doch wenigstens in seine Schranken verweise.

Einweggebinde sind für Zielasko zum größten Sorgenkind seines Berufsstandes geworden, da diese Form des Getränkeangebotes völlig am Fachgroßhandel vorbeigehe. Sein Verband hat eine große Dortmunder Brauerei bereits darauf hingewiesen, daß der Großhandel nicht länger bereit sei, diese Form der Distribution mit seinem Geld über die hohen Kosten zu stützen. In diesem Fall geht es um über eine Million Hektoliter Bier, die bereits in Einweggebinden an den Mann gebracht werden. Im Norden, so Zielasko, habe das Einweggebinde bei Bier allein bereits ein Volumen von 30 bis 40 Prozent an sich gezogen. Wenn die Baubranche in der ganzen Bundesrepublik Geschmack an dieser Vertriebsform finde, dann sei das Ende der mittelständischen Fachgroßhändler für Getränke abzusehen.

Horst Grundmann, Geschäftsführer des Verbandes Nordrhein-Westfalen, erläuterte den Geschäftsbericht für 1982. Danach ist der Getränkeverbrauch pro Kopf der Bevölkerung weiter um 20 Liter auf 683,5 Liter gestiegen. Mit 48 Litern hatte der Pro-Kopf-Verbrauch bei Mineral- und Tafelwasser die höchste Steigerungsrate aller Getränkesorten. 1981 wurden erst 43 Liter getrunken. Auch bei den Erfrischungsgetränken ging es weiter bergauf, und zwar um vier auf 75 Liter.

Stagnation weiterhin am Biermarkt. Pro Kopf wurden 150 Liter getrunken. Der Höchststand war 1976 mit 151 Liter. Im Bundesgebiet ist die Biererzeugung 1982 um 1 Prozent auf 94,6 (93,7) Mill. Hektoliter gestiegen. Größtes Bierland ist nach wie vor Nordrhein-Westfalen mit 29,2 Prozent des Ausstoßes. Platz zwei hält Bayern mit 20,8 Prozent vor Baden-Württemberg mit 12,3 Prozent.

Grundmann beklagte die Ertragsmisere des Fachgroßhandels. Einkaufs- und Verkaufspreise seien „nahezu zementierte Daten", und Ertragsverbesserungen durch bessere Konditionen im Ein- und Verkauf seien so gut wie unmöglich. Er berichtet aber auch von Unternehmen, die versuchen, ihre Umsatzrendite durch Umstrukturierung zu verbessern. Dazu zählen Serviceverbesserungen, Sortimentsumschichtungen und sorgfältigere Kundenauswahl. Die negative Seite: „Viele Unternehmen werden ihre Distributionsfunktion nur dann weiter erfüllen können, wenn es ihnen gelingt, eine dauerhafte Ertragsstabilisierung zu erreichen." Unüberhörbar schwingt in diesen Worten der Abschied von jenen mit, die nicht versuchen, aus den zementierten Strukturen herauszukommen.

Zu der Aufforderung an die Händler, kostengerecht zu kalkulieren, stellte Grundmann die Forderung an die Getränkehersteller, dem Handel die zur Existenz notwendigen Handelsspannen zu gewähren. Die von vielen Fachgroßhändlern für 1982 beklagte negative Geschäftsentwicklung wird von Grundmann ursächlich auch in oft „überhöhten Bierpreisanhebungen" gesehen. Der Fachgroßhandel habe Schwierigkeiten, an diesen Preiserhöhungen zu partizipieren, weil sich die erhöhten Preise angesichts der Zurückhaltung der Konsumenten nicht durchsetzen ließen. Wenn überhaupt, dann könnten in vielen Fällen lediglich die Preisanhebungen der Produzenten weitergegeben werden. Beim Handel bleibe nichts hängen.

Diese Marktlage sei Mitte des Jahres noch einmal zugespitzt worden, als eine Gruppe von Brauereien zum zweitenmal innerhalb kurzer Zeit die Flaschen- und Dosenbierpreise erhöht habe. Der Handel plädiert beim Flaschenbier für eine Preispolitik der kleinen Schritte – für die Brauer bedeute das eine Politik der Anhebung je Halbliterflasche um 1–1,5 Pfennig.

SCHWEDEN

Nach 12 Stunden Streik beendet

gtm. Stockholm

Der Freitag früh ausgebrochene Streik der über 12 000 Industriearbeiter dauerte nur gut zwölf Stunden. Dann erklärten sich die Arbeitgeber mit dem zuvor von ihnen abgelehnten Schlichtungsvorschlag einverstanden. Dies geschah jedoch erst nach einem längeren Gespräch mit Ministerpräsident Olof Palme und der Zusage des Gewerkschaftsbundes, gemeinsam mit dem Arbeitgeberverband eine Kommission zu bilden, die das gesamte Lohnsystem unter dem Aspekt der Lohndrift und der automatischen Einkommensentwicklung untersuchen soll.

Das Abkommen sieht eine Lohnsteigerung von rund 2 Prozent vor. Total werden die Arbeitskosten inklusive einer erwarteten Lohndrift von etwa 3 Prozent in diesem Jahr um knapp 9 Prozent steigen. Inzwischen geht die Überstundenblockade im öffentlichen Sektor weiter.

...NTENMARKT / Blick auf den Zentralbankrat

...ach der Hausse ruhiger

...ch der Rentenmarkt hat in der ...en Woche seine Nach-Wahl...se gehabt und ist damit aus ... Schatten der Aktienbörse et... herausgetreten. Aber nach ... wilden Montag mit Kurssteigen bis um 1,50 DM hat sich ...Geschäft wieder beruhigt. Die ...len Devisenmärkten tobende ...kulation auf eine Aufwertung ...D-Mark im Europäischen Wäh...ssystem ist am Rentenmarkt ...n anzumerken. Hier belebten ...zt eher Hoffnungen auf eine ...zinssenkung am kommenden Donnerstag die Phantasie. Eine halbprozentige Rücknahme der Notenbankzinsen gilt allerdings bereits als in den Kursen eskomptiert. Vermutlich würde der Markt aber nicht allzusehr enttäuscht sein, wenn der Zentralbankrat selbst diesen kleinen Schritt vorerst noch nicht wagen sollte, um die erst für das nächste Wochenende erwartete Wechselkurskorrektur im EWS in seine geldpolitischen Überlegungen einbeziehen zu können. Dann bleibe die Hoffnung – bis zum 7. April. (cd.)

...sionen	11. 3. 83	4. 3. 83	30. 12. 82	30. 12. 81	30. 12. 80
...ihen von Bund, Bahn und Post	6,84	6,99	7,45	10,05	9,30
...hen der Städte, Länder und ...munalverbände	6,66	6,81	7,04	10,55	9,88
...erschreibungen von ...institutten	7,13	7,30	7,61	10,26	9,43
...erschreibungen der Industrie	7,61	7,77	8,24	11,52	8,35
...erschreibungen öffl.-rechtl. ...anstalten u. Körperschaften	6,96	7,18	7,65	10,12	9,37
...bis 4 Jahre rechnerische ...w. Restlaufzeit	6,65	6,88	7,43	10,50	9,70
... über 4 Jahre rechnerische ...w. Restlaufzeit	7,50	7,67	7,94	9,75	9,05
...ndische Emittenten insgesamt	6,98	7,19	7,63	10,19	9,41
...-Auslandsanleihen	8,16	8,28	8,45	10,32	8,32

HOTELMANAGER / Deutsche haben gute Chancen, international in führende Positionen aufzurücken

Zurück in die Heimat möchte vorerst keiner mehr

GISELA REINERS, Bonn

Alle drei haben als Kochlehrlinge in der deutschen Provinz angefangen. Heute haben sie führende Posten in Luxushotels der internationalen Spitzenklasse. Sie haben hart gearbeitet, aber eine frühe Ernte eingestrichen. Sie wohnen frei in eleganten Appartements, fahren noble Dienstwagen, und daß sie für ein üppiges Gastmahl nicht die Kreditkarte zu zücken brauchen, versteht sich von selbst. Kurzum: Heinz-Uwe Roelz (37), General-Manager vom „Harbour View Holiday Inn", Rudolf Greiner (43), General-Manager vom „Regent" und Udo Doering (33), Marketing-Fachmann vom „Furama" – alle drei in Hongkong – haben es geschafft.

Diese drei Männer in ihren Spitzenfunktionen stehen stellvertretend für eine ganze Gruppe deutscher Hotelfachleute, die in der ganzen Welt ihr Karrierefeld sehen. Sie teilen sich die Top-Jobs häufig mit Schweizern und Österreichern, die ebenfalls in den internationalen Konzernen des gehobenen Gastgewerbes gut vertreten sind, sowohl in den Küchenregionen als auch in den Verwaltungsetagen und zunehmend nicht nur in den einzelnen Häusern, sondern auch in den Konzern-Administrationen selbst. So ist beispielsweise der für die Hotelgruppe im Ramada-Konzern in Arizona zuständige Mann ein Deutscher: Jürgen Bartels (44). Und in Hongkong sind langjährige Manager großer Häuser, Hofer vom „Mandarin" und Koeppen vom „Holiday Inn", in die Konzernverwaltungen übergewechselt.

Was macht die Deutschen so beliebt als Leiter weltweit plazierter Nobel-Herbergen? Noch dazu in meist amerikanisch geprägten Konzernen, wobei sich die Frage aufdrängt, warum die organisatorisch so begabten Amerikaner nicht alle Plätze besetzen. Stefan Roszkowski vom „Holiday Inn" in Frankfurt, selbst zum Karriere-Nachwuchs gehörend: „Amerikaner sind begabt beim Einsatz von Technik. Aber Organisation und Menschenführung beherrschen deutschsprachige Europäer wohl besser."

Die drei Spitzenmanager in Hongkong (in diesem Fünf-Millionen-Dorf sind die Deutschen besonders gut auszumachen, weil sie in fast jedem Top-Hotel der Luxusklasse vertreten sind) sind sich vor allem darin einig, daß die gute und gründliche Ausbildung in der Bundesrepublik, der Schweiz und Österreich mit ihren langen Traditionen als Gastgeberländer den guten Ruf deutschsprachiger Hoteliers begründet.

Doch nicht nur ihres Sachverstandes wegen werden sie von ihren amerikanischen Konzernherren, aber auch den einheimischen Geldgebern geschätzt. Sie haben sich als klimafest und anpassungsfähig an die verschiedenen Mentalitäten ihrer Gastländer erwiesen, ohne ihre geschätzten europäischen Gewohnheiten aufzugeben, nämlich hart zu arbeiten, zu meinen, was sie sagen, und beim Geschäft kühl zu bleiben.

„Chinesen treffen schon mal eine Entscheidung, die schlecht ist fürs Geschäft, nur um ihrem Widersacher eins auszuwischen", sagt Doering. „Die Deutschen werden geschätzt, weil sie in Konzepten denken können", meint Roelz. „Ich hatte bei der Gestaltung meines Hauses freie Hand. Ich habe das ausgesucht, was am sinnvollsten war, und nicht einfach das Teuerste. Das hat die Chinesen erstaunt." Greiner stimmt dem zu und erweitert es noch: „Man schätzt an uns, einen Stil bestimmen und durchhalten zu können vom Swimming-pool bis zum Nightclub, vom Salzstreuer bis zum Blumenschmuck beim Tausend-Teilnehmer-Bankett."

Wichtig für die steile Karriere ist nach Ansicht der drei, die es geschafft haben, neben der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung der Wille, eine harte Durststrecke durchzustehen. Die Anfänge sind karg, körperlich anstrengend und meist nicht besonders gut bezahlt. Viel Stehen und Laufen in der Küche, Arbeiten an Sonn- und Feiertagen und spät in der Nacht. Doch weil alle drei sich nicht mit dem jeweils Erreichten zufriedengaben und immer sich nach neuen Aufgaben drängten, stiegen sie bald auf, kamen über Holland, England, die Schweiz, Mexiko und die USA nach Hongkong. Zurück nach Rüdesheim (Roelz), Eislingen (Greiner) und Alsfeld (Doering) möchte vorerst keiner mehr.

KUKA UMWELTTECHNIK / Kommunen ordern zögernd

Kompost bringt Wachstum

WERNER NEITZEL, Singen

Die angespannte Kassenlage der öffentlichen Hände läßt auch die Umwelttechnik, die gemeinhin als Wachstumsbranche angesehen wird, nicht unbeeinflußt. So sind beispielsweise die Neuzulassungen von Müllfahrzeugen in der Bundesrepublik aus obigem Grunde in 1982 um etwa 18 Prozent auf 650 Fahrzeuge zurückgegangen.

Bei der zur IWKA-Gruppe gehörenden KUKA Umwelttechnik GmbH, Augsburg, die auf dem inländischen Müllfahrzeugmarkt einen Marktanteil von gut 50 Prozent vorweist, geht man davon aus, daß spätestens gegen Ende dieses Jahres wieder ein Auftragsschub kommen werde. Fürs erste disponierten die Kommunen noch weiterhin knapp. Die Beschaffungszyklen für die Fahrzeuge seien gestreckt worden, es werde mehr repariert.

Der Umsatz der KUKA Umwelttechnik GmbH ist 1982 um über 5 Prozent auf 92 (87,4) Mill. DM angestiegen. Der Exportanteil betrug unverändert 30 Prozent. Eines der größeren Projekte, die realisiert wurden, ist die Fertigstellung eines Müllkompostierungswerks in Singen, das dieser Tage in Betrieb ging. Dieses über einen geschlossenen Immobilienfonds der Badischen Kommunalen Landesbank finanzierte Gesamtobjekt (34 Mill. DM Gesamtkosten) ist auf eine jährliche Verarbeitungskapazität von 70 000 t Hausmüll (aus dem Landkreis Konstanz) zusammen mit 20 000 t vorentwässertem Klärschlamm ausgelegt. Nach einem besonderen Verfahren wird daraus hochwertiger Kompost, der vor allem in der Landwirtschaft und im Gartenbau Verwendung finden soll (Preisvorstellung 8 bis 30 DM pro Tonne).

Von diesem Projekt verspricht sich KUKA eine deutliche Geschäftsbelebung. Das Interesse zahlreicher Kommunen für dieses Verfahren sei groß. In der Bundesrepublik werden zur Zeit insgesamt 18 Müllkompostwerke nach den unterschiedlichsten Verfahren betrieben. Bei der KUKA Umwelttechnik sind rund 300 Mitarbeiter beschäftigt.

DO IT YOURSELF / 12 Millionen Heimwerker

Wettbewerb wird schärfer

HERBERT KLAR, Köln

Die Zunft der Heimwerker wächst weiter. Nach einer Untersuchung des Münchner Instituts für Freizeitwirtschaft lassen sich ihr heute etwa 12 Millionen Bundesbürger zurechnen. Bis zum Jahr 1985 soll die Zahl gar auf 14 Millionen steigen. Die beliebtesten Tätigkeiten sind dabei das Tapezieren und das Anstreichen. Bereits mehr als die Hälfte der Heimwerker wagt sich aber heute schon an das Verlegen von Bodenbelägen und Dämmstoffen.

Eine von Bausparkassen durchgeführte Umfrage hat ergeben, daß die durchschnittliche Eigenleistung eines Bauherrn bei rund 40 000 DM anzusetzen ist. Der Grund für den Heimwerker-Boom liegt an den geschmälerten Einkommen der meisten Bundesbürger.

Doch auch am Do-it-yourself-Markt (DIY) ist die negative gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht spurlos vorübergegangen, wie der Sprecher der Bundes-Interessengemeinschaft Do-it-yourself im Fachverband des Deutschen Eisen- und Hausrathandels e. V. (FDE), Heinz Bräutigam, anläßlich der DIY-Fachtagung auf der Internationalen Eisenwarenmesse Köln, betonte. Zur Bedeutung der Bau- und Heimwerkermärkte im DIY-Markt meint Bräutigam, daß diese im Jahr 1982 zusammen noch keine 6 Mrd. DM Umsatz erreicht haben.

Und das bei einem baunahen Einzelhandelsumsatz, der für alle Absatzkanäle 1982 zwischen 25 und 30 Mrd. DM liegen müßte. Auch 1982 habe der Heimwerker noch zwischen 70 und 80 Prozent seines Bedarfs in traditionellen Kanälen, wie Eisenwarenhandel, Baustoffhandel, Holzhandel sowie Elektro- und Sanitärgroßhandel gedeckt. Die beiden letztgenannten würden ihren traditionellen Kunden – dem Handwerk – immer noch Sand vom „Partnerschaftsgedusel" in die Augen streuen, hätten aber längst im großen Umfang mit dem Verkauf an den Privatkunden begonnen.

Das DIY-Marktwachstum sei zwar immer noch überproportional, der Zuwachs an Anbietern und Verkaufsflächen, ein großer Teil kommt aus dem Lebensmittelbereich, jedoch erheblich größer. Insgesamt hat sich die Zahl der bestehenden Bau- und Heimwerkermärkte 1982 um 10 Prozent erhöht. Dies bedeute mehr und schärferen Wettbewerb, unterstrich Bräutigam.

Jedoch seien Baumärkte mit Food-Hintergrund nicht allein für vermehrte Preiskämpfe verantwortlich zu machen. Bräutigam beschuldigt den Fachhandel durch verdeckte Preiszugeständnisse vor allem die Filialketten zu einer aggressiven Preispolitik zu zwingen, da sie nicht mit unterschiedlichen Preisen dem Endverbraucher gegenübertreten könnten. Ausgerechnet der Fachhandel, der jahrelang gegen die Rabatte auf dem grauen Markt zu Felde gezogen sei, verhelfe diesen Praktiken wieder zu einer Renaissance.

Auch 1982 sei überall in der DIY-Landschaft an Leistungsverbesserungen für den Kunden gearbeitet worden, wenn auch in vielen Bau- und Heimwerkermärkten die Beratung noch im argen liege.

Bräutigam hob hervor, daß im DIY-Einzelhandel unterschiedliche Betriebstypen nebeneinander leben können und werden. Doch die gesamte Einzelhandelslandschaft werde in den kommenden Jahren fließend bleiben. „Die Zeit der früher einmal relativen Abgrenzung der Branche untereinander wird es nicht mehr geben."

US-UNTERNEHMEN / Die Rangliste der 25 größten Gesellschaften weist erhebliche Verschiebungen auf

Drastischer Gewinneinbruch in der Rezession

H.-A. SIEBERT, Washington

Auch in den USA hat die Rezession den Unternehmen wieder übel mitgespielt. Nach Steuern erwirtschafteten sie 1982 die niedrigsten Gewinne seit sechs Jahren; gegenüber 1981 sanken sie um mehr als ein Fünftel auf rund 118 Mrd. Dollar (283 Mrd. DM). Die Stahlkonzerne verloren 3 Mrd. Dollar – ein Rekord – und Detroits Autobauer noch einmal 1 Mrd. Dollar, während die Gewinne der Mineralölgesellschaften um 23 Prozent schrumpften.

Nach einer Untersuchung der Geschäftsergebnisse der 1200 größten US-Firmen, die von den Standard & Poor's Compustat Services für Business Week durchgeführt wurde, sind die Gewinne dieser Spitzengruppe im Gesamtjahr 1982 um durchschnittlich 16 Prozent und im vierten Quartal um 24 Prozent zurückgegangen. In der Oktober-Dezember-Periode sackten zudem die Umsätze um 2, die Gewinnspannen von 4,7 auf 3,6 und die Kapitalverzinsung von 14 auf 11 Prozent. Es war das schlechteste Resultat seit 1970.

Die Bilanzen wären 1982 noch dürftiger ausgefallen, wenn viele Unternehmen den Gewinnrutsch nicht durch den Verkauf von Vermögenswerten – Chrysler trennte sich zum Beispiel von den Panzerwerken –, den Rückgriff auf Steuergutschriften und buchhalterische Korrekturen, vor allem im Auslandsgeschäft, gebremst hätten. Weil das Jahr ohnehin bescheiden ausfiel, nahmen andere Firmen massive Abschreibungen vor.

Fünf Wirtschaftszweige erlitten 1982 Verluste: Autos, Flugverkehr, Metalle und Bergwerke, Sparkassen und Stahl. Auf Bethlehem Steel entfiel mit nahezu 1,5 Mrd. Dollar die Hälfte des Branchenminus. Es folgten National Steel mit 463 Mill. Dollar, U. S. Steel mit 361, Armco mit 345, Republic Steel mit 244 und Inland Steel mit 133 Mill. Dollar. Ohne Marathon Oil wäre U. S. Steel, die weiter die Diversifizierung vorantreibt, noch tiefer in die roten Zahlen geraten.

Amerikas Automobilindustrie hat schon 1980 und 1981 jeweils 4 Mrd. und 1,2 Mrd. Dollar eingebüßt. Im vergangenen Jahr waren es noch einmal 1,1 Mrd. Dollar. Die Rückkehr in die Gewinnzone schaffte nur General Motors; Ford verlor noch einmal 658 Mill. Dollar, American Motors 154 und Chrysler 69 Mill. Dollar. Statistisch separat erfaßt wird der Verlust von International Harvester in Höhe von mehr als 1,2 Mrd. Dollar.

Bei den Metall-Lieferanten und Bergwerken verblieb 1982 unterm Strich ein Minus von 750 Mill. Dollar. Sechs von 16 Fluggesellschaften landeten im Defizit, das vor allem durch PanAm verursacht, insgesamt 484 Mil. Dollar ausmachte. Die Hersteller von landwirtschaftlichen Geräten und Spezialmaschinen hielten den Kopf nur knapp über Wasser; in den Bereichen Baumaterial, Reifen/Gummi und Papier fielen die Gewinne um 55 bzw. 43 und 60 Prozent.

Von den 25 größten US-Unternehmen (ohne Finanzinstitute) gehörten auch 1982 zwölf zur Mineralölbranche. Es gab jedoch erhebliche Verschiebungen. So fiel Mobil vom zweiten auf den dritten und Texaco vom vierten auf den fünften Rang. Ihre Positionen nahmen die American Telephone & Telegraph, die demnächst aufgesplittert wird, und General Motors ein. Exxons Umsatz ist zu riesig, als daß der größte Privatkonzern der Welt in den kommenden Jahren vom ersten Platz verdrängt werden könnte. 1977 nahm ihn noch „GM" ein.

Amerikas 25 größte Unternehmen

	Umsatz¹) 1982	Veränd. ± %²)	Nettogew.¹)³) 1982	Veränd. ± %²)
Exxon	103 640	– 10	4 185	– 13
A.T. & T.	65 093	+ 12	7 279	+ 7
Mobil	63 828	– 7	1 380	– 43
General Motors	60 026	– 4	963	– 189
Texaco	48 000	– 19	1 281	– 45
Ford Motor	37 070	– 3	(658)	–
Standard Oil (Cal.)	35 943	– 23	1 380	– 42
IBM	34 364	+ 18	4 409	+ 22
Du Pont	33 300	+ 9	894	– 23
Gulf Oil	30 660	+ 1	900	– 27
Sears, Hoebuck	30 020	+ 10	861	+ 32
Standard Oil (Ind.)	29 900	– 6	1 826	– 5
Atlantic Richfield	26 991	– 4	1 676	± 0
Phibro-Salomon	26 703	+ 4	337	+ 17
General Electric	26 500	– 3	1 817	+ 10
I.T.T.	21 900	– 6	703	– 4
Shell Oil	20 200	– 7	1 610	– 5
U.S. Steel	18 900	+ 36	(361)	–
Occidental Petroleum	18 200	+ 24	156	– 78
Safeway Stores	17 633	+ 6	160	+ 48
K-Mart	16 772	+ 2	–	–
Sun Company	16 300	– 1	537	– 50
Phillips Petroleum	15 890	– 1	646	– 27
Tanneco	14 979	– 1	819	+ 1
United Technologies	13 577	– 1	534	+ 17

¹) in Mill. Dollar; ²) Veranderung zu 1981; ³) Verlust in Klammern

Für die US-Ölindustrie war 1982 zweifellos ein Schicksalsjahr. Vorbei sind zunächst die Gewinnschübe, die Ende der 70er Jahre und 1980/81 durch den Sturz des Schahs, die sowjetische Besetzung Afghanistans und den iranisch-irakischen Krieg ausgelöst wurden. Wie es heißt, hat die Branche mit diesen heftigen Einbrüchen bei den Umsätzen und Gewinnen nicht gerechnet. Im Gegensatz zu praktisch allen anderen US-Firmen sind ihre Erwartungen auch für 1983 gedämpft.

Aber die Ölflut hat nicht nur die Preise und damit die Gewinne gedrückt. Verschlechtert wurden die Ertragsrechnungen auch durch den starken Dollar, der allgemein als überbewertet gilt. So müßten die Gesellschaften Öl in harter amerikanischer Währung einkaufen und in den meisten Ländern zu schwächeren Wechselkursen verkaufen. Umfangreiche Einsparungen der Verbraucher, warme Winter und ein anhaltender Lagerabbau haben zum Rutsch beigetragen.

Die Gruppe der „25" hat 1982 ihren Umsatz im Durchschnitt nur um 0,4 Prozent erhöht, verglichen mit 13,4 Prozent im Vorjahr. Das zeigt den Aderlaß der Rezession. Aber es gab auch viele Firmen, die gut abgeschnitten haben. So stiegen die Gewinne der Pharma-Industrie um 17 Prozent, der Tabakbranche um 12 und der Versorgungsunternehmen um 10 Prozent. Bei Büroausrüstungen und Computern waren es 8 Prozent.

AUTO BECKER / 10 Prozent Umsatzplus erwartet

Aufwind für Autokonjunktur

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Das laufende und die nächsten Jahre werden der Automobilwirtschaft einen konstanten Aufschwung bringen. Becker, Seniorchef der Firmengruppe Auto-Bekker GmbH & Co. KG, Düsseldorf, und im Gebrauchtwagengeschäft der wohl bekannteste deutsche Händler, führt für diesen Optimismus eine lange Reihe von Gründen an. Sie reichen vom Sinken des Benzinpreises und der Zinsen bis hin zum angestauten Nachholbedarf.

Profitieren wird nach Beckers Urteil von diesem Aufschwung in erster Linie das Neuwagengeschäft. Nach dem hier 1982 auf deutschem Markt eingetretenen Rückgang der Neuzulassungen um 7,5 Prozent, was gegenüber der 1978 erreichten Zulassungsspitze (2,66 Mill. Autos) immerhin einem Minus von 18,8 Prozent entsprach, sei für 1983 eine Zuwachsrate zwischen 5 und 10 Prozent zu erwarten.

Beckers positive Prognose für das Neuwagengeschäft stützt sich auch auf die Tatsache, daß der von ihm auf 700 000 Stück geschätzte deutsche Gebrauchtwagenbestand bei den Händlern bereits um ein Drittel niedriger als normalerweise beim Start ins Frühjahrsgeschäft liege.

Im Einklang mit der positiven Markteinschätzung erwartet Bekker für die eigene Firmengruppe, daß der 1982 um 4,8 Prozent auf 131 Mill. DM gesteigerte Umsatz (davon gut 31 Prozent aus dem Gebrauchtwagengeschäft) 1983 beschleunigt um etwa 10 Prozent wachsen wird.

Einen Schwachpunkt der gesamten Autobranche sieht auch er in der aktuellen Unterbeschäftigung der Werkstattbetriebe. Die hier in den Boomjahren 1978/79 ausgebauten Kapazitäten seien bereits um 45 000 Arbeitsplätze kleiner geworden, nicht zuletzt auch durch starken Anstieg der Schwarzarbeit. Auto-Becker will mit diesem Problem auch künftig ohne Entlassungen von Werkstattpersonal durch Ausbau des „Veredelungsgeschäfts" fertig werden.

WARNCKE EISKREM / Plus bei Haushaltspackungen

Die Positionen ausgebaut

JAN BRECH, Hamburg

Besser als der Durchschnitt der Branche hat im Jahr 1982 die Warncke Eiskrem GmbH & Co. KG, Schwanewede bei Bremen, abgeschnitten. Nach Angaben des Geschäftsführers Rudolf Strothteicher steigerte die Firma den Absatz um 4,8 Prozent und den Umsatz um 8 Prozent auf 75,9 Mill. DM. Bundesweit, so Strothteicher, gehe das Unternehmen bei Markeneiskrem auf einen Marktanteil von 6 Prozent zu, in ihrem Absatzgebiet mit den Schwerpunkten Nord- und Westdeutschland liege sie bei gut 9 Prozent.

Die Absatzausweitung, die das Branchenplus von 1,6 Prozent deutlich übertrifft, führt Strothteicher einmal auf das verstärkte Eindringen von Warncke in den Lebensmittelhandel zurück. Daraus habe sich eine Absatzsteigerung vor allem bei Haushaltspackungen um nominal 12,9 Prozent und real um 4,8 Prozent ergeben. Der Anteil von Haushaltspackungen am Gesamtabsatz von Warncke ist von 35 auf 40 Prozent gestiegen, der Anteil von Kleinpackungen, bislang die Domäne von Warncke, von 50 auf 45 Prozent zurückgegangen. Lieferungen an Großabnehmer blieben mit 15 Prozent Anteil unverändert.

Außerdem, so meint Strothteicher, seien in einem Jahr voller wirtschaftlicher Probleme die nicht ganz großen Markeneisanbieter begünstigt gewesen. Bei ihnen schlage die Zurückhaltung der Konsumenten weniger gravierend zu Buch. Die Ertragslage des Familienunternehmens mit rund 2,2 Mill. DM Kommanditkapital (75 Prozent hält die Familie Warncke, 25 Prozent die Familie Querner) bezeichnet Strothteicher als zwar nicht gerade üppig, aber gesund.

In diesem Jahr rechnet Strothteicher mit einem Umsatzplus von real 3 und nominal 4 Prozent. Mit einem Investitionsprogramm für die Jahre 1982/83 von 6 Mill. DM soll der Vertrieb verdichtet und nach Süden ausgeweitet werden. Bereits eingeleitet ist die Erweiterung der Produktions- und Lagerkapazitäten in Schwanewede.

HOFBRÄU

Von Stagnatio[n] nicht betroffen

WERNER NEITZEL, St[uttgart]

Die Stuttgarter Hofbrä[u] Stuttgart, eine der wenigen [...] perlen in der deutschen Br[...] schaft, liegt in der Ausstoße[ntwick]lung auch in den ersten Mon[aten des] laufenden Geschäftsjahrs (30. 9.) in der Pluszone, was [im Hin]blick auf die Marktstagnat[ion kei]neswegs selbstverständlich [ist. Da]mit verbunden ist eine Ve[rbesse]rung des Marktanteils. Die [...] die Brauerei (bezogen auf [Baden-]Württemberg) seit 1970 a[uf] mehr 10 Prozent verdoppel[t].

Die Devise, sich nicht an [Son]derpreis-Aktionen zu bet[eiligen,] wird als einer der Gründe g[enannt,] weshalb Stuttgarter Hofbrä[u den] Bierausstoß im abgelaufen[en Ge]schäftsjahr um 6,3 Prozent [...] Mill. Hektoliter steigerte. [...] als ein Drittel des Zuwachse[s ...] auf die Übernahme andere[r Braue]reien. Auch künftig werde [die Ge]sellschaft weiteren Über[nahmen] aufgeschlossen bleiben. D[er ...] bieranteil liegt bei unverän[dert ...] Prozent. Im Gastronomie-G[eschäft] (24,1 Prozent Umsatzantei[l) ...] man „ganz gut mit". Die U[msatzer]löse nahmen um 12,3 Pro[zent auf] 142,8 Mill. DM zu, wobei si[ch ...] die Preiserhöhung vom [...] 1981 auswirkte. Eine weite[re Preis]erhöhung wird für Oktober/[Novem]ber 1983 nicht ausgeschlos[sen].

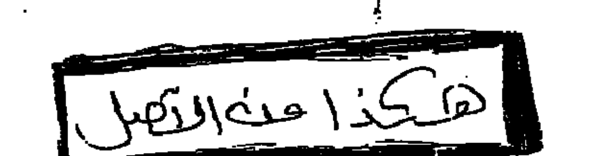
Trotz Kostensteigerunge[n ...] das Betriebsergebnis um [...] zent verbessert. Der Jah[resüber]schuß nahm auf 8,3 (9,8) Mil[l. DM ab,] da weniger Sondererträge [...] Gleichwohl werden unverä[ndert ...] bzw. 17 Prozent Dividend[e auf je]weils 12,5 Mill. DM Stam[m- und] Vorzugsaktien gezahlt. A[...] wird erneut ein Bonus von [...] Prozent gezahlt. Merheits[aktionär] ist die Brasserie Holding S. [A.,] Schweiz.

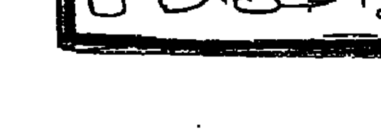
Geschäft vorran[gig] mit EG-Länder[n]

t[...]

Vor dem Hintergrund d[...] senden weltweiten Uns[icherheit] mit der internationalen V[erschul]dung bestimmten 1982 Ko[nsolidie]rung, Risikobegrenzung, Q[ualitäts]verbesserung der Debito[ren und] verstärkte Vorsorgemaß[nahmen] die Geschäftspolitik der [...] Bank International S. A., [Luxem]burg. So blieb die Bilan[zsumme] dieser hundertprozentigen [Tochter]gesellschaft der Berliner [...] 31,402 (31,296) Mrd. Lux[emburger] Franc (LF) fast unveränd[ert. Das] Kreditgeschäft ging, wie [...] ner Bank mitteilt, auf 20,15[...] Mrd. LF zurück. Dabei ent[...] (69) Prozent der Forderu[ngen auf] die EG- und andere westlic[he Indu]strieländer. Die Einlagen [von Ban]ken und Kunden lagen m[...] (28,667) Mrd. LF fast auf V[orjahres]höhe.

Das Betriebsergebnis ha[...] 19 Mill. auf 449 Mill. LF v[...] und wurde weitgehend zur [Bildung] von Wertberichtigungen [verwen]det. Nach Steuern verbleib[t ein Jah]resüberschuß von 20 Mill[. LF, der] den offenen Rücklagen z[ugeführt] wurde.





RWE

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft Essen

Prospekt

für die Zulassung zum Börsenhandel der

DM 292 858 900,–

neuen Inhaber-Stammaktien

5 857 178 Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– Nr. 7 466 525–13 323 702
– Wertpapier-Kenn-Nr. 703 701 –

und

DM 150 000 000,–

neuen stimmrechtslosen Inhaber-Vorzugsaktien
mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%

3 000 000 Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– Nr. 3 516 001–6 516 000
– Wertpapier-Kenn-Nr. 703 704 –

aus der Kapitalerhöhung von 1983
mit Gewinnanteilberechtigung erstmals für das am 30. Juni 1983 endende Geschäftsjahr 1982/83, und zwar für dieses Geschäftsjahr zu einem Viertel,

an den Wertpapierbörsen zu
Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart.

Das Unternehmen

Gründung, Sitz und Gegenstand

Das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft – im folgenden auch „RWE" oder „Gesellschaft" genannt – mit dem Sitz in Essen wurde im Jahre 1898 gegründet.

Die Gesellschaft unterhält zahlreiche Betriebsverwaltungen und Betriebsstellen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen sowie in Süddeutschland.

Gegenstand des Unternehmens ist ausschließlich die Versorgung der Bevölkerung mit Elektrizität, Gas und Wasser. Zur Erreichung des Gesellschaftszweckes kann die Gesellschaft elektrische Energie erzeugen, verwerten oder veräußern, ferner Anlagen und Einrichtungen aller Art, welche der Erzeugung, Verwertung oder Veräußerung von elektrischer Energie, von Gas und von Wasser dienen, erwerben, errichten und betreiben, allein oder gemeinsam mit anderen, für eigene oder für fremde Rechnung. Sie kann Grundstücke und andere Immobilien erwerben, verwerten und veräußern, auch Patente, Erfindungen und Erfahrungen erwerben, verwerten und veräußern. Die Gesellschaft kann sich an Gesellschaften und anderen Unternehmungen und allen Geschäften beteiligen, die mit dem Gegenstand des Unternehmens zusammenhängen. Die Gesellschaft ist berechtigt, Zweigniederlassungen zu errichten.

Grundkapital

Das Grundkapital des RWE wurde zuletzt im Februar 1978 um insgesamt DM 300 000 000,– auf DM 1 800 000 000,– erhöht und war eingeteilt in:

Inhaber-Stammaktien im Nennbetrag von DM 1 171 435 600,–

7 466 524 Aktien zu je DM 50,–
571 594 Aktien zu je DM 100,–
826 125 Aktien zu je DM 400,–
410 500 Aktien zu je DM 1 000,–,

Namensaktien im Nennbetrag von DM 28 564 400,–

5 500 Aktien Serie A zu je DM 100,–
11 000 Aktien Serie A zu je DM 400,–
117 644 Aktien Serie B zu je DM 100,–
29 625 Aktien Serie B zu je DM 400,–,

Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von DM 600 000 000,– mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%

3 516 000 Aktien zu je DM 50,–
352 000 Aktien zu je DM 100,–
418 750 Aktien zu je DM 400,–
221 500 Aktien zu je DM 1 000,–.

Die Inhaber-Stamm- und -Vorzugsaktien sind an allen deutschen Wertpapierbörsen zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen. Sie werden außerdem an den schweizerischen Börsen in Basel, Genf und Zürich amtlich notiert.

Die ordentliche Hauptversammlung vom 24. Februar 1983 hat beschlossen, das Grundkapital von DM 1 800 000 000,– um DM 450 000 000,– auf DM 2 250 000 000,– gegen Bareinlagen unter Ausschluß des gesetzlichen Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen. Die neuen Aktien sind mit Gewinnanteilberechtigung erstmals für das am 30. Juni 1983 endende Geschäftsjahr 1982/83, und zwar für dieses Geschäftsjahr zu einem Viertel, ausgestattet.

Die Hauptversammlung hat gleichzeitig beschlossen, zur Vereinheitlichung der kleinsten Stückelung bei allen Aktiengattungen die bisherigen Stück 5 500 Namensaktien der Serie A im Nennbetrag von je DM 100,– in Stück 11 000 Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– zu stückeln.

Der Beschluß über die Kapitalerhöhung und ihre Durchführung sind am 28. Februar 1983 in das Handelsregister des Amtsgerichts Essen eingetragen worden.

Die DM 450 000 000,– neuen Aktien, alle im Nennbetrag von jeweils DM 50,–, sind eingeteilt in

DM 292 858.900,– Inhaber-Stammaktien,
DM 7 141 100,– Namensaktien Serie B
und
DM 150 000 000,– Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%.

Ein von der Dresdner Bank AG und der Deutsche Bank AG geführtes Bankenkonsortium hat die neuen Inhaber-Stamm- und -Vorzugsaktien zum Nennwert mit der Verpflichtung übernommen,

den Stammaktionären
neue Inhaber-Stammaktien und

den Vorzugsaktionären
neue stimmrechtslose Inhaber-Vorzugsaktien

im Verhältnis 4 : 1 zum Preis von DM 90,– je neue Aktie im Nennbetrag von DM 50,– in der Zeit vom 14. März bis 28. März 1983 einschließlich ohne Berechnung von Börsenumsatzsteuer zum Bezug anzubieten. Den Mehrerlös hat das Konsortium an die Gesellschaft abzuführen. Etwa nicht bezogene neue Aktien wird das Konsortium nach Weisung der Gesellschaft verwerten und den dabei erzielten Mehrerlös ebenfalls der Gesellschaft zur Verfügung stellen. Der Differenzbetrag zwischen dem Übernahmepreis und dem Bezugspreis bzw. Verwertungserlös wird der gesetzlichen Rücklage zugeführt.

Die Mittel aus der Kapitalerhöhung dienen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis und damit zur anteiligen Finanzierung der erforderlichen umfangreichen Investitionen.

Die DM 292 858 900,– neuen Inhaber-Stammaktien und die DM 150 000 000,– neuen Inhaber-Vorzugsaktien aus der Kapitalerhöhung sind Gegenstand dieses Prospektes. Sie sind in Globalurkunden verbrieft, die bei der Wertpapiersammelbank Nordrhein-Westfalen AG, Düsseldorf, hinterlegt sind. Um die börsenmäßige Lieferbarkeit der jungen Inhaberaktien in effektiven Stücken schon vor der Dividendenangleichung nach der Hauptversammlung des Jahres 1984 zu gewährleisten, wird ein Teil dieser Globalurkunden ehestmöglich gegen Urkunden zu alten Aktien ausgetauscht. Diese börsenmäßig lieferbaren Aktien sind mit den im Druckverfahren nachgebildeten Unterschriften des Vorsitzenden des Aufsichtsrats und zweier Vorstandsmitglieder versehen. Außerdem sind sie von einem Kontrolleur eigenhändig unterschrieben. Die zugehörigen Bogen umfassen die Gewinnanteilscheine Nr. 43 bis 60 und den Erneuerungsschein. Der Gewinnanteilschein Nr. 43 trägt den Aufdruck „1/4".

Das Grundkapital des RWE beträgt nunmehr DM 2 250 000 000,–.

Es sind ausgegeben:

Inhaber-Stammaktien im Nennbetrag von DM 1 464 294 500,–

Aktien	je DM	Nr.
13 323 702 Aktien zu je DM	50,–	Nr. 0 000 001–13 323 702
571 594 Aktien zu je DM	100,–	Nr. 1 180 001– 1 261 750
		Nr. 1 449 626– 1 549 938
		Nr. 1 626 501– 1 726 500
		Nr. 1 924 001– 1 979 312
		Nr. 2 026 501– 2 106 500
		Nr. 2 205 001– 2 255 000
		Nr. 2 530 282– 2 599 500
		Nr. 2 886 239– 2 921 238
826 125 Aktien zu je DM	400,–	Nr. 0 000 001– 0 191 000
		Nr. 0 241 001– 0 589 000
		Nr. 0 621 501– 0 768 750
		Nr. 1 158 126– 1 170 500
		Nr. 1 776 501– 1 826 500
		Nr. 2 126 501– 2 156 500
		Nr. 2 305 001– 2 327 500
		Nr. 2 941 239– 2 966 238
410 500 Aktien zu je DM	1 000,–	Nr. 1 320 001– 1 380 500
		Nr. 1 844 001– 1 896 000
		Nr. 2 164 001– 2 188 000
		Nr. 2 337 501– 2 433 500
		Nr. 2 629 501– 2 777 500
		Nr. 2 984 239– 3 014 238

Namensaktien im Nennbetrag von DM 35 705 500,–

Aktien	je DM	Nr.
11 000 Aktien Serie A zu je DM	50,–	Nr. 0 000 001– 0 011 000
11 000 Aktien Serie A zu je DM	400,–	Nr. 0 589 001– 0 600 000
142 822 Aktien Serie B zu je DM	50,–	Nr. 0 100 001– 0 242 822
117 644 Aktien Serie B zu je DM	100,–	Nr. 1 409 001– 1 449 625
		Nr. 2 479 501– 2 530 281
		Nr. 2 860 001– 2 886 238
29 625 Aktien Serie B zu je DM	400,–	Nr. 0 600 001– 0 621 500
		Nr. 1 150 001– 1 158 125

Inhaber-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht im Nennbetrag von DM 750 000 000,– mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%

Aktien	je DM	Nr.
6 516 000 Aktien zu je DM	50,–	Nr. 0 000 001– 6 516 000
352 000 Aktien zu je DM	100,–	Nr. 1 261 751– 1 320 000
		Nr. 1 549 939– 1 626 500
		Nr. 1 726 501– 1 776 500
		Nr. 1 979 313– 2 026 500
		Nr. 2 106 501– 2 126 500
		Nr. 2 255 001– 2 305 000
		Nr. 2 599 501– 2 629 500
		Nr. 2 921 239– 2 941 238
418 750 Aktien zu je DM	400,–	Nr. 0 768 751– 1 003 800
		Nr. 1 028 801– 1 150 000
		Nr. 1 170 501– 1 180 000
		Nr. 1 826 501– 1 844 000
		Nr. 2 156 501– 2 164 000
		Nr. 2 327 501– 2 337 500
		Nr. 2 966 239– 2 984 238
221 500 Aktien zu je DM	1 000,–	Nr. 1 380 501– 1 409 000
		Nr. 1 896 001– 1 924 000
		Nr. 2 188 001– 2 205 000
		Nr. 2 433 501– 2 479 500
		Nr 2 777 501– 2 854 500
		Nr. 3 014 239– 3 039 238

Zur Übertragung der Namensaktien Serie B ist im Unterschied zu den Namensaktien Serie A die Zustimmung des Aufsichtsrats und der Hauptversammlung erforderlich. Sämtliche Namensaktien unterliegen in ihrer gesamten Höhe der Einziehung gemäß § 237 AktG gegen Erstattung von 115% des Nennbetrages. Die Hauptversammlung setzt den Zeitpunkt der Einziehung und die Art der Durchführung fest. Der Beschluß über die Einziehung bedarf einer Mehrheit von drei Vierteln der abgegebenen Stimmen und mindestens drei Vierteln des bei der Beschlußfassung vertretenen Grundkapitals in getrennter Abstimmung der gesamten Aktien, der Stammaktien, der Namensaktien und der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht.

Außer den Namensaktien, die je DM 50,– Nennbetrag 20 Stimmen, mithin also 14 282 200 Stimmen von insgesamt 43 568 090 Stimmen gewähren, besitzen Gemeinden und Gemeindeverbände einen erheblichen Betrag an Inhaber-Stammaktien; sie verfügen daher in den Hauptversammlungen über die einfache Stimmenmehrheit.

Organe des RWE

Der Vorstand besteht satzungsgemäß aus mindestens drei Personen; er wird gegenwärtig gebildet von den Herren:

Dr.-Ing. Günther Klätte, Heiligenhaus
Dr. jur. Friedhelm Gieske, Essen
Matthias Breuer, Essen
Werner Rinke, Essen
Heinz Heiderhoff, Mülheim a. d. Ruhr
Wolfgang Ziemann, Essen
Franz Joseph Spalthoff, Essen.

Die Gesellschaft wird durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Mitglied des Vorstands zusammen mit einem Prokuristen gesetzlich vertreten.

Der Aufsichtsrat besteht gemäß Mitbestimmungsgesetz vom 4. Mai 1976 und Satzung der Gesellschaft aus je zehn Aufsichtsratsmitgliedern der Anteilseigner und der Arbeitnehmer. Gegenwärtig gehören dem Aufsichtsrat an:

Dr. F. Wilhelm Christians,
Mitglied des Vorstands der Deutschen Bank AG, Düsseldorf
– Vorsitzender –
Bruno Steinborn*), Mechaniker, Bergheim/Erft
– stellvertretender Vorsitzender –
Hans Alker*), 2. Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Essen
Walter Freitag*), Kaufmännischer Angestellter, Essen
Dr. Hans Friderichs, Mitglied des Vorstands der Dresdner Bank AG, Frankfurt/Main
Peter Germer*), Handlungsbevollmächtigter, Heiligenhaus
Heinz Hager, Oberstadtdirektor, Mülheim a. d. Ruhr
Martin Hambrecht*), Dreher, Sandhausen
Horst Katzor, Oberbürgermeister, Essen
Paul Kieras, Oberkreisdirektor, Siegburg
Dr. Georg Klinkhammer, Landrat, Koblenz
Willy Köning*), Monteur, Essen
Josef Kürten, Oberbürgermeister, Düsseldorf
Werner Marquardt*), Vorhandwerker Schichtelektriker, Grevenbroich
Reinhold Mosch*), Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, Bezirk Nordrhein-Westfalen I, Solingen
Dr. Wolfgang Schieren, Vorsitzender des Vorstands der Allianz Versicherungs-AG, München
Dr. Dieter Spethmann, Vorsitzender des Vorstands der Thyssen AG, Duisburg
Willi Töller*), Dreher, Frechen-Grefrath
Thomas Wegscheider*), Sprecher des Vorstands der Bank für Gemeinwirtschaft AG, Heusenstamm
Heribert Werhahn, Kaufmann, Neuss.

*) Aufsichtsratsmitglied der Arbeitnehmer

Der Aufsichtsrat ist befugt, soweit es das Gesetz zuläßt, bestimmte Aufgaben Ausschüssen von Mitgliedern zu übertragen und sich in geeigneten Fällen der Hilfe von Sachverständigen, welche nicht Mitglieder sind, zu bedienen.

Jedes Mitglied des Aufsichtsrats erhält satzungsgemäß jährlich für seine Tätigkeit eine Mindestvergütung von DM 5 000,–. Sie erhöht sich um je DM 1 000,– für jedes volle Prozent Gewinnanteil, das über einen Gewinnanteil von 4% des Nennwertes der Stamm- und Namensaktien hinaus ausgeschüttet wird. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats erhält das Doppelte, sein Stellvertreter und die weiteren Mitglieder eines vom Aufsichtsrat gewählten Präsidiums erhalten je das Eineinhalbfache der vorgenannten Beträge. Den Mitgliedern werden die durch die Ausübung ihres Amtes entstehenden Auslagen einschließlich einer etwaigen auf die Vergütung und den Auslagenersatz entfallenden Umsatzsteuer erstattet.

Die Aufsichtsratsbezüge für das Geschäftsjahr 1981/82 betrugen DM 391 000,–.

Zur Beratung der Verwaltung in wichtigen Angelegenheiten besteht ein Verwaltungsbeirat. Die Mitglieder des Verwaltungsbeirats werden vom Vorstand nach Richtlinien des Aufsichtsrats berufen. Vorsitzender des Verwaltungsbeirats ist der Vorsitzende des Aufsichtsrats.

Die Vergütung für den Verwaltungsbeirat wird vom Vorstand im Einvernehmen mit dem Aufsichtsrat festgelegt. Für das Geschäftsjahr 1981/82 bezifferte sich die Gesamtvergütung für den Verwaltungsbeirat auf DM 1 002 800,–.

Hauptversammlung, Geschäftsjahr, Bekanntmachungen und Zahlstellen

Die Hauptversammlungen werden am Sitz der Gesellschaft oder am Sitz einer deutschen Wertpapierbörse abgehalten. Die ordentlichen Hauptversammlungen finden innerhalb von acht Monaten nach Ablauf des jeweiligen Geschäftsjahres statt. Je DM 50,– Nennbetrag der Stammaktien gewähren eine Stimme und je DM 50,– Nennbetrag der Namensaktien 20 Stimmen. Die Stammaktien haben somit insgesamt 29 285 890 Stimmen, die Namensaktien 14 282 200 Stimmen. In den Fällen der §§ 140 Abs. 2 und 141 AktG gewähren je DM 50,– Nennbetrag der Vorzugsaktien eine Stimme.

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft läuft vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des folgenden Jahres.

Die Gesellschaft veröffentlicht ihre Bekanntmachungen satzungsgemäß im Bundesanzeiger. Darüber hinaus werden sie in je einem Pflichtblatt der deutschen Börsen abgedruckt; außerdem werden die Bekanntmachungen in Basel, Genf und Zürich veröffentlicht. Zur Rechtsgültigkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, an jedem Börsenplatz, an dem die Stammaktien und die Vorzugsaktien zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind, mindestens je eine Bank als Zahl- und Hinterlegungsstelle zu bestimmen und bekanntzugeben, an deren Schaltern fällige Gewinnanteilscheine eingelöst, neue Gewinnanteilscheinbogen entgegengenommen, Bezugsrechte ausgeübt, Aktien zur Teilnahme an der Hauptversammlung hinterlegt und alle sonstigen die Aktien betreffenden, von einem Gesellschaftsorgan beschlossenen Maßnahmen kostenfrei durchgeführt werden können.

Verwendung des Bilanzgewinns

Der Bilanzgewinn der Gesellschaft wird in nachstehender Reihenfolge verwandt:

1. Zur Nachzahlung etwaiger Rückstände von Gewinnanteilen auf die Vorzugsaktien aus den Vorjahren;
2. zur Zahlung eines Vorzugsgewinnanteils von 5% des Nennwertes auf die stimmrechtslosen Vorzugsaktien;
3. zur Zahlung eines ersten Gewinnanteils auf die Stamm- und Namensaktien bis zu 4% des Nennwertes;
4. von dem unter Berücksichtigung des § 113 AktG danach verbleibenden Bilanzgewinn zur Zahlung der im § 13 Abs. 1 und 2 der Satzung festgelegten, über die Mindestvergütung hinausgehenden Vergütung an den Aufsichtsrat;
5. zur Zahlung eines weiteren Gewinnanteils auf die Stamm- und Namensaktien in Höhe von 1% des Nennwertes;
6. zur gleichmäßigen Zahlung etwaiger weiterer Gewinnanteile auf die Stamm-, Namens- *und Vorzugsaktien, soweit die Hauptversammlung keine andere Verwendung be-*schließt.

Die Gesellschaft hat für die letzten fünf Geschäftsjahre folgende Dividenden ausgeschüttet:

Geschäftsjahr	dividendenberechtigtes Grundkapital Mio DM	Dividende DM je Aktie zu nom. DM 50,–	Ausschüttungsbetrag Mio DM
1977/78	1 500	8,–	240
	300*	2,–	12
1978/79	1 800	8,–	288
1979/80	1 800	8,–	288
1980/81	1 800	8,–	288
1981/82	1 800	8,–	288

* neue Aktien aus der Kapitalerhöhung 1978

RWE

Bilanz zum 30. Juni 1982

AKTIVA

ANLAGEVERMÖGEN	1.7.1981 DM	Veränderungen im Geschäftsjahr: Zugänge DM	Umbuchungen DM	Abgänge DM	Aktive Abschreibungen DM	30.6.1982 DM	Vorjahr Mio DM
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	1 572 054 058	67 170 941	51 604 098	2 683 791		1 688 145 306	
mit Wohnbauten	38 110 824	1 816 644	./. 27 159	75 796		39 824 513	
ohne Bauten	171 539 597	19 420 568	./. 4 594 391	1 949 636		184 416 138	
Bauten auf fremden Grundstücken	36 076 419	787 905	793 665	117 235		37 540 754	
Kraftwerksanlagen	7 334 209 330	79 516 835	63 451 273	9 072 234		7 468 105 204	
Leitungsnetzanlagen	11 509 306 930	586 427 647	118 967 198	107 747 261		12 106 954 514	
Gas-, Wasser- und sonstige Versorgungsanlagen	291 125 380	46 370 513	3 441 988	678 920		340 258 961	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	177 613 648	99 053 712	10 609 208	1 547 430	88 247 746	197 481 392	
Anlagen im Bau	280 620 093	238 257 349	./.128 858 117	13 302 810		376 716 515	
Anzahlungen auf Anlagen (davon 24 555 373 DM an verb. Unternehmen)	206 231 354	194 724 192	./.115 548 240	1 690 581		283 716 725	
Konzessionen und andere immat. Anlagewerte	29 003 355	9 437 812	160 477	92 976	7 726 326	30 782 342	
	21 645 890 988	1 342 984 118	–	138 958 670	95 974 072	22 753 942 364	21 645,9
Finanzanlagen							
Beteiligungen	1 530 788 610	69 512 481			7 029 330	1 593 271 761	
Herausgabeanspruch auf Treuhandvermögen	19 979 900	9 000 000				28 979 900	
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren (davon 622 800 000 DM an verb. Unternehmen, 47 988 241 DM durch Grundpfandrechte gesichert)	631 229 498	123 207 756*		7 857 337	20 763 106	725 816 811	
	2 181 998 008	201 720 237*		7 857 337	27 792 436	2 348 068 472	2 182,0
	23 827 888 996	1 544 704 355*	–	146 816 007	123 766 508	25 102 010 836	23 827,9

* davon 2 381 556 DM Zuschreibungen

KERNBRENNELEMENTE	1.7.1981 DM	Zugänge DM	Umbuchungen DM	Abgänge DM	Aktive Abschreibungen DM	30.6.1982 DM	Vorjahr Mio DM
Kernbrennelemente im Einsatz	225 260 959	26 671 615	97 953 362		114 093 965	235 791 971	
Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen	288 956 334	129 265 463	./. 97 953 362	888 436		319 379 999	
	514 217 293	155 937 078	–	888 436	114 093 965	555 171 970	514,2

UMLAUFVERMÖGEN	DM	DM	Vorjahr Mio DM
Vorräte			
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1 370 260 287		1 131,6
In Ausführung befindliche Aufträge	6 520 090		13,7
Waren	318 709		0,3
		1 377 099 086	1 145,6
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
Geleistete Anzahlungen	370 539 687		310,0
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon 958 779 DM mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	1 293 234 093		997,6
Schecks	604 828		0,4
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	4 449 989		4,4
Guthaben bei Kreditinstituten	359 490 681		444,1
Wertpapiere	24 821 875		26,1
Forderungen an verbundene Unternehmen	217 952 645		153,6
Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon 1 334 021 175 DM Forderungen aus Krediten, die unter § 89 Abs. 4 AktG fallen)	1 335 584 875		1 462,6
Sonstige Vermögensgegenstände	223 898 724		201,4
		3 830 577 397	3 600,2
		5 207 676 483	4 745,8
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
Disagio und andere Geldbeschaffungskosten	11 836 128		14,7
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	17 079 754		18,9
		28 915 882	33,6
		30 893 775 171	29 121,5

PASSIVA

GRUNDKAPITAL		30.6.1982 DM	Vorjahr Mio DM
Stammakten	(23 428 712 Stimmen)	1 171 435 600	1 171
Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht	(11 425 760 Stimmen)	28 564 400	28
Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		600 000 000	600
		1 800 000 000	1 800

OFFENE RÜCKLAGEN	1.7.1981 DM	Einstellung aus dem Jahresüberschuß DM	30.6.1982 DM	Vorjahr Mio DM
Gesetzliche Rücklage	582 000 000		582 000 000	
Andere Rücklagen				
Rücklage für Anlagenerhaltung	1 205 000 000	85 000 000	1 290 000 000	
Rücklage für langfristige Strombezugsverpflichtungen	100 000 000		100 000 000	
Rücklage für unvorhersehbare Schadensfälle	100 000 000		100 000 000	
Sonstige Rücklagen	430 000 000		430 000 000	
	2 417 000 000	85 000 000	2 502 000 000	2 417

SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL	30.6.1982 DM	Vorjahr Mio DM
Berichtigungen zu Darlehen gemäß § 7 c EStG 1949–1954	2 291 241	[illegible]
Rücklage gemäß § 52 Abs. 5 EStG	98 222 867	
Rücklagen gemäß § 6 b EStG	9 719 888	[illegible]
	110 233 996	[illegible]
PROFESSOR DR. KOEPCHEN-STUDIENSTIFTUNG	1 000 000	1

WERTBERICHTIGUNGEN	1.7.1981 DM	Veränderungen im Geschäftsjahr: Zuführungen DM	Zugänge durch käuflich übernommene Anlagen und Zuschüsse DM	Umbuchungen DM	Entnahmen für Abgänge DM	30.6.1982 DM	Vorjahr Mio DM
zu Posten des Sachanlagevermögens							
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte							
mit Geschäfts-, Betriebs- u. anderen Bauten	532 266 934	49 932 686	5 839	./. 608 434	1 332 485	580 264 580	
mit Wohnbauten	17 444 172	907 373		./. 10 750	35 797	18 304 998	
ohne Bauten	4 318 472	1 497 631			2 031	5 814 072	
Bauten auf fremden Grundstücken	12 871 269	1 128 636		./. 52 823	71 644	13 875 438	
Kraftwerksanlagen	5 997 533 858	290 111 146	2 346 949	22 250 697	8 669 481	6 303 573 169	
Leitungsnetzanlagen	7 235 619 306	579 818 465	9 463 835	463 355	98 559 220	7 726 805 741	
Gas-, Wasser- und sonstige Versorgungsanlagen	99 855 876	21 646 386	671 235	205 834	454 474	121 924 857	
Anlagen im Bau	22 247 879	4 998 344		./.22 247 879		4 998 344	
	13 922 157 766	950 040 667	12 487 858	–	109 125 112	14 775 561 179	13 92

	DM	DM	Vorjahr Mio DM
Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		3 000 000	[illegible]
		14 778 561 179	13 92
RÜCKSTELLUNGEN			
für Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung	2 222 438 908		2 16
für unterlassene Instandhaltungen	5 076 150		[illegible]
für Entsorgung im Kernenergiebereich	1 475 806 100		1 06
Andere Rückstellungen	2 094 517 243		1 673
		5 797 838 401	4 905
VERBINDLICHKEITEN MIT EINER LAUFZEIT VON MINDESTENS VIER JAHREN			
Anleihen			
5½% Anleihe von 1959 (durch Grundpfandrechte gesichert)	7 500 000		1
6% Anleihe von 1963 (durch Grundpfandrechte gesichert)	30 000 000		3
6% Anleihe von 1965 (durch Grundpfandrechte gesichert)	60 000 000		6
7¾% Anleihe von 1971 (durch Grundpfandrechte gesichert)	150 000 000		18
7% Anleihe von 1972 (durch Grundpfandrechte gesichert)	150 000 000		18
Schuldscheindarlehen (davon 1 005 280 000 DM durch Grundpfandrechte gesichert)	1 350 668 351		1 26
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon 280 002 469 DM durch Grundpfandrechte gesichert)	447 802 469		39
Sonstige Verbindlichkeiten (davon 517 952 DM durch Grundpfandrechte gesichert)	284 708 387		35
(Von vorstehenden Verbindlichkeiten sind 1 079 785 733 DM vor Ablauf von vier Jahren fällig)		2 480 679 207	2 49
ANDERE VERBINDLICHKEITEN			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	812 265 954		72
Erhaltene Anzahlungen	104 706 093		8
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	800 749 224		1 04
Sonstige Verbindlichkeiten	307 494 032		38
		2 025 215 303	2 24
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
Anschlußbeisteuern und Baukostenzuschüsse	1 109 070 803		1 041,
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	683 182		0,
		1 109 753 985	1 041,
BILANZGEWINN		288 493 100	288,
		30 893 775 171	29 121,

	DM	Vorjahr Mio DM
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	9 022 343	26
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	101 525 950	115

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982

	DM	1981/82 DM	DM	Vorjahr Mio DM
Umsatzerlöse		12 750 209 886		11 281,3
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		307 184 874		296,9
		12 443 025 012		10 984,4
Bestandsveränderung der in Ausführung befindlichen Aufträge		./. 7 192 925		+ 5,2
			12 435 832 087	10 989,6
Andere aktivierte Eigenleistungen			57 604 952	56,1
Gesamtleistung			12 493 437 039	11 045,7
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (einschließlich Fremdleistungen für Unterhaltungsarbeiten), für bezogene Waren sowie Abschreibungen auf Kernbrennelemente			7 364 922 685	6 525,6
Rohertrag			5 128 514 354	4 520,1
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen				
Überschüsse	62 010 269			59,2
Abführung für übernommene Steuern	192 240 562			188,5
		254 250 831		247,7
Erträge aus Beteiligungen				
Gewinnanteile	76 104 758			63,8
Körperschaftsteueranrechnung	38 612 926			34,8
		114 717 684		98,6
Erträge aus den anderen Finanzanlagen		3 944 498		3,1
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		85 803 896		102,9
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		16 794 160		10,4
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		222 430 891		10,1
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		595 389		4,4
Sonstige Erträge (davon außerordentliche 61 039 122 DM)		115 867 261		100,7
			814 404 610	577,9
			5 942 918 964	5 098,0
Löhne und Gehälter		1 257 126 803		1 171,1
Soziale Abgaben		198 405 838		169,2
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung				
Altersversorgung	282 180 495			341,2
Unterstützungen	1 187 985			1,3
		283 368 480		342,5
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte				
den Wertberichtigungen zugeführt	950 040 667			906,6
Aktive Abschreibungen	95 974 072			86,8
		1 046 014 739		993,4
Übertrag		2 784 915 860	5 942 918 964	2 676,2

	DM	1981/82 DM	DM	Vorjahr Mio DM
Übertrag		2 784 915 860	5 942 918 964	2 676,
Abschreibungen auf Finanzanlagen		27 792 436		11,
Pachten für Werksanlagen und Netze		302 820 787		182,
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		18 203 387		18,
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		10 157 284		6,
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		198 351 543		208,
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	727 140 375			774,
Sonstige Steuern	868 034			0,
		728 008 409		775,
Aufwendungen aus Verlustübernahme		61 367 601		51,6
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		105 715 342		0,5
Sonstige Aufwendungen		1 332 808 749		778,1
			5 570 141 398	4 710,0
Jahresüberschuß			372 777 566	388,0
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			715 534	0,7
			373 493 100	388,7
Einstellung aus dem Jahresüberschuß in andere Rücklagen				
Rücklage für Anlagenerhaltung		85 000 000		90,0
Sonstige Rücklagen		–		10,0
			85 000 000	100,0
Bilanzgewinn			288 493 100	288,7

Im Geschäftsjahr wurden 116 083 836 DM an Pensionszahlungen einschließlich der Zahlungen an rechtlich selbständige Versorgungskassen geleistet. In den folgenden fünf Geschäftsjahren werden die entsprechenden Zahlungen voraussichtlich 103%, 109%, 115%, 119% und 123% betragen.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft
Der Vorstand

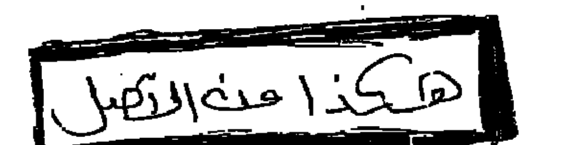
Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

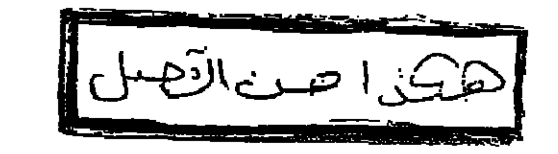
Essen, den 19. November 1982

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. K. Reiner, Wirtschaftsprüfer — Dipl.-Kfm. H. Suhrbier, Wirtschaftsprüfer







RWE

Erläuterungen zur Bilanz zum 30. Juni 1982

Aktiva

Stand der **Sachanlagen und immateriellen Anlagewerte** – 22 753,9 Mio DM –. Die Investitionen im Geschäftsjahr 1981/82 betrugen 1 343,0 Mio DM. Sie betrafen im wesentlichen Erweiterungen der Leitungsnetzanlagen – 860,9 Mio DM – und Kraftwerksanlagen – 380,4 Mio DM –.

Nach Abzug der als **Wertberichtigungen** dargestellten Abschreibungen – 14 775,6 Mio DM – beläuft sich das Netto-Sachanlagevermögen auf 7 978,4 Mio DM. Dieser Wert ist durch steuerliche Sonderabschreibungen, überwiegend für Umweltschutzanlagen, sowie durch erhaltene Zuschüsse um 514,2 Mio DM vermindert.

Die **Bewertung** der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, letztere unter Einrechnung angemessener Baugemeinkosten. Besonderheiten gelten für erworbene gebrauchte Anlagen, deren Kaufpreise auf Bruttowerte aufgestockt werden unter gleichzeitiger Einstellung von Wertberichtigungen in Höhe der Aufstockungsbeträge, sowie für Bestände aus der DM-Eröffnungsbilanz, die nach den für sie geltenden gesetzlichen Bestimmungen geführt werden.

Bei den **Beteiligungen** – 1 593,3 Mio DM – betrugen in 1981/82 die Zugänge 69,5 Mio DM. Sie enthalten folgende Einzahlungen aufgrund von Kapitalerhöhungen: Kraftwerk Voerde STEAG-RWE oHG, Voerde, 12,0 Mio DM, Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg, 11,8 Mio DM, Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG, Koblenz, 7,4 Mio DM. Der Erwerb eines 20%igen Anteils an der Francommerz Vermögensverwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt/Main, erforderte 38,2 Mio DM. Auf die Beteiligung an der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen, Essen, nahm das RWE eine weitere – steuerlich zulässige – Teilwertabschreibung von 7,0 Mio DM vor.

Eine Übersicht über die wesentlichen Beteiligungen, d. s. solche mit einem Gesellschaftskapital von mindestens 5 Mio DM, gibt die Tabelle im Anschluß an die Erläuterungen zum Konsolidierungsbereich. In ihr ist vermerkt, daß zwischen RWE und Rheinische Braunkohlenwerke AG (Rheinbraun), Köln, sowie zwischen Rheinbraun und Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG (UK), Wesseling, Ergebnisabführungsverträge bestehen. Die strukturellen Probleme im Mineralöl- und Chemiegeschäft von UK waren Anlaß für eine vorsorgliche Herabsetzung des bilanziellen Beteiligungswertansatzes bei Rheinbraun.

Die **Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** – 725,8 Mio DM – enthalten u. a. Wohnungsbaudarlehen – 48,2 Mio DM –, Darlehen an Städte und Gemeinden – 14,4 Mio DM –, Darlehen im Zusammenhang mit der Wiederaufarbeitung bestrahlter Brennelemente – 22,1 Mio DM – und ein Gesellschafterdarlehen an Rheinbraun im Zusammenhang mit neuen Tagebauaufschlüssen – 622,8 Mio DM –.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe – 1 370,3 Mio DM – bestehen überwiegend aus Uran- und Steinkohlenbeständen. Auf die Uranvorräte wurden Niederstwertabschreibungen und Importwarenabschläge vorgenommen. Die Kohlenhalden sind um 35,5 Mio DM abgewertet.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen – 1 293,2 Mio DM – resultieren hauptsächlich aus Stromlieferungen an Sondervertrags- und Tarifkunden. Für besondere Risiken sind in angemessenem Umfang Einzelwertabschreibungen abgesetzt; für allgemeine Risiken besteht eine passiv ausgewiesene Pauschalwertberichtigung.

Die **Wertpapiere** – 24,8 Mio DM – sind festverzinslich sowie überwiegend steuerfrei.

Forderungen an verbundene Unternehmen – 218,0 Mio DM – ergeben sich vorwiegend aus Stromverkauf, aus Zwischenfinanzierungskrediten an Konzernunternehmen sowie aus sonstigem Leistungsverkehr. Sie enthalten außerdem ein Darlehen an die „Fundus" Wohnungsbau und Wohnungsverwaltung GmbH, Köln, für die Errichtung von Wohnungen für Kraftwerksbelegschafter in Höhe von 4,0 Mio DM.

Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen – 1 335,6 Mio DM –, beinhalten hauptsächlich die Finanzierungsvorlagen für die Kernkraftwerke Gundremmingen und Mülheim-Kärlich, die von einer Leasing- bzw. einer Beteiligungsgesellschaft errichtet werden.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** – 223,9 Mio DM – betreffen u. a. Finanzierungsvorlagen an die Kraftwerk Voerde STEAG-RWE oHG, Voerde, – 70,0 Mio DM – und ein Darlehen an die Preussag AG, Hannover, – 41,6 Mio DM –.

Passiva

Unter den **Sonderposten mit Rücklageanteil** – 110,2 Mio DM – sind die Vollabschreibung der in den Jahren 1949–1954 gewährten Darlehen zur Förderung des Wohnungsbaus, der Auflösungsbetrag aus der Neubewertung der Pensionsrückstellungen gem. § 52 Abs. 5 EStG, soweit er nicht bereits im Geschäftsjahr 1981/82 ergebniswirksam geworden ist, und noch nicht verrechnete Rücklagen gem. § 6b EStG aus der Veräußerung von Anlagen passiviert.

Die **Rückstellungen für Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung** – 2 222,4 Mio DM – sind mit dem Teilwert bewertet. Die Neubewertung der Pensionsrückstellungen mit einem Zinsfuß von 6% (bisher 5,5%) aufgrund des 2. Haushaltsstrukturgesetzes führte zu einer Gesamtauflösung von 107,1 Mio DM. Unter Inanspruchnahme der steuerlichen Möglichkeiten sind hiervon $^{11}/_{12}$ in den Sonderposten mit Rücklageanteil eingestellt worden; in den folgenden Jahren ist jeweils mindestens $^{1}/_{12}$ zugunsten des Ergebnisses aufzulösen. $^{1}/_{12}$ des Gesamtbetrages = 8,9 Mio DM wurde bereits im Berichtsjahr ergebniswirksam.

Die **Rückstellungen für Entsorgung im Kernenergiebereich** – 1 475,8 Mio DM – sind für die Entsorgung bestrahlter Brennelemente, für die Stillegung von Kernkraftwerken und für die Beseitigung radioaktiver Abfälle gebildet.

Die **Anderen Rückstellungen** – 2 094,5 Mio DM – betreffen ungewisse Verbindlichkeiten insbesondere für Steuern, aus Strombezügen und für Strompreisdifferenzen, ferner Vorsorge für die überdurchschnittlichen Verzögerungen und Verteuerungen bei dem in Bau befindlichen Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich in Höhe von 395 Mio DM.

Anleihen – 397,5 Mio DM –

Ursprungsbetrag Mio DM	Bilanzwert Mio DM	Zinssatz %	Tilgungsrate Mio DM	Tilgungszeitraum
75,0	7,5	$5^1/_2$	3,75	1965–1984
100,0	30,0	6	5,0	1969–1988
150,0	60,0	6	7,5	1971–1990
300,0	150,0	$7^3/_4$	30,0	1977–1986
300,0	150,0	7	30,0	1978–1987

Rückzahlungen (Auslosungen) erfolgen zum Nennwert. Vorzeitige Tilgungen sowie Gesamtkündigungen sind mit Fristen von drei bzw. vier Monaten möglich. Die Anleihen sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an allen deutschen Börsen (die $5^1/_2$%-Anleihe nicht in Stuttgart) zugelassen. Sie sind durch Grundpfandrechte gesichert.

Die **Schuldscheindarlehen** – 1 350,7 Mio DM – setzen sich aus verschiedenen Darlehen mit einer durchschnittlichen Verzinsung von 7,2% p. a. sowie unterschiedlichen Laufzeiten bis längstens 1. Juni 1997 zusammen. Sie sind in Höhe von 1 005,3 Mio DM durch Grundpfandrechte gesichert.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten – 447,8 Mio DM – bestehen aus Darlehen von verschiedenen Kreditinstituten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren zu banküblichen Zinssätzen. Durch Grundpfandrechte sind 280,0 Mio DM gesichert.

Unter den **Sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** – 284,7 Mio DM – sind Darlehen des Großen Erftverbandes – 127,5 Mio DM –, des Landes Nordrhein-Westfalen – 56,0 Mio DM – sowie ein Darlehen von der Société Electrique de l'Our SA, Luxemburg, – 60,1 Mio DM – (gestundete Beträge aus Strombezügen) erfaßt. Von der Kraftwerks-Verwaltungsgesellschaft Meppen mbH, Hamburg, wurden Pachtzinsen in Höhe von 15,4 Mio DM gestundet.

Vom **Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** – 2 480,7 Mio DM – sind 1 079,8 Mio DM vor Ablauf von vier Jahren fällig.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen – 812,3 Mio DM – bestehen aus Zahlungsverpflichtungen für Investitionen und Instandhaltungen, aus Strombezügen und aus der Beschaffung von Kernbrennstoffen.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen – 800,7 Mio DM – resultieren im wesentlichen aus dem gegenseitigen Waren-, Leistungs- und Finanzverkehr.

Unter den **Sonstigen Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von weniger als vier Jahren** – 307,5 Mio DM – sind noch zu zahlende Konzessionsabgaben, Zinsabgrenzungen sowie Darlehen und andere kurzfristige Zahlungsverpflichtungen bilanziert.

Die **Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen** – 9,0 Mio DM – bestehen aus der RWE-Beteiligung am Kernkraftwerk Kaiseraugst AG (Schweiz).

Die **Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten** – 101,5 Mio DM – ergibt sich aus einer grundpfandrechtlichen Sicherung langfristiger Verbindlichkeiten des Kraftwerks Buer GbR.

Nach der Gründer-Konvention haben die Gesellschafter der **Centrale Nucléaire Européenne à Neutrons Rapides SA (NERSA)** anteilig Anspruch auf die Kraftwerksleistung. Sie übernehmen andererseits anteilige Ausgaben, wodurch auch die Finanzierung dieses Demonstrationsprojekts sichergestellt ist. Auf das RWE entfällt ein Anteil von rd. 13%, auf den Konzern insgesamt ein Anteil von 16%.

Aus der **Mitgliedschaft an verschiedenen inländischen Personengesellschaften**, die im Zusammenhang mit Kraftwerksprojekten bestehen, obliegt dem RWE die gesetzliche Haftung.

Zur Abdeckung des nuklearen Haftpflichtrisikos im Bereich der Anschlußdeckungssumme von 200 bis 500 Mio DM je Schadensfall aus dem Betrieb von Kernkraftwerken besteht die **Nuklear Haftpflicht GbR**, Frankfurt/Main, deren Gesellschafter sich zur Übernahme eventuell auftretender Nuklear-Haftpflichtschäden verpflichtet haben. Am Bilanzstichtag entfiel auf das RWE ein Anteil von 18,5%.

Am Bilanzstichtag betrugen die **Einzahlungsverpflichtungen** auf Finanzanlagen 13,9 Mio DM; die **Mithaftung** des RWE für fremde Einzahlungsverpflichtungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz beläuft sich auf 11,4 Mio DM.

Bisher zugeflossene § 3b- bzw. § 5-Zuschüsse nach den **Verstromungsgesetzen** sind bei Nichterfüllung der Abnahmeverpflichtungen für Steinkohle bzw. Steinkohlenstrom grundsätzlich rückzahlungspflichtig.

Darüber hinaus bestehen **im Konzern** – soweit aus der Konzernbilanz nicht ersichtlich – nachstehende **Haftungsverhältnisse einschließlich der Bestellung von Sicherheiten für eigene Verbindlichkeiten:**

Die Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen (SBK) hat von der Bundesrepublik Deutschland, dem Königreich Belgien und dem Königreich der Niederlande für das Kraftwerksprojekt „Schneller Brüter" (SNR 300) Errichtungskostenzuschüsse erhalten, die nach Maßgabe bestehender Vereinbarungen aus künftigen Gewinnen aus dem Betrieb des Kraftwerks bedingt rückzahlbar sind. Die bisher erhaltenen Zuschüsse betragen 2 058,8 Mio DM, die am Bilanzstichtag sämtlich mit Investitionen verrechnet waren. Bei Stillegung des Kraftwerks ist der durch Zuschüsse der Bundesrepublik Deutschland in Höhe von 25,7 Mio DM finanzierte Brennstoff der Erstkernladung, soweit seine wirtschaftliche Aufarbeitung möglich ist, an den Zuschußgeber zurückzugeben bzw. der Verkehrswert des Brennstoffs zu ersetzen. Am Bilanzstichtag waren für die Beschaffung von Brennstoff insgesamt 25,9 Mio DM ausgegeben. Von der Bundesrepublik Deutschland erhielt SBK zur Finanzierung ihrer Beteiligung an der Centrale Nucléaire Européenne à Neutrons Rapides SA (NERSA) einen bedingt rückzahlbaren Zuschuß in Höhe von 55 Mio DM.

Beim Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH (KRB) bestehen gegenüber der Bundesrepublik Deutschland bedingte Rückzahlungsverpflichtungen für Zuschüsse in Höhe von 100 Mio DM.

An Wertpapieren wurden nom. 1,1 Mio DM als Sicherheit für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und nom. 0,4 Mio DM als Sicherheitsleistung für vorübergehende Zollgutverwendung sowie Gestellungsbefreiungen entsprechend den Bestimmungen des Zollgesetzes hinterlegt.

Zur Besicherung eines Darlehens bestehen Grundschulden von 36 Mio DM zugunsten der Unterstützungseinrichtung eines Konzernunternehmens.

Einzahlungsverpflichtungen auf Finanzanlagen im Gesamtkonzern bestanden am Bilanzstichtag in Höhe von 20,7 Mio DM; die Mithaftung für fremde Einzahlungsverpflichtungen gemäß § 24 GmbH-Gesetz beläuft sich auf 47,5 Mio DM.

Auf den Turbinentankern „Minerva" und „Victoria" der UK Tankschiff Reederei GmbH (UKT) lasten am Bilanzstichtag zur Sicherung eines bedingten Rückzahlungsanspruchs aus einem Zuschuß der Bundesrepublik Deutschland zwei Schiffshypotheken in Höhe von insgesamt 28,4 Mio DM und zur Sicherung von noch zu leistenden Zinszahlungen für lang- und kurzfristige Schiffsbaukredite zwei weitere Schiffshypotheken von zusammen 7 Mio DM.

Konzernbilanz zum 30. Juni 1982

AKTIVA

ANLAGEVERMÖGEN	1. 7. 1981 TDM	Veränderungen im Geschäftsjahr: Zu-/Abgänge durch Änderung des Konsolidierungskreises TDM	Zugänge TDM	Zuschreibungen TDM	Umbuchungen TDM	Abgänge TDM	Abschreibungen TDM	30. 6. 1982 TDM	Vorjahr Mio DM
Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte									
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte									
mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	1 721 943	2 429	190 891		162 165	2 719	108 313	1 966 396	
mit Wohnbauten	162 450	229	17 220		910	2 571	8 151	170 087	
ohne Bauten	702 551	105	121 878		9 775	18 149	18 803	797 357	
Bauten auf fremden Grundstücken	19 413		922		1 115	544	1 840	19 066	
Kraftwerksanlagen	1 498 254		81 060		42 968	407	306 771	1 315 104	
Leitungsnetzanlagen	5 306 627		746 047		151 823	13 114	758 824	5 432 559	
Bergwerksanlagen des Braunkohlenbergbaus									
Tagebauaufschlüsse	5 469						810	4 659	
Maschinen und maschinelle Anlagen	780 773		270 191		62 400	24 229	322 104	767 031	
Schiffe	59 605		3 669			169	28 654	34 451	
Sonstige Maschinen und maschinelle Anlagen	1 078 340	27	229 785	2 721	113 489	2 323	231 138	1 190 901	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	368 111	53	206 879	249	26 942	2 915	193 282	406 037	
Anlagen im Bau	1 254 898		833 384		./. 287 716	14 774	285 726	1 500 066	
Anzahlungen auf Anlagen	557 076		455 761		./. 283 468	42 991		686 378	
Konzessionen und andere immat. Anlagewerte	53 317		13 753		165	106	10 727	56 402	
Kosten der Ingangsetzung des Geschäftsbetriebes	2 851		728		./. 568			3 011	
	13 571 678	2 843	3 172 168	2 970	–	125 011	2 275 143	14 349 505	13 571,7
Finanzanlagen									
Beteiligungen	1 100 658	./. 187	426 932			30	161	1 527 212	
Herausgabeanspruch auf Treuhandvermögen	19 980		9 000					28 980	
Wertpapiere des Anlagevermögens	20 455		1 786			302	192	21 747	
Ausleihungen mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren	336 984		71 388	6 361		25 099	30 130	359 504	
(davon 100 566 TDM durch Grundpfandrechte gesichert, 15 025 TDM, die unter § 89 Abs. 4 AktG fallen)	1 478 077	./. 187	509 106	6 361		25 431	30 483	1 937 443	1 478,1
	15 049 755	2 656	3 681 274	9 331	–	150 442	2 305 626	16 286 948	15 049,8
KERNBRENNELEMENTE									
Kernbrennelemente im Einsatz	240 164		26 672		102 373	12 721	116 196	240 292	
Kernbrennelemente in Fertigung und Anzahlungen	291 273		131 369		./. 102 373	889		319 380	
	531 437		158 041		–	13 610	116 196	559 672	531,4

Position	TDM	TDM	Vorjahr Mio DM
VORABRAUM DES BRAUNKOHLENBERGBAUS		15 906	13,5
UMLAUFVERMÖGEN			
Vorräte		2 689 917	2 467,2
Andere Gegenstände des Umlaufvermögens			
Geleistete Anzahlungen	484 168		344,7
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon 3 621 TDM mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr)	2 354 366		2 000,1
Wechsel (bundesbankfähig)	1 143		7,3
Schecks	4 320		5,0
Kassenbestand, Bundesbank- und Postscheckguthaben	15 265		12,2
Guthaben bei Kreditinstituten	948 677		908,6
Wertpapiere	368 289		369,8
Forderungen an verbundene Unternehmen	141 004		112,0
Forderungen aus Krediten, die unter § 89 AktG fallen (davon 1 335 288 TDM Forderungen aus Krediten, die unter § 89 Abs. 4 AktG fallen)	1 337 449		1 463,2
Sonstige Vermögensgegenstände	1 175 189		816,2
		6 829 870	6 039,1
		9 519 787	8 506,3
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN			
Disagio und andere Geldbeschaffungskosten	12 548		15,8
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	33 034		33,5
		45 582	49,3
		26 427 895	24 150,3

PASSIVA

Position	TDM	30. 6. 1982 TDM	30. 6. 1982 TDM	Vorjahr Mio DM
GRUNDKAPITAL				
Stammaktien		1 171 436		1 171,4
Namensaktien mit 20fachem Stimmrecht		28 564		28,6
Vorzugsaktien ohne Stimmrecht		600 000		600,0
			1 800 000	1 800,0
OFFENE RÜCKLAGEN				
Gesetzliche Rücklage		582 000		582,0
Andere Rücklagen		1 920 000		1 835,0
			2 502 000	2 417,0
UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER KAPITALKONSOLIDIERUNG			1 104 996	948,8
AUSGLEICHSPOSTEN FÜR ANTEILE IN FREMDBESITZ				
Anteile an Kapital und offenen Rücklagen		824 823		718,8
Gewinnanteile	105 766			105,3
Verlustanteile	90 700			56,6
		15 066		48,7
			839 889	767,5
SONDERPOSTEN MIT RÜCKLAGEANTEIL				
Berichtigungen zu Darlehen				
gemäß den Erlassen über die steuerliche Behandlung von Auslandsinvestitionen der deutschen Erdölunternehmen		46 686		30,2
gemäß § 7 c EStG 1949–1954		9 064		9,5
Rücklagen gemäß § 52 Abs. 5 EStG		155 997		–
Rücklagen gemäß § 74 EStDV		111 342		112,8
Rücklagen gemäß § 6b EStG		28 999		25,3
Rücklagen gemäß § 3 des Gesetzes über steuerliche Maßnahmen bei Auslandsinvestitionen der deutschen Wirtschaft		467		–
Rücklagen gemäß § 1 Entwicklungsländer-Steuergesetz – EntwLStG –		392		0,4
Rücklagen gemäß Abschnitt 35 EStR		44		0,5
Rücklagen gemäß Gesetz über Mindestvorräte an Erdölerzeugnissen		–		0,2
			352 991	178,9
STUDIENSTIFTUNG UND WOHLFAHRTSFONDS			1 700	1,7
PAUSCHALWERTBERICHTIGUNG ZU FORDERUNGEN			23 142	23,3
RÜCKSTELLUNGEN				
für Ruhegelder und Hinterbliebenenversorgung		3 662 535		3 516,1
für unterlassene Instandhaltungen		11 198		10,8
für Entsorgung im Kernenergiebereich		1 905 242		1 448,0
Andere Rückstellungen		4 550 107		3 638,3
			10 129 082	8 613,2
VERBINDLICHKEITEN MIT EINER LAUFZEIT VON MINDESTENS VIER JAHREN				
Anleihen (durch Grundpfandrechte gesichert)		499 500		601,7
Schuldscheindarlehen (davon 1 089 980 TDM durch Grundpfandrechte gesichert)		1 546 188		1 520,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon 398 107 TDM durch Grundpfandrechte gesichert)		1 219 377		1 212,9
Sonstige Verbindlichkeiten (davon 1 677 TDM durch Grundpfandrechte gesichert)		390 860		467,3
(Von vorstehenden Verbindlichkeiten sind 1 502 341 TDM vor Ablauf von vier Jahren fällig)			3 655 925	3 802,0
ANDERE VERBINDLICHKEITEN				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1 845 174		1 590,5
Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel		86 938		106,5
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		586 412		585,9
Erhaltene Anzahlungen		341 564		305,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		112 940		106,3
Sonstige Verbindlichkeiten		872 523		873,9
			3 845 551	3 568,1
RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
Anschlußbeisteuern und Baukostenzuschüsse		1 817 440		1 696,1
Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		9 167		9,3
			1 826 607	1 705,4
KONZERNGEWINN			346 012	324,4
			26 427 895	24 150,3

Position	TDM	Vorjahr Mio DM
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln	56 504	30,4
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften	58 373	64,7
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	11 883	31,9
Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	101 526	115,0

RWE

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Juli 1981 bis 30. Juni 1982

		1981/82 TDM	1981/82 TDM	Vorjahr Mio DM
Außenumsatzerlöse		23 370 653		20 812,3
abzüglich Ausgleichsabgabe nach dem Dritten Verstromungsgesetz		377 931		360,9
		22 992 722		20 451,4
Bestandserhöhungen bei Erzeugnissen und Aufträgen		19 209		40,3
			23 011 931	20 491,7
Andere aktivierte Eigenleistungen			688 414	655,5
Gesamtleistung			23 700 345	21 147,2
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe (einschließlich Fremdleistungen für Unterhaltungsarbeiten), für bezogene Waren sowie Abschreibungen auf Kernbrennelemente			12 148 495	10 791,6
Rohertrag			11 551 850	10 355,6
Erträge aus Gewinnabführungsverträgen mit nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen		59 002		33,9
Erträge aus Beteiligungen an nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen	TDM			
Gewinnanteile	97 249			54,1
Körperschaftsteueranrechnung	27 608			25,5
		124 857		79,6
Erträge aus den anderen Finanzanlagen		18 654		16,9
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		224 159		213,7
Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens und aus Zuschreibungen zu Gegenständen des Anlagevermögens		54 247		72,3
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen		309 462		25,1
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		18 945		27,7
Sonstige Erträge		299 494		262,3
			1 108 820	731,5
			12 660 670	11 087,1
Löhne und Gehälter		3 330 106		3 105,8
Soziale Abgaben		581 678		518,2
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		512 167		565,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte		2 275 143		2 080,3
Abschreibungen auf Finanzanlagen (davon auf Anteile an konsolidierten Unternehmen 73 691 TDM)		104 174		26,3
Pachten für Werksanlagen und Netze		289 648		168,5
Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		29 374		42,9
Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens		36 581		32,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		387 065		368,1
Steuern				
vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	1 231 026			1 223,9
Sonstige Steuern	485 195			419,4
		1 716 221		1 643,3
Aufwendungen aus der Übernahme der Verluste von nicht in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen		66 460		54,6
Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		192 948		30,7
Sonstige Aufwendungen		2 642 766		1 965,2
			12 164 331	10 601,1
Jahresüberschuß (Übertrag)			496 339	486,0

	1981/82 Konzern TDM	1981/82 Konzernfremde TDM	1981/82 Gesamt TDM	Vorjahr Mio DM
Jahresüberschuß (Übertrag)	471 725	24 614	496 339	486,0
Gewinnvortrag	35 544	30 314	65 858	69,4
	507 269	54 928	562 197	555,4
Einstellungen in				
offene Rücklagen der Obergesellschaft	85 000	–	85 000	100,0
Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung und Ausgleichsposten für Anteile in Fremdbesitz	76 257	48 688	124 945	101,6
	346 012	6 240	352 252	353,8
Konzernfremden Gesellschaftern zustehender Gewinn				
noch nicht ausgeschüttet		105 766	105 766	105,3
bereits ausgeschüttet		2 249	2 249	0,2
		108 015	108 015	105,5
Auf konzernfremde Gesellschafter entfallender Verlust				
noch nicht übernommene Verluste		90 700	90 700	56,5
bereits übernommene Verluste		11 075	11 075	19,6
		101 775	101 775	76,1
Konzerngewinn	346 012	–	346 012	324,4

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk
Aktiengesellschaft

Der Vorstand

Der Konzernabschluß und der Konzerngeschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den gesetzlichen Vorschriften.

Essen, den 19. November 1982

Treuhand-Vereinigung Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
und Steuerberatungsgesellschaft

Dr. K. Reiner
Wirtschaftsprüfer

Dipl.-Kfm. H. Suhrbier
Wirtschaftsprüfer

Erläuterungen zum Konsolidierungsbereich

Von insgesamt 131 verbundenen Unternehmen im Sinne des § 15 AktG mit Sitz im Inland sind 90 Gesellschaften unter einheitlicher Leitung zusammengefaßt und daher gemäß § 18 AktG als Konzernunternehmen anzusehen. Von diesen 90 Unternehmen wurden 74 Gesellschaften in den Konzernabschluß einbezogen. Bei den übrigen Konzernunternehmen wurde entsprechend § 329 Abs. 2 AktG von der Einbeziehung in den Konzernabschluß abgesehen. Die wesentlichen konsolidierten Konzernunternehmen und andere wesentliche Beteiligungen des RWE sind nachstehend aufgeführt.

Die geschäftliche Entwicklung des Konzerns wird zu einem großen Teil vom Geschäftsverlauf beim RWE bestimmt, auf das 82% der Umsatzerlöse aus der Stromabgabe und 48% des gesamten Konzernaußenumsatzes entfallen. Es wird deshalb auf die Erläuterungen zum RWE-Abschluß verwiesen.

Wesentliche konsolidierte Konzernunternehmen

(Gesellschaftskapital von mindestens DM 5 000 000,–)
– Stand am 30. Juni 1982 –

Gesellschaft	Gesellschaftskapital Mio DM	RWE-Beteiligungsanteil gem. § 16 AktG %	Gewinnausschüttung Geschäftsjahr	%
Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln*)	330,0	fast 100		
Union Rheinische Braunkohlen Kraftstoff AG, Wesseling*)	312,0	75		
Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen, Essen	220,0	69		
Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg	110,8	75	1980/81	15
Kernkraftwerk RWE-Bayernwerk GmbH, Gundremmingen	100,0	75		
Heidelberger Druckmaschinen AG, Heidelberg	80,0	52	1980	18
Rheinelektra AG, Mannheim	63,0	62	1980/81	20
Moselkraftwerke GmbH, Andernach	60,0	100	1980/81	7
Starkstrom-Anlagen-Gesellschaft mbH, Frankfurt/Main	60,0	100	1980/81	20
Lahmeyer AG, Frankfurt/Main	60,0	58	1980/81	20
Main-Kraftwerke AG, Frankfurt/Main-Höchst	56,0	69	1980/81	15
Maria Theresia Bergbaugesellschaft mbH, Köln*)	50,0	100		
Rhenag Rheinische Energie AG, Köln-Marienburg	44,1	54	1980	14
Aktiengesellschaft für Energiewirtschaft, Mannheim	40,0	99	1980/81	20
Koblenzer Elektrizitätswerk und Verkehrs-AG, Koblenz	32,0	57	1980/81	12
Rheinbraun Verkaufsgesellschaft mbH, Köln	20,0	100	1980/81	72,5
Westgas Aachen GmbH, Würselen	17,5	58		
Rheinkraftwerk Albbruck-Dogern AG, Waldshut	16,0	52	1980/81	6
Rheinbraun-Wasser-Gesellschaft mbH, Köln	15,0	100	1980/81	7
Stierlen-Maquet AG, Rastatt	15,0	100		
Kraftversorgung Rhein-Wied AG, Neuwied	15,0	67	1980/81	15
Kraftwerk Altwürttemberg AG, Ludwigsburg	12,6	91	1980/81	14
UK Tankschiff Reederei GmbH, Hamburg*)	10,0	100		
Reederei und Spedition »Braunkohle« GmbH, Wesseling*)	8,0	100		
Bayerische Elektrizitätswerke GmbH, München	7,8	100	1980/81	6
Hürtherberg Steine und Erden GmbH, Köln	6,5	100	1980/81	32,7
Starkstrom-Gerätebau GmbH, Regensburg	6,4	100	1980/81	16
Uranerzbergbau-GmbH, Köln*)	6,3	74		
Rheingau Elektrizitätswerke GmbH, Eltville*)	6,0	88		
Handelsgesellschaft »Braunkohle« GmbH, Wesseling*)	5,5	100		
Victoria Mathias, Verwaltungsgesellschaft mbH, Essen*)	5,0	100		
Europäische Schnellbrüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH, Essen	5,0	51		

*) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

Andere wesentliche Beteiligungen

(Anteile von 25 bis 50% des RWE an Unternehmen mit einem Gesellschaftskapital von mindestens DM 5 000 000,–)
– Stand am 30. Juni 1982 –

Gesellschaft		Gesellschaftskapital Mio DM	RWE-Beteiligungsanteil %	Gewinnausschüttung Geschäftsjahr	%
Société Luxembourgeoise de Centrales Nucléaires SA, Luxemburg		300,0	30	1981	8,5
Energie-Verwaltungs-Gesellschaft mbH, Düsseldorf		165,6	30	1980/81	11,1
Schluchseewerk AG, Freiburg i. Br.		165,0	50	1981	7
Kraftwerk Voerde STEAG-RWE oHG, Voerde		120,4	25		
Hochtief AG vorm. Gebr. Helfmann, Essen		120,0	39	1980 +Bonus	18 4
Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen mbH, Hannover*)		100,0	31		
Société Electrique de l'Our SA, Luxemburg	lfrs.	1250,0	41	1981	5,5
Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken		80,0	41	1980	11
Isarwerke GmbH, München		72,0	25	1980/81	16
Energieversorgung Oberhausen AG, Oberhausen*)		64,0	50		
Kraftwerk Buer GbR, Gelsenkirchen-Buer		60,0	50		
Energieversorgung Leverkusen GmbH (EVL), Leverkusen		40,0	50	1980	10
Niederrheinische Licht- und Kraftwerke AG, Mönchengladbach-Rheydt		30,0	50	1981	14
Bayerische Wasserkraftwerke AG, München		30,0	$33\frac{1}{3}$	1981	7
Gesellschaft für Energiebeteiligung mbH, Essen		12,6	46	1980/81	28,1
Société Luxembourgeoise d'Energie Nucléaire SA, Luxemburg	lfrs.	180,0	50		
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall/Eifel		6,0	50	1980	4
NUKEM GmbH, Hanau		5,0	45		

*) Es besteht ein Ergebnisabführungsvertrag über eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts.

Wirtschaftliche und betriebliche Verhältnisse des RWE

Das RWE hat sich im Verlauf von mehr als acht Jahrzehnten über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg unter maßgeblicher Beteiligung kommunaler Körperschaften zu einem der größten privatwirtschaftlich organisierten Stromversorger der Welt entwickelt und steht heute an der Spitze eines bedeutenden Energiekonzerns. Mit einer Stromabgabe von annähernd 120 Milliarden kWh im Geschäftsjahr 1981/82 ist das RWE heute das größte Stromversorgungsunternehmen der Bundesrepublik Deutschland.

An zahlreichen Gesellschaften, deren Geschäftstätigkeit unmittelbar oder mittelbar mit der Energieversorgung zusammenhängt, ist das RWE beteiligt. Hier sind vor allem Beteiligungen an Stromerzeugungs- und -verteilungsunternehmen sowie im Bereich der Primärenergien Braunkohle, Wasser, Öl, Gas und Uran zu nennen. Rund 92% der Braunkohlenförderung und die gesamte Brikettfabrikation der Bundesrepublik entfallen auf den Konzern. Weitere Schwerpunkte liegen in der Gas- und Wasserversorgung und im elektrotechnischen Anlagenbau.

Versorgungsgebiet

Ein Gebiet von über 25 700 qkm mit einer Bevölkerung von rd. 6,9 Millionen Einwohnern wird vom RWE unmittelbar versorgt. Das Versorgungsgebiet umfaßt wesentliche Teile der Bundesländer Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen. Darüber hinaus beliefert das RWE auch außerhalb dieser Gebiete eine große Anzahl von Wiederverkäufern und namhaften Industrieunternehmen aufgrund von Sonderabnehmerverträgen.

Kraftwerks- und Netzanlagen sowie Grundbesitz

Für die Erfüllung ihrer Versorgungsaufgaben stehen der Gesellschaft neben der Stromerzeugung aus eigenen und gepachteten Wärmekraftwerken erhebliche Leistungsanteile von Konzern- und Beteiligungsgesellschaften, ferner vertraglich gesicherte Leistungen von Fremdlieferanten, überwiegend aus Steinkohlenkraftwerken sowie aus bedeutenden in- und ausländischen Wasserkraftwerken, zur Verfügung. Insgesamt hat sich die Kraftwerksleistung von 2100 MW im Jahre 1948 – entsprechend der Steigerung des Strombedarfs – auf den heutigen Stand von 24 735 MW erhöht.

Die Leistung der RWE-eigenen und gepachteten Kraftwerke beläuft sich auf 15 388 MW. Davon entfallen 10 341 MW auf Braunkohle, 2386 MW auf Kernenergie und 2661 MW auf die Primärenergieträger Steinkohle, Gas, Öl und Wasser.

	Installierte Nettoleistung
Braunkohlenkraftwerke	
Niederaußem	2536 MW
Weisweiler	2133 MW
Frimmersdorf	2100 MW
Neurath	1986 MW
Fortuna II, III	831 MW
Goldenberg-Werk	755 MW
Kernkraftwerk	
Biblis	2386 MW
Gaskraftwerke	
Meppen	585 MW
Huckingen	564 MW

	Installierte Nettoleistung
Steinkohlenkraftwerke	
Ensdorf Block C	278 MW
Kamap	234 MW
Dettingen	93 MW
Ölkraftwerke	
Scholven Block G + H 50% RWE-Anteil	672 MW
Dettingen	54 MW
Wasserkraftwerke	
Speicher-Spitzenleistung	164 MW
Laufwasser	17 MW

Das RWE verfügt über ein umfangreiches **Hoch-, Mittel- und Niederspannungsnetz** in einer Gesamtlänge von rd. 135 000 km.

Über sein Hochspannungsnetz steht das RWE in engem Verbund mit den anderen großen Versorgungsunternehmen des Bundesgebietes und der benachbarten Länder Niederlande, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Schweiz und Österreich.

Mitte 1982 umfaßte das **Hochspannungsnetz**:

für 380 kV eine Leitungslänge von 3760 km, 33 Schalt- und Umspannanlagen und 40 Transformatoren mit 25,5 Mio kVA Leistung, für 220 kV eine Leitungslänge von 6200 km, 109 Schalt- und Umspannanlagen und 194 Transformatoren mit 29,6 Mio kVA Leistung, für 110 kV eine Leitungslänge von 9770 km, 577 Schalt- und Umspannanlagen und 1075 Transformatoren mit 32,9 Mio kVA Leistung.

Das **Mittel- und Niederspannungsnetz** hatte zum gleichen Zeitpunkt folgenden Umfang:

- 42 800 km Mittelspannungs-Leitungen (Freileitungen und Kabel),
- 1 405 Mittelspannungs-Schalt- und Umspannanlagen und 600 Transformatoren mit 6,4 Mio kVA Leistung,
- 45 500 Netzstationen mit 47 600 Netztransformatoren und 13,6 Mio kVA Leistung (RWE-eigene Anlagen),
- 10 150 Netzstationen mit 15 700 Netztransformatoren und 6,4 Mio kVA Leistung (kundeneigene Anlagen),
- 72 550 km Niederspannungs-Leitungen (Freileitungen und Kabel),
- 1 532 000 Hausanschlüsse.

Der **Grundbesitz** der Gesellschaft verteilt sich auf das gesamte Versorgungsgebiet und umfaßt rd. 3664 ha.

In **Sachanlagen** hat das RWE vom 1. Juli 1948 bis zum 30. Juni 1982 rd. 27 Mrd. DM investiert.

Verträge

Die *Stromlieferung im RWE-Versorgungsgebiet erfolgt im Rahmen langfristiger, mit Kreisen, Städten und Gemeinden abgeschlossener Konzessionsverträge. Aufgrund dieser* Verträge hat die Gesellschaft das Recht, innerhalb des Versorgungsgebietes öffentliche Verkehrswege zur Verlegung von Übertragungs- und Verteilungsanlagen zu benutzen. Stromlieferungsverträge sind abgeschlossen mit rd. 18 500 Sondervertragskunden, zu denen namhafte Industrieunternehmen wie BASF, Bayer, Hoechst, Vereinigte Aluminium-Werke, Kaiser Aluminium Europe, Leichtmetallgesellschaft, DEGUSSA, Mannesmann, Thyssen, Hoesch, Krupp, Klöckner sowie zahlreiche öffentliche Betriebe, u. a. die Deutsche Bundesbahn, gehören.

Ferner bestehen Stromlieferungsverträge mit anderen Energieversorgungsunternehmen, z. B. Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke AG, Köln, Main-Kraftwerke AG, Frankfurt/Main-Höchst, Lech-Elektrizitätswerke AG, Augsburg, Pfalzwerke AG, Ludwigshafen, Vereinigte Saar-Elektrizitäts-AG, Saarbrücken, usw.

Langfristige Verträge über Strombezug bestehen u. a. mit STEAG AG bzw. Bergbau Elektrizitäts-Verbundgemeinschaft, Essen, VEBA Kraftwerke Ruhr AG, Gelsenkirchen, Preussag AG, Hannover, Saarbergwerke AG, Saarbrücken, Moselkraftwerke GmbH, Andernach, Schluchseewerk AG, Freiburg i. Br., Voralberger Illwerke AG, Bregenz, Tiroler Wasserkraftwerke AG, Innsbruck, Rheinkraftwerk Albbruck-Dogern AG, Waldshut a. Rh., Aarewerke AG, Aarau (Schweiz), Bayerische Wasserkraftwerke AG, München, Neckar AG, Stuttgart, und mit verschiedenen Industrieunternehmen.

Im Rahmen der zwischen der Elektrizitätswirtschaft und dem deutschen Steinkohlenbergbau in 1980 abgeschlossenen langfristigen Grundsatzvereinbarung (sog. Jahrhundertvertrag) hat das RWE sich verpflichtet, bis zum Jahr 1995 rd. 132 Millionen t SKE deutscher Steinkohle zu verstromen.

Darüber hinaus stellen Verträge und Absprachen mit den westeuropäischen Nachbarn eine wesentliche Grundlage für den überstaatlichen Stromaustausch dar. Zwischen dem RWE und der Société Electrique de l'Our SA, Luxemburg, besteht ein Vertrag über den Betrieb des Pumpspeicherkraftwerks in Vianden. Seine Leistung von 1096 MW dient dem RWE zur Erzeugung von Spitzenlastenergie.

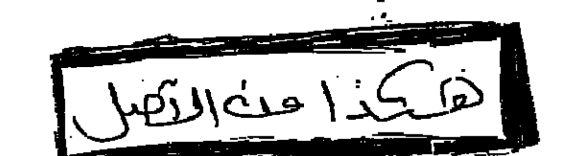
Belegschaft

Am 30. Juni 1982 waren in den Betrieben des RWE 23 159 Mitarbeiter beschäftigt.

Bauvorhaben

Zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit auch in der Zukunft ist ein steter Ausbau der **Kraftwerksanlagen** erforderlich. Bedingt u. a. durch die Größe der Erzeugungseinheiten beteiligt sich das RWE neben den Bauvorhaben, die nach wie vor in eigener Regie durchgeführt werden, in zunehmendem Umfang auch an Gemeinschaftsprojekten.

Von den derzeit in Bau bzw. in Planung befindlichen Projekten sind zu nennen:





RWE

Für das Braunkohlenkraftwerk Neurath läuft das Genehmigungsverfahren zum Bau von zwei weiteren 600-MW-Blöcken, die als Ersatz für alte Kraftwerksleistung vorgesehen sind.

Auch für das Goldenberg-Werk wurde ein Genehmigungsantrag für zwei neue 600-MW-Blöcke als Ersatz für die Altanlagen gestellt.

RWE und Preussag AG errichten gemeinsam über die Beteiligungsgesellschaft Kraftwerk Ibbenbüren GbR einen 770-MW-Steinkohlenblock in Ibbenbüren. Die Inbetriebnahme des Kraftwerks ist für Herbst 1985 vorgesehen; der erzeugte Strom wird voll in das RWE-Netz eingespeist. An der Gesellschaft sind das RWE mit 76% und die Preussag AG mit 24% beteiligt.

Die Bauarbeiten am zweiten 700-MW-Steinkohlenblock der Kraftwerk Voerde STEAG-RWE oHG in Voerde wurden im September 1982 wieder aufgenommen. Mit seiner Fertigstellung ist etwa im Herbst 1985 zu rechnen. An der Gesellschaft ist das RWE zu 25% beteiligt. Die Leistung dieses Blocks wird ebenfalls voll vom RWE übernommen.

Im vergangenen Jahr hat das RWE den Antrag für die Genehmigung eines neuen Müllheizkraftwerks in Essen-Karnap gestellt. Es soll am gleichen Standort die bestehende Abfallbeseitigungsanlage Kraftwerk Karnap ersetzen.

Zusammen mit dem Bayernwerk AG errichtet das RWE über die Kernkraftwerk Gundremmingen Verwaltungsgesellschaft mbH im Leasingverfahren zwei Kernblöcke mit einer Leistung von jeweils 1300 MW. Die spätere Betriebsführung obliegt einer Betriebsgesellschaft, an der das RWE zu 75% und das Bayernwerk AG mit 25% beteiligt sind.

Das Kernkraftwerk Mülheim-Kärlich mit einer Leistung von 1300 MW wird von der Société Luxembourgeoise de Centrales Nucléaires SA (SCN) errichtet. Die Anlage ist von der SCN an das RWE, das zu 30% an dieser Gesellschaft beteiligt ist, verpachtet. Die Finanzierung des Kraftwerks wird das RWE, gegebenenfalls durch Zahlungen im Rahmen des Pachtvertrags, sicherstellen.

Der Bau des Kernkraftwerks Mülheim-Kärlich hat sich im Vergleich zu anderen und in gleicher Zeit errichteten Kernkraftwerken unverhältnismäßig stark verzögert und verteuert. Zur Zeit werden mit dem Herstellerkonsortium Verhandlungen über den Fertigstellungszeitpunkt und die Mehrkosten des Kraftwerks geführt.

Ein 300-MW-Prototyp eines natriumgekühlten Brutreaktors wird von der Schnell-Brüter-Kernkraftwerksgesellschaft mbH Gemeinsames Europäisches Unternehmen in Kalkar/Niederrhein errichtet. Das Gemeinschaftsprojekt, an dem RWE mit 68,85% beteiligt ist, wird von der Bundesrepublik Deutschland, Belgien und den Niederlanden maßgeblich gefördert. Die Finanzierung erfolgt überwiegend durch Zuschüsse der beteiligten Staaten.

Für weitere Kernkraftwerke, die das RWE in Biblis (Block C) und in Pfaffenhofen (Beteiligung RWE 75%, Lech-Elektrizitätswerke AG 25%) mit einer Leistung von jeweils 1300 MW plant, sind die atomrechtlichen Genehmigungsverfahren eingeleitet. Der Block C in Biblis soll zeichnungsgleich mit anderen Kernkraftwerksblöcken in der Bundesrepublik auf der Basis des sogenannten Konvoi-Konzepts der Kraftwerk Union AG errichtet werden.

Parallel zum Ausbau der Kraftwerksleistung erfolgt eine laufende Anpassung der **Übertragungs- und Verteilungsnetze,** um allen Lieferverpflichtungen wie bisher nachkommen zu können.

Insgesamt sind beim RWE zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in den kommenden fünf Jahren Investitionsvorhaben mit einem Gesamtvolumen von rd. 15 Mrd. DM geplant. Die Investitionssumme des RWE-Konzerns beläuft sich nach heutigem Stand auf ca. 25 Mrd. DM. Hier sind insbesondere die Aufwendungen zur Sicherung der kostengünstigen Braunkohle als Primärenergie durch die RWE-Tochtergesellschaft Rheinische Braunkohlenwerke AG, Köln, zu erwähnen.

Im Bereich des **Umweltschutzes** hat das RWE in den letzten Jahren ein Trocken-Additiv-Verfahren (TAV) zur Verminderung der Schwefeldioxid-Emissionen bei den Braunkohlenkraftwerken entwickelt. Eine Demonstrationsanlage an einem 300-MW-Block im Kraftwerk Neurath ging Ende 1982 in Betrieb. Mit dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) wurde Mitte 1982 vereinbart, die größeren Braunkohlenblöcke nachträglich mit TAV-Entschwefelungsanlagen auszurüsten. Hiervon sind 16 Braunkohlenblöcke mit einer Leistung von rund 6600 MW betroffen. Die Inbetriebsetzung ist für 1984 bis 1987 vorgesehen.

Absatz- und Umsatzentwicklung

Die **nutzbare Stromabgabe** und der **Umsatz** haben sich in den letzten drei Geschäftsjahren wie folgt entwickelt:

	1979/80	1980/81	1981/82
Nutzbare Stromabgabe in Mio kWh	114 601	116 605	118 955
Umsatzerlöse des RWE in Mio DM	9711	10 984	12 443

Im Geschäftsjahr 1981/82 stammten 77,8% des gesamten Stromaufkommens aus der Erzeugung eigener, überwiegend auf Braunkohlenbasis arbeitender Kraftwerke, 22,2% wurden durch Strombezug gedeckt.

Der **Außenumsatz des Konzerns** nahm in den letzten drei Geschäftsjahren folgende Entwicklung:

1979/80	18 262 Mio DM
1980/81	20 451 Mio DM
1981/82	22 993 Mio DM

Im Geschäftsjahr 1981/82 entfiel der Außenumsatz auf folgende Bereiche:

Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie andere Versorgungsbereiche	14 134 Mio DM
Braunkohlenbergbau	1 080 Mio DM
Mineralöl und Chemie	6 158 Mio DM
Übrige Konzernbereiche	1 621 Mio DM

Unter Einschluß der Innenumsätze aus Lieferungen zwischen den in den Konzernabschluß einbezogenen Unternehmen belief sich der **Gesamtumsatz** 1981/82 auf 30199 Mio DM.

In allen Sparten des Konzerns konnten auch im abgelaufenen Geschäftsjahr gute Ergebnisse erzielt werden mit Ausnahme des Mineralöl- und Chemiebereichs. Hier fallen bei anhaltend scharfem Wettbewerb und unzureichenden Erlösen zur Zeit Verluste an.

Am 30. Juni 1982 waren im Konzern 70 098 **Mitarbeiter** beschäftigt.

Entwicklung im laufenden Geschäftsjahr

Die nutzbare **Gesamtstromabgabe** *des RWE blieb in den ersten sechs Monaten des* Geschäftsjahres 1982/83 um 1,9% hinter der Abgabe im gleichen Vorjahreszeitraum zurück. Maßgeblich hierfür war neben Witterungseinflüssen insbesondere der anhaltend schwache Konjunkturverlauf. Aufgrund kurzfristiger Lieferabsprachen wurden allerdings mehr außervertragliche Sonderlieferungen verkauft.

Seit der letzten Preisanhebung zu Beginn des Jahres 1982 sind wiederum erhebliche teuerungsbedingte Mehrbelastungen angefallen. Infolge des schwachen Absatzverlaufs wirkt sich darüber hinaus z. Z. der relativ hohe Anteil fester Kosten bei der Stromerzeugung und -verteilung ungünstig auf die Kostenentwicklung aus. Ein Ergebniseinbruch konnte jedoch vermieden werden, da sich die **Primärenergiestruktur** im ersten Geschäftshalbjahr weiter **verbessert** hat: Die Energiebilanz weist durch den nahezu störungsfreien Betrieb der beiden Blöcke im Kernkraftwerk Biblis einen deutlichen Anstieg des aus Kernenergie erzeugten Stromanteils auf. Der Einsatz von Steinkohlenstrom wurde etwas zurückgenommen, im Hinblick auf die Kohlenbezugsverpflichtungen jedoch eine Verstromungsreserve von 700 000 t heimische Steinkohle gelagert.

Die **Investitionen** in Sachanlagen, Finanzanlagen und für Kernbrennelemente beliefen sich in den Monaten Juli bis Dezember auf rd. 1 Mrd. DM, das sind 110 Mio DM mehr als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Im Anstieg der Investitionen schlagen sich hauptsächlich Zahlungen für den neuen 770-MW-Steinkohlenblock Ibbenbüren nieder, den das RWE gemeinsam mit der Preussag AG (Preussag-Anteil 24%) errichtet, sowie der Erwerb einer Beteiligung in Höhe von 20% an den Stadtwerken Düsseldorf AG.

Essen, im März 1983 — Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Aktiengesellschaft

Aufgrund des vorstehenden Prospektes sind

DM 292 858 900,–
neue Inhaber-Stammaktien

5 857 178 Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– Nr. 7 466 525 – 13 323 702
– Wertpapier-Kenn-Nr. 703 701 –

und

DM 150 000 000,–
neue stimmrechtslose Inhaber-Vorzugsaktien
mit einem nachzuzahlenden Dividendenvorzug von 5%

3 000 000 Aktien im Nennbetrag von je DM 50,– Nr. 3 516 001 – 6 516 000

– Wertpapier-Kenn-Nr. 703 704 –

aus der Kapitalerhöhung 1983
mit Gewinnanteilberechtigung erstmals für das am 30. Juni 1983
endende Geschäftsjahr 1982/83, und zwar für dieses Geschäftsjahr zu einem Viertel,

des
Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks
Aktiengesellschaft
Essen

zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen zu Düsseldorf, Berlin, Bremen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, München und Stuttgart zugelassen worden.

Düsseldorf, Berlin, Bochum, Bremen, Essen, Frankfurt/Main, Hamburg, Hannover, Köln, München, Stuttgart, im März 1983

Dresdner Bank
Aktiengesellschaft

Bank für Handel und Industrie
Aktiengesellschaft

Deutsche Bank
Aktiengesellschaft

Deutsche Bank Berlin
Aktiengesellschaft

Bank für Gemeinwirtschaft
Aktiengesellschaft

Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank
Aktiengesellschaft

Berliner Commerzbank
Aktiengesellschaft

Berliner Handels- und
Frankfurter Bank

Commerzbank
Aktiengesellschaft

Grunelius & Co.

Merck, Finck & Co.

National-Bank
Aktiengesellschaft

Sal. Oppenheim jr. & Cie.

Trinkaus & Burkhardt

Westdeutsche Landesbank
Girozentrale

Westfalenbank
Aktiengesellschaft

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin
Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp
Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm
Berater der Chefredaktion: Heinz Barth
Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Friedr. W. Heering, Essen; Horst Hillesheim, Hamburg
Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Klaus Müller; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt
Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch
Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck
Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners
Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad
Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf
Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; Kiel: Bernd Lampe; München: Peter Schmalz, Prof. Ulrich B. Marker; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel
Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander
Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert
Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anna Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714
1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611
2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777
4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29
2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30
3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756
6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 23,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 31,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.
Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt
Herstellung: Werner Koziak
Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen
Vertrieb: Gerd Dieter Leilich
Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler
Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

KRITIK

Liebenswürdig

Was ist's, was wir an „Blacky" mögen? Ist er komisch? Wohl kaum. Er blödelt selten, übt sich nicht „Spitze" jubelnd in Luftsprüngen, zieht mit seinen Armen keine Kuli-haften Kreise in die Luft. Er beläßt's beim ewig gleichgeformten Lächeln unter der gescheitelten Silberhaarpracht, und wenn er mit dem Kandidaten zur „Super-Chance" schreitet, ist das eher feierlich als lustig.

Ist Blacky lässig, leger? Ganz und gar nicht. Keine Showmaster-Krawatte sitzt korrekter als die seine, kein Anzug harmoniert dermaßen ausgeklügelt mit Wesen und Gesicht seines Trägers. Und selbst im (noch) geruchlosen Fernsehen, meint der Zuschauer eine Prise dezenten Luxus-After-Shaves zu erschnuppern. Ist Joachim Fuchsberger also geistreich, witzig? Auch das nicht. Als „Ah, Sie kommen aus Linz, wo es die schönen Torten gibt?", hat er in der diesmaligen Folge von **„Auf los geht's los"** (ARD) eine Kandidatin gefragt – und so ungefähr sind auch die übrigen Blacky-Witzchen geschneidert.

Prunkt dieser Showmaster dafür mit einem alles überragenden Star-Aufgebot? Ein Robert de Niro ist's diesmal gewesen, ein Eberhard Gienger mit ein paar Clowns am Reck, die Gruppen „Zara-Thustra" und „Up with people", der Fernseh-Tierforscher Sielmann – alles recht ansehnlich, nichts aber sensationell. Die Begriffsrätsel mögen hübsch und kurzweilig sein, den Atem rauben sie uns nicht. Schon gar nicht werden wir mit Provokationen unterhalten. Ohrfeigen sind bei Blacky undenkbar. Ist Joachim Fuchsberger sympathisch? Überaus – das allein aber erklärt wenig. Was also mögen wir an Blacky?

Ja, es scheint, als liege das Geheimnis seiner Meisterschaft gerade darin, daß man eben dies nicht so genau weiß. Daß er souverän darauf pfeift, als originell und spritzig zu gelten. Daß er das „Normale" virtuos zum Prinzip macht, bis es so ganz unnormal einmalig wird. Daß er Kandidaten und Zuschauer weder väterlich bevormundet, noch ihnen als aufdringlicher Kumpel kommt. Daß er sich bewußt auf die Liebenswürdigkeit konzentriert – mit allen nun einmal unser Leben erheiternden Platitüden. Daß er – . . . aber warum müssen wir das alles eigentlich wissen? Freuen wir uns einfach.

HERMANN A. GRIESSER

Gefahr muß sein, Humor auch: Die Serie „Ein Colt für alle Fälle"

Nerven und Muskeln suchen Strapazen

Wenn Colt Seavers auftaucht, siegt Justitia. Sie siegt dabei freilich wenig milde, ihre berühmte Waage wird handgreiflich ins Gleichgewicht gebracht. Kinnhaken, Fensterstürze, Schüsse, quietschende Autoreifen – in der neuen Serie **„Ein Colt für alle Fälle"**, künftig montags um 17.50 Uhr als ZDF-Aperitif vor dem Abendbrot kredenzt, geht es nicht eben sanftmütig zu.

Denn der unerschrockene Stuntman Colt kann's auch in den Pausen seiner aufregenden Jobs nicht

Ein Colt für alle Fälle – ZDF, 17.50 Uhr

lassen. Gefahr muß sein, Nerven und Muskeln suchen nach Strapazen. Kaum also ist das tollkühne Filmdouble aus einem brennenden Auto geklettert, durch eine Glastür gerannt oder von einem Felsen tief ins Meer gesprungen, findet es sich bei der etwas hilflosen Untersuchungsrichterin Samantha Jack (Jo Ann Flug) ein, um für sie all die Untersuchungshäftlinge wieder einzusammeln, die sich, nach gehöriger Kautionshinterlegung auf freien Fuß gesetzt, ungalant verdrückt haben: Einmal ein Champion, der seinen Manager k. o. geboxt hat, ein andermal ein korrupter Sheriff oder etwa – wie in der heutigen ersten Folge – ein Gauner-Millionär. Leicht ist's nicht, die Kerle der Gerechtigkeit in die Arme zu treiben. Aber Colt schafft's perfekt, zumal ihn ja auch allüberall sein Namenskollege aus Stahl begleitet.

Die „Pilotsendung" am vergangenen Dienstag (eine Versuchssendung also – aber warum eigentlich Versuchssendungen?) hat einen Vorgeschmack der Serie gegeben, die heute beginnt. Gewiß, da kracht's unentwegt – Schüsse, Knochen, Autos und Hubschrauber – aber wer da mit dem Verbotsschild „Keine Gewalt im Fernsehen" daherkommt, ist eher fehl am Platz. Denn das alles ist nicht so ernst gemeint. Und das ist das besondere an dieser Serie mit dem fabelhaften Lee Majors in der Hauptrolle, der dem deutschen Publikum als Sohn in der Fernsehfamilie Barkley schon einmal ein Begriff war. Der Zuschauer erfaßt die Geschehnisse rund um den Stuntman keineswegs als pure Komödie. Und doch herrscht über alles unübersehbar der Humor.



Als unerschrockener Stuntman Colt Seavers: Lee Majors
FOTO: CAMERA PRESS

Elf Folgen soll es nunmehr geben, und man darf wetten, daß sie manchen Krimi aus der Konkurrenz schlagen werden. Kein Wunder: Die Serie kommt aus dem vielgescholtenen Amerika. Sie ist „kommerziell" und will mithin nicht die Welt verändern, sondern diese höchstens für jeweils 40 Minuten ins Lot einer simplen Gerechtigkeit rücken. Für selbst erkorene Fernsehexperten hierzulande immer noch anrüchig – aber halt einfach vergnüglich. Gleichwohl hätte es nicht geschadet, die Serie zu einer späteren Uhrzeit anzusetzen. Bedenken im Hinblick auf die Möglichkeit, Jugendliche könnten den Halb-Spaß keineswegs als solchen erkennen, wären dann ausgeräumt, dafür hätten nach Feierabend mehr Erwachsene ihre Kurzweil.

MARIUS PERMANN

Die BBC hat unterzeichnet: Start frei für Satelliten-TV in England

Für 40 Mark im Monat aktuelles Kino

Nach harten Verhandlungen hat die öffentlich-rechtliche BBC jetzt ein Abkommen unterzeichnet, das den Weg für den Start des Satellitenfernsehens in England freimacht. Damit ließ sich die BBC auf ein gewaltiges Investitionsvorhaben ein, das über einen Zeitraum von sieben Jahren 300 Millionen Pfund (über eine Milliarde Mark) verschlingen und den Engländern – auf dem Umweg über den Weltraum – zwei weitere TV-Kanäle bescheren wird.

Das Abkommen wurde mit dem Konsortium United Satellites (Uniset) geschlossen, das aus British Telecom, British Aerospace und GEC-Marconi besteht. Uniset wird zwei Satelliten bauen und in eine erdstationäre Umlaufbahn in einer Höhe von 36 000 Kilometern über dem Äquator bringen. Das soll im Juli 1986 geschehen, wobei noch offen ist, ob man sich der europäischen Ariane-Rakete oder der amerikanischen Raumfähre bedienen wird. Im September soll dann der Sendebetrieb aufgenommen werden.

Die BBC finanziert das Projekt durch Pachtvereinbarungen: So zahlt sie für jeden der beiden Kanäle pro Jahr zwölf Millionen Pfund, also für die siebenjährige Pachtzeit 168 Millionen Pfund. Der Rest der Gesamtsumme wurde für Software, also die Programme, veranschlagt. Obwohl Frankreich und die Bundesrepublik den Start ihres Satellitenfernsehens für 1985 anpeilen, ist man bei der BBC überzeugt, im darauffolgenden Herbst den ersten garantierten Service bieten zu können, zumal Sendeausfälle durch einen Reservesatelliten ausgeglichen werden können.

Den ersten Satellitenkanal will die BBC als Abonnentenservice mit Spielfilmen aufziehen, die erst wenige Wochen in den Kinos gelaufen sind. Teilnehmer werden für dieses Vergnügen eine Gebühr von knapp 40 Mark monatlich zahlen. Der zweite BBC-Satellitenkanal soll eine Fülle von Sendungen zum aktuellen Tagesgeschehen bringen, für die möglicherweise kein Obolus zu entrichten ist. Bryce McCrirrick, technischer BBC-Direktor, ließ wissen, auf diesem Kanal könne rund um die Uhr empfangen werden. Um alle Schichtarbeiter zu erreichen, werde ein Achtstundenprogramm zweimal wiederholt.

Wer dabeisein will, muß freilich zunächst eine Parabolantenne mit einem Durchmesser von ca. 60 Zentimetern auf seinem Dach montieren lassen und dafür die Kleinigkeit von rund 1500 Mark investieren.

Vor nunmehr einem Jahr hatte Innenminister Whitelaw der BBC die ersten beiden Satellitenkanäle zugeschlagen. Die kommerziellen britischen TV-Sender gingen fürs erste leer aus. Die Regierung will offenbar über den öffentlich-rechtlichen Sektor erste Erfahrungen sammeln.

SIEGFRIED HELM





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

09.25 Sesamstraße
10.00 heute
10.03 Eiskunstlauf-WM
11.10 Blickfeld
11.40 Wahl-Nachlese
Schleswig-Holstein
12.10 Heimat
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau

16.15 Ich wollt' ich wär' . . .
Was sich Zeitgenossen wünschen
Mit Susanne Offenbach

17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme

20.0. Tagesschau

20.15 J. Robert Oppenheimer, Atomphysiker (4)
Fernsehserie in 7 Teilen
Sommer 1944. Das Wettrennen mit den Deutschen bei der Entwicklung der Atombombe geht weiter. Oppenheimers Sicherheitsprobleme sind vorübergehend beigelegt, aber er sieht sich Problemen mit seinen Mitarbeitern gegenüber und hat technische Schwierigkeiten. Der Brite James Tuck bringt neue, revolutionäre Ideen.
Anschließend:
Ein Platz an der Sonne

21.15 Al Azhar – Die Blühende
Reportage zur 1000-Jahr-Feier in Kairo
Von Gerhard Konzelmann

21.45 Fast wia im richtigen Leben
Humoresken mit Gerhard Polt u. a.

22.30 Tagesthemen

23.00 Das Nacht-Studio
Kleine Ida
Norweg.-schwed. Spielfilm, 1981
Regie: Laila Mikkelsen
Die kleine Ida wächst zur Zeit der deutschen Besatzung in einem abgelegenen Küstenort Norwegens auf. Ihre Mutter hat ein Verhältnis mit einem deutschen Offizier und arbeitet in der Küche eines Lagers für russische Kriegsgefangene. Dafür verachtet man sie, und diese Verachtung der Umwelt trifft auch das wehrlose Kind mit voller Wucht.

0.15 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Lehrerprobleme – Schülerprobleme
Schlechte Schulleistungen
Teil 2: Erwartungswidrige Leistungen
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Lassie
17.00 heute
17.08 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Isabel Varell und Dieter Hallervorden
17.50 Ein Colt für alle Fälle
Jerry Romes großer Auftritt (1)
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.30 Ein Colt für alle Fälle
Jerry Romes großer Auftritt (2)
19.00 heute
19.30 Rennys Pop-Show
Ein tierisches Vergnügen mit internationalen Hits:
20.15 Gesundheitsmagazin Praxis
Trimming-Tips des Monats/Thermascan – zur Brustkrebsfrüherkennung / Mit dem Partner in die Klinik / Krankenwohnung statt Krankenhaus / Kinder im Krankenhaus / Camouflage – Die Kunst der Tarnung
21.00 heute-journal
21.20 Notsignale
Letzte Folge: Trotzdem . . .!
Mit Angelika Bender, Wolfgang Schenk u. a.
Regie: Jörg Grünler
„Schön, daß du nach Hause kommst", sagt Walter zu seiner Frau Ute, als er sie zusammen mit den Kindern aus dem Krankenhaus abholt. Zu Hause, da hat die Omi, Utes Mutter, schon den Kaffeetisch gedeckt. Eine glückliche Familie? Ute hat Krebs, eine Brust ist ihr amputiert worden. Die Familie wird mit einer kranken Mutter leben müssen.
22.55 Was bleibt von Karl Marx?
Gespräch zum 100. Todestag
Teilnehmer: Prof. Kofler, Prof. Ota Sik, Prof. Schwan, Prof. Altvater
23.55 heute





Die kleine Ida (Sunniva Lindekleiv) muß damit fertig werden, daß sie von den anderen Kindern geschnitten wird. – „Kleine Ida", ARD, 23.00 Uhr FOTO: TELEBUNK

III.

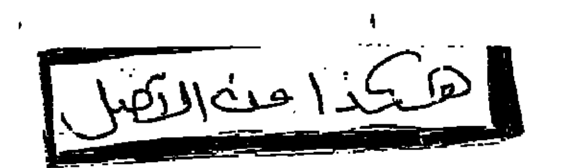
WEST
18.00 Telekolleg
Deutsch (24)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Gesucht – Gefunden
Heute u. a.: Drehorgeln, mechanische Klaviere, Bio-Inseln, bemalte Ostereier, Getränkedosen.
21.45 Landesspiegel
Lokaltermin
Ein Platz für den Öko-Hof
22.15 Der Revisor
Komödie von Nikolaj W. Gogol
0.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Berufsausbildung
Drei Jahre später (3)
Mädchen in Männerberufen
19.15 Die Sprechstunde
Durchblutungsstörungen
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live mit einem Schriftsteller
21.15 Der Goldesel
Von Somerset Maugham
22.10 Gedächtnis
Ein Film für Curt Bois und Bernhard Minetti
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Montagsspaß
19.00 Märchenhafte Reise vom Hohen Meißner zur Weser
19.30 Elternstammtisch
20.00 Tagesschau
20.15 Soziale Brennpunkte
21.00 Drei aktuell
21.15 Captain Paris
Amerik. Krimiserie
22.00 Bücher-Report
22.50 Thema offen

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Deutsch (24)
19.00 Unternehmen Haushalt
19.35 Bonanza
Die Companeros
20.25 Näher betrachtet:
Traumziel mit Barriere
oder: Wie kommt man nach Neuseeland
21.10 Soap – oder: Trautes Heim (23)
21.35 Reden muß man miteinander
3. Der Fall Ellen
22.05 Turnier der Schachgroßmeister (10)
Finale

BAYERN
18.15 Zirkusgeschichten
18.40 Die Abenteuer der Maus auf dem Mars
18.45 Rundschau
19.00 Die schönsten Fabeln der Welt
Die zwei Hunde und der Schlitten
19.05 Das Wirtshaus im Spessart
Dt. Spielfilm, 1957
20.45 Rundschau
21.00 Blickpunkt Sport
22.00 Z.E.N.
22.05 Leicht – leichter – ultraleicht
Neue Wege im Luftsport
22.50 Rundschau



Pankraz, Bio-Kost und der teutsche Jüngling

Ausländische Beobachter der jüngsten politischen Ereignisse in der Bundesrepublik haben einen fast vergessenen Archetyp unserer nationalen Tradition wiederentdeckt, den deutschen, genauer: „teutschen" Jüngling. Besonders französische Korrespondenten, die ihre Madame de Staël gelesen haben, fühlen sich beim Anblick der „Grünen" und des starken Zulaufs, den sie aus Studentenkreisen haben, intensiv an die „Romantik" erinnert, als diesseits des Rheins bärtige Jungmannen in „altteutscher Tracht" die sprichwörtliche „Blaue Blume" zu suchen begannen, für längst vergangene Zeiten und archaische Sozialformen schwärmten, sich in Burgruinen versammelten, um Korporalstock, Schnürleib und ungeliebte Bücher dem Scheiterhaufen zu überantworten, und merkwürdige, teils zart-sentimentale, teils wild-ungebärdige Lieder sangen.

Dem deutschen Leser kommen solche gallischen oder auch angelsächsischen Assoziationen meist grotesk übertrieben vor, und es empört ihn auch, daß die ausländischen Korrespondenten den „teutschen Jüngling" so ungeniert in Verbindung bringen mit Nazitum und „deutscher Unberechenbarkeit". Da werden eilig Parallelen gezogen zwischen den Bücherverbrennungen auf dem Wartburgfest 1817 und den Bücherverbrennungen in Berlin 1933, zwischen Seumes, Wackenroders und Tiecks Wanderungen und den wandernden Fähnlein der Hitlerjugend, zwischen Werthers Selbstmord und „der deutschen Lust am Untergang" 1945. Ganz schnell ist man wieder bei dem alten Umerziehungs-Klischee von der „deutschen Daseinsverfehlung", mit dem ja nun wirklich kein Staat mehr zu machen ist.

Freilich, jedes Klischee spiegelt auch ein Quentchen Wahrheit, und die neudeutsche grüne Ideologie kann schon zu Mißverständnissen Anlaß geben. Nirgendwo sonst auf der Welt hat sich der Umweltschutzgedanke mit so vielen anderen Ideen und Traditionsresiduen aufgeladen wie bei unseren „Grünen". Antiparlamentarismus, romantischer Abscheu vor der Industrie und der Moderne überhaupt, Weltschmerz und Liebäugeln mit gewaltsamen „einfachen Lösungen", eine heimliche Sehnsucht nach fröhlicher Barbarei, ein dumpfer, oblomowhafter Wunsch, sich aus allem herauszuhalten – all das hat sich zu einem schier ununterscheidbaren Brei vermischt, und da dieser Brei vor allem in den Gehirnen junger Leute lagert, mag das Resultat tatsächlich wie eine Wiederkunft des sagenhaften „teutschen Jünglings" aussehen.

Aber schon bei dem Wort „teutsch" oder deutsch stockt Pankraz. Obwohl viele Ausländer immer wieder „nationalpazifistische Antriebe" bei ihnen vermuten, haben die „Grünen" selbst noch nie Anlaß zu derlei Ausdeutungen gegeben. Die Frage der deutschen Wiedervereinigung ist ihnen vollkommen gleichgültig. Während ihre Wortführer weinerlich auf die „Bedrohung unseres Landes durch die Pershing 2" hinweisen, kritzelt das Fußvolk Parolen wie „Deutschland verrecke!" an Berliner Hauswände, und eine Inschrift auf einem Hamburger Gefallenendenkmal wird folgendermaßen abgewandelt: „Deutschland muß sterben, damit wir leben können." Nicht das Vaterland wollen die „Grünen" retten, sondern nur ihre eigene Haut. Das müßten eigentlich auch die westlichen Zeitungskorrespondenten allmählich merken.

Während der „teutsche Jüngling" laut Madame de Staël vom Idealismus geprägt war, ist den „Grünen" das Hemd entschieden näher als der Rock. Auch diejenigen von ihnen, die keine Marxisten sind, reden unentwegt von „materiellen Bedürfnissen", „gesunder Ernährung" und dem, „was uns zusteht". Keinem von ihnen fiele es je ein, für eine überindividuelle Idee das Leben einzusetzen. Wichtig ist für sie vor allem die eigene warme Innerlichkeit, die man nicht der bösen, kalten Welt der Apparate ausliefern will. Was sie mithin vom Normalspießer unterscheidet, ist vor allem ihre abweichende Vorstellung von Luxus. Sieht jener den Luxus im Mercedes und in Mallorca, so sehen ihn die „Grünen" in naturgedüngter Bio-Kost, im mietfreien Wohnen und in staatlichen Zuschüssen für alternative Lebenserprobung.

Nicht vom „teutschen Jüngling", nicht von Hölderlin und Novalis, nicht von Körner und Wackenroder würde Pankraz in Ansehung der „Grünen" sprechen, sondern höchstens von einer Karikatur derselben. Die „Grünen" sind dabei, einige der schlimmsten Eigenschaften, die dem deutschen Nationalcharakter nachgesagt werden, neu oder erneut in die Politik einzuführen. Sie gebärden sich gegenüber den übrigen Europäern wie aufgeblasene Schulmeister, die ganz genau über die „wahre Demokratie" und den „wahren Sozialismus" Bescheid wissen. Andererseits nährt ihre Verachtung von Normen und Regeln, ihre Ungeschliffenheit und ihr ländlich-babyhaftes Schnullertum das Vorurteil vom „plumpen Deutschen", der zur wahren Politik unfähig sei.

An die Urbilder des „teutschen Jünglings" im Sturm und Drang und in der Romantik würde dagegen dieses Vorurteil nie heranreichen. Einige von ihnen, so Goethe und Klinger, wurden später gewiefte Hofleute und Diplomaten von durchaus internationalem Schliff. Der romantische Friedrich Schlegel war ein Kritiker von großer geistiger Raffinesse, der junge Novalis, der immerhin die „Blaue Blume" erfunden hat, ein Naturwissenschaftler und Grubenpraktiker von hohen Graden. Nirgendwo ist hier Bodenmuff und kartoffelselige Schollengläubigkeit, kein Apostel der „einfachen Lösungen" findet hier irgendwelche Anknüpfungspunkte.

Ihre geistigen Ahnen müssen sich die „Grünen" also woanders suchen. Die eifrigen Auslandskorrespondenten, die den Spuren der Madame de Staël folgen, befinden sich auf falscher Fährte.

Pankraz

Bernt Engelmann wiedergewählt, Ulrich Schacht ausgetreten – Der Bundeskongreß des VS in Mainz

„Hier sind Autoren in der Minderheit"

Das Ereignis war programmiert. Einen Gegenkandidaten oder eine Gegenrede gegen den einzigen aufgestellten Kandidaten gab es nicht. Die fünfundvierzig wahlberechtigten Delegierten aus den Länderverbänden waren mit der unbeirrbaren Absicht ins Mainzer Schloß gekommen, sich in Treue fest um ihren alten und neuen Bundesvorsitzenden zu scharen, und dieser Vorsitzende hieß Bernt Engelmann. Als nach der Wiederwahl die obligatorischen roten Rosen überreicht wurden, konnte es scheinen, als habe es nie eine öffentliche Auseinandersetzung über Engelmann und seine Verbandspolitik gegeben. Die Welt war wieder in Ordnung für den „Verband Deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier".



Rote Rosen für Lückenbüßer: Der wiedergewählte VS-Vorsitzende Bernt Engelmann (rechts) mit seinem neuen Stellvertreter Jürgen Lodemann FOTO: AP

Dabei lag der letzte Austritt, der von Uwe Johnson, gerade einen Monat zurück. Reiner Kunze und Gerhard Zwerenz, Franz Xaver Kroetz und Herbert Achternbusch, Horst Bienek, Ota Filip und so mancher andere hatten den VS verlassen, und der Vorwurf, den sie gegen den Verband erhoben hatten, lautete – in Abwandlungen – immer gleich: illiberaler Umgang mit Mitgliedern, die von der politischen Linie des Bundesvorstands abwichen, Diskriminierung von Mitgliedern, die aus dem Osten stammten und dort Verfolgungen erleiden mußten, Hörigkeit Engelmanns und seiner Vorstandskollegen gegenüber der Politik des Ostblocks, Umwandlung des VS in eine kommunistische Hilfsorganisation.

Jetzt beim Bundeskongreß in Mainz sollte nichts von alledem wahr gewesen sein. Ein Redner nach dem anderen versicherte, daß die Krise lediglich eine Machenschaft der „Springer-Presse" sei oder auch eine „Verschwörung der konservativen mit den liberalen Medien". „Dreißigtausend Mark für einen Artikel gegen Engelmann haben sie geboten", wußte Friedrich Hitzer aus München zu berichten. Und Engelmann selbst wollte nicht einmal die „Mär von der Austrittswelle" gelten lassen: „Im Herbst 1981 hatte der VS 2314 Mitglieder, am 1. Januar dieses Jahres waren es 2430."

Ein einziges Mal kam es zu einem Zwischenfall, als der junge Schriftsteller Ulrich Schacht mit Vehemenz gegen einen Rednerbeitrag von Erasmus Schöfer protestierte. Dieser, DKP-Mitglied und prominenter, langjähriger VSler, hatte eine wüste Parteitagsrede vom Stapel gelassen, in der er den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan und das Militärregime in Polen rechtfertigte und die zehn Millionen Solidarnosc-Mitglieder mit den „zehn Millionen Wählern, die sich 1933 für Hitler entschieden haben", verglich. Dagegen wandte sich Schacht, der in der „DDR" unschuldig lange Jahre hinter Gittern verbringen mußte. „Ich bin hier meinen ehemaligen Peinigern wiederbegegnet", rief er aus, bevor er vom johlenden Delegiertenvolk mundtot gemacht wurde. Er und Wolfgang Deinert traten noch am selben Abend aus dem VS aus, der nun, außer Jürgen Fuchs, keinen einzigen Autor von drüben mehr zu seinen Mitgliedern zählen kann.

Der Auftritt Schachts war, wie gesagt, der einzige „Mißton" in Mainz, wo sonst eine perfekte Regie herrschte. Bezeichnend dafür der Vorgang um eine Resolution des Berliner VS-Verbandes gegen die Diskriminierung der aus der „DDR" stammenden Kollegen. Es sollte beschlossen werden: „Eine Diskriminierung dieser VS-Kollegen durch Gesprächspartner in den sozialistischen Ländern wird der Verband nicht hinnehmen." Aber es kam anders.

Schon im Vorfeld des Kongresses versuchte der Bundesvorstand, eine eigene, sehr viel unklarere Resolution dem Berliner Papier als Antrag vorzuschalten. Als einige Berliner gegen diese Manipulation protestierten, zog sich Engelmann mit dem Berliner Delegierten Schwenger flugs hinter die Kulissen zurück, um ein „Kompromißpapier" auszuarbeiten. Der „Kompromiß" lautete dann: „Eine Diskriminierung ... wird der Verband, wie bisher, nicht hinnehmen." Durch die Einfügung der Worte „wie bisher" war die Sache im Sinne des Bundesvorstands elegant entschärft worden.

Ein Sieg Engelmanns also auf der ganzen Linie und damit ein Sieg der ultralinken und kommunistischen Kräfte. Zwei bevorzugte Aggressionsobjekte in den Reden waren zum Beispiel Lech Walesa und Wolf Biermann, die beschuldigt wurden, den US-Präsidenten Reagan „gar nicht so schlecht" zu finden, weil ja kein anderer als Reagan Druck auf das polnische Militär ausüben könne. „Auf solche Leute können wir verzichten", hieß es immer wieder (weder Walesa noch Biermann sind Mitgleider des VS), und der ehemalige VS-Vorsitzende Lattmann verstieg sich sogar zu der Behauptung, das Beharren auf den Menschenrechten sei hinderlich bei den angeblich notwendigen „Friedensgesprächen" mit Autorenverbänden des Ostblocks und müsse deshalb preisgegeben werden.

Ebenfalls deutlich wurde auf dem Mainzer Kongreß allerdings, daß die politische Gleichrichtung des VS erkauft wurde durch eine erschreckende Ausdünnung seiner literarischen Substanz. Kein einziger wirklich guter Schriftsteller ließ sich in den Delegiertenreihen sehen. Die Lücken, die die bisher Ausgetretenen gerissen haben, wurden aufgefüllt mit irgendwelchen Lemuren, die nun die Szene beherrschen und die den Bildungsnotstand der letzten Jahre während der Debatte in geradezu schmerzhafter Weise demonstrierten. Nur noch die wenigsten sind der deutschen Sprache mächtig, und ein „Höhepunkt" (von den Nachrednern als solcher auch ausdrücklich festgehalten) war der Auftritt einer jungen Autorin, die überhaupt nichts mehr sagte, sondern aus diffusen Gründen nur noch ins Mikrophon hineinweinte.

Der Berliner Autor Hans Christoph Buch, wie ein Paradiesvogel wirkend, der sich unter lauter Krähen verirrt hat, brachte es auf den Begriff. „Die Schriftsteller sind hier in der Minderheit", sagte er, „das Klima, das in diesem VS herrscht, ist nicht mehr repräsentativ für die deutsche Literatur." Und er machte sich lustig über einen Literatenverband, der vor dem Feuilleton nur noch Angst habe und es nur noch anschwärzen könne, statt es zu benutzen.

Vorher hatte Bernt Engelmann seine Mannen, die sich in den Medien nicht hinreichend gewürdigt wähnen, mit dem historischen Hinweis auf Paul Heyse und Georg Büchner zu trösten versucht. Paul Heyse sei zu Lebzeiten so berühmt gewesen, den Nobelpreis habe er erhalten, und sogar der Kaiser habe ihn empfangen, aber heute krähe kein Hahn mehr nach ihm. Georg Büchner hingegen, der zu Lebzeiten Unbekannte, Verfemte und Hungrige, sei heute in aller Munde.

Auch dazu wagte Buch eine Gegenrede. Georg Büchner, replizierte er, hätte sich im VS bestimmt nicht wohlgefühlt. Und er, Buch, würde nun, obwohl zur Kandidatur für den neuen Vorstand aufgefordert, doch lieber nicht kandidieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte Engelmann schon seine Rosen als neuer Vorsitzender. Buchs Absage ging im allgemeinen Wahl- und Glückwunschgemurmel vollkommen unter. Ein guter Name mehr oder weniger, das spielt im Verband Deutscher Schriftsteller in der IG Druck und Papier schon längst keine Rolle mehr.

GÜNTER ZEHM

Von der ewigen Wiederkehr des Gleichen: Harry Kupfer inszenierte Bergs „Wozzeck" in Stuttgart

Immer ist der Narr aus dem Wirtshaus dabei

Hat sich die Welt tatsächlich verändert? Wohl dreht sich das Rad der Zeit, es bewegt sich die schiefe Scheibe, die den ganzen Bühnenraum von Wilfried Werz beherrscht. Noch immer umrahmt der Lichtbogen die Szene, die von gläsernen Wänden umstellt ist. Und auch die Personen, deren exemplarisches Schicksal dem Zuschauer 100 Minuten lang den Atem verschlagen hat, sind nicht mehr. Tot auf dem Boden liegend, sieht man sie, unaufhörlich auf der Drehbühne kreisen. Doch die menschlichen Verhaltensmechanismen, die gesellschaftlichen Abhängigkeiten, die historischen Voraussetzungen, die schließlich den Mord an Marie und den seltsamen Selbstmord Wozzecks erst eigentlich ermöglicht haben: sie sind im Grunde die gleichen geblieben.

Die Kinder, die in der Oper Alban Bergs nicht ohne Absicht das letzte Wort haben, erstürmen nicht wie sonst den Schauplatz. Sie sind längst zu Erwachsenen verkommen, haben bereits, in Reih und Glied wie kleine Soldaten aufmarschierend, ihr rigides Rollenspiel übernommen. Während der verwaiste Knabe auf der Leiche seines Vaters reitet und sein hilfloses „Hopp, hopp!" hinausstößt, schieben zwei andere Buben wieder den Glasstuhl auf die Bühne, der zu Anfang dem Hauptmann beim Rasieren Platz gab.

Wozzeck ist tot. Es lebe Wozzeck! Die Tragödie, so macht uns Harry Kupfer erschreckend bewußt, könnte am Schluß sofort von neuem beginnen. Denn nichts hat sich, allem äußeren Anschein zum Trotze, wirklich verändert. Mit einer Unerbittlichkeit ohnegleichen dreht sich die Bühnenwelt um ihre eigene Achse. Das Gefängnis aber, in dem die Protagonisten Georg Büchners und Alban Bergs hausen, kennt keinen Ausweg. Allein der Tod oder möglicherweise noch der Wahn – in der Stuttgarter „Wozzeck"-Aufführung ist wohl nicht zufällig bei allen orchestralen Zwischenspielen als einziger der Narr der Wirthausszene ständig gegenwärtig – bieten vielleicht eine Ausflucht. Eine Lösung der bestehenden Machtverhältnisse erlauben sie nicht.

Die Inszenierung Harry Kupfers erheischt nicht bloß Mitleid, verliert sich also nicht in stimmungshaften Sentimentalitäten. Sie wirkt, aller Farbigkeit entkleidet, verhältnismäßig nüchtern – was nicht heißen soll, daß nicht auch seine Aufführung die visionären Ausblicke besäße. Gerade hier erscheinen die Momente, in denen sich der Horizont Wozzecks plötzlich weitet und sich der „lichte Streif" als Lichtpunkt erklärt, der sekundenschnell um die Bühne rast, um so eindrucksvoller. Kupfer gibt dem Theater, was des Theaters ist, und er bleibt dabei immer musikalisch. Alle Aktionen, sämtliche Gesten, die beiläufigsten Bewegungen: sie stehen in einem kompositorischen Kontext.

Eine vergleichbare Vielschichtigkeit hätte man sich auch vom Generalmusikdirektor Dennis Russell Davies gewünscht. Doch er, der am Premierenabend eher die konstruktivistischen Komponenten der Partitur ausleuchtete, bleibt dem Werk die expressionistische Dimension schuldig. So sind die Sänger gezwungen, die offenen Stellen der Musik gleichsam durch eigenes Engagement auszufüllen. Leslie Guinn, als Wozzeck eine Entdeckung, und Irmgard Stadler, die mit ihrem dramatischen Sopran ihre Marie zu einer gültigen Gegenfigur aufwertet, gelingt das auch ohne große Schwierigkeiten. Von Harry Kupfer intelligent geführt, lassen sie immer die Menschlichkeit ihrer Figuren spüren.

HARTMUT REGITZ

„Ich bin ein Mystiker": Die Kölner Kunsthalle zeigt das Werk von G. Rouault

Der Mensch als des Menschen Wolf

Köln hat für Georges Rouault geflaggt. Breite Transparente mit seinem Namen überspannen die Straßen. Dergleichen starke Hinweise sind nötig. Rouault ist keine geläufige Größe. Die Kölner Museen zum Beispiel besitzen kein Gemälde des Künstlers, den die Kunsthalle jetzt sehr eindrucksvoll vorstellt. Der Aufwand ist beträchtlich. Bedeutende Leihgaben, darunter der „Alte König" aus Pittsburgh, der „Verwundete Clown" aus Pariser Privatbesitz, das frühe Bild „Jesus unter den Schriftgelehrten" aus Colmar kamen nach Köln, insgesamt achtzig Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen, dazu das druckgrafische Werk in den wichtigen Zyklen. Aber die Begegnung mit diesen Bildern ist kein Spaß.

Auch die Predigten Savonarolas waren kein Spaß; dennoch waren sie hinreißend. Wie jener rücksichtslos strenge Dominikanermönch war auch Rouault ein fanatischer Prediger von aggressiver Vehemenz und Leidenschaft, durchdrungen von einem unbarmherzigen Wahrheitswillen, der sogar seinen Freund Léon Bloy erschreckte und abstieß. „Dieser Künstler", schrieb Bloy, der sich selber als Prophet Gottes in einer gottlosen Welt sah, „dieser Künstler, den man für fähig hielt, Engel zu malen, scheint nur noch abscheuliche und rachsüchtige Karikaturen zu sehen ... immer die gleiche Schlampe oder der gleiche Hanswurst ..."

Rouault war ein Tragiker von der archaischen Kraft und Größe der alten Griechen und deren Mut, den Blick in den Grund der Wahrheit zu tun und sie darzustellen, auch wenn sie noch so roh und dunkel ist. Er malte den Menschen als „Menschen Wolf" – mehrere Bilder tragen ausdrücklich diesen Titel –, und er schonte sich selber nicht, wenn er sich als einen „Gaukler Gottes" darstellte. Denn jener „Hanswurst", der immer wiederkehrende Clown oder Harlekin, ist der Maler selbst und zugleich ein Symbol für die Leiden der ganzen Menschheit. Die Nähe zu seinen Christusbildern ist unverkennbar.

Sicher ist Georges Rouault nicht ausschließlich als religiöser Maler anzusehen, aber viele sehen in seiner Kunst den einzigen ernsthaften Versuch unseres Zeitalters, ein Oeuvre zu verwirklichen, das aus dem Glauben geboren wurde; und nicht wenige bestätigen ihm auch das Gelingen.

Rouault starb, hochgeehrt und allgemein anerkannt, 1958 in Paris, wo er 1871 in den blutigen Wirren des Bürgerkrieges geboren wurde. Die schrecklichen Umstände seiner Geburt empfand er als schicksalhaft für sein späteres Schaffen und erklärte daraus teilweise seine düsteren Themen und „Schattenfiguren". Als Vierzehnjähriger kam er zu seinem Großvater in die Lehre, in dessen Glasmalerwerkstatt er unter anderem mittelalterliche Kirchenfenster restaurierte. Noch in den späten Bildern glaubt man das Schwarzlot und die Bleiruten der Glasmalerei wiederzuerkennen; und er wurde sein Leben lang nicht müde in dem Bemühen, die Phosphoreszenz der Farben alter Glasgemälde auch in seinen Bildern zu erreichen. Das gelang ihm durch die Übereinanderschichtung mehrerer Farben, wodurch in der Tat jenes „magische" Glühen aus dunklem Grund zustande kam, das in der Malerei unserer Zeit ohnegleichen ist. Rouault nannte es den „wahren Ton"; die Prozedur des Übermalens dauerte oft Jahre bis zu seiner Vollendung.

Man hat den Einzelgänger Rouault gelegentlich einen Romantiker genannt, ihn auch für den Expressionismus reklamiert. Eine Zeitlang hat er sich den Fauves zugesellt; aber auch das blieb Episode. Er selbst sagte einmal: „Ich bin ein Mystiker." Dabei sollte man es belassen (bis 8. Mai; Katalog: 20 Mark).

EO PLUNIEN

Malte mit einem unbarmherzigen Wahrheitswillen: „Dirne vor dem Spiegel" (Ausschnitt) von Georges Rouault (1906) aus der Ausstellung in der Kölner Kunsthalle FOTO: KATALOG

Neu auf Schallplatte

Gesänge der Hildegard von Bingen

Um die Zeit, als Barbarossa den Kaiserthron bestieg, hat Hildegard von Bingen ihr „Ordo virtutum" in Latein gedichtet und in altertümlichen Hufnagelnoten komponiert. Es ist ein „Spiel der Mächte", in dem Tugend und Untugend, Menschenseele und Widersacher personifiziert auftreten. Jetzt hat die „Harmonia mundi" im Medienverbund mit dem Westdeutschen Rundfunk das „Ordo virtutum" digital für die Platte eingespielt (1C 165-99 942/43T). Die Ausführenden sind Mitglieder des internationalen „Sequentia"-Ensembles für mittelalterliche Musik.

Hildegard von Bingen (1098 bis 1179) war Mystikerin, Kosmologin, Biologin, heilkundige Sexualforscherin, reisende Predigerin, korrespondierende Ratgeberin von Potentaten, kurz: das Universalgenie unter den Benediktiner-Äbtissinnen. Als „Prophetissa teutonica" ist sie zu ihren Lebzeiten gerühmt, als Heilige nach ihrem Tode geehrt worden.



Ein Lied von der Tugend: Hildegard von Bingen FOTO: BECK-VERLAG

Im Jahr 1945 ging der Wiesbadener Groß-Kodex ihrer Gesammelten Werke verloren. Ein Faksimile blieb aber zum Glück verfügbar. Nach ihm hat Barbara Thornton, diplomierte Sängerin und Musikologin aus den USA, den „Ordo virtutum" aufführungsreif restauriert, inklusive der eigenen Hauptpartie der Anima. Guillemette Laurens singt Humilitas, die Demut, Trägerin der Goldkrone im Himmelreich. Sechs Spezialistinnen alter Sangeskünste bilden die sechzehn Christentugenden allegorisch ab. Nur der Teufel, als einziger unmusikalisch, brüllt wie am Spieß, wie es die Originalnotation vorschreibt.

Die Faszination des Klangbildes beruht auf einer Art Spaltklang-Gregorianik, fachmännisch Heterophonie genannt. Solo- und Kleinchor-Stimmen verzweigen sich, bilden Deltas, laufen wieder in eins, derweil ihnen acht Alt-Instrumente, die von vier Musikern ohne Dirigent betätigt werden, die Register-Regionen nach Höhe und Farbe zu differenzieren helfen.

Der lateinisch/deutsche nebeneinandergesetzte Text erweist es beim Mitlesen: Sankt Hildegards Dramaturgie ist in den schlagend drastischen wie in den lyrisch fast verstummenden Einzelzügen durch Barbara Thornton aufs einfühlsamste befolgt worden. Das belegt das vorzügliche Text- und Bild-Begleitheft der gelungenen „Harmonia-mundi"-Kassette.

HEINRICH von LÜTTWITZ

JOURNAL

Streit um den Film Die unendliche Geschichte

dpa, **Stuttgart**

Michael Ende, der Autor des Buches „Die unendliche Geschichte" sagte vor Journalisten, das jetzt vorliegende Drehbuch der „Neuen Constantin" „verzerre" sein Buch und stelle es in seinen wesentlichen Aussagen auf den Kopf, man habe daraus einen „Fantasy-Comic", eine „Super-Effect-Show" nach amerikanischem Vermarktungsmuster gemacht. Jörg Weitbrecht, der Geschäftsführer des Thienemann-Verlages, unterstrich jedoch, man sei es aus finanziellen Gründen nicht in der Lage, gegen die „Neue Constantin" zu prozessieren, weil der Verlag eine mögliche drohende Schadensersatzklage „finanziell nicht durchstehen könnte".

Demgegenüber erklärte Bernd Eichinger von der „Neuen Constantin", Endes Kritik sei ihm „einigermaßen unverständlich", da man in monatelanger Arbeit zusammen mit dem Schriftsteller dieses Drehbuch entwickelt habe. Er könne sich aber vorstellen, daß sowohl der Verlag als auch Michael Ende selbst den Film nach seiner Fertigstellung positiv einschätzen werden. Eichinger bestätigte, daß mit Produktionskosten von etwa 60 Millionen Mark (bisher war von 50 Mill. die Rede), gerechnet wird.

Paolo Portoghesi neuer Biennale-Präsident

AFP, **Venedig**

Der italienische Architekturprofessor Paolo Portoghesi ist vom Verwaltungsrat der Biennale von Venedig zum neuen Präsidenten gewählt worden. Der 52jährige Portoghesi, dessen „internationales Prestige" vom Verwaltungsrat fast einstimmig anerkannt wurde, muß jetzt einen Generalsekretär und die Direktoren der verschiedenen Biennale-Veranstaltungen ernennen. Portoghesi war als Direktor der Architektur-Biennale in Venedig unter anderem für die Ausstellungen „Gegenwart der Vergangenheit", die auch in Paris und New York gezeigt wurde, und „Architektur in den islamischen Ländern" verantwortlich.

Buchmesse in Brüssel eröffnet

dpa, **Brüssel**

Die größte Buchmesse der französischsprachigen Welt ist in Brüssel eröffnet worden. 1350 Verlage aus 28 Ländern stellen auf 10 000 Quadratmetern eine Woche lang ihre Neuerscheinungen vor. Die „Foire du Livre" in der belgischen Hauptstadt übertrifft damit die alljährlichen Buchmessen in Paris und Montreal. Am deutschen Stand stellen 175 Verlage aus der Bundesrepublik 1750 Bücher und Zeitschriften, davon etwa ein Drittel Neuerscheinungen, vor. Unter den Sonderveranstaltungen wird ein großer Teil des „Comic-Strip-Festivals" dem vor einer Woche verstorbenen belgischen Zeichner George Remy („Tim und Struppi") gewidmet sein.

Aachener Kunstpreis an Luciano Fabro

dpa, **Aachen**

Den ersten Kunstpreis Aachen, Neue Galerie-Sammlung Ludwig, wird am 18. März der Italiener Luciano Fabro entgegennehmen. Die mit 20 000 Mark dotierte Auszeichnung war Fabro, der der „Arte povera" zugerechnet wird, bereits im November 1981 zuerkannt worden. Gleichzeitig wird in der Neuen Galerie eine Ausstellung mit Werken von Fabro stattfinden, der auch auf der Documenta in Kassel vertreten war. Der Preis soll in Zukunft alle zwei Jahre einem Künstler verliehen werden, „der in der zeitgenössischen Kunstszene prägende Kraft entfaltet hat".

Schinkelpreis nur in einer Fachsparte vergeben

dpa, **Berlin**

Im Schinkelwettbewerb 1982/83 ist nur ein Preis in Höhe von 6000 Mark in der Fachsparte Eisenbahnbau dem Architekten Wolfram Neuhöfer aus München zuerkannt worden. Sonst wurden nur Anerkennungspreise in fünf Fachsparten zwischen 3000 und 5000 Mark vergeben. Die Verleihung der Preise fand gestern auf dem 128. Schinkelfest in Berlin statt, das der „Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin" veranstaltet.

O. F. Bollnow 80

Er hat den pädagogischen Eros. Seine philosophischen Vorlesungen in Tübingen waren Sternstunden akademischer Lehre. Otto Friedrich Bollnow, der heute achtzig Jahre alt wird, hat die Philosophie nie losgelöst von der pädagogischen Vermittlung sehen können. Indem er seine Leser und Zuhörer mit Dilthey oder dem Existentialismus, mit dem Werk Rilkes oder dem Wesen der Stimmungen bekannt macht, erzieht er sie gleichzeitig, warnt vor der „Vermessenheit" des Menschen, vor dem Vorurteil, vor dem Gift des Mißtrauens. Die „neue Geborgenheit", die er als Möglichkeit einer menschlicheren Existenz am Horizont der Erkenntnis erstehen läßt, kann nicht von selbst kommen. Sie ist die Frucht eines von Maß und Tugend bestimmten Lebens, auch eines Willens zum klaren Stil, wie er nicht zuletzt in den vielen Büchern des Jubilars selbst Ausdruck findet. Bollnow hat viele enthusiastische Leser, auch in Holland, Japan und der spanischsprechenden Welt. Für sie alle ist der heutige Tag ein Festtag. gaz

Ständig bimmelt es am Existenzgründer-Telefon

Berlin lockt Jungunternehmer mit neuen Möglichkeiten

HANS-WILHELM KRICK, **Berlin**

„Berlin braucht Sie." Der Berliner Wirtschaftssenator Elmar Pieroth (CDU) richtete diese Worte am Wochenende im Internationalen Congress Centrum (ICC) an 200 meist jüngere Damen und Herren, die hart am Wind des von allen erhofften Wirtschaftsaufschwungs auf Erfolgskurs steuern wollen: Existenzgründer und Jungunternehmer. Sie waren jetzt unter dem zugkräftigen Motto „Neue Chancen in Berlin" erstmals zu einer Informations- und Kontaktbörse gebeten worden – Wirtschaftsförderung in Form eines Kongresses, die von Senat und beteiligten Wirtschaftsfachleuten als „modellhaft" für deutsche Großstädte eingeschätzt wird.

Die als „Dialog zwischen künftigen Unternehmern und erfahrenen Praktikern" – Vertretern von Banken, Handelskammern und Versicherungen – apostrophierte Veranstaltung wird als geeignetes Instrument angesehen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und gleichzeitig neue Initiativen und Existenzen zu fördern. Vom angehenden Friseur über den zukünftigen Blumenhändler bis zum hoffentlich erfolgreichen Gastronom – die Vorstellungen zum Sprung in die Selbständigkeit erblühten auf der Tagung so heftig, daß Wirtschaftssenator Pieroth dämpfen mußte: „Wer einen eigenen Betrieb gründen will, soll nicht tollkühn und übermütig, sondern kühn und mutig sein."

Wagemut und Pioniergeist verspricht der Senat an der Spree mit besonderen Anreizen zu fördern: Bürgschaften bis zum Fünffachen des vorhandenen Eigenkapitals, zinsgünstige Darlehen und intensive kostenfreie Beratungsgespräche sollen Unentschlossenen den Start ins Wirtschaftsleben ebenso versüßen wie die Vorzüge des Berlin-Förderungsgesetzes: steuerfreie Investitionszulagen, erhöhte Abschreibungen, ermäßigte Einkommenssteuer, weniger Umsatzsteuer für Lieferungen ins übrige Bundesgebiet.

„So früh wie möglich beraten lassen", lautete die gemeinsame Empfehlung der Fachleute aus Politik, Kammern, Kreditinstituten und Verbänden an die zukünftigen Wirtschaftsbosse, zumeist in der Altersgruppe zwischen 25 und 40 Jahren.

Um auch ohne Verzögerung an die geeigneten Gesprächspartner aus dem Finanz-, Steuer- und Versicherungswesen zu kommen, steht potentiellen Selbständigen seit kurzem in Berlin ein „Existenzgründer-Telefon" zur Seite. Dort werden die Anrufer an jedem Werktag von einem Fachbeamten des Wirtschaftssenators an die für ihre Projekte wichtigen Berater weitervermittelt – eine praxisnahe Form von Wirtschaftsförderung, die ankommt. Mehr als 1000 Anrufe in den ersten vier Wochen nach Schaltung des Anschlusses beweisen dies. Ankam auch der Spruch des Wirtschaftssenators und Weinhändlers Pieroth, der aus eigener Erfahrung zu berichten wußte: „Es macht wirklich Spaß, sein eigener Chef zu werden."

Junge Täter können ihre Strafen selbst vorschlagen

Holland experimentiert mit Gefängnis-Alternativen

AFP, **Den Haag**

Um dem Gefängnis zu entrinnen, können jugendliche Straftäter in den Niederlanden neuerdings den Gerichten selbst alternative Strafen vorschlagen. Dieses Recht wird seit Anfang März systematisch allen Delinquenten zwischen zwölf und 18 Jahren eingeräumt und erweitert für die Jugendrichter das Feld möglicher Sanktionen erheblich. Sollte das neue Experiment positiv ausfallen, könnte es zu einer Abänderung des Strafrechtes führen. Derzeit sind alternative Strafen lediglich das Ergebnis eines Kompromisses zwischen Gerichten und Delinquenten.

Die alternativen Strafen müssen von erzieherischem Wert sein und die jungen Gesetzesbrecher mit den Konsequenzen ihrer Tat konfrontieren. Ihre Dauer schwankt zwischen mindestens vier und höchstens 150 Stunden, womit sie in erster Linie für die Ahndung von Bagatellvergehen, nicht aber für Bluttaten in Frage kommen. Bei Tierquälerei beispielsweise kann der Beschuldigte in einem Tierheim Wiedergutmachung leisten.

Die niederländische Justiz bezweckt mit dieser Neuerung zweierlei: Die jugendlichen Delinquenten sollen vor den negativen Folgen einer Freiheitsstrafe – Verlust des Arbeitsplatzes, Fehlen in der Schule, schlechter Einfluß von Mithäftlingen – bewahrt werden. Die alternativen Strafen haben aber noch einen weiteren Vorteil: Die niederländischen Gefängnisse sind überfüllt und die Verurteilten können ihre Strafe oft erst nach langen Wartezeiten antreten. Ferner sind die Kosten für einen Tag in der Strafanstalt mit umgerechnet rund 270 Mark sehr hoch.

Mit großem Interesse sieht die Arbeitsgruppe der Reaktion der Öffentlichkeit auf ihr Experiment entgegen. „Da das Strafmaß in den Niederlanden ohnehin bereits niedriger als in anderen europäischen Ländern ist, bringt die Gesellschaft möglicherweise wenig Verständnis dafür auf, daß sich ein „Krimineller" mit „Bastelarbeiten aus der Affäre zieht", fürchtet Richter Slagter. „Es ist wichtig, der Öffentlichkeit klar zu machen, daß es im Interesse der Allgemeinheit liegt, wenn das Verhalten eines jungen Delinquenten durch alternative Strafen günstig beeinflußt wird." Nach Angaben des Justizministeriums wurden mit Ersatzstrafen bei Erwachsenen seit zwei Jahren bereits positive Ergebnisse erzielt.

WETTER: Allmählich leicht unbeständig

Wetterlage: Ein ausgedehntes Hochdruckgebiet mit Kern über Osteuropa bestimmt anfangs noch das Wetter in Deutschland mit trockener Festlandsluft. Am Montag nähern sich im Tagesverlauf Tiefausläufer vom Atlantik und leiten zunächst im Westen die Zufuhr feuchter Meeresluft ein.

Deutscher Wetterdienst 15. März 1983, nachm.

Stationen: 17 bedeckt, West Stärke 5, 17 °C; bedeckt, still. Nebel; Sprühregen; Regen; Schneefall; Schauer. Gebiete: Regen; Schnee; Nebel; Frostgrenze. H-Hoch, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: warm, kalt. Fronten: Warmfront, Kaltfront, Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb-750mm)

Vorhersage für Montag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Anfangs vor allem in der Osthälfte des Bundesgebietes noch heiter. Im Westen zunehmende Bewölkung, die im Tagesverlauf auch auf den Osten übergreift. Nur in Berlin bleibt es sonnig. Gegen Abend setzt von Westen her gebietsweise leichter Regen ein. Höchste Temperaturen 10 bis 14 Grad. Tiefstwerte nachts 6 bis 2 Grad. Mäßiger, an der Küste frischer und böiger Wind um Süd.

Weitere Aussichten für Dienstag:

Überwiegend stark bewölkt und gelegentlich leichter Regen, mild.

Temperaturen am Sonntag, 13 Uhr:

Berlin	4°	Kairo	22°
Bonn	10°	Kopenh.	4°
Dresden	4°	Las Palmas	18°
Essen	9°	London	11°
Frankfurt	8°	Madrid	15°
Hamburg	5°	Mailand	7°
List/Sylt	4°	Mallorca	20°
München	6°	Moskau	–2°
Stuttgart	7°	Nizza	15°
Algier	23°	Oslo	4°
Amsterdam	8°	Paris	12°
Athen	6°	Prag	3°
Barcelona	16°	Rom	11°
Brüssel	10°	Stockholm	1°
Budapest	2°	Tel Aviv	20°
Bukarest	3°	Tunis	17°
Helsinki	1°	Wien	4°
Istanbul	4°	Zürich	8°

Sonnenaufgang* am **Dienstag:** 6.38 Uhr, Untergang: 18.25 Uhr, **Mondaufgang:** 7.25 Uhr, Untergang: 19.11 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Wenn der Saum rutscht, verheißt das Dekolleté alles

Vorwiegend schwarz und klassisch sehen die Italiener den Mode-Winter 1983/84, der sich in mehr als drei Dutzend Variationen auf dem Laufsteg zeigte. Dunkle Töne, alle Schattierungen in Grau und Braun sowie weitere „Nicht-Farben" aus der Palette der Erd-Töne beherrschen die winterliche Farbskala auf der diesjährigen Alta Moda Pronta in Mailand.

Lady-like präsentierte Georgio Armani zur Eröffnung seiner neuen Boutique in der Via S. Andrea seine neue Collection: Schmal geschnitten, mit gepolsterten, runden Schultern, kniekurz und immer mit Hut und Stöckeln, erinnern seine Creationen an die sechziger Jahre.

Auch Claude Montana für Complice zeigte vorwiegend Retro-Look. Das „kleine Schwarze" in Samt und Satin ist wieder im Kommen. Je mehr der Rocksaum nach unten rutscht, um so großzügiger werden die Dekolletés am Abend.

Farbliche Lichtblicke gibt es bei Laura Biagiotti: bequeme Strickkleider in Rot, Violett und Blau mit viel „darüber" wie Westen und Hemdchen oder mit Tüchern drapiert.

Der Architekt Gianfranco Ferré bevorzugt die klassischen Bauhaus-Farben Schwarz, Weiß, Rot und Grau. Seine Modelle sind aber weniger streng konstruiert, sondern weich und weiblich.

„Metropolitan" nennt Mariuccia Mandelli für Krizia ihre Collection: Mode für „Up-to-date"-Frauen – in zweierlei Sinn betucht – die Sehnsucht nach Klassik haben.

Luciano Soprani mit seiner eigenen Collection und der Basile fügt sich ein in den Trend zur Klassik. Offen bleibt allerdings bei seinen Abendkleidern, wie zeitgemäß noch der Glamour der vierziger Jahre ist.

Bei der Abreise aus Mailand fragten sich viele Besucher, ob die Frauen sich von den geliebten Hosen trennen werden, um im Berufsalltag für die modische „Schönheit" leiden zu wollen, indem sie sich in enge Röcke und hohe Stökkel zwängen.

ZEICHNUNGEN: MONIKA SCHENKL

Bei Starkbier Politiker durch den Kakao gezogen

PETER SCHMALZ, **München**

Zum Salvator-Anstich in der Fastenzeit übernimmt München alljährlich einmal die Rolle als Isar-Delphi und blickt weise und spöttisch in die Zukunft. Und so wurde diesmal beim Prominententreff, wo nur Betuchte zugelassen sind, die deshalb Freibier vorgesetzt bekommen, die bewegendste Frage der Nation für alle befriedigend gelöst: Wer den Strauß gerne am Rhein sehen möchte, der konnte sich an die Salvator-Predigt der Isar-Pythia Walter Sedlmayer halten, die den Bayernchef zum „Bekkenbauer der deutschen Politik" in Bonn ernannte; wer ihn aber lieber an der Isar rasten sieht, für den war das starkbierselige Polit-Musical „Die Krönung" passend: Strauß-Darsteller Walter Fitz setzte sich auf offener Bühne die Krone als Franz Josef I. von Bayern auf, worauf der echte Strauß seinen Maßkrug verläßt, sich neben den falschen stellt, sich ebenfalls die Krone überstülpt und ein zufriedenes „Paßt" ausruft.

Strauß – nun Bayernkönig oder Libero in Bonn? Gar zu gern hätten die Zecher gewußt, was er dem Genscher darüber verraten hatte, als sich beide zum kurzen Tête-à-tête trafen, ehe sie sich im Panzer-BMW des Ministerpräsidenten auf den 538 Meter hohen Orakel-Hügel Nockherberg hochfahren ließen. Strauß sybellinisch: „Im Wagen saßen der alte und der neue Außenminister."

Da wurde Walter Sedelmayer schon deutlicher: Strauß könnte als Bonner Kabinettsmitglied nur Freude bereiten: „Das Kabinett in München freut sich, wenn Sie gehen. Das Kabinett Kohl in Bonn freut sich, wenn Sie kommen ..." Vor allem der Zimmermann, der wohl eine Menge „Schuld" daran habe, wenn Strauß jetzt tatsächlich in Bonn aufkreuzen sollte, habe er doch den bayerischen Löwen gereizt: „Während nämlich der Ministerpräsident in Bayern Grundsteine verlegen, Ehrenjungfrauen enthüllen und Verdienstorden an Nonnenbrüste heften hat müssen, derweil hat der Zimmermann in Bonn Politik gemacht."

Dennoch: Vom Außenministerium rät Sedlmayer ab, „da wird man so leicht durch Arbeit von der Politik abgehalten", da wär' der Vizekanzler ohne Ressort – ein echter Libero – doch schon besser: „Da können sie den Kohl so stark entlasten, daß der fast nimmer merkt, wie er regiert. Aber gelegentlich müßtens ihn schon amal nach Washington oder Moskau mitnehmen. Und dann wärs net amal gelogen, wenn Sie ihn dort vorstellen: Der junge Mann hier ist mein Kanzler!"

Mit der SPD hatte Sedlmayer noch eine besondere Rechnung aus dem vergangenen Jahr zu begleichen: Damals hatte er über „den Dings da von der SPD, den niemand kennt" gelästert und damit den bayerischen Landesvorsitzenden Helmut Rothemund so gereizt, daß er rot sah. „Leck mich doch ...", soll er geflucht haben. „Ja, dem hab ich voriges Jahr bitter Unrecht getan", scheinheiligte Sedlmayer diesmal. „Ich hab doch glatt gmeint, den kennt niemand. Aber der Herr Rothemund hat mich dann bei der Landtagswahl aufgeklärt, daß ihn 70 Prozent der bayerischen Bevölkerung kennen müssen. Weil die anderen 30 Prozent ham ihn ja gewählt." Aus Schaden klüger geworden, hielt sich der Angesprochene diesmal zurück.

In schneller Folge hagelte der Spott über An- und Abwesende. Der Vogel bleibe nun nach dem „fünftbesten Ergebnis seit 1873" als Oppositionsführer in Bonn: „Des ist a Dauerstellung." Den Grafen Lambsdorff drunten in der ersten Reihe fragte er nach der Zwangsanleihe: „Sie, wenns Ihna der Stoltenberg net rausruckt, vielleicht streckts der Herr Flick vor?" Und die Grünen geben ihm gar Hoffnung: „Die verlangen dann die Abschaffung der Industriegesellschaft bei vollem Lohnausgleich und die Übernahme der Bevölkerung ins Beamtenverhältnis."

Uralter Traum erfüllt

dpa, **Leipheim**

Ein Muskelkraftflugzeug schwebte am Samstag genau 50 Sekunden lang in 150 Zentimeter Höhe über dem Leipheimer Fliegerhorst. Es legte dabei 350 Meter zurück. Das „Flugzeug ohne Segel und Motor" erreichte damit zwar seine bisherige Rekordflugstrecke von 700 Metern nicht, die es am 4. Dezember 1982 zurückgelegt hatte. Für die Konstrukteure war der Flug dennoch ein „voller Erfolg". Es habe sich gezeigt, daß das 50 Kilogramm schwere Flugzeug „voll flug- und steuerfähig" sei. Acht Jahre lang haben die vier älteren Herren an „ihrem Vogel" 15 000 Stunden gebastelt, um den alten Menschheitstraum vom Fliegen aus eigener Kraft in die Tat umzusetzen. Nach ihrer Pensionierung konstruierten Wolfgang Hütter (73), Franz Villinger (75), Wilhelm Schüle (74) und Wilhelm Heselschwerdt (72) jedes Detail des Flugzeuges selbst. Der Student Oskar Staudenmayer (23) trat für die Konstrukteure in die Pedale, um das Flugzeug vom Boden abzuheben. Die Konstrukteure hoffen jetzt auf den Kremer-Preis (10 000 Pfund Sterling) – gestiftet für die erste nicht-amerikanische Konstruktion eines Flugzeugs, die eine Meile weit fliegt und eine „Acht" beschreibt.



20 Menschen starben in den Trümmern

DW. **Caracas**

Bodennebel war die Ursache des schweren Flugzeugunglücks Freitag in Barquisimeto (Venezuela), bei dem 20 der 50 Passagiere bei der harten Landung ums Leben kamen. Das Bild zeigt den Torso, den Helfer hermetisch abgeriegelt haben. Zwei Verkehrsflugzeuge aus Kuwait und den USA sind am Samstag auf dem Frankfurter Rhein-Main-Flughafen im Vorbeirollen aneinandergestoßen. Der Schaden geht in die Millionen. Die 365 Passagiere aus beiden Flugzeugen kamen mit dem Schrecken davon. Vor dem chilenischen Badeort Vina del Mar ist am Wochenende ein Hubschrauber in den Pazifik gestürzt. Bei dem Unglück kamen der Eigentümer des Hubschraubers, ein Geschäftsmann, und die Frau des Leiters der Air-France-Niederlassung in Chile ums Leben.

FOTO: DPA

LEUTE HEUTE

Herzzerreißend

Dem südafrikanischen Herzverpflanzer **Christiaan Barnard** (60) bricht es fast das eigene Herz: die dunkelhaarige **Lolita Moreno** (21), ihres Zeichens „Miss Switzerland" und auf Südafrikabesuch, hat einen Heiratsantrag des Chirurgen abgelehnt. Der Londoner Sonntagszeitung „Sunday People" nannte die Schweizerin beherzt den Grund: „Der Mann ist zu alt."

Abgeschoben

Einer der ganz Großen im internationalen Drogenhandel, der aus Frankreich stammende **Auguste-Joseph Ricord**, ist in den Vereinigten Staaten aus der Haft entlassen und nach Kolumbien abgeschoben worden. Der 72jährige hatte nach Aufdeckung der „French Connection" 1973 20 Jahre erhalten. Er hatte zwischen 1967 und 1972 sechs Tonnen Heroin zum damaligen Marktwert von drei Milliarden Dollar in die USA eingeschleust. Ricord, der gelähmt und sprachunfähig ist, wurde wegen Kollaboration mit den deutschen Besatzungsbehörden 1950 von einem französischen Gericht in Abwesenheit zum Tode verurteilt.

Wegen Meningitis noch vier Schulen geschlossen

dpa, **Fürstenfeldbruc**

Wegen der Meningitiserkrankun gen in Bayern, an denen bereits d Menschen starben, werden von he te an vier weitere Schulen gesch sen. Das teilten die Behörden stern mit. Es sei eher vertret einige Tage Schulausfall hinzun men, als die Kinder der Gefahr Ansteckung an der gefährlich Hirnhautentzündung auszuse In der vergangenen Woche w Heimatort der Todesopfer, Ba kirch, die Schule geschlossen desinfiziert worden. Nach Ausk der Kinderklinik Augsburg ha es sich bei den bisher beobacht Fällen um eine „Meningokok Meningitis, deren Folgen bis Blutvergiftung, großfläch Hautblutungen und auch inn Blutungen reichen können" ersten Anzeichen ähneln jedoc ner leichten Grippe. An der h tückischen Krankheit starbe 14jähriger und ein zehnjäh Schüler sowie vor drei Monate 17jähriger Lehrling. Neue wurden bis gestern nicht fe stellt. Nahezu alle 465 Einwo des betroffenen Ortes nahmen Schutz Antibiotika ein.

Lawine tötet 76 Mensch

AFP, **Islam**

Mindestens 76 Menschen sin einem Lawinenunglück in Nor kistan ums Leben gekomme Personen werden noch ver rund 100 erlitten Verletzungen Katastrophe hatte sich am Woc ende in dem Dorf Phupan ereig das völlig zerstört wurde.

Scheidungsgrund Herpes

SAD, **Lon**

Die als unheilbar geltende schlechtskrankheit Herpes ist Scheidungsgrund. Das ist die A sicht britischer Rechtsexpert Wer schon vor der Trauung an d Krankheit leidet und seinem Pa ner dies verheimlicht, macht si einer Täuschung schuldig, die z Ungültigkeitserklärung der E führen kann.

Mord an 22 Patienten

dpa, **Osl**

Wegen Mordes an 22 Patiente eines Alten- und Pflegeheimes i der 46 Jahre alte frühere Kranke pfleger Arnfinn Nesset am Freit zur Höchststrafe von 21 Jahren G fängnis verurteilt worden. E Schwurgericht in der mittelno wegischen Stadt Trondheim befa ihn für schuldig, in den Jahren 19 bis 1980 in einem Trondheimer Pf geheim 22 Patienten im Alter von bis 95 Jahren durch Giftinjektion umgebracht zu haben.

Busfahrer war betrunken

dpa, **Innsbru**

Ein Gericht der Tiroler Land hauptstadt Innsbruck hat jetzt nen 41 Jahre alten deutschen Bu fahrer aus Augsburg zu sieben M naten Haft wegen eines Unfalls ve urteilt, bei dem am 19. Februar me als ein Dutzend Passagiere verlet worden waren. Der Fahrer hatte 1, Promille Blutalkohol zum Ze punkt des Unfalls.

„Aus" für Superzug?

dpa, **Lond**

Der 250 Stundenkilomet schnelle „Super-Zug" der bri schen Eisenbahn, in dessen En wicklung in den letzten 20 Jahre 160 Millionen Mark gesteckt wu den, soll nach einem Bericht d Zeitung „Mail on Sunday" niema eingesetzt und in Kürze verschro tet werden. Ein Sprecher von „Br tish Rail" bestritt diese Version al lerdings gestern und kündigte a daß wesentliche Änderungen d Konzepts den Einsatz bis zum En des Jahrzehnts verschieben wü den.

Rückrufaktion

dpa, **New Yo**

Der amerikanische Automobi Hersteller General Motors h 491 000 Fahrzeuge der Mark Chevrolet Chevette und Ponti T-1000, die in den Jahren 1980 vom Band gelaufen waren, zur In spektion zurückbeordert. GM b gründete die Aktion mit einem Ve gaser-Problem, das zu Motorbrä den führen könnte.

ZU GUTER LETZT

Völlig uninteressant ist Hers bruck, wenn Sie es nicht besuche
Prospekttitel der Stadt Hersbruck

